

Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte. - 18.1967

Landesgeschichtl. Vereinigung
Berlin
1967

Archiv.

JAHRBUCH
FÜR BRANDENBURGISCHE
LANDESGESCHICHTE

18. BAND

BERLIN 1967



Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte

18/1967



JAHRBUCH
FÜR BRANDENBURGISCHE
LANDESGESCHICHTE

18. BAND

Herausgegeben

im Auftrage der Landesgeschichtlichen Vereinigung
für die Mark Brandenburg e.V. (gegr. 1884)

von

GERHARD KÜCHLER und DR. WERNER VOGEL

BERLIN 1967

Redaktionsschluß für Band 19

1. Juni 1968

Schriftleitung: Dr. W. Vogel, Berlin 26, Elsenpfulstraße 46, Ruf: 412 58 05

*Auslieferung: Fontane-Buchhandlung Dora Pohlmann, Berlin 44, Selchower Straße 33,
Ruf: 62 63 00*

Druck: Paul Funk, Berlin 30, Stauffenbergstraße 11-13, Ruf: 13 41 44

Klischees: Dr. S. Toeche-Mittler, Berlin 61, Markgrafenstr. 87, Ruf: 61 36 61

INHALT

<i>Dr. Emil S c h w a r t z :</i>	
<i>Wurde Markgraf Heinrich das Kind 1320 in der Marienkirche in Prenzlau beigesetzt?</i>	<i>7</i>
<i>Dr. Heinz-Dieter K r a u s c h :</i>	
<i>Der frühere Weinbau in der Niederlausitz. Dr. Rudolf Lehmann zum 75. Geburtstag (mit 1 Karte, 8 Abb.)</i>	<i>12</i>
<i>Erich B i e h a h n :</i>	
<i>Libyen und Arkadien in der Mark. Aus der Entdeckungsgeschichte der märkischen Landschaft</i>	<i>56</i>
<i>Dr. Hans S a r i n g :</i>	
<i>Die Kosten der brandenburgischen Gesandtschaften zur Zeit des Großen Kurfürsten</i>	<i>63</i>
<i>Gustav H e r m a n n :</i>	
<i>Darstellungen märkischer Soldaten aus einem unkriegerischen Zeitalter (mit 6 Abb.)</i>	<i>83</i>
<i>Prof. Dr. Johannes S c h u l t z e :</i>	
<i>Der Spandauer Knüttelkrieg</i>	<i>103</i>
<i>Dr. Werner V o g e l :</i>	
<i>Die Quellen zum Spandauer Knüttelkrieg (mit 2 Abb.)</i>	<i>105</i>
<i>Johannes W a g n e r :</i>	
<i>Oscar Wagner — ein fast vergessener Berliner Schriftsteller (mit 1 Abb.)</i>	<i>117</i>
<i>Gerd G n e w u c h :</i>	
<i>Moses Mendelssohns Stellung zum Selbstmord</i>	<i>121</i>
<i>Erika S c h a c h i n g e r :</i>	
<i>Ältere Wohnhäuser in der Berliner Innenstadt (mit 1 Abb.)</i>	<i>127</i>
<i>Arne H e n g s b a c h :</i>	
<i>Decksitz- und Metropolvagen (mit 4 Abb.)</i>	<i>131</i>
<i>Reinhard B a r b y :</i>	
<i>Der Solgerstein bei Medewitz im Fläming, eine fast vergessene Ehrung (mit 2 Abb.)</i>	<i>139</i>

Dr. Eberhard Faden:	
Friedrich Solger 1877—1965	142
Bücherschau	148
Historischer Handatlas von Brandenburg und Berlin, Lfg. 13—18 (A. Hengsbach)	
Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem, Teil I (Dr. E. Faden)	
Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte 41, 1966 (Dr. H. Gebhardt)	
Jahrbuch des Vereins für niederdeutsche Sprachforschung 88, 1965 (G. Küchler)	
Der richtige Berliner in Wörtern und Redensarten (Dr. H. Gebhardt)	
Wolfgang Rudolph: Handbuch der volkstümlichen Boote im östl. Niederdeutschland (Dr. H. Gebhardt)	
Hermann Conrad: Das Allgemeine Landrecht von 1794 als Grundgesetz des friderizianischen Staates (K. Pomplun)	
Irene Berger: Die preußische Verwaltung des RegBez. Bromberg 1815—47 (Dr. W. Vogel)	
Stefi Wenzel: Jüdische Bürger und kommunale Selbstverwaltung in preußischen Städten 1808—48 (G. Gnewuch)	
Paul Pietsch: Formations- und Uniformierungsgeschichte des preußischen Heeres 1808—1914 (Dr. W. Vogel)	
Jan Brankack: Studien zur Wirtschaft und Sozialstruktur der Westslawen zwischen Elbe-Saale und Oder a.d.Z. vom 9. bis 12. Jh. (Dr. W. Vogel)	
Rudolph Lehmann: Die Herrschaften in der Niederlausitz (Dr. W. Littmann)	
Hilde-Lore Schmidt: Die soziale Lage der Landbevölkerung im 18. Jh. sowie Probleme ihrer Umgestaltung (G. Küchler)	
Wolfgang Heiligendorff/Fritz Paulus: Das latènezeitliche Gräberfeld von Berlin-Blankenfelde (Dr. G. Dorka)	
Klaus Schultzenstein: Berlin seit der Zeit Albrechts des Bären (Dr. W. Vogel)	
Berlin und seine Bauten (H.-W. Klünner)	
Johann Marker: Zur Geschichte des Berliner Kurfürstlichen Ballhauses (H.-W. Klünner)	
Hans-Joachim Giersberg: Das Potsdamer Bürgerhaus um 1800 (H. Axthelm)	
Rahel Varnhagen: Briefwechsel mit Alexander von der Marwitz, Karl von Finckenstein, Wilhelm Bokelmann, Raphael d'Urquijo (G. Küchler)	
Kunstwerke der Deutschen Staatsbibliothek. Im Auftrage der Haupt- direktion der Deutschen Staatsbibliothek bearbeitet von Erich Biehahn (Liselott Ziegert-Hackbart)	
Gerhard Küchler:	
Aus dem Leben der Vereinigung	172

Wurde Markgraf Heinrich das Kind 1320 in der Marienkirche in Prenzlau beigesetzt?

Das Geheime Staatsarchiv in Berlin-Dahlem bewahrt die von den Professoren Johann Christoph Beckmann (1641 bis 1717) und Bernhard Ludwig Beckmann († 1760) gesammelten Materialien zur Geschichte der Mark Brandenburg¹. In diesen befindet sich in dem Faszikel der Notizen über Prenzlau, die etwa 1747 entstanden, folgender Bericht des Magistrats an Beckmann über die Marienkirche: „Noch ist beizufügen, daß A. 1737, 1. Sept. in der Halle gegen Mittag in der Hauptmauer dieser Kirche nach ohngefähr entdeckter Öffnung ein Loch gemacht, und innerhalb der Mauer ein Behältnis angetroffen worden, in welchem sich ein liegendes Gerippe nebst einer Mönchskutte, an der Seite aber ein kleiner Vogel Bratspieß samt dem Fuß, darin er gewendet wird, an der Wand stehend befunden, und hat diesen Spieß der H. Adm. Gressel, welcher diese Untersuchung in Gegenwart des H. Obergerichtsrath Berendes angestellt, annoch in Verwahrung. Wie das Gerippe eines Mönchen aber zum Vogelspieß, oder ein Vogelspieß zu einem Menschengerippe gekommen, und zwar in einem verschlossenen Ohrt in der Mauer, lässet sich nicht gar wohl erachten. Ein Begräbnis kanns nicht gewesen sein, weil von Holz oder andern Überbleibseln eines Sarges nichts dabei vorhanden gewesen; und ließe sich daher wohl von der bei den Papisten nicht ungewöhnliche Einmauerung einiger Argwohn schöpfen. Der Vogelspieß aber bleibt doch ein Geheimnis. Im übrigen ist über eben dieser Öffnung über einer Mannshöhe in der Mauer noch ein geräumliches Loch, zu welchem man nur mit einer Leiter kommen kann. In demselben steht ein lediger Kasten, und scheint wohl ein Ohrt gewesen zu sein, in welchem in den Papistischen Zeiten Briefschaften und Gelder beigelegt und verwahret worden, wann man wegen Kriegs Läufe etwa in Sorgen gewesen, dergleichen wir auch bei der Kreuzkirche antreffen werden, zu welcher Vorsichtigkeit die Erbauer dieser Kirche vielleicht durch die zwischen den Markg. von Brandenburg und Herz. von Pommern von ersten Zeiten her obwaltende Streitigkeiten sein veranlasst worden².“

Die Glaubwürdigkeit dieses Berichts kann angesichts seines amtlichen Charakters und der handelnden Personen nicht bezweifelt werden, denn er war ein Bestandteil der Angaben, die auf Befehl des Königs vom Magistrat und den Geistlichen dem bestellten Geschichtsschreiber der Mark Brandenburg gemacht werden mußten. Bartholomäus Gressel, getauft am 7. Dezember 1701 als Sohn des Meisters gleichen Namens in der Marienkirche, war ein angesehener Kaufmann, Administrator der Geistlichen Salarienkasse und Stadtverordneter, der „viele unsere Stadt betreffende merkwürdige Vorfällenheiten gesammelt“ hatte³. Seine Aufzeichnungen sind leider verloren; er starb am 22. September 1765 und wurde am 25. September 1765 in der Kirche begraben. Gressel hatte wohl das Loch in der Kirchenwand entdeckt und beschloß, den dahinter befindlichen Hohlraum zu öffnen. Als Zeugen zog er dabei den Bürgermeister und Rat am Uckermärkischen Obergericht Johann Friedrich Wilhelm Berndes zu. Dieser hatte bis zu seinem Tode am 14. Februar 1773 beide Ämter inne⁴.

Der Inhalt des Berichts war im Jahre 1747 noch in lebendiger Erinnerung der Zeitgenossen, denn er hatte offenbar viel Aufsehen und viele Fragen erregt.

Man meinte, es könne sich wohl nicht um ein Begräbnis gehandelt haben, weil keine Spuren eines Sarges gefunden seien, und vermutete deshalb, die in der Zeit der Aufklärung von den Protestanten bei jeder Gelegenheit noch immer heftig angefeindeten „Papisten“ hätten lange vor der Reformation hier in der Kirchenmauer einen Mönch in seiner Kutte ohne Sarg lebendig eingemauert. Das Fehlen eines Sarges ist zweifellos kein zwingender Grund, das Vorliegen einer Bestattung zu verneinen, denn es können triftige Gründe vorgelegen haben, einen Toten eilig zu bestatten, ehe ein Sarg beschafft werden konnte, zumal wenn durch die Einmauerung eine sichere Verwahrung der Leiche gewahrt erschien. Es ist auch bekannt, daß man vor der Reformation oft Tote in der Kutte eines Ordens begrub, um der Seele des Verstorbenen die geistlichen Vorrechte der Ordenszugehörigkeit zu verschaffen. Noch Kaiser Maximilian I. ist 1519 vor dem Altar der Kirche in der Wiener Neustadt in der Kutte der Franziskaner beigesetzt worden. Das Gerippe braucht daher keineswegs das eines Mönches, sondern kann sogar das eines Fürsten gewesen sein.

„Der Vogelspieß aber bleibt doch ein Geheimnis.“ In der Tat ist das Vorhandensein dieser Beigabe heute schwer zu erklären, besonders deshalb, weil das rätselhafte Stück nirgends aufbewahrt ist und nicht mehr untersucht werden kann. Es ist aber zu prüfen, ob sich nicht doch Beispiele finden lassen, die eine Sinngebung gestatten und damit sogar eine Lösung der Frage ermöglichen, wer der Bestattete gewesen sein mag.

Die Rechtsgeschichte lehrt uns, daß der Speer in mancherlei Weise als Symbol rechtlicher Begriffe und Akte gedient hat. Insbesondere war der Speer ein uraltes Hoheitszeichen des germanischen Königs. Mit dem Königsspeer wurde in der fränkischen Zeit die königliche Herrschaft übertragen. König Gunthram nahm seinen Neffen an Sohnes Statt an und übertrug die Königsherrschaft durch Überreichen des Speeres⁶. Bei den Langobarden hatte der Erblasser, der keinen Sohn als geborenen Erben hatte, das Recht, sich einen Erben zu wählen, den „gekorenen“ Erben. Dieser Rechtsakt mußte in öffentlicher Versammlung, später vor Gericht, vorgenommen werden in der Form des „Speergedinges“ (gairéthinx, Edikt Rothari c.192), also durch Übergabe eines Speeres⁶. Diese Übergabe vollzog sich durch die Hand eines Dritten, der „Speerbürge“ genannt wurde, und der nach dem Tode des Erblassers den Speer und damit den Nachlaß dem gekorenen Erben übergab. An die Stelle des Speeres trat später die festuca, ein Stab oder kräftiger, in Knoten geschossener Rohr- oder Strohhalme⁷.

In der Mauer der Marienkirche war nun zwar kein Speer dem Toten beigegeben, sondern „ein kleiner Vogelbratspieß nebst dem Fuß, an der Wand stehend“. Es finden sich aber gerade als Grabbeigaben Parallelen zu Stangen, die mit dem Abbild eines Adlers gekrönt neben Fürstengräbern aufgestellt wurden, in Gestalt kleiner bis zu 21 cm langer Vogelstäbchen im südrussischen Raum, in Bulgarien und Spanien⁸. Deshalb ist es nicht ausgeschlossen, daß auch in dem Prenzlauer Grabe der kleine Bratspieß als stellvertretend für einen wirklichen Speer zu verstehen ist.

Es erhebt sich hiernach die Frage, wer der „Erblasser“ gewesen sein könnte, der hier bestattet wurde und dessen Herrschaftssymbol in der Obhut der Prenzlauer Kirche zurückblieb, damit es zu gegebener späterer Zeit dem rechtmäßigen Nachfolger in der Herrschaft ausgehändigt werde.

Eine schriftliche Nachricht darüber, daß ein fürstlicher Herrscher zu irgend einer Zeit in Prenzlau verstorben und bestattet sei, liegt nicht vor. Es besteht aber eine mündliche Überlieferung, daß der junge Markgraf Heinrich, der letzte männliche Sproß des in der Mark Brandenburg herrschenden askanischen Fürstenhauses, im Jahre 1320 in Prenzlau verstorben und daselbst in der Marienkirche „unter der Orgel“ begraben sei. Eine Untersuchung der damaligen Verhältnisse zeigt, daß diese Überlieferung sehr wohl der Wirklichkeit entsprechen kann. Der Markgraf Woldemar war am 14. August 1319 in Bärwalde in der Neumark gestorben und neun Tage später im Kloster Chorin bestattet worden. Als einziger Nachfolger in der Herrschaft über die Mark Brandenburg blieb nur der Sohn des 1318 verstorbenen Markgrafen Heinrich übrig, der die Mark Landsberg in der Gegend um Delitzsch in Sachsen innehatte. Aus seiner Ehe mit Agnes, einer Schwester des deutschen Königs Ludwig des Bayern, hatte er nur einen Sohn, Heinrich II., „das Kind“ genannt, hinterlassen. Dieser war noch nicht zwölf Jahre alt, als er durch Woldemars Tod zum Alleinherrscher der Mark Brandenburg berufen wurde. Diese Lage benutzte Fürst Heinrich von Mecklenburg, um sich durch einen schnellen Zugriff der Prignitz, des Uckerlandes, des nördlichen Barnims und des Klosters Chorin zu bemächtigen. Über die Ereignisse ist zwar nichts Näheres überliefert, doch zeigt eine Bürgerschaftsurkunde des Rates der Stadt Neubrandenburg vom 29. September 1319⁹, daß der Mecklenburger den Städten Prenzlau, Pasewalk, Schwedt, Angermünde, Oderberg, Zehdenick, Fürstenberg, Templin, Fürstenwerder, Strasburg und Jagow und allen ritterlichen Vasallen in den Vogteien Stolpe, Jagow und Liebenwalde bereits eine Reihe von Zugeständnissen gemacht hatte, durch die er sie an sich zu fesseln gedachte. Um dieselbe Zeit erklärte sich Herzog Rudolf von Sachsen als ältester Vertreter der sächsischen Linie der Askanier zum Vormund der Witwe Woldemars und des jungen Heinrich von Landsberg¹⁰. Als des letzteren Vormund wurde andererseits von den Ständen der Neumark Herzog Wartislaw von Pommern-Wolgast bestellt, der vermöge dieses Amtes die Uckermark für sein Mündel, in Wirklichkeit aber für sich selbst in Besitz zu nehmen suchte¹¹. Die Markgräfin Agnes und ihr Sohn gerieten zwischen diesen widerstreitenden Parteien in eine schwierige Lage. Es scheint jedoch, daß der Fürst Heinrich von Mecklenburg nicht das ganze Uckerland in seine tatsächliche Gewalt bringen und namentlich die stark befestigten Städte Prenzlau und Pasewalk nicht besetzen konnte, denn wenn er das vermocht hätte, wäre es wohl nicht möglich gewesen, daß der junge Markgraf Heinrich und seine Mutter im Frühjahr 1320 in Prenzlau Aufenthalt nahmen. Am 29. April 1320 müssen beide schon dort gewesen sein, da „Herr Johannes, der Capellan der Frau Markgräfin“, an diesem Tage in Prenzlau als Zeuge in einer vom Pfarrer Vromold ausgestellten Urkunde über eine Altarstiftung in der Nikolaikirche erscheint¹². Aus welchen Gründen beide ihre Zuflucht nach Prenzlau nahmen, ist nicht erkennbar. Vielleicht hielten ihre Ratgeber es für zweckmäßig, einen Anschluß an Herzog Wartislaw zu suchen, weil dieser ihnen als der mächtigste der Widerstreitenden erschien, zumal er, wie sich bald zeigte, glaubte, sich auf die Unterstützung durch König Christoph von Dänemark, der mit seiner Schwester Euphemia verheiratet war, verlassen zu können, so daß er sogar in dessen Namen den Bürgern der Städte Prenzlau, Pasewalk und Templin Zollfreiheit in Dänemark zusicherte¹³. Während ihres Aufenthalts in Prenzlau schlichteten die Markgräfin und ihr Sohn einen Streit zwischen dem Nonnenkloster und dem Pfarrer Vro-

mold, indem sie das Kloster in den Besitz der ihm von Vromold entrissenen Rechte an den Kirchen der Stadt wieder einsetzten¹⁴. Die Urkunde hierüber weist nur die Jahreszahl 1320, aber kein Tagesdatum auf. Sie muß noch vor dem 9. Juli 1320 errichtet sein, denn an diesem Tage stellte der Bischof Konrad von Kammin in Stettin eine Urkunde aus, in der er dem Kloster „die neue Schenkung des jungen Mgf. Heinrich“ bestätigte¹⁵. An diesem Tage lebte also der Markgraf noch. Auch am 15. Juli 1320 dürfte er noch am Leben gewesen sein; denn in einer an diesem Tage in Greifswald ausgestellten Urkunde beglückwünschte der Bischof die Nonnen wegen der ihnen durch die Gnade des Markgrafen in der Kirche Prenzlau erwiesenen Zuwendung, ohne dessen Ableben anzudeuten. Am 27. Juli 1320 war der Markgraf jedoch schon nicht mehr am Leben¹⁶. Der erblose Tod des jungen Markgrafen hatte die Folge, daß die Mark Brandenburg als ein erledigtes Lehen an den deutschen König heimfiel.

Das Reich aber litt um jene Zeit unter dem Streit zwischen Herzog Ludwig von Bayern und Herzog Friedrich von Österreich um die Krone, der sich aus der zwiespältigen Wahl vom 25. November 1314 ergeben hatte und erst durch Ludwigs Sieg bei Mühldorf am 28. September 1322 entschieden wurde. Es blieb daher die Frage offen, wer den Nachfolger in der Mark Brandenburg zu bestimmen ein Recht hatte. Die Markgräfin Agnes war auch nicht imstande, die Leiche ihres Sohnes im Kloster Chorin zu bestatten, wo die Markgrafen aus der Johanneischen Linie der Askanier und noch im Vorjahr Markgraf Woldemar ihre Ruhestätte gefunden hatten. Denn das Kloster Chorin war, wie erwähnt, im Machtbereich des Fürsten von Mecklenburg, bei dem der Abt Heyso noch am 22. Juni 1320 in Stargard (Meckl.) weilte¹⁷. Unter diesen Umständen mußte schnell eine andere Grabstätte für den verstorbenen Markgrafen gefunden werden. Was lag näher, als sie zunächst in der Stadt Prenzlau selbst zu suchen, und zwar mangels anderer geeigneter Räumlichkeiten in dem jüngst vollendeten neuen Teil der Marienkirche? Hier gab es freilich keine Gruft, in die man einen Sarg versenken konnte. Deshalb mag man den Ausweg ergriffen haben, dem Toten eine Grabstätte in einer dafür schnell herzustellenden Aushöhlung der Kirchenwand zu schaffen, die man zumauern und damit sicher verschließen konnte. Man mag sich dabei auch an die oben gekennzeichneten uralten Rechtsgewohnheiten des Speergedinges erinnert haben, die noch im Volksbewußtsein lebendig waren, und mag das Symbol des Herrscherspees in das Grab gegeben haben, damit es dem künftigen rechtmäßigen Markgrafen übergeben werde. Der Herzog Wartislaw wurde dabei gewissermaßen der „Speerbürge“, der die Obhut und Verpflichtung zur Weitergabe des Symbols an den künftigen Markgrafen übernahm, und verwahrte das Symbol in der Stadt Prenzlau, die vermöge der Stärke ihrer Mauern als ein sicherer Hort erschien. Es ist anzunehmen, daß diese Ordnung der Dinge durch die Markgräfin Agnes unter Mitwirkung des Herzogs Wartislaw getroffen wurde. Die beherrschenden Gedanken der Beteiligten erscheinen ausgedrückt in der aus Pasewalk datierten Urkunde vom 23. August 1320¹⁸, in der die Herzöge Otto und Wartislaw von Pommern als Vertreter des Königs Christoph von Dänemark das Rechtsverhältnis zwischen ihnen und der Mark Brandenburg als ein vormundschaftliches Beschützerverhältnis ordneten und erklärten: „Worde ein Römes König gekoren, in einer Eindrechtheit aller der Kohrherren gekoren, unde einen Vorsten in diese Land sende to den Steden und to den Mannen und uns dat bewisede, dat he beter recht hedde to den Landen wenne de König von Dennemarken, wi beide oder unser ein oder unse

ernahmen, so schal de König und wi von diser Vormundschaft laten mit willen.“ Das war eine rechtlich einwandfreie und saubere Regelung, bis die verworrene Lage geklärt sein würde. Wie diese Grundsätze später sich ausgewirkt haben, ist nicht mehr Gegenstand dieser Untersuchung.

Es bleibt schließlich nur noch die Frage offen, an welcher Stelle der südlichen Kirchenwand sich die geheimnisvolle Grabstätte befand. Der Bericht von 1737 ergibt darüber nichts. In der Wand haben sich irgendwelche Spuren nicht mehr ermitteln lassen. Nur die Überlieferung, das Grab sei „unter der Orgel“ gewesen, bietet einen gewissen Anhalt. Die Orgel befand sich im Jahre 1320 sicher nicht wie später im Westwerk der Kirche zwischen den Türmen, sondern in dem eigentümlichen Raum über der Südvorhalle, der von dieser aus durch eine Wendeltreppe im Treppenturm erreichbar ist und bis 1945 als der „Schusterchor“ bezeichnet wurde. Es ist daher wahrscheinlich, daß sich in einem der beiden starken Mauerklötze zu beiden Seiten des Portals, das aus der Kirche in die Südvorhalle führt, jene Höhlung befand, die das Grab des letzten märkischen Askaniers bildete. Der Raum ist wohl nach der Aufdeckung durch Gressel wieder vermauert. In den Akten über die Instandsetzung der Kirche in den Jahren 1844 bis 1847 ist er nicht erwähnt. Etwa vorhanden gewesene Spuren in der Mauer sind spätestens durch die gleichmäßige Einfärbung des Kircheninneren ausgetilgt worden.

Anmerkungen:

- ¹ Über beide siehe: Allgemeine Enzyklopädie der Wissenschaften und Künste, Hrsg. Johann Samuel Ersch und Johann Gottfried Gruber, 1. Sektion, Bd. 8, Leipzig 1822, S. 306 ff. — Wolff, in: Mitteilungen d. Uckermark. Museums und Geschichtsvereins VI, 1917, S. 8 ff.
- ² Nach Hinrichs Abschrift des Originals.
- ³ Kirchenbuch von St. Marien; Johann Samuel Seckert: Versuch einer Geschichte der uckermärkischen Hauptstadt Prenzlau. Prenzlau 1785–87, Vorbericht S. 6.
- ⁴ Emil Schwartz: Das uckermärkische Quartalgericht. In: Heimatkalender für den Kreis Prenzlau, 1936/37.
- ⁵ Hermann Conrad: Deutsche Rechtsgeschichte I, 1954, S. 132 nach Gregor von Tours VII, 33.
- ⁶ Conrad: Deutsche Rechtsgeschichte, S. 218.
- ⁷ Richard Schroeder: Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte, Leipzig 1889, S. 62, 348.
- ⁸ H. Vettters: Der Vogel auf der Stange, ein Kultzeichen. In: Jahreshefte d. Österr. Archäolog. Instituts 37, 1948, S. 137 ff. angeführt von J. E. Korn in: Der Herold 6, 1966, Heft 1, S. 302.
- ⁹ Riedel: Codex dipl. Brandenburgensis A XXI 118.
- ¹⁰ Gustav Abb: Geschichte des Klosters Chorin, Berlin 1911, S. 25.
- ¹¹ Arnswalde 29. 9. 1319 und 3. 2. 1320; Stargard 14. 3. 1320. — Heinrich v. Wedel: Geschichte d. schloßgessenen Geschlechts der Grafen und Herren v. Wedel 1212–1402. Leipzig 1894, S. 76 f.
- ¹² Riedel: A XXI 404.
- ¹³ Riedel: A XXI 121.
- ¹⁴ Riedel: A XXI 123.
- ¹⁵ Riedel: A XXI 119 Novum donacionis privilegium domini Henrici Marchionis junioris.
- ¹⁶ Krabbo: Regesten der Markgrafen von Brandenburg, Nr. 1275, Anm. am Ende. An diesem Tage schloß Herzog Wartslaw ein Bündnis mit Herzog Heinrich von Schlesien zu einem Einfall in die Mark.
- ¹⁷ Riedel: A XIII 240; Abb: Kl. Chorin, S. 24.
- ¹⁸ Riedel: A XXI 121.

Der frühere Weinbau in der Niederlausitz

Dr. Rudolf Lehmann zum 75. Geburtstag

Über siebenhundert Jahre lang wurde auch in der Niederlausitz Weinbau betrieben und hat stellenweise eine recht beträchtliche Rolle im Wirtschaftsleben des Landes gespielt. Trotz mannigfacher Darstellungen und Erwähnungen im heimat- und landeskundlichen Schrifttum sind die Kenntnisse über den früheren Weinbau in der Niederlausitz im ganzen gesehen recht gering, und eine Gesamtdarstellung fehlt überhaupt¹. Mit der vorliegenden Studie wollen wir versuchen, diese Lücke zu schließen.

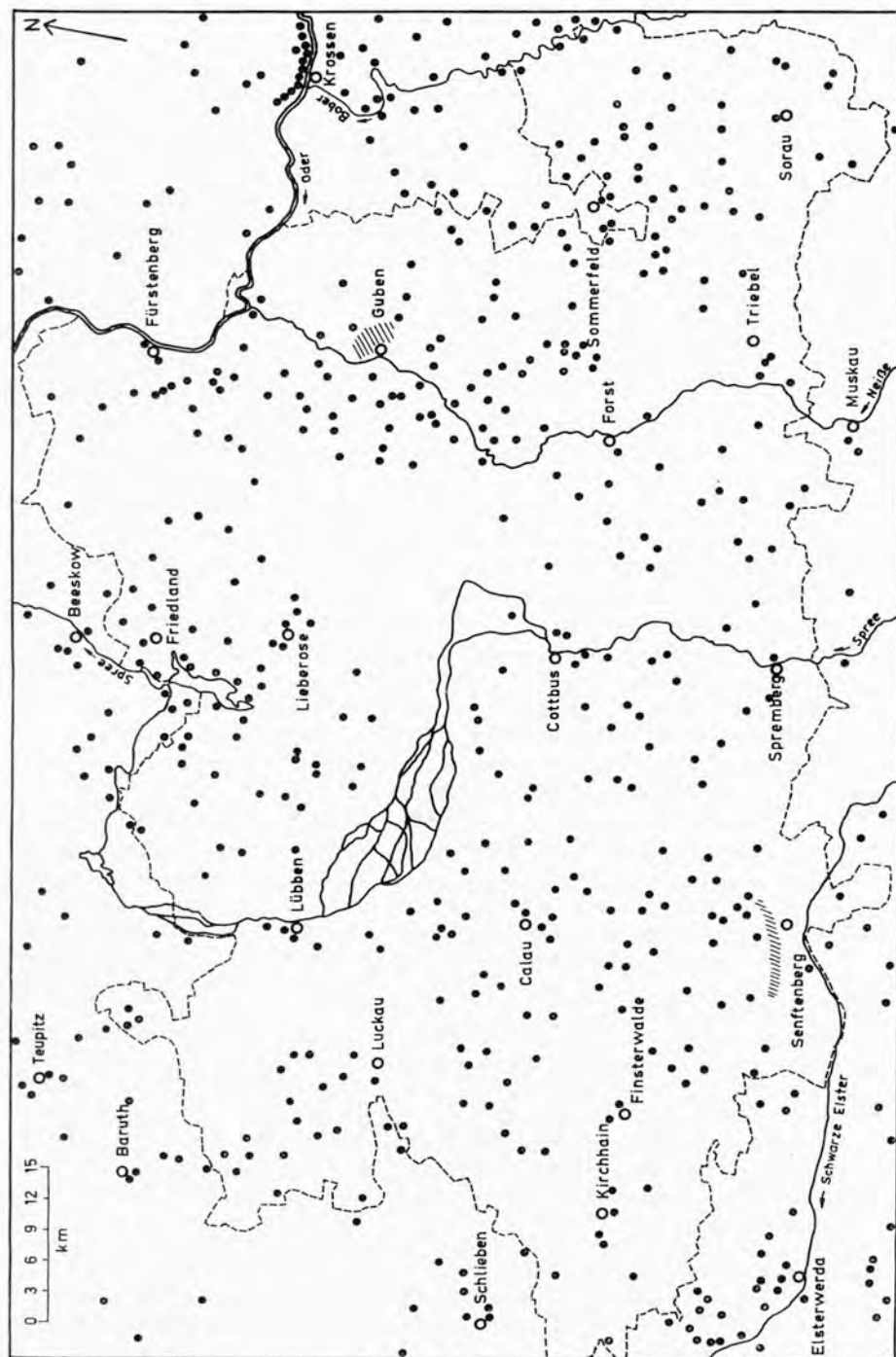
Die Verbreitung des Weinbaues in der Niederlausitz

Zunächst ist es notwendig, sich einen möglichst vollständigen Überblick über die Dichte und die räumliche Verteilung des früheren Weinbaues in der Niederlausitz zu verschaffen. Deshalb wurden alle ermittelten ehemaligen Weinberge der Niederlausitz und der angrenzenden Gebiete, soweit sie in den Kartenausschnitt fallen, möglichst lagegetreu als Punkte oder, bei ausgedehnterem Weinbaugelände, durch Flächenschraffur in eine Karte eingetragen². Wenn uns in Anbetracht der Lückenhaftigkeit diesbezüglicher Überlieferungen auch einige Weinbauflächen entgangen sein mögen, so rechnen wir doch damit, die Hauptmasse der früheren Weinberge in der Niederlausitz erfaßt zu haben.

Die Zusammenstellung aller uns bisher bekannt gewordenen Belege auf der Karte zeigt nun, daß der Weinbau in der Niederlausitz eine recht beträchtliche Verbreitung hatte und sehr viel ausgedehnter war, als es die bisherigen Darstellungen erkennen lassen³. Insgesamt konnte bei 351 Gemeinden der Niederlausitz (einschließlich der Umgebung von Sommerfeld) Weinbau nachgewiesen werden. Das sind rd. 46 % des Gesamt-Ortschaftenbestandes im Untersuchungsgebiet (1925 = 763). Fast jeder zweite Ort der Niederlausitz besaß also einst Weinberge. Die Karte zeigt aber auch, daß diese Weinberge nicht regellos über das Land verteilt waren, sondern zu Häufungsgebieten zusammentraten, während sie in den dazwischenliegenden Räumen entweder ganz fehlten oder doch selten waren. Insgesamt lassen sich in der Niederlausitz acht derartige Weinbaugebiete erkennen, dazu kommen noch vier, deren Zentren außerhalb des Landes lagen und an denen die Niederlausitz nur geringfügigen Anteil hatte. Der nachfolgenden Einzeldarstellung liegt eine Einteilung nach diesen von uns unterschiedenen Weinbaugebieten zugrunde.

I. Weinbaugebiet von Luckau-Baruth

Dieses Weinbaugebiet begann um Luckau und zog sich von hier aus in nordwestlicher Richtung über die Landesgrenze hinaus bis nach Baruth hin. Der Weinbau bei Luckau wird erstmalig 1367 genannt. In diesem Jahre gestattete Herzog Bolko der Stadt Luckau, Weingärten zu „*machen und ussetzen*“, so viel als sie wollen, vor allem auf dem Berg, wo das Gericht steht⁴. Wenige Jahre darauf erteilte auch Kaiser Karl IV. der Stadt die Erlaubnis, Weingärten anzulegen und zu bearbeiten und den Bürgern die Freiheit, den gewonnenen Wein in ihren Häusern, jedoch nicht im Stadtkeller, ohne Satzung des Rates zu verschänken. Diese Luckauer Weinberge, die in den folgenden Jahrhunderten noch



mehrfach erwähnt werden, lagen auf den heute noch „Weinbergs-Äcker“ genannten Hügeln im Westen der Stadt. 1835 war der Weinbau schon verschwunden, angeblich ist er bereits im Dreißigjährigen Kriege eingestellt worden⁵. Aber auf dem unmittelbar nördlich der Luckauer Altstadt gelegenen Schloßberg wurde noch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Weinbau betrieben. Diese Anlage war damals von dem Bürgermeister Passerini bzw. seinen Nachkommen neu angelegt worden. In guten Weinjahren wurden hier 5—8 Viertel⁶ Wein erbaut. Der Weinbau hielt sich hier bis zum Jahre 1802. Als damals die Reben größtenteils erfroren, wurden sie durch mehrere 100 junge Obstbäume ersetzt⁷.

Westlich von Luckau lagen am Abfall des Niederlausitzer Landrückens Weinberge bei Waltersdorf und unmittelbar anschließend, jedoch schon außerhalb der Niederlausitz, bei Langengrassau und Wüstermark. Nördlich von Luckau gab es Weinberge bei Karche, Gießmannsdorf, Rüdingsdorf, Zieckau, Paserin, Kreblitz, Zauche, Kümmritz, Liedekahle, Krossen, Jetzsch, Drahnsdorf, Hohendorf, Sellendorf, Landwehr und Alt-Golßen, an die sich jenseits der Landesgrenze weitere Weinberge bei Mahlsdorf und Kladorf sowie das recht ausgedehnte Rebengelände bei der Stadt Baruth anschlossen⁸. Die meisten dieser Weinberge sind lediglich durch entsprechende Flurnamen belegt. Der Zieckauer Weinberg wird bereits 1565 in einem Lehnbrief genannt⁹. Der Hohendorfer Weinberg war in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts im Besitze des General-Superintendenten Hutten, welcher der Lübbener Kirche zu verschiedenen Malen mehrere Viertel selbstgewonnenen Wein schenkte¹⁰.

Ein Teil dieser Weinberge war in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts bereits verschwunden. 1831 wurde, nach einem ungünstigen Weinjahr, der Paseriner Weinberg aufgelassen¹¹. 1864 waren hier noch die Weinberge von Alt-Golßen, Drahnsdorf, Krossen, Landwehr, Sellendorf, Kümmritz und Zieckau in Nutzung¹². Am längsten hielt sich der Weinbau in Krossen. Hier wurde noch bis zum ersten Weltkrieg unter dem Besitzer Landrat v. Manteuffel „*ein etwas erdig und sauer schmeckender Wein*“ gekeltert¹³, später die Trauben aber nur noch als Obst genutzt. Nach dem Tode Manteuffels (1927) ging der Weinbau dann endgültig ein.

Die sich westlich an das Luckauer Gebiet anschließende Hochfläche des Niederen Fläming war nahezu frei von Weinbergen. Ein Weinberg lag nördlich von Kemnitz. Der benachbarte kleine Weinberg auf dem Siebschen Berg östlich von Dahme war schon 1723 verschwunden. Jenseits der niederlausitzer Grenze gab es ferner einzelne Weinberge bei Petkus, Schmielickendorf und Stülpe.

2. Weinbaugebiet von Teupitz

Im Nordwesten hat die Niederlausitz noch Anteil an dem Weinbaugebiet von Teupitz, das von dem Luckau-Baruther Gebiet durch die breite Niederung des Baruther Urstromtales geschieden wird. Es handelt sich um zwei Weinberge bei Oderin, wo noch 1852 15 Morgen Weinbauflächen verzeichnet sind, und um einen Weinberg bei Briesen. Auf dem Weinberg der ehemaligen niederlausitzer Exklave Zesch, der Standesherrschaft Baruth zugehörig, hat sich der Weinbau sogar bis 1945 gehalten, noch 1957 waren dort verwilderte Weinreben anzutreffen¹⁴.

3. Weinbaugebiet von Calau

Das Luckauer Weinbaugebiet wird im Süden durch die flache Niederung des Luckauer Beckens begrenzt. An dessen Südrand beginnt das Weinbaugebiet von

Calau, das im Nordosten bis an den Spreewald, im Osten bis zum Vetschauer und im Westen bis zum Kirchhainer Becken reicht, im Süden jedoch ohne scharfe Begrenzung in das Senftenberger Weinbaugebiet übergeht. Auf Moränenhügeln südlich des Luckauer Beckens lagen Weinberge bei Schlabendorf, Wanninchen, Beesdau, Bornsdorf, Weißagk, Gahro, Drehna, Babben, Gr. Mehßow und Radensdorf. Ein Weinberg bei Schlabendorf wird bereits 1210 und 1226 in Doberluger Urkunden genannt¹⁵, taucht aber dann nie wieder auf; ein entsprechender Flurname ist in Schlabendorf heute nicht mehr bekannt. Auf dem zwischen Drehna und Bergen gelegenen Drehnaer Weinberg wurde noch 1864 Weinbau betrieben, war jedoch schon 1852 ganz ohne Bedeutung. Im ehemaligen Winzerhaus wurde später eine Försterei eingerichtet, noch heute sind die früheren Weinbergterrassen gut zu erkennen. Der Beesdauer Weinberg, 1 Morgen 90 QR groß, ging 1842 ein und wurde fortan als Obstgarten und Baumschule benutzt. Die Weinberge von Gahro und Weißagk leiten über zu den am Nordrand des Kirchhainer Beckens gelegenen Weinbergen von Sonnewalde, Zeckerin und Pahlsdorf. Letzterer war 1804 noch mit Weinreben bewachsen, 1812 aber ganz verwahrlost und nur noch zu einem kleinen Teil mit Reben bestanden. 1816 war er Ackerland und sollte, da sich kein Pächter fand, aufgeforstet werden¹⁶.

In der Grundmoränenlandschaft zwischen Calau und Lübbenau lagen Weinberge bei Mallenchen, Glichow, Gr. Jehser, Seese, Schönfeld, Vorberg, Kl. Radden, Kl. Beuchow, Kittlitz, Gr. Lübbenau, Kahnsdorf, Raddusch, Göritz, Koßwig, Repten und Saßleben. Zwei Weinberge bei Saßleben werden bereits 1570 und 1587 in Lehnurkunden genannt¹⁷. Bei der brandenburgischen Enklave Vorberg wurde 1782 auf einer Fläche von vier Scheffel Aussaat Weinbau betrieben. Der Ertrag belief sich auf 4 Faß, der Gesamterlös auf 40 Rthlr¹⁸. Die meisten dieser Weinberge gingen schon bis zum Ende des 18. Jahrhunderts ein und waren später nur noch dem Namen nach bekannt. Nur in Schönfeld und Saßleben wurde auch 1856 bzw. 1864 noch Weinbau betrieben¹².

In Calau lagen die Weinberge östlich der Stadt vor dem Cottbuser Tor. Erstmals wird Weinbau in Calau 1527 erwähnt. 1574 werden neuausgeteilte Weinberge genannt¹⁹. Noch um 1830 wurde hier auf 40 Bergparzellen Weinbau betrieben²⁰. Weitere Weinberge gab es unmittelbar südlich von Calau bei Plieskendorf, Werchow und Kabel, die noch in der Mitte des vorigen Jahrhunderts in Nutzung standen, aber nur noch geringen Ertrag brachten²¹. In Kabel hat sich der Weinbau sogar noch bis in das 20. Jahrhundert hinein erhalten, 1902 gab es dort noch eine Weinbaufläche von 0,8 ha²².

An den Süabhängen des Staumoränenzuges südlich von Calau und in der Umrandung des Alt-Döberner Beckens hat es Weinberge bei Gahlen, Ogrosen, Laasow, Buchwäldchen, Lukaitz, Rettchensdorf, Alt-Döbern, Chransdorf und Pritzen gegeben. Der Ogrosener Weinberg war 1751 bereits wüst²³. In Altdöbern wurde der Weinbau auf dem rd. 500 m südwestlich des Ortes gelegenen Weinberg 1829 eingestellt²⁴, das ehemalige Weinbergshäuschen ist noch heute erhalten. Pritzen hatte ursprünglich zwei Weinberge. Ein älterer lag am Lubochower Wege und war in der Mitte des 19. Jahrhunderts bereits bewaldet. Der andere wurde Anfang des 19. Jahrhunderts vom Rittergut verkauft und von seinen bäuerlichen Besitzern in Ackerland umgewandelt²⁴. Auch an der Nordseite des Lug, einer nassen Niederung westlich der Altdöberner Heide, wurde an verschiedenen Stellen Weinbau getrieben, und zwar bei Bronkow, Rutzkau, Lipten,

Lug und Göllnitz. In Göllnitz wurde noch 1852 Wein angebaut, die Rebenfläche hatte damals eine Größe von 10 Morgen und war angeblich nie größer, der gekelterte Wein war jedoch von geringer Qualität²⁴.

Etwas abseits des eigentlichen Calauer Weinbaugebietes lagen einige Weinberge bei Finsterwalde und Doberlug-Kirchhain. In Finsterwalde verzeichnet die Karte von Öder-Zimmermann (Blatt VII a) am Ende des 16. Jahrhunderts einen etwas größeren Weinberg nordwestlich der Stadt am Wege nach Ponnisdorf und einen kleineren östlich der Stadt nahe der Massener Grenze. 1652 betrug der Weinertrag zu Finsterwalde 46 Eimer²⁵. Weitere Nachrichten über den Finsterwalder Weinbau sind nicht überliefert, 1937 war nur noch der Flurname „Weinberg“ bekannt²⁶. Günstiger ist die Quellenlage für Doberlug-Kirchhain. 1542 besaß das Kloster Doberlug (Dobrilugk) hier zwei Weinberge, den Abtsberg und den Konventsberg, später hören wir von drei Weinbergen. Zwei davon, der vordere Weinberg zu $7\frac{3}{8}$ Acker 12 QR und der hinterste Weinberg zu 5 Acker 7 QR lagen am Vw. Forst nordwestlich von Doberlug, der dritte zu 13 Acker 22 QR auf dem Galgenberg am Vw. Kleinhof²⁷. 1607 wird der normale Ertrag dieser und eines vierten Weinberges bei Schilda auf zusammen 180 Viertel beziffert, in günstigen Jahren sollte er sogar 200—250 Viertel betragen. 1652 belief sich der Weingewinn zu Doberlug jedoch nur auf 84 Eimer (hier = 26 Viertel)²⁸. Der Weinberg auf dem Galgenberg sollte 1804 aufgelassen und mit 1200 Kirschbäumen bepflanzt werden²⁹. Die beiden Weinberge am Vw. Forst wurden 1823 vom Amt verkauft. 1840 gab es dort noch 7 Morgen 26 QR Weinbaufläche, die jedoch bald darauf „des schlechten Produktes und Ertrages wegen“ aufgegeben wurden³¹. Neben diesen ehemals klösterlichen, später dem Amt Doberlug zugehörigen Weinbergen hat es westlich von Kirchhain anscheinend auch bürgerliche Weinberge gegeben, doch waren hierüber keine Unterlagen zu ermitteln. Östlich von Doberlug wissen wir von Weinbergen bei Hennersdorf und Fischwasser. Westlich von Doberlug gab es einen Weinberg bei Schönborn. Der nordwestlich von Kirchhain befindliche Weinberg von Dübrichen leitet über zu dem Weinbaugebiet um Schlieben.

4. Elsterwerda-Liebenwerdaer Weinbaugebiet

An dem Elsterwerda-Liebenwerdaer Weinbaugebiet, dessen Weinberge sich auf den zum Magdeburger Urstromtal abfallenden Hängen konzentrieren, und wo noch in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts ein recht umfangreicher Weinbau betrieben wurde³⁰, hatte die Niederlausitz nur durch den hart an der Landesgrenze bei Schilda gelegenen Weinberg Anteil. Ehemals klösterlicher Besitz, gehörte er später zum Amte Doberlug. 1638 wurde ein bäuerliches „Weinberglein“, dessen Besitzer verstorben war, hinzugeschlagen. 1840 betrug die Weinbaufläche in Schilda 12 Morgen³¹, 1842 jedoch wurde der Weinbau eingestellt³¹.

5. Senftenberger Weinbaugebiet

Der Kern des Senftenberger Weinbaugebietes lag an den Abhängen der Raunoer Hochfläche zum Magdeburger Urstromtal nördlich und westlich von Senftenberg. Hier zog sich über eine Entfernung von 12 km ein nahezu ununterbrochenes Band von Weinbergen auf den Gemarkungen der Orte Sedlitz, Rauno, Reppist, Senftenberg, Sauo, Meuro und Hörlitz hin. Außer den genannten

Orten hatten auch die Dörfer Thamm, Jüttendorf, Buchwalde und Schipkau hier Weinberge. Etwas südlich davon lag ein weiterer Weinberg auf den seitdem durch den Braunkohlenbergbau völlig umgestalteten Abhängen westlich von Brieske. Ein großer Teil dieser Weinberge befand sich im Besitz senftenberger Bürger. Andere gehörten den Bauern der umliegenden Dörfer. Um 1570 grenzten die kurfürstlichen Weinberge an solche, die Leuten aus der Stadt Ruhland gehörten. Auch das Kloster Doberlug war durch Kauf und Schenkung in den Besitz einiger Weinberge bei Senftenberg gelangt. 1542 werden vier klösterliche Weinberge bei Senftenberg genannt: Lamperswalder Berg, Hennicks Berg, Grobels Berg und Glatz Berg³². Das Amt Senftenberg besaß im 16. Jahrhundert hier fünf Weinberge, und zwar den aus drei Stücken bestehenden „Alten Berg“ und zwei dazu gekaufte neue Weinberge, den „Schliebenberg“ und den „Kleinen Berg“ oder „Funkenberg“. Der jährliche Ertrag dieser Weinberge schwankte zwischen 64 und 200 Eimern. Um 1800 werden 16 Amts-Weinberg-Stücken aufgeführt. Nach dem Übergang an Preußen wurden die staatlichen Weinberge im November 1818 vererbpachtet.

Erstmalig wird der Weinbau in Senftenberg 1416 erwähnt. Bis in das 19. Jahrhundert hinein stand er in Blüte, war aber 1852 schon im Schwinden begriffen. In der Stadt Senftenberg wurde damals nur noch wenig Wein gewonnen, dessen Absatz sich auf Senftenberg beschränkte. Wie auch anderswo wurde die Rebekultur allmählich durch den Obstbau verdrängt. 1868 betrug die Weinbaufläche von Senftenberg, Hörlitz, Schipkau, Meuro, Rauno, Reppist und Sauo zusammen noch 363,1 Morgen. Dann erfolgte ein rascher Rückgang. 1902 gab es hier noch folgende in Ertrag stehende Weinbauflächen: Hörlitz 6 ha, Meuro 1 ha (und 1 ha nicht im Ertrage), Rauno 1,6 ha (und 4 ha nicht im Ertrage)³³. Bis zum 1. Weltkrieg ist der Weinbau dann endgültig erloschen. Von dieser Kernzone aus setzte sich das Senftenberger Weinbaugebiet mit einzelnen Weinbergen noch weiter nach Westen und nach Norden hin fort, wo es in das Calauer und Cottbuser Weinbaugebiet übergang. Westlich lagen Weinberge bei Klettwitz, Särchen (Annahütte) und Kostebrau sowie, schon jenseits der Landesgrenze, bei Kl. Leipisch und Bockwitz. Die Weinberge von Särchen, 1852 noch 16 Morgen 164 QR groß³⁴, vermittelten in nordwestlicher Richtung zu denen von Gohra (Bergheide), Klingmühl, Lichterfelde, Lieskau und Wormlage. Nach Nordosten hin setzte sich das Senftenberger Weinbaugebiet in den Weinbergen von Rosendorf, Bückgen, Gr. Räschen, Kl. Räschen, Dobristroh (Freienhufen), Dörrwalde, Woschkow und Leeskow fort. Auch unmittelbar bei den Dörfern Rauno und Sauo gab es, außerhalb der oben genannten geschlossenen Weinbergzone, noch kleinere Weinberge. Verschiedene dieser Weinberge sind bereits aus dem 16. Jahrhundert belegt, so die von Bückgen und Großräschen. In Dörrwalde hörte der Weinbau 1742 auf, in Großräschen gegen Ende des 18. Jahrhunderts, in Kleinräschen 1820, in Bückgen 1844³⁵.

Auch die Randhänge des südlich des Magdeburger Urstromtales beginnenden Hügellandes zwischen Hoyerswerda und Gröditz trugen zahlreiche Weinberge. An diesem Weinbaugebiet hatte die Niederlausitz jedoch nur bei Großkoschen Anteil. Hier gab es Weinberge an den Südhängen des Koschenberges, des nördlichsten der Oberlausitzer Grauwackenhügel. 1852 wurden hier 20 Morgen 149 QR Weinberge gezählt³⁶, die in diesem Umfang (5 ha) sogar noch 1902 in Ertrag standen³⁷.

6. Weinbaugebiet von Lübben-Lieberose-Friedland

Der Kern dieses Weinbaugebietes lag in der Umrandung des Schwieloch-Sees, von wo es nach Westen und Süden über den ganzen Spreebogen bis an den Spreewald, nach Osten hin bis zum Schlaubetal, nach Norden bis über Beeskow hinaus ausstrahlte. Westlich der Spree gab es nur wenige Weinberge.

Nordwestlich von Lübbenau leitete der Ragower Weinberg vom Calauer zum Lübbener Weinbaugebiet über. Auf dem 12—14 Morgen großen Ragower Weinberg, der zur Standesherrschaft Lübbenau gehörte, wurde noch in der Mitte des vorigen Jahrhunderts Weinbau betrieben²⁴. Unweit der Chaussee Lübben-Luckau lag der Steinkirchener Weinberg, auf dem noch 1852 in geringem Maße Wein angebaut worden ist.



Der Ragower Weinberg um 1830
(Aquarell von Christian Gottlob Hammer.
Nach dem Original im Spreewaldmuseum Lübbenau)

Die Lübbener Weinberge befanden sich westlich der Stadt, und zwar westlich und nordwestlich des Großen Hains an der Stelle des heutigen Neuen Friedhofes und erstreckten sich bis zu den Spielbergen. Erstmals 1502 genannt, werden sie während des 16. Jahrhunderts noch mehrfach erwähnt³⁵. 1722 wird westlich von Lübben an der Luckauer Straße ein Weinberg des Amtes Lübben aufgeführt, auf dem blanker und roter Wein gebaut wurde³⁶. Bald darauf scheint jedoch der Lübbener Weinbau zum Erliegen gekommen zu sein, denn die Neuanlage eines Weinberges im Jahre 1740 durch den Lübbener Bürger Schuster wurde später als Beginn eines Lübbener Weinbaues gewertet³⁷. Um 1790 bestanden in Lübben drei Weinberge, in denen jährlich gegen 14 Eimer Wein erbaut wurden³⁸. Noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde in Lübben etwas Weinbau betrieben²⁴ und 1864 gab es dort noch gegen 10 Morgen Weinbaufläche¹². Ein weiterer Weinberg lag beim Vw. Frauenberg nördlich von Lübben. Auch er wird bereits im 16. Jahrhundert (1543) erwähnt³⁹ und bestand noch 1852²⁴. In Hartmannsdorf wurden erstmalig 1725 durch zwei Besitzer Wein-

berge angelegt, denen später weitere Bauern nachfolgten, so daß schließlich 24 Bauern Weinberge besaßen. Im strengen Winter 1740 erfroren alle Weinreben, und es ist nicht überliefert, ob der Weinbau daraufhin weiter fortgesetzt wurde⁴⁰. Zwei weitere Weinberge am Westrand des Unterspreewaldes bei Kraußnick und Gr. Wasserburg lagen bereits jenseits der Grenze der Niederlausitz.

Recht verbreitet war der Weinbau im großen Spreebogen zwischen Spreewald und Schwielochsee. Hier gab es Weinberge bei Neuzauche, Straupitz, Byhlen, Butzen, der Försterei Burghof, Waldow, Sakrow, Kamminchen, Gr. Leine, Kl. Leine, am Vw. Marienberg, bei Dürrenhofe, Krugau, Leibchel, Gr. Leuthen, Pretschen, Wiese, Skuhlen, Mittweide und Guhlen. In Pretschen, wo nordwestlich und westlich des Dorfes je ein Weinberg lag, wird der Weinbau erstmalig 1505 erwähnt⁴¹. Auf dem westlich des Dorfes gelegenen Berg, dem heutigen „Mühlenberg“, bestand noch 1852 eine Rebfläche von 10 Morgen, die in guten Jahren einen Ertrag bis zu 20 Eimern Wein lieferte²⁴. Noch bis 1870 wurde hier Wein gekeltert. Auch in Straupitz, Byhlen, Krugau, Gr. Leuthen, Kamminchen und Guhlen wurde noch 1864 Wein angebaut¹².

Rings von Weinbergen umgeben war der Schwielochsee. Nahezu alle an seinen Ufern gelegenen Orte wiesen Weinberge auf: am Westufer Goyatz, Zaue, Sawall, Trebatsch und Sabrodt, am Ostufer Jessern, Speichrow, Pieskow, Niewisch, Möllen, Glowe und Leißnitz. In Goyatz, Zaue und Pieskow wurde noch 1864 Weinbau getrieben¹². Östlich des Schwielochsees lagen Weinberge bei Doberburg (Dobberbus), Shadow und Karras sowie in der unmittelbaren Umgebung von Lieberose bei Behlow, Münchhofe, Blasdorf, Jamlitz und bei Lieberose selbst. Bereits 1519 werden unter anderem auch die Wein- und Hopfengärten in der Standesherrschaft Lieberose erwähnt, der herrschaftliche Weinberg war noch 1770 in Betrieb¹². Nur an wenigen Stellen hat sich der Weinbau hier bis in das



*Denkstein des
Martin Gallus Schuster zu Lübben
(Das Bild stellte freundlicherweise
Frau Eva Bethge zur Verfügung)*

19. Jahrhundert gehalten, so in Karras bis 1802, in Doberburg bis etwa 1830, in Schadow bis 1844. Am Vw.Hollbrunn bei Lieberose bestand noch 1852 ein Weinberg, doch wurde der Wein nicht mehr gekeltert, sondern als Obst konsumiert³⁴.

Auch in der näheren Umgebung von Friedland gab es verschiedene Weinberge, so vor allem bei Friedland selbst, wo 1665 34 Einwohner Weinberge besaßen, während ein früherer Amtsw Weinberg bei den Karpfenhellern damals beackert wurde³⁵. In Zeust gehörten zum Schulzengut auch drei Weinberge, die östlich des Dorfes lagen. Auch Lindow hatte nördlich des Dorfes seinen Weinberg.

Während sich das Weinbaugebiet nach Norden hin über die Landesgrenze hinweg in die Umgebung von Beeskow fortsetzte, klang es nach Osten gegen das Waldgebiet um das Schlaubetal aus. Hier gab es kleinere Weinberge bei Ullersdorf, Leeskow, Groß Muckrow, bei Chossewitz und an der nördlich davon gelegenen Jankemühle, bei Reudnitz, Großbriesen sowie am Kupferhammer bei Mixdorf. Der Weinberg der Jankemühle, der seinem Besitzer 50—60 Taler im Jahre eingebracht hatte, wurde zusammen mit der Mühle während des 30jährigen Krieges verwüstet und später anscheinend nicht mehr hergerichtet³⁶. Am Kupferhammer bestand noch 1852 ein Weinberg von 1 Morgen Größe, doch wurde der geringe Ertrag in Form von Speisetrauben verbraucht.

7. Cottbuser Weinbaugebiet

Das relativ kleine Cottbuser Weinbaugebiet erstreckte sich im wesentlichen über die Grundmoränenplatten im Süden von Cottbus und reichte hier in Ausläufern bis Spremberg, im Norden mit einzelnen Vorposten bis an den Spreewaldrand bei Werben. Die ausgedehntesten Weinberge lagen in der Umgebung der Stadt Cottbus, und zwar südlich der Stadt in der Spremberger Vorstadt, wo es heute noch eine „Weinbergstraße“ gibt, und östlich der Stadt bei Sandow und Branitz. Der Weinberg bei Branitz wird erstmals 1608 erwähnt. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts waren von den 412 Cottbuser Besitzern 50 als Weinbauern tätig, die zusammen 66 Morgen 252 QR Rebensfläche bewirtschafteten³⁷.

In der Mitte des 17. Jahrhunderts gab es um Cottbus nach Gulde über 200 Weinberge³⁸. Einen schweren Schlag erlitt der Cottbuser Weinbau durch den starken Winter von 1740, in dessen Folge zahlreiche Weinberge aufgegeben wurden. So karnte man 1750 den ehemals der Schützengilde gehörenden Weinberg ab und bepflanzte das Gelände mit Maulbeerbäumen. 1787 wird der Cottbuser Weinbau als völlig unbedeutend bezeichnet³⁹. Immerhin wurden auf den Cottbuser Weinbergen von 1787—91 118 Eimer, von 1792—97 145½ Eimer Wein gekeltert, von 1795—97 zusammen 87 Eimer. Um 1800 gab es hier noch 7 Weinberge, die einen Ertrag von 14 Viertel 5 Quart Wein lieferten⁴⁰. 1840—42 bestanden auf der Gemarkung Cottbus 5 Morgen 50 QR, auf der Gemarkung der Vorstadt Ostrow 6 Morgen 40 QR Weinbauflächen⁴¹. Um 1865 kam der Cottbuser Weinbau endgültig zum Erliegen.

Auf dem Cottbuser Schwemmsandfächer nördlich von Cottbus lagen Weinberge bei Willmersdorf, Gr. Lieskow, Sielow, Briesen, Guhrow, Werben und Babow. 1587 gehörte zum Gute Willmersdorf auch ein Weinberg⁴². Nähere Nachrichten haben wir aber nur über die Werbener Weinberge⁴³. Der Weinbau wird hier erstmals im 16. Jahrhundert erwähnt. Bis zum Dreißigjährigen Kriege bestanden zwei Weinberge, von denen der eine nach dem Kriege nicht wieder instand gesetzt

Die Weinberge im
Osten von Cottbus.
(Ausschnitt aus der
Karte; Peitz in der
Lausnitz,
etwa Mitte
18. Jh., Britisches
Museum, London)



wurde. Auf dem anderen wurde noch bis in das 19. Jahrhundert hinein Wein angebaut. Am Südrande des Spreewaldes vermittelten die Weinberge von Krieschow und Eichow den Anschluß zum Calauer Weinbaugebiet.

Südlich von Cottbus lagen Weinberge bei Hänchen, Madlow, Gallinchen, Leuthen, Schorbus, Kl. Oßnig, Gr. Oßnig, Kl. Döbbern, Gr. Döbbern, Illmersdorf, Wiesendorf, Laubst, Steinitz und Geisendorf. Von den meisten dieser Weinberge kennen wir nur den Namen. Der Weinberg von Hänchen wird schon in einer Lehnurkunde der Familie von Zabeltitz 1597 als besonderes Besitzstück aufgeführt. 1842 gab es in Gallinchen noch 4, in Madlow 2 und in Kl. Oßnig 5 Morgen Weinberge. Der südwestlich des Dorfes gelegene Weinberg von Kl. Oßnig ist in dieser Gegend am längsten in Betrieb gewesen, nämlich bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts hinein⁵².

Nach Süden zu den Höhen des Niederlausitzer Landrückens hin klingen die Weinberge aus. Nach dem Ausweis von Flurnamen wurde Weinbau bei Wolkenberg, Stradow, Roitz und bei Spremberg betrieben. Die Spremberger Weinberge lagen östlich der Stadt am Georgenberg und auf Slamener Gemarkung zwischen der Altstadt und dem heutigen Bahnhofsgelände (heutiger Ortsteil „Weinberge“). In Verkaufsurkunden werden 1530 Weinberge bei Slamen, 1563 ein Weinberg am Zedlitzer Vorwerk und 1565 Weinberge bei der St. Barbara-Kapelle und auf Slamener Feldmark genannt. Anscheinend wurde in Spremberg noch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Weinbau betrieben, ein Lehnbrief über Weinbergszehnten von 1784 befand sich im Ratsarchiv⁵³. Östlich von Spremberg lagen Weinberge bei Muckrow, Gr. Luja, Kl. Loitz und Reuthen, sie bildeten den Übergang zum Weinbaugebiet von Forst-Triebel.

8. Weinbaugebiet von Forst-Triebel

Das Weinbaugebiet von Forst-Triebel erstreckte sich im wesentlichen über die westlich von Forst gelegenen Moränenplatten und reichte im Süden bis Muskau und Triebel, im Norden fand es Anschluß an das Gubener Weinbaugebiet. Von dem Sommerfelder Weinbaugebiet ist es durch die breite Zone der Pförtener Heide getrennt. Wir rechnen zu diesem Weinbaugebiet die Weinberge von

Bohrau, Weißack, Dubrau, Kl. Jamno, Forst, Scheuno, Kathlow, Sergen, Kompendorf, Gablenz, Gr. Schacksdorf, Gr. u. Kl. Kölzig, Döbern, Bohsdorf, Preschen, Jerischke, Wolfshain, Tschernitz, Zelz, Triebel, Kemnitz, Gr. Särchen sowie die von Muskau und Krauschwitz. Von den meisten dieser Weinberge ist ebenfalls nicht mehr als der Flurname bekannt. Der herrschaftliche Weinberg in Kl. Jamno ist schon bald nach 1629 eingegangen. Auch die Forster Weinberge, die im Süden der Stadt an der Straße nach Noßdorf lagen, sollen zum größten Teil im Dreißigjährigen Kriege aufgegeben worden sein⁵⁴, jedoch wurde noch um 1790 in der Stadt Forst „etwas Weinbau“ betrieben⁵⁵. Heute erinnert nur noch die „Weinbergstraße“ an den früheren Forster Weinbau.

Ausgedehnte Rebenanlagen trug der zur Herrschaft Forst-Pförten gehörige Scheunoer Weinberg am östlichen Neißetalrand. Zur Zeit der Bibersteiner (1380—1667) sollen hier oft über 100 Viertel Wein in einem Jahre erzeugt worden sein, welche größtenteils in die Stadt verkauft wurden. 1846 wurde der Weinbau nicht mehr im alten Umfang betrieben⁵⁴, 1852 betrug die Weinbergfläche noch 34 Morgen⁵⁴. Der Weinbau von Triebel wird erstmalig 1502 erwähnt, als den Triebeler Bürgern gestattet wurde, den eigenen Zuwachs an Wein in ihren eigenen Häusern zu verkaufen und auszuschänken⁵⁶. Die Triebeler Weinberge lagen südlich der Stadt. Hier gab es den „Bürger-Weinberg“ und den „Schloß-Weinberg“. 1756 trug der Triebeler Weinberg (wohl der zum Amte gehörende Schloß-Weinberg) 46 Viertel, 1757 $34\frac{3}{4}$ Viertel, 1758 22 Viertel weißen und roten Wein⁵⁷. 1790 waren die ehemaligen Weinberge bis auf den Amtsw Weinberg, der um diese Zeit jährlich im Durchschnitt 8 Viertel Wein trug, in Kornfelder verwandelt⁵⁸. Angeblich wurde auf dem Amtsw Weinberg noch bis in das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hinein Weinbau getrieben. Auch der Gr. Särchener Weinberg gehörte zum Amt Triebel. Ein Teil davon in Größe von rd. 11 Morgen wurde 1818 vererbpachtet⁵⁹.

9. Sommerfelder Weinbaugbiet

Das Sommerfelder Weinbaugbiet konzentrierte sich auf die nähere Umgebung von Sommerfeld und reichte in Ausläufern südwärts bis über Sorau hinaus. Im Nordwesten schloß es an das Gubener Weinbaugbiet an. In der seit 1482—1537 zu Brandenburg-Preußen (Kreis Krossen) gehörenden Stadt Sommerfeld wird der Weinbau bereits im 15. Jahrhundert mehrfach erwähnt⁶⁰. Als 1543 Schloß und Stadt Sommerfeld an Heinrich v. Pack verkauft wurden, wurden unter dem Zubehör des Schlosses auch die Weinberge „Kurtzmaul“, „Cottbusischer Berg“, „Sandberg, das Viertel genannt“ und „Eichberg“ aufgeführt, ebenso 1593 bei einer Belehnung von Schloß und Stadt Sommerfeld an die Gebr. v. Kottwitz⁶¹. 1667 wird der Weinwachs als der wichtigste Erwerbszweig Sommerfelds bezeichnet. Nachdem im Jahre 1666 der Wein durch Hagel zerschlagen und der Rest erfroren war, wurde der Stadt ein vierjähriger Aufschub bei der Abzahlung ihrer Schulden zugestanden⁶¹. Nach Wedekind⁶² war der Sommerfelder Weinbau noch während der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts bedeutend und man gewann hier in guten Jahren gegen 3000 Eimer. Allmählich aber wurden viele Weinberge zu Ackerland gemacht, besonders nach dem harten Winter von 1740. Die Weinlese des Jahres 1789 ergab nur noch 188 Eimer 18 Quart⁶³, und 1797 wurden von 69 Weinbergen und 3 Weingärten 106 Viertel 20 Quart Wein gewonnen⁶⁴, in den besten Jahren 150 Viertel¹⁸. 1845/46 bestanden noch etwa 15 kleinere und größere Weinberge, und 1852 betrug die Weinbaufläche 55 Morgen

24 QR. Damals deckte der Weinbau jedoch nicht mehr die Bestellungskosten²⁴. Noch 1902 verzeichnet die Statistik in Sommerfeld 3 ha im Ertrage und 2,6 ha nicht im Ertrage stehende Weinbauflächen²⁵. Später erinnerten nur noch einige frühere Winzerhäuschen sowie die „Weinbergstraße“ und der „Winzersteg“ an den früheren Weinbau. Die Sommerfelder Weinberge befanden sich sowohl westlich der Stadt in Richtung auf Dolzig als auch im Südosten bei Hinkau, dessen St. Hedwigskirche inmitten von Weinbergen gelegen war.

In einem Umkreis von 10 km um Sommerfeld lagen auch die meisten anderen Weinberge des Sommerfelder Weinbaugebietes: im Norden die von Seebigau, Merke, Räschen, Leuthen und Göhren, im Osten von Baudach, Belkau, Altwasser, Muckrow, Tauchel, Sablath, Guschau, Witzen, Berthelsdorf, Meinsdorf und Gassen, im Süden von Gablenz, Liesegar, Gühlen, Brinsdorf, Jüritz, Jessen, Schniebinchen, Drehne und Niewerle, im Westen von Dolzig. Besonders ausgedehnt waren die Weinberge bei Meiersdorf und Witzen, wo es neben bauerlichen Weinbergen auch solche der Herrschaft Sorau gab. Um 1700 wurde der Ertrag dieser Weinberge auf mehr als 200 Viertel berechnet⁶⁵. Ende des 18. Jahrhunderts wurde Weinbau noch an folgenden dieser Orte betrieben (in Klammern Weinertrag 1788 in Vierteln): Seebigau, Merke, Räsche (zus. 12), Tauchel (8), Guschau (20), Witzen (14), Meiersdorf (60—70), Berthelsdorf (6), Gassen (25), Liesegar (7), Jessen (7), Niewerle (13) und Dolzig (12)⁶⁵. In Witzen gab es 1852 noch 28 Morgen bauerliche Weinberge²⁴, 1864 aber nur noch 2¹². Ebenso lange hielt sich auch der Weinbau in Guschau und Gassen. Gassen hatte 1868 noch 2 Morgen 79 QR Weinbaufläche, doch war der Ertrag nur in seltenen Fällen so ergiebig, daß Wein gekeltert werden konnte⁶⁶. Am längsten bestand der Weinbau in Meiersdorf, wo noch 1902 0,3 ha allerdings nicht mehr im Ertrage stehende Rebenflächen registriert wurden⁶⁷. Südlich des Sommerfelder Kerngebietes zogen sich Weinberge bis auf die höher gelegenen Flächen der Sorauer Platte hinauf. Im westlichen Teil der Sorauer Platte besaßen Teuplitz, Niemaschkleba und Tzschecheln Weinberge, im mittleren Linderode, Brestau, Schöneich, Gersdorf, Laubnitz, Syrau und Droskau, im nordöstlichen Reinswalde, Friedersdorf, Nißmenau und Billendorf. Der Weinberg von Nißmenau bestand noch 1852, er war damals 6 Morgen 138 QR groß und brachte in besseren Jahren einen Ertrag von 6—8 Eimern²⁴. Auch Sorau hatte einst seinen Weinberg, der nördlich der Stadt an der Petrikirche gelegen war. Nähere Angaben über den Sorauer Weinbau fehlen gänzlich, er ist sicher nicht sehr bedeutsam gewesen. Ob ein 1501 unter dem Personal der Herrschaft Sorau angeführter Winzer hierher oder zu den herrschaftlichen Weinbergen bei Meiersdorf gehörte, bleibt unklar⁶⁸. Einen weiteren Weinberg hatte der Sorauer Kaufmann Petri gegen Ende des 18. Jahrhunderts in Zusammenhang mit einem Lusthaus und einer Parkanlage auf der sogenannten Hermannsbleiche angelegt⁶⁹, wobei es sich aber mehr um eine Gartenlaune gehandelt haben dürfte. Östlich von Sorau lagen Weinberge bei Wellersdorf und Marsdorf, die beide, je 3 Morgen groß, noch 1852 in Nutzung standen²⁴. In Kunzendorf südöstlich von Sorau wird 1546 „ein Weinberg, der neulich angelegt ist“, genannt⁷⁰. Im benachbarten Zedel ist Weinbau durch Flurnamen belegt. Südlich von Sorau gab es Weinberge bei Albrechtsdorf und Ober-Ullersdorf. Das Rittergut Ober-Ullersdorf betrieb noch 1852 auf zwei Bergen Weinbau, während ein dritter Weinberg um 1810 eingegangen war²⁴. Nicht weit davon entfernt lag hart jenseits der Landesgrenze ein noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts verzeichneter Weinberg bei Liebsen.

10. Bober-Weinbaugebiet

An dem Bober-Weinbaugebiet, das sich von Naumburg aus auf den beiderseitigen Bobertalhängen bis dicht vor Krossen hinzog, hatte die Niederlausitz nur bei Christianstadt, Zeschau, Kriebau und Legel Anteil. Der Weinbau hat sich in diesem Gebiet relativ lange gehalten. In Christianstadt gab es 1868 noch 8,8 Morgen Weinbaufläche, doch war der Weinertrag nur selten so ergiebig, daß Wein gekeltert werden konnte⁶⁶. In Kriebau gab es 1864 noch 1,3 Morgen Weinberge, und in Legel, wo 1845 vier Weinberge bestanden und 1852 der Weinbau „mit Fleiß betrieben“ wurde, werden sogar 1902 noch 1,1 ha Weinbaufläche, wenn auch nicht mehr im Ertrage stehend, ausgewiesen⁷¹.

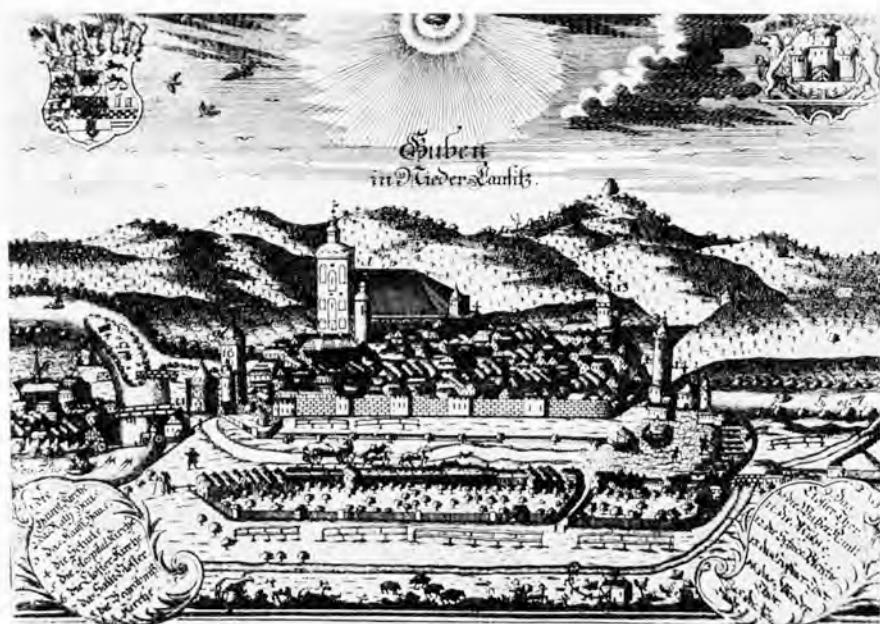
11. Gubener Weinbaugebiet

Das Gubener war nicht nur das größte, sondern auch das wirtschaftlich wichtigste Weinbaugebiet der Niederlausitz. Mittelpunkt war die Stadt Guben, wo der ausgedehnte Staumoränenzug der Gubener Berge weithin mit Weinbergen bedeckt war. Von hier aus erstreckte sich das Gubener Weinbaugebiet im Süden über das „Alte Land“ bis Pforten und westlich der Neiße über die Grundmoränenplatten des Gubener Landes, im Norden bis über Fürstenberg hinausreichend.

In Guben gehörte der Weinbau jahrhundertlang zu den wichtigsten Erwerbsquellen der Bürgerschaft⁷². Erstmals wird er im Jahre 1280 erwähnt, als Markgraf Heinrich der Erlauchte der Stadt Guben die Erlaubnis erteilte, die Viehweide bei der Stadt zu Wein- und Hopfengärten zu verwenden. 1306 stand der Gubener Weinbau bereits in Blüte, denn damals gab Markgraf Herrmann den Bürgern das Recht, mit Bewilligung des Rates ein Vierteljahr lang Bier und Wein zu verkaufen. Verschiedene Zeugnisse lassen erkennen, daß der Gubener Wein schon im 14. Jahrhundert einen wichtigen Exportartikel darstellte, der vor allem in die Ostseeländer verhandelt wurde. Als „*Gubbin, urbs vinifera*“ wird die Stadt 1433 vom Stadtschreiber von Kulm in Westpreußen bezeichnet, und 1714 nannte man sie „*die von altersher berühmte Wein-Stadt Guben*“. Welche hervorragende Bedeutung der Weinbau einst für die Bewohner der Stadt gehabt hat, erhellt u. a. aus den seit 1430 erhaltenen Stadtbüchern, in denen sich ungefähr die Hälfte aller Eintragungen auf Weinberge bezieht⁷³. In den um 1525 einsetzenden handschriftlichen Annalen verschiedener Gubener Bürger gehören die Berichte über Weinwachstum und Weinerträge zu den alljährlich wiederkehrenden Eintragungen⁷⁴. In dem guten Weinjahr 1545 z. B. wurden 1000 Fuder (4000 Viertel) Wein eingebracht, 1547 971 Fuder blanker und 547 Fuder roter, 1548 608 und 300 Fuder. Um 1720 hieß es sprichwörtlich: „*Guben hat mehr Weinberge als Tage im Jahr*“⁷⁵. Im 18. Jahrhundert wurden auf den Gubener Weinbergen jährlich 1500–2000 Viertel, in guten Weinjahren bis zu 3000 Viertel Wein gewonnen⁷⁶. Nach Looke⁷⁶ gab es um 1800 bei Guben gegen 1000 Weinberge, auf denen im Durchschnitt jährlich 8000 Eimer geerntet wurden⁷⁷. Nach der Inbetriebnahme der Eisenbahn (1846) ging der Weinbau in Guben schnell zurück. Seit Anfang der fünfziger Jahre wurde ein beträchtlicher Teil des Weines, namentlich die besseren Sorten, als Trauben verkauft und vielfach nach auswärts versandt, während nur noch die geringeren Sorten zur Presse kamen. Versteuert wurden im Jahre 1859: 767 Eimer, 1860: 1010 Eimer, 1861: 220 Eimer⁷⁸. 1868 gab es in Guben noch 600 Morgen Weinbaufläche, jedoch wurde nur noch auf 100 Morgen Wein zum Keltern gebaut, der jährliche Ertrag belief

sich auf 1000—1200 Eimer Wein⁶⁶. 1878 betrug die Weinbaufläche in Guben 51 ha, 1885: 30 ha, 1889: 20 ha, 1900: 4 ha⁷⁹, 1902 nur noch 2 ha²². Schon 1863 hatte die Stadtbehörde zum letzten Male den Beginn der Weinlese festgesetzt, und seit Mitte der 60er Jahre wurde auch das kirchliche Weinlesedankfest nicht mehr gefeiert. Als Seltenheit fanden sich um 1925 noch kleine Rebenanlagen in besonders guter Lage an der Grünen Wiese⁷⁹, wenig später waren auch diese verschwunden.

Anteil an dem Rebengelände der Gubener Berge hatten außer der Stadt Guben auch die benachbarten Dörfer Germersdorf und Mückenberg. In Germersdorf wurden noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in günstigen Jahren gegen 200 Eimer Wein geerntet. Unmittelbar östlich schlossen sich die Weinberge von Bösitze an, die 1852 eine Größe von 18 Morgen aufwiesen²⁴. Am gleichen Höhenrand lagen weiter östlich die Weinberge von Saude, Pohlo und Grocho. Nach Berghaus wurde der Weinbau in Saude 1830 eingestellt, doch verzeichnet das Kataster von 1864 noch eine Weinbaufläche von 3,3 Morgen. Auch in Grocho gab es 1864 noch Weinbauflächen von 0,5 Morgen¹². Nicht weit südlich von Grocho bestanden Weinberge bei Zschiegern, Dobern und Kalke. Auf dem die Gubener Talniederung südlich begrenzenden Höhenzug lagen die Weinberge von Beesgen und Schernowitz sowie ein im Dreißigjährigen Kriege wüst gewordener Weinberg des Ordensamtes Schenkendorf⁸⁰. Die Weinberge von Schernowitz werden 1748 als „die vornehmsten“ der Niederlausitz bezeichnet⁸¹. Zusammen mit denen von Beesgen lieferten sie um 1790 einen jährlichen Ertrag von 20 Vierteln⁵⁵. 1864 werden hier noch 6,1 Morgen Weinland registriert, während



Guben in der Mitte des 18. Jahrhunderts
Im Norden der Stadt die mit Weinstöcken besetzten Gubener Berge

nach Berghaus der Weinbau schon um 1820 eingestellt worden ist. Ein Wein-
garten bei Amtitz wird bereits 1459 in einem Lehnbrief erwähnt⁸². Später gab
es hier drei Weinberge, davon einen östlich von Amtitz in der Carolather Forst
unweit des Dorfes Wald. Die beiden anderen lagen westlich von Amtitz, und
zwar der vorderste zwischen der Chaussee und der Bahnlinie, der hinterste je-
nseits der Bahn. Um 1790 betrug der Weinertrag in Amtitz 12 Viertel⁵⁵, 1830
wurde der Weinbau wegen Unergiebigkeit eingestellt²⁴. Von Weinbergen bei
Starzeddel erfahren wir aus Lehnbriefen von 1565, 1618 und 1648⁸³.

Eine Kette von Weinbergen zog sich auf den Randhügeln des Werderflüsschens
entlang. Im Süden gab es Weinberge bei Pforten, Nablat, Leipe, Marienhain,
Hohen-Jehser, Nieder-Jehser und Zauchel. Drei Kilometer östlich von Pforten
lag *„der ziemlich hohe Berg bey dem Dorf Beitsch in der Herrschaft Pforth. Die
Hochadelige Herrschaft von Wiedebach hat auf dem Gipfel dieses Berges ein an-
muthiges Lust-Haus aufbauen lassen, die Natur aber hat ihn mit einer sonderbar
hohen Fichte gezieret, die man etliche Meilwegs sehen kann. Er ist übrigens mit
Weinstöcken belegt, und weil in der Nachbarschaft alles flach und eben ist, so gibt
er einen ansehnlichen Prospekt“* (1748)⁸⁴. Um diese Zeit lieferten die Reben-
anlagen dieses Berges einen Ertrag von 25 Vierteln à 144 Kannen⁸⁵. Um 1790
bewegte sich der Weinertrag noch in der gleichen Höhe (*„gegen 24 Viertel“*).
1852 war der Weinbau nach Berghaus bereits eingegangen, während die amt-
liche Statistik noch 1864 Weinbauflächen von 4,1 Morgen verzeichnet¹². Werder-
abwärts befanden sich Weinberge bei Datten, Kummeltitz, Oegeln, Weltho, Jeß-
nitz, Liebesitz und Reichersdorf, etwas abseits davon bei Neudörfel und Birken-
berge. Die nördlich des Dorfes gelegenen Dattener Weinberge waren bereits 1846
nicht mehr in Nutzung⁵⁴, dagegen hatte Kummeltitz noch 1864 eine Weinbau-
fläche von 0,9 Morgen¹². In Oegeln belief sich der Weinertrag 1788 auf 18 Vier-
tel⁵⁵, noch 1864 wurde hier auf 5,5 Morgen Wein angebaut¹². In Weltho gab es
1723 *„einige wenige Weinberge, so die Untertanen bauen“*¹³⁶, auch 1852 wurde
hier noch ein, wenn auch höchst unbedeutender Weinbau betrieben²⁴, 1864 betrug
die Weinbaufläche 6 Morgen. Auch in Neudörfel und Birkenberge bestanden noch
1864 Rebanlagen in Größe von 0,4 bzw. 4,1 Morgen¹².

Auch die meisten Dörfer an den östlichen Neißetalhängen betrieben Weinbau. In
Mehlen gab es 1852 5,26 Morgen gutsherrliche und 2,164 Morgen bäuerliche Wein-
berge, für Strega wurde noch 1864 eine Weinbaufläche von 0,8 Morgen registriert.
In Pohsen war der Weinbau 1852 bereits erloschen, in Markersdorf ist er um
1820 eingestellt worden²⁴. In Sadersdorf besaßen um 1660 die Bauern, zwei
Gärtner und acht Büdner zusammen 18 Weinberge⁸⁶. Noch 1864 wurde hier Wein-
bau betrieben, doch war die Weinbaufläche inzwischen auf 0,1 Morgen zusam-
mengeschrumpft¹².

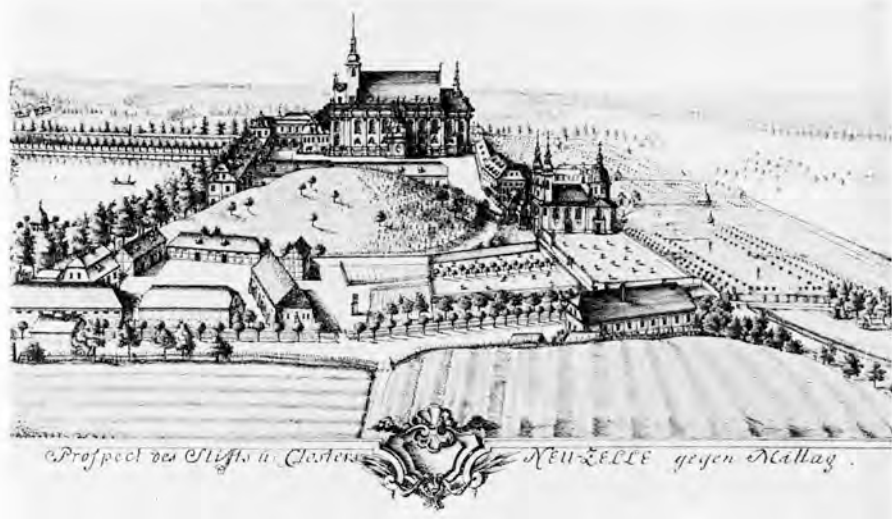
Von den im Nordosten von Guben gelegenen Dörfern haben außer dem schon
genannten Germersdorf auch Kl. Drenzig, Wallwitz, Buderose und Kuschern den
Weinstock angebaut. Um 1790 hatte das Rittergut Drenzig einen Weinertrag
von 20 Vierteln⁵⁵. 1864 betrug die Weinbaufläche in Kl. Drenzig noch 2,3 Mor-
gen, in Wallwitz 0,4 und in Buderose 1 Morgen¹². Auf der Gemarkung Kuschern
lag um die Mitte des 18. Jahrhunderts ein kleiner Weinberg nordwestlich vom
Borack-See⁸⁷, 1852 war vom Weinbau jedoch *„kaum die Probe vorhanden“*²⁴.

Auf der Moränenplatte der Lieberoser Hochfläche westlich der Neiße zogen
sich die Weinberge an den Neißetalabhängen und in einem breiten Streifen

parallel zum Neiße- und Odertal hin⁸⁸. Die ehemaligen Weinberge von Heinersbrück am Südrand der Hochfläche sind lediglich durch den Flurnamen „Hinter den Weinbergen“ belegt. Recht ausgedehnt war der Weinbau in den Dörfern des Ordensamtes Schenkendorf um die Mitte des 17. Jahrhunderts. Nach dem kurz vor 1660 entstandenen Schenkendorfer Amtsbuch gab es damals in Griefen 19, in Taubendorf 18, in Großgastrose 15, in Kerkwitz 16, in Schlagsdorf 14 und in dem zum Ordensamt gehörenden Teil von Atterwasch 7 bäuerliche Weinberge. Außerdem lag in Schlagsdorf ein großer Weinberg des Ordensamtes, der im Jahre 1654 einen Ertrag von 22 Vierteln weißen und 19 Vierteln roten Wein geliefert hatte⁸⁹. In Kerkwitz bestand der Weinbau bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. 1856 betrug die Weinbaufläche 31 Morgen 48 QR, der jährliche Ertrag belief sich auf 40 Eimer²⁴, 1864 werden noch 4,9 Morgen Weinbaufläche verzeichnet¹². Das Schlagsdorfer Rebengelände war 1868 noch 30 Morgen groß und lieferte einen Ertrag von 10 Eimern⁹⁰. Atterwasch erzielte um 1790 einen jährlichen Weingewinn von 10 Vierteln³⁵, noch 1864 besaß es eine Weinbaufläche von 0,2 Morgen. Auch in Grabko hatte 1864 der Weinbau noch nicht aufgehört, die Statistik verzeichnet für dieses Jahr 2,1 Morgen Rebfläche¹². Bärenklau hatte 1723 zwei Weinberge, von denen der eine auf dem heutigen „Winzerberg“ südöstlich des Dorfes, der andere bei der Untermühle lag³⁶.

Recht ausgedehnt war der Weinbau auf den Abhängen der Kaltenborner Berge, einem bis 117 m aufragenden Staumoränenzug am Westrand des Neißetales. Schon 1449 werden Weinberge bei „Caltborn“ erwähnt. 1562 gab es hier 38, 1573: 43 und 1670: 49 Weinberge, die nicht nur den Bewohnern von Kaltenborn, sondern auch Besitzern aus Guben, Cottbus, Schlagsdorf, Gubichen, Pohnsen und Atterwasch gehörten⁸⁰. Um 1790 belief sich der Weinertrag zu Kaltenborn auf jährlich 40—50 Viertel⁵⁵. Seit 1852 ging der Weinbau dann zunehmend zurück. 1864 bestanden nur noch 4,7, 1868 2 Morgen Weinbaufläche, welche einen Ertrag von 4 Eimern lieferten⁶⁶. In Deulowitz wird der Weinbau erstmalig 1700 erwähnt. Zwischen 1780 und 1790 wurden hier sogar ganz neue Weinberge angelegt. Das 1845 aufgenommene Meßtischblatt verzeichnet bei Deulowitz zwei kleine Weinberge. 1864 betrug die Weinbaufläche 1,2 Morgen¹². Die an den Neißetalhängen westlich von Guben, der sogenannten „Berglehne“, gelegenen Reichenbacher Weinberge werden zuerst 1554 genannt. 1562 besaß das Gubener Nonnenkloster hier 11 Morgen Weinberge⁹⁰. 1673 hatten 15 Besitzer aus Reichenbach je einen Weinberg⁹¹. 1852 werden für Reichenbach 26 Morgen 143 QR Weinbauflächen aufgeführt²¹, 1864 jedoch nur noch 5,6 Morgen¹².

Die ehemaligen Weinberge bei Wilschwitz, Krayne, Lübbichen, Groß-Drewitz, Lauschütz und Bomsdorf sind nur durch Flurnamen belegt. In Grano, wo bereits 1723 ein Winzer genannt wird, bestand noch 1864 eine Rebfläche von 1 Morgen¹². In Sembten war der herrschaftliche Weinberg 1852 bereits eingegangen²¹. In Groß Breesen wird der Weinbau erstmalig 1719 erwähnt. Außer den Rittergütern der verschiedenen Dorfanteile besaßen auch Bauern Weinberge. Noch 1864 wird hier eine Weinbaufläche von 14,1 Morgen registriert¹². In Bresinchen reichen die Nachrichten über den Weinbau bis in das 16. Jahrhundert zurück. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts gab es hier zwei dem Kloster Neuzele gehörende Weinberge von zusammen 6 Morgen 242 QR sowie drei kleine bäuerliche Weinberge⁹². Noch 1864 wird die Weinbaufläche für Bresinchen auf 8,2 Morgen beziffert¹². In Steinsdorf, wo im 17. Jahrhundert mehrfach Weinberg, Winzer und Weinbergsarbeiten erwähnt werden, war der Weinbau schon



*In der Mitte der Weinberg „Die Scheibe“
(Aus dem Neuzeller Stiftsatlas, um 1750)*

bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts erloschen⁹³. Auch in Ratzdorf scheint um 1750 kein Weinbau mehr bestanden zu haben, die südlich des Dorfes gelegenen „Weinberge“ waren damals offensichtlich schon Ackerland. In Wellmitz wird Weinbau schon im 16. Jahrhundert erwähnt, weitere Belege liegen für das 17. und 18. Jahrhundert vor. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts besaßen 28 Bauern und 9 Gärtner Weinberge, einige sogar mehrere (bis zu vier); acht Weinberge werden jedoch als „wüst“ oder „ziemlich wüst“ bezeichnet. 1844 verzeichnet das Ur-Meßtischblatt nur noch zwei kleine Rebenparzellen.

Für Streichwitz, Henzendorf, Bahro, Ossendorf, Kobbeln, Möbiskrüge und Lawitz bilden gleichfalls nur Flurnamen wie „Weinberg“ und „Weinberge“ die einzigen Belege für einen früheren Weinbau. Da der sehr eingehende Neuzeller Stiftsatlas in diesen Dorfemarkungen keinen Weinbau mehr nachweist, dürfte er hier schon vor der Mitte des 18. Jahrhunderts erloschen sein. In Neuzelle gab es damals drei dem Kloster Neuzelle gehörende Weinberge: „Die Scheibe“ (2 Morgen 179 QR), den „Priorsberg“ (10 Morgen 216 QR) und einen dritten Weinberg an der Streichwitzer Grenze von 5 Morgen 28 QR. Nach der Aufhebung des Klosters 1817 wurden die Weinberge von der Stiftsverwaltung verpachtet. 1853 waren in der gesamten Standesherrschaft Neuzelle noch 17 Morgen 113 QR Weinberge vorhanden, davon in Bresinchen, Diehlo und Kummerow 6 Morgen 136 QR, die restlichen wohl in Neuzelle. Wenig später ist der Weinbau in Neuzelle endgültig eingegangen. Im benachbarten Kummerow scheint der Weinbau erst nach 1750 aufgenommen worden zu sein, da der Neuzeller Stiftsatlas noch keinen Weinberg verzeichnet, 1852 jedoch $\frac{3}{4}$ Morgen bäuerliche Weinberge bestanden⁹⁴. Umfangreicher Weinbau wurde ehemals auf dem Endmoränenzug der Diehloer Berge westlich von Fürstenberg betrieben, deren Osthänge im 18. Jahrhundert weithin von Weinbergen bedeckt waren. Hauptsächlich gehörten diese auf Fürstenberger Gemarkung gelegenen Wein-



*Blick über einen Teil des ehem. Weinberggeländes
an den Osthängen der Diehloer Berge bei Fürstenberg*

berge den Bewohnern von Fürstenberg, doch besaßen auch die Dörfer Vogel-
sang, Schönfließ, Lawitz und Diehlo hier Rebanlagen. Seit alters her (schon im
15. Jahrhundert erwähnt) hatte auch das Kloster Neuzelle hier zwei Weinberge
mit einer Größe von zusammen 5 Morgen 278 QR. Außer auf den Diehloer
Bergen bestanden bei Fürstenberg noch Weinberge unmittelbar südlich und
nördlich der Stadt an den Abhängen zur Oder. In der Mitte des 18. Jahrhun-
derts gab es auf der Stadtgemarkung Fürstenberg insgesamt 106 Morgen 191 QR
Weinberge und Gärten. 1790 wird der Fürstenberger Weingewinn auf 20 Viertel
bezziffert. 1853 zählte man auf den Diehloer Bergen noch 30 Morgen Weinberge,
die aber nur geringe Mengen schlechten Weins lieferten. Nur wenig Wein wurde
noch gepreßt, der meiste in Trauben hauptsächlich nach Frankfurt verkauft.
Auch in der nördlich anschließenden Gemarkung Schönfließ wurde Weinbau be-
trieben, wie die Flurnamen „Weinberg“ und „Der alte Weingarten“ ausweisen.
Um 1670 beklagten sich die Schönfließler, daß sie ihren jährlichen Zuwachs an
Wein um eine geringe Kaufsumme an das Kloster verkaufen mußten, obwohl
sie ihn anderswo teurer verkaufen könnten. Der 1673 abgeschlossene Rezeß
legte daraufhin fest, daß den Schönfließern frei stehe, den eigenen Wein zu ver-
kaufen, an wen sie wollten. Schon der Neuzeller Stiftsatlas verzeichnet bei
Schönfließ aber keine Weinbauflächen mehr, so daß der Weinbau hier schon vor
der Mitte des 18. Jahrhunderts verschwunden ist. In Pohlitz dagegen bestand
noch 1902 eine Weinbaufläche von 1 ha. Auch das weiter nördlich gelegene
Rießen betrieb den Weinbau. Der Neuzeller Stiftsatlas verzeichnet hier auf der
Flur „Weinberg-Stücke“ drei kleine Weinberge. Ein südwestlich von Wiesenau
(Krebsjauche) gelegener Weinberg ist nur durch den Flurnamen belegt.

Zur zeitlichen Schichtung des niederlausitzer Weinbaus

Es ist nicht möglich, einen auch nur annähernd genauen Überblick über die zeit-
liche Schichtung des niederlausitzer Weinbaus zu geben, da die Unterlagen für
die älteren Zeiten außerordentlich spärlich sind und auch für die neueren Zeiten
die Quellen nicht allzu reichlich fließen. Lediglich das Ausklingen des Weinbaus
läßt sich mit einiger Deutlichkeit verfolgen. Nachstehend sei das Material kurz
zusammengestellt.

Über die Anfänge des niederlausitzer Weinbaues haben wir keine Nachrichten. Nach übereinstimmender Meinung aller Autoren, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, ist der Weinbau während der mittelalterlichen Kolonisation im 12. und 13. Jahrhundert durch deutsche Einwanderer aus Franken und dem Rheingebiet eingeführt worden. Für einen Weinbau bereits in slawischer Zeit gibt es keinerlei Belege⁹⁴. Vielfach wird den Klöstern ein besonderer Einfluß bei der Einführung und der Ausbreitung des Weinbaus zugeschrieben. Ob diese für andere Gebiete sicher gültige Feststellung auch für die Niederlausitz zutrifft, bleibt indessen fraglich und kann aus den vorliegenden Quellen heraus nicht entschieden werden. Das schnelle Aufblühen des Weinbaues bei den Städten legt vielmehr die Vermutung nahe, daß der Weinbau vor allem durch die Schicht der städtischen Bürger gefördert worden ist. Aber auch Adel und Bauernschaft dürften von Anfang an eine Rolle bei der Ausbreitung des Weinbaus in der Niederlausitz gespielt haben.

Daß schon bald nach der deutschen Besiedlung des Landes Weinberge angelegt worden sind, zeigt eine Doberluger Urkunde vom Jahre 1210. Damals schenkte Markgraf Konrad dem Kloster Doberlug u. a. die Zehnten von einem Weinberg in Schlabendorf bei Luckau. 1280 gestattete Markgraf Heinrich den Bürgern von Guben, die Viehweide um die Stadt zu Hopfengärten und Weinbergen zu verwenden. Wir müssen wohl annehmen, daß der Ausweitung des Weinbauareals Schwierigkeiten durch die mittelalterliche Agrarordnung erwachsen, und zwar dergestalt, daß die Inanspruchnahme von Allmendeflächen (gerade die für den Weinbau günstigsten Hanglagen dürften wegen ihrer Steilheit nicht zum Hufenland gehört haben) nicht ohne weiteres möglich war und erst der Zustimmung des Landesherrn bedurfte. Ein weiteres Beispiel für einen derartigen Vorgang haben wir in Luckau, wo 1367 Herzog Bolko der Stadt gestattete, Weingärten in beliebiger Zahl anzulegen, und zwar vor allem auf dem Berge, auf dem das Gericht stand.

Im 14. Jahrhundert war der Weinbau in Guben bereits in Flor und seine Produkte bildeten einen wichtigen Handelsartikel. Das Landregister der Herrschaft Sorau vom Jahre 1381 enthält an sechster Stelle der zollpflichtigen Waren neben „gutem Wein“ auch Landwein, worunter sicher einheimischer, d. h. in der Niederlausitz erzeugter Wein zu verstehen ist. Für ein Faß Landwein bezahlte man drei Groschen Zoll⁹⁵. In diesem Landbuch werden bei den einzelnen Dörfern der Herrschaft Sorau zwar ständig Gärten erwähnt, aber keine Weinberge, selbst nicht bei solchen Dörfern, die später ausgedehnten Weinbau betrieben haben, z. B. Witzen. Kann man daraus folgern, um 1380 habe in diesem Gebiet noch kein Weinbau bestanden? Es ist durchaus möglich, daß man die Weinberge nicht für erwähnenswert gehalten hat, wie ja von den späteren Amts- und Erbbüchern auch nur wenige die Weinberge mit anführen. Auch anderenorts in der Niederlausitz muß eine relativ späte Erwähnung des Weinbaues eher als quellenbedingte Lücke denn als Beweis eines Nichtvorhandenseins gewertet werden.

Auch im 15. Jahrhundert bleiben die Nachrichten über den niederlausitzer Weinbau spärlich. Eine bedeutende Rolle spielte der Weinbau weiterhin in Guben, wo uns, wie bereits erwähnt, in den 1430 einsetzenden älteren Stadtbüchern zahlreiche Zeugnisse dafür vorliegen. Sonst aber ist der Weinbau für dieses Jahrhundert nur noch für die Dörfer Schlagsdorf, Kaltenborn und Amtitz, das Kloster Neuzelle und die Städte Sommerfeld und Senftenberg zu belegen. Aus ver-

schiedenen urkundlichen Erwähnungen für Sommerfeld läßt sich entnehmen, daß auch dort der Weinbau einen ziemlichen Umfang erreicht hatte. Erst im 16. Jahrhundert fließen die Quellen reichlicher. Nicht nur für die meisten niederlausitzer Städte, sondern auch für eine ganze Reihe von Dörfern liegen jetzt Nachweise vor.

In erster Linie wird man diese vermehrten Zeugnisse natürlich als Ausdruck einer günstigeren Überlieferung zu werten haben. Es liegen daneben aber doch einige Angaben vor, die darauf hindeuten, daß der niederlausitzer Weinbau im 16. Jahrhundert, wahrscheinlich durch eine klimatisch günstige Periode mit vielen guten Weinjahren gefördert, einen gewissen Höhepunkt erreicht hat. Vor allem hören wir jetzt von Neuanlagen von Weinbergen. So berichtet eine Gubener Chronik⁹⁶ zum Jahre 1541, daß um diese Zeit die Bauern auf den Dörfern angefangen hätten, Weinberge anzulegen und auch schon ziemlich viel Wein gewonnen hätten, wodurch der Absatz des Stadtweins einen merklichen Rückgang erlitten habe. Auf den Kaltenborner Bergen bei Guben gab es 1562 38 Weinberge, darunter ein „*stücke ackers, darauß ein Weinbergk gemacht*“, 1573 aber bereits 43, von denen vier ausdrücklich als „*neue*“ bzw. „*neuerbaute*“ Weinberge bezeichnet werden⁹⁷. 1574 wurden drei Gebrüder von Zabeltitz mit Laasow bei Calau und „*dem neuen Weinberg*“ belehnt⁹⁷. Von einem „*neulich*“ angelegten Weinberg hören wir 1546 aus Kunzendorf bei Sorau.

Anfang des 17. Jahrhunderts scheint indessen eine rückläufige Tendenz eingesetzt zu haben, denn in Witzten bei Sommerfeld wandte sich 1621 die dortige Grundherrschaft scharf gegen das Bestreben einiger Bauern, ihre Weinberge in Äcker umzuwandeln: „*Weil etzliche unter den Wendischen ihre Weinberge eingehen lassen und Äcker daraus machen und dem Wein-Genieß schaden, so sollen sie die Weinberge in Acht nehmen, denn Ibro Gnaden (der Graf Promnitz) wird Aufsicht geben, und wenn einer darin gesäet hat, soll er nicht allein um das Getreide kommen, sondern auch noch bestraft werden*“⁹⁸.

Der Dreißigjährige Krieg mit seinen auch in der Niederlausitz schweren Verwüstungen und Menschenverlusten hat den niederlausitzer Weinbau sicher empfindlich gestört, doch dürfen die Auswirkungen dieses Krieges auf den Weinbau auch nicht überschätzt werden. Gewiß wurden manche der verwüsteten Weinberge nach dem Kriege nicht wieder hergerichtet, wie z. B. der herrschaftliche Weinberg in Kl. Jamno bei Forst und der Weinberg bei der Jankemühle im Amt Friedland. Auf den Dreißigjährigen Krieg wird auch das Zurückgehen bzw. Aufhören des Weinbaues in Forst, Cottbus und Luckau zurückgeführt. Aber an den meisten Orten hat sich der Weinbau doch gehalten und gelangte in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zu einer neuen Blüte. Auf den Kaltenborner Bergen bei Guben finden wir 1670 sechs Weinberge mehr als 1573. Um diese Zeit besaßen in den Schenkendorfer Amtsdörfern und in Wellmitz, für die eingehendes Quellenmaterial zur Verfügung steht, fast alle Bauern und ein großer Teil der Kossäten und Büdner Weinberge. Auch in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts wurde der Weinbau trotz einer Reihe ungünstiger Weinjahre um die Jahrhundertwende noch vielerorts eifrig betrieben, wie aus den 1723/25 erhobenen Angaben für die geplante Zürnersche Landesbeschreibung von Sachsen hervorgeht. Von einer Neuanlage von Weinbergen hören wir 1725–29 aus Hartmannsdorf bei Lübben. Andererseits gab es bei Cottbus 1718 auch sogenannte alte Weinberge, „*davon aber weder Stock noch Stiel von Weinbergen, sondern*

nur Ackerfeld zu sehen“⁹⁹. Einen schweren Schlag erlitt der niederlausitzer Weinbau dann aber durch den äußerst harten Winter 1739/40, in dem nahezu alle Weinstöcke zugrunde gingen. Jetzt wurden zahlreiche Weinberge aufgelassen, und so treffen wir z. B. in dem zwischen 1750 und 1760 aufgenommenen Neuzeller Stiftsatlas bei vielen Dörfern auf „Weinberge“, auf denen kein Weinbau mehr betrieben wurde. Aufgegeben wurden vor allem die weniger guten Weinbaulagen, während auf den günstigeren Standorten der Weinbau meist wieder weitergeführt wurde. Verschiedentlich hören wir aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auch von Neuanlagen von Weinbergen, z. B. von Deulowitz bei Guben, Lübben, Luckau und Sorau, doch handelte es sich dabei z. T. mehr um eine Art Liebhaberei als um eigentliche wirtschaftliche Belange. Im allgemeinen spüren wir in dieser Zeit bereits deutlich einen Rückgang des Weinbaues, wobei die Ausbreitung des Kartoffelbaus¹⁰⁰, der die Landwirtschaft krisenfester gestaltete, günstigere Erzeugerpreise für Getreide¹⁰¹ und überhaupt gewisse ökonomische Überlegungen¹⁰², aber auch eine Änderung in den Trinkgewohnheiten¹⁰³ eine Rolle gespielt haben. Ungünstig wirkten sich auch die erhöhten Zölle und Einfuhrbeschränkungen des Merkantilismus aus, wodurch z. B. der früher blühende Weinexport von Guben völlig zum Erliegen kam¹⁰⁴. Immerhin gab es um 1790 im Markgraftum Niederlausitz (also ohne Cottbus und Sommerfeld) noch 780 Morgen Weinberge³⁸. Der schneelose harte Winter 1802 zu 1803, in dem die meisten Weinstöcke erfroren, und die bald darauf folgenden Notjahre der Napoleonischen Kriege förderten den Rückgang des Weinbaues sehr. 1825 traf man in der Niederlausitz bereits auf zahlreiche Lokalitäten, welche zwar noch den Namen „Weinberg“ führten, aber jetzt mit Kiefern bewachsen waren oder eine dürrftige Roggenernte gewährten, und selbst bei der Mehrzahl der Städte gab es zahlreiche ehemalige Rebanlagen, „auf denen gegenwärtig nicht eine Spur von Weinstöcken mehr zu sehen ist“. Der Sommerfelder Pfarrer Poppo, der diese Feststellung 1825 traf, machte für den Rückgang des Weinbaues vor allem „die Unwissenheit und Nachlässigkeit der Winzer“, aber auch die Rentabilitätsüberlegungen einer mehr und mehr nach ökonomischen Gesichtspunkten arbeitenden Landwirtschaft verantwortlich. „Unsere Ökonomen haben alle einen Widerwillen, fast möchte ich sagen, einen tödlichen Haß gegen die armen Weinberge und thun, wenn sie einige Fuder Dünger zu ihrer Erhaltung geben sollen, als wenn es weggeworfen wäre und die übrige Wirtschaft zu Grunde gehen müßte.“ In einem kleinen Schriftchen, für das er bei der Regierung um einen Zuschuß nachsuchte, bemühte sich Poppo, den Weinbergbesitzern Anweisungen für eine richtige Behandlung der Weinstöcke an die Hand zu geben und damit den Rückgang des Weinbaues aufzuhalten. Ähnliche Bestrebungen hatte die 1800 in Guben gegründete Gesellschaft zur Verbesserung des Weinbaus. Sie ließ u. a. fremdes Weinholz kommen und pflanzte es auf einen zur Weinrebenschule bestimmten Berg. Auch die 1805 ins Leben gerufene Pomologische Gesellschaft setzte sich für eine Förderung und Verbesserung des Weinbaues ein. Trotz dieser Bestrebungen war die Tendenz auch weiterhin rückläufig. Die 1820 in Preußen eingeführte Besteuerung der Weinerträge war nicht dazu angetan, die Lust am Weinbau zu heben. Immerhin hielt sich eine ganze Anzahl von Weinbergen noch bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Zum Beispiel gab es 1840 im Kreise Luckau noch auf 13 Gemarkungen Weinberge, und auch die 1852 durchgeführten Erhebungen von Berghaus verzeichnen noch vielfach Weinberge, deren geringe Erträge und Bedeutung jedoch häufig hervorgehoben werden. Die Bestimmungen

des Deutschen Zollvereins (1834) und die Inbetriebnahme der Eisenbahnen (1846 Berlin—Guben—Sommerfeld—Breslau, 1866 Berlin—Lübben—Cottbus—Spremburg—Görlitz), durch welche die ehemals hohen Zoll- und Transportkosten für die besseren auswärtigen Weine erheblich gesenkt wurden, machten den niederlausitzer Weinbau vollends unrentabel. 1864 verzeichnet die amtliche Statistik im Untersuchungsgebiet noch 77 Gemeinden mit Weinbauflächen, und zwar in den Kreisen Guben 33, Sorau 6, Lübben 13, Luckau 10, Calau 14 und die Stadt Sommerfeld, in den Kreisen Cottbus und Spremburg aber überhaupt keine mehr. Eine vier Jahre später (1868) durchgeführte Erhebung brachte bereits ein ganz anderes Bild. Danach wurde in der Niederlausitz nur noch an 10 Orten Weinbau betrieben, in Guben, Kaltenborn, Schlagsdorf, Christianstadt, Gassen, Meiersdorf, Senftenberg (mit Buchwalde, Jüttendorf und Thamm), Hörlitz (mit Schipkau), Gr. Koschen, Meuro, Rauno, Reppist und Sauo¹⁰⁵. Im Kreise Guben ging das Weinland in den Jahren 1878 bis 1891 von 54,9 ha auf 4 ha zurück. 1878 brachten die Gubener Weinberge noch 659 hl Ertrag und in den folgenden Jahren 55 (1879), 112 (1880), 229 (1881), 170 (1882), 338 (1883), 621 (1884), 268 (1885), 480 (1886), 480 (1887), 240 (1889), 20 (1890) und endlich 1891 überhaupt nichts¹⁰⁶. Die Statistik von 1902 weist noch folgende in Ertrag stehende Weinbauflächen nach: in Guben (2 ha), Pohlitz Kr. Guben (1 ha), Krossen Kr. Luckau (1,5 ha), Groß-Koschen (5 ha), Hörlitz (6 ha), Meuro (1 ha) und Rauno (1,6 ha), nicht in Ertrag stehende Weinberge gab es noch bei Sommerfeld (1 ha), Kümmeritz bei Luckau (1 ha), Alt-Golßen (0,8 ha), Meuro (1 ha), Rauno (4 ha), Kabel b. Calau (0,8 ha) und im Kreise Sorau bei Brestau (0,3 ha), Legel (1,1 ha) und Meiersdorf (0,3 ha). Am längsten gehalten hat sich in der Niederlausitz der Weinberg von Krossen Kr. Luckau, auf dem noch bis 1926 Weinbau betrieben wurde.

An die Stelle des Weinbaues trat vielerorts der Obstbau. Zum Beispiel sollte 1804 der 13 Acker große Weinberg am Vw. Kleinhof bei Doberlug aufgelassen und mit 1200 Kirschbäumen bepflanzt werden²⁹. Meistens waren die Weinberge aber auch schon vorher mit zahlreichen Obstbäumen besetzt¹⁰⁷. In Guben wandten sich die hauptberuflichen Winzer einem intensiven Obst- und Gemüsebau zu, der bis zu den Verwüstungen des zweiten Weltkrieges in Blüte stand. Die Gubener Baumbäume auf den mit mehr als 100 000 Obstbäumen bepflanzten Gubener Bergen war berühmt und lockte alljährlich viele Besucher an. Noch heute werden die Gubener Gemüsebauern nach inzwischen erfolgter Umsiedlung auf das westliche Neißeufer landläufig als „Winzer“ bezeichnet. Anderenorts verwandelte man die aufgegebenen Weinberge in Garten- oder Ackerland, forstete sie mit Kiefern auf oder ließ sie überhaupt liegen, so daß sie sich mit Sandtrockenrasen und Kiefern- und Eichenanflug überzogen¹⁰⁸. Nicht selten lassen sich auf diesen Weinbergen noch heute die alten Terrassen erkennen, und hier und da findet sich auch noch ein altes Weinbergshäuschen. Als Flurname ist die Bezeichnung „Weinberg“ noch vielfach geläufig, und verschiedentlich tragen Ortsteile, Ausbauten und Förstereien offiziell den Namen „Weinberg“ oder „Weinberge“, wie z. B. in Schilda, Göllnitz, Pretschen, Gr. Breesen und Spremburg, wie denn auch noch verschiedene „Weinbergstraßen“ und gelegentlich auch ein Gemeindewappen¹⁰⁹ die Erinnerung an den früheren Weinbau wachhalten. An einigen Stellen wurden die ehemaligen Weinberge aber auch von Sand- und Kiesgruben angenagt und aufgezehrt, und in den Braunkohlengruben der Nie-

derlausitz sind einige durch den umgehenden Bergbau überhaupt schon vom Erdboden verschwunden und weitere werden ihnen folgen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des niederlausitzer Weinbaus

Weinbau wurde in der Niederlausitz sowohl von den Bürgern der Städte als auch von den Grund- und Gutsherrschaften und der bäuerlichen Bevölkerung betrieben. Nur in Guben und wohl auch in Sommerfeld wurde er als Haupterwerb, sonst aber meist nur als Nebenerwerb ausgeübt¹¹⁰. Die Grund- und Gutsherrschaften hielten sich zur Bewirtschaftung ihrer Weinberge fachgerecht ausgebildete Weinmeister oder Winzer, welche nicht nur die Weinbergsarbeiten durchzuführen, sondern auch die Herstellung des Weins zu besorgen hatten¹¹¹. Sie wohnten meist in besonderen Winzerhäusern auf oder neben den Weinbergen, in denen oft auch die Weinpressen untergebracht waren. Vielfach mußten die dienstpflchtigen Untertanen den Winzern bei den Weinbergsarbeiten und der Weinlese zur Hand gehen. Beispielsweise hatten in Meiersdorf und Witzen die Hofeleute in den Weinbergen zu arbeiten, zu schneiden, zu brechen und zu senken, so oft es verlangt wurde. In Senftenberg waren die Bewohner der sieben Amtsdörfer verpflichtet, auf die kurfürstlichen Weinberge Dünger zu fahren, Weinpfähle zu hauen, auszuziehen und abzulegen, zweimal im Jahre zu hacken, Wein zu lesen und die Zäune und Umfriedungen der Weinberge in Ordnung zu halten. Außerdem hatten sie auf ihren Fuhrwerken den gewonnenen Most in die Hauptkellerei nach Dresden zu schaffen. Dafür stand ihnen u. a. das Recht zu, für ihre eigenen Weinberge in den kurfürstlichen Wäldungen Weinpfähle zu schlagen. Nach dem Rezeß des Stiftes Neuzelle von 1673 mußten die Untertanen von Seitwann, Ratzdorf, Kuschern, Lahmo und Drenzig *„alter Gewohnheit nach über ihre gewöhnlichen Dienste noch 2 Tage auf den Weinbergen in der Herbst-Zeit die Weinpfähle ausziehen und auf Haufen verwahrlich bringen“*. Gelegentlich kam es wegen dieser Dienstleistungen auch zu Streitigkeiten zwischen den Bauern und ihrem Grundherrn. So beklagten sich 1556 die Bewohner der Dörfer Weißack und Zwietow bei Kahlau, daß Joachim v. Köckritz von ihnen u. a. gefordert habe, seinen Weinberg zu hacken, wozu er nicht befugt sei¹¹².

Auch in den Städten hielten sich wohlhabende Bürger oft einen Winzer¹¹³. Die Gubener Gerichtsordnung von 1586 bestimmte, daß er, wenn er sich verdingte, das ganze Jahr auszuhalten und seine Arbeit zu rechter Zeit und treulich zu verrichten habe, bei Strafe gefänglicher Haft. Wem die Sachkunde fehlte, dem war nicht gestattet, eines anderen Weinstock zu verhauen, bei Strafe des Hals eisens. Für die Hilfsarbeiten im Weinberg und für die Weinlese wurden in Guben meist Tagelöhner angeworben. Deren Entlohnung war vom Rat der Stadt festgesetzt und betrug von Martini (11. Nov.) bis Mitfasten (= Lätare: März bis April) 18 Pf, von da an bis Michaelis 2 Groschen und durfte nicht überschritten werden, dazu erhielten sie zu Mittag etwas zu essen und Cofent (Dünnbier) zu trinken¹¹⁴. 1567 bekamen in Guben die Leser am Tage zwei Groschen und Vesperbrot, die Treter und Träger sechs Fürstengröschlein¹¹⁵.

Auf die Weinbergsarbeiten im einzelnen soll nicht eingegangen werden, es sei auf die eingehenden zeitgenössischen Darstellungen bei v. Rohr 1751 und Poppo 1825 verwiesen. Als eine Besonderheit des Gubener Weinbaus wird 1790 hervor-



*Siegel des Bergvogtes (oben) und der Winzer (unten), 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts.
Umschrift des unteren Siegels: „SAEMBTLICHE WINZER D(er) K(urfürstlichen) W(ein-
berge) Z(u) S(enftenberg). (STA Dresden, Rep. 139 C, Nr. 2047)*

gehoben, daß die Gubener Winzer die Weinstöcke den Winter über nicht abdeckten, sondern sie jeder Witterung preis gaben, um die Reben nicht zu verzärteln⁵⁵. Zum Schutze gegen das Wild und andere Eindringlinge waren die Weinberge meist von Zäunen, Hecken oder Wällen umgeben.

Angebaut wurde sowohl weißer (blanker) als auch roter Wein. Während in Guben im 16. und 17. Jahrhundert Weißwein nicht nur in größerer Menge geerntet, sondern auch teurer bezahlt wurde, trat im 18. Jahrhundert der Anbau von Rotwein in den Vordergrund. Über die in der Niederlausitz angebauten Rebsorten erfahren wir nur relativ wenig. Nach Poppo waren es an Weißweinen hauptsächlich Silvaner (volkstümlich „Scherwaner“), Traminer („Terminer“), Blanker Schönedel, Grüner Schönedel und Elbinger oder Elblinger, an Rotweinen Hartroter oder Kurzblauer, Kleberoter oder Böhmischer und Blauer Schönedel. Die in Guben und auch in Senftenberg am meisten angebaute Sorte war im 18. Jahrhundert der Kleberote oder die Böhmisches Rebe, der hierzulande am besten reif wurde und den Colerus als „der beste rote Wein“ charakterisiert. Er lieferte einen recht süßen, gelinden und gleich nach dem ersten Jahr

trinkbaren, wenn auch weniger haltbaren Wein. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts werden in Guben außer dem Kleberoten noch Traminer, Muskateller, Gelbfränkischer, Pfalzgräflicher und Malvasier, als geringere Sorten auch Hainischer und Lamprischer erwähnt¹¹⁶. Nach Poppo wurde früher auch sehr viel der Hartrote oder Kurzblaue kultiviert, von dem jedoch Colerus schreibt: „*Hart-roth der taugt nit / dann er wird selten reiff*.“ Ähnliche Rotweinsorten waren der Welkrote und der Grünrote.

Später wurden außer den Landsorten auch mehr und mehr bessere Sorten angepflanzt. So ließ der Neuzeller Abt Martinus um 1740 Setzlinge aus Burgund kommen und die Pomologische Gesellschaft in Guben führte 1807 die Burgundertraube und 1818 die Ortlieber Traube ein. 1821 wies ein Verzeichnis der Pomologischen Gesellschaft elf weiße und acht rote in Guben derzeit angebaute Weinsorten auf¹¹⁷. Desungeachtet hielten sich alte bewährte Sorten wie der Hartrote und der Kleberote bis an das Ende des feldmäßigen Anbaus.

Der Beginn der Weinlese im Herbst wurde in Guben vom Rat der Stadt festgesetzt und durch die Stadtpfeifer durch Blasen vom Turm verkündet. Vorher durfte nicht geerntet werden. Die Weinlese gestaltete sich hier wie auch in Senftenberg zu einem frohen Volksfest, auf dem nach getaner Arbeit getanzt, gegessen und getrunken wurde und Feuer und Feuerwerkskörper entzündet wurden. Auch auf manchen Dörfern, z. B. in Berthelsdorf Kr. Sorau, wurde die Weinlese festlich begangen¹¹⁸. Am Sonntag nach der Weinlese feierte man in Guben ein kirchliches Weinlesedankfest.

Die Qualität der niederlausitzer Weine, namentlich die der besseren Jahrgänge, wird von zeitgenössischen Autoren durchaus nicht ungünstig beurteilt. So schreibt Colerus¹¹⁹: „*Crößner Wein und Gubenische Weine sind nicht böse / Fürstenbergisch/Brandenburgische und Barutische Weine sind auch gut*.“ Gerber meint 1720, daß er zwar dem Rhein- und Frankenwein nicht gleichkomme, auch wohl der Dresdener und der Meißner den Vorzug verdientes, „*unterdessen ist auch der Niederlausitzer Wein nicht zu verachten*“. Geschätzt war vor allem der Gubener Wein, für dessen Qualität auch seine weite Verbreitung spricht. Er war einer der wenigen deutschen Landweine, die auch im auswärtigen Handel eine Rolle spielten. „*Vinum Gubense, decus et gloria mensae*“ heißt es von ihm. Im 18. Jahrhundert war besonders der Gubener Rotwein berühmt, der im Geschmack dem Burgunder nahe oder gleich gekommen sein soll¹²⁰. Als bester niederlausitzer Wein wurde Ende des 18. Jahrhunderts der Wein von Drenzig bei Guben angesehen, er war daher sehr gesucht und wurde gewöhnlich teurer bezahlt als der beste Gubener Wein¹²¹. Auch der Senftenberger Wein wird nicht schlecht beurteilt. Nach v. Rohr stimmte er in der Güte mit dem Torgauer Wein ziemlich überein. „*Es wird gemeinlich das grosse Wein-Faß auf der Berg-Vestung Königstein mit Torgauischen und Senftenbergischen Weinen angefüllet, und wenn eine solche große Menge Wein in einem Fasse 20 oder 30 Jahre lieget, so wird er stark und köstlich*.“ Über den in Doberlug gewonnenen Wein heißt es 1607, er wäre „*wo nicht ziemlichen Rheinischem, so doch Frankenwein nicht ungleich*“¹²¹, im 18. Jahrhundert dagegen kennzeichnet ihn v. Rohr als „*noch so ziemlich*“. Die anderen Weinbaulagen der Niederlausitz brachten weniger günstige Qualitäten¹²², der Sommerfelder Wein z. B. wird 1798 von Hausen als mittelmäßiger Landwein charakterisiert.

Als im Jahre 1820 das Weinland des preußischen Staates zum Zwecke der Besteuerung nach dem Wert der gewonnenen Weine in sechs Klassen geteilt wurde, rangierten die damaligen Weinberge der Niederlausitz überwiegend in der niedrigsten, der VI. Klasse. Lediglich die Weinbauflächen des Kreises Guben gehörten teilweise auch der V., die der Stadt Guben der IV. bis VI. Klasse an¹².

Verbraucht wurde der niederlausitzer Wein zu einem großen Teil im Lande selbst. Was die Erzeuger nicht im eigenen Haushalt konsumierten, wurde an andere Mitbürger oder Dorfgenossen und an die Bewohner der umliegenden Dörfer verkauft. Dies galt für den Weingewinn auf den bäuerlichen und gutherrlichen Weinbergen wohl ausschließlich, aber auch für einen guten Teil der städtischen Weinerträge. Daneben wurden Nachbarstädte und -länder mit Wein versorgt. So lagerten in den Weinkellern des Cottbuser Schlosses 1563 u. a. gegen 20 Viertel Sommerfelder Rot- und Weißwein¹²³. 1505 wurden in Berlin u. a. auch Gubener, Fürstenberger und Cottbuser Weine eingeführt¹²⁴. Nach den Frankfurter Stadtbüchern von 1425 und 1516¹²⁵ bestand in Frankfurt für Gubener, Sommerfelder, Fürstenberger und andere fremde Weine ein Niederlagezwang von drei Tagen. Wenn der Frankfurter Wein geraten war, durften jedoch weder Gubener noch Sommerfelder noch sonstige fremde Landweine ausgeschänkt werden. An Zoll bezahlten die Krossener, Gubener und Fürstenberger in Frankfurt zu Wasser von jedem Fuder Wein zwei Groschen, die Sommerfelder, wenn sie Wein mit Wagen heranbrachten, von jedem Fuder vier Groschen. Die größte Rolle im auswärtigen Handel hat der Gubener Wein gespielt. Seine Absatzgebiete waren vor allem die Ostseeländer, Polen, Schlesien und die Oberlausitz. Die Aufkäufer kamen zumeist aus Stettin, wohin der Wein mit Kähnen auf der Neiße und Oder gebracht und von dort aus weiter verhandelt wurde¹²⁶. Das Ausmaß dieses Handels mit Gubener Wein wird durch zahlreiche urkundliche Zeugnisse belegt¹²⁷. In ihnen werden als Handels- und Absatzorte für Gubener Wein genannt 1327 Breslau, 1364 Braunsberg im Ermland, 1372 Lübeck und Greifswald, 1384—1390 Rostock, 1406 Marienburg, 1412/13 Elbing, 1433 Kulm, seit 1460 Stockholm, 1432 und 1474—1476 Danzig. Nach den Lübecker Zollbüchern wurde von dort aus Gubener Wein 1493 nach Stockholm und nach Pernau in Livland, 1494 nach Königsberg in Preußen ausgeführt. Bedeutende Abnehmer Gubener Weines waren auch die Mecklenburger Herzöge. So kaufte 1556 Herzog Ulrich in Guben für 440 Gulden 20 Fuder blanken, für 252 Gulden 12 Fuder roten und für 12½ Gulden ½ Fuder Alantwein¹²⁸. Derselbe Fürst erbat sich 1565 von Kaiser Maximilian ein Zollprivileg auf jährlich 40 Fuder Wein, „zu und um Guben gekauft“, bereits 1562 hatte er von Kaiser Ferdinand ein Privileg auf jährlich 70 Fuder erworben. 1618 lagerten in dem herzoglichen Keller zu Schwerin neben 185 Ohm Rheinwein auch 75½ Ohm Gubener Wein¹²⁹. Die Wohlhabenheit und die bevorzugte Stellung der Stadt Guben in früheren Jahrhunderten beruhen zu einem großen Teil auf den Einnahmen aus dem Weinbau. Auch Fürstenberg hat Wein exportiert. 1564 z. B. kaufte der herzoglich pommersche Hof zu Wolgast in Fürstenberg 13 Fuder 3 Viertel blanken und 20 Fuder 1 Viertel roten Wein, das Fuder blanken zu 23, das Fuder roten zu 22 Gulden, und 1566 10 Fuder blanken zu 20 Gulden das Fuder und 12 Fuder roten zu 19 Gulden das Fuder¹³⁰. Im allgemeinen war der Weinbau recht einträglich. Nach dem Urteil von Gerber brachten um 1720 die Weinberge mehr Profit als der Ackerbau, in guten Weinjahren war der Gewinn reichlich, und selbst in mäßigen Weinjahren bezahlten sie doch noch immer zum mindesten die

Unkosten. Absatzschwierigkeiten infolge schwächerer Nachfrage und vor allem infolge der zahlreichen Behinderungen durch merkantilistische Einfuhrbeschränkungen verursachten dann aber einen starken Rückgang der Weinexporte und verringerten die Einnahmen. Die Zollerleichterungen des Deutschen Zollvereins (1834) und vor allem der Bau der Eisenbahnen, wodurch die auswärtigen Weine so billig wurden, daß der niederlausitzer Landwein im Lande selbst kaum noch gefragt wurde, brachten dann das endgültige Ende des niederlausitzer Weinbaus. Die Preise für den niederlausitzer Wein richteten sich in älteren Zeiten vor allem nach der Menge, später hauptsächlich nach der Güte des Weines, außerdem nach der Nachfrage und waren daher starken Schwankungen unterworfen. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts bewegten sich die Weinpreise in Guben zwischen 8 und 30 Gulden für das Fuder. Der reichliche, aber nicht besonders gute Wein des Jahres 1560 war schon zu 8 bis 9 Gulden für das Fuder zu haben, der ähn-



*Altes Weinberghäuschen
auf den Gubener Bergen
um 1925*

lich geartete Jahrgang 1552 für 9 bis 10 Gulden. Der rote Wein des Jahres 1552 wurde im Jahr danach zu zwei Pfennige das Nößel ausgeschänkt und kostete somit ebensoviel wie das Bier, ebenso war es auch 1540. Im Durchschnitt lagen zu dieser Zeit die Weinpreise bei 15 Gulden für das Fuder, der Weißwein war gewöhnlich 2 bis 4 Gulden teurer als der rote. 30 Gulden für das Fuder wurden 1551 und 1565 erzielt. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts kostete ein Viertel Weißwein in Guben im allgemeinen 7 bis 9 Taler, die gleiche Menge Rotwein 6 bis 7 Taler. Im schlechten Weinjahr 1585 bekam man auf den Dörfern um Guben das Viertel Blanken schon für 1½ Taler, das Viertel Roten, der etwas besser war, für 2 Taler. 1587, als der Wein so schlecht war, daß man ihn nicht trinken konnte, „galt das Viertel 3 Taler, wer ihn kaufen wollte“. Aber auch der

gute und reichliche Wein des Jahres 1583 war recht billig, das Viertel Blanken bekam man auf dem Lande für 2½ Taler, in Guben für 4 Taler, Roten für 3 Taler. Dagegen kostete der sehr gute Wein des Jahres 1590 im selben Jahre das Viertel Blanker 12 und das Viertel Roter 10 Taler, vier Jahre darauf erbrachte ein Viertel dieses Weines 28 Taler. 1599 erzielte ein Viertel Weißwein sogar einen Preis von 32 Talern, Rotwein 20 Taler, 1624 Weißwein 27 bis 30, Rotwein 18 bis 20 Taler¹¹⁵. In Doberlug galt um 1600 das Viertel gewöhnlich 5 bis 6, 1607 aber 20 Taler. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts lagen die Durchschnittspreise für Gubener Wein bei 10 Reichstalern für ein Viertel einjährigen und bei 11 bis 13 Reichstalern für zweijährigen Wein. Sommerfelder Wein kostete damals das Viertel 8 bis 10 Taler¹¹⁶. In Senftenberg verkaufte man 1753 das Viertel für 6 Taler, 1758 und 1759 für 10 Taler 12 Groschen. Für die besseren Jahrgänge stiegen die Preise mitunter recht erheblich. So brachte 1762 in Senftenberg das Viertel Wein 28 Taler, und der vorzügliche Wein des Jahres 1783 war in Guben um 1790 schwerlich unter 25 Reichstaler das Viertel zu haben. Auch die guten Weine der Jahrgänge 1808, 1811 und 1834 brachten hohe Preise. 1808 kostete das Viertel in Senftenberg 18 Taler, und in Guben wurde 1811 das Viertel gleich mit 15 bis 20, 1834 mit 16 bis 18 Reichstalern bezahlt, 1836 kostete der 1834er Wein bereits 26 bis 30 Reichstaler das Viertel¹³¹. 1868 erzielte man in und um Senftenberg durchschnittlich 4 bis 12, in Schlagsdorf 12 bis 16, in Kaltenborn 4 bis 10 und in Guben 12 bis 20 Taler vom Viertel Wein¹⁶⁶.

Die standörtlichen Verhältnisse des niederlausitzer Weinbaus

Bekanntlich ist der Weinstock eine wärmeliebende und frostempfindliche Pflanze submediterraner Herkunft, die nur in relativ warmen und frostarmen Gebieten zu gedeihen vermag. Nach Reindl¹³² müssen die mittleren Monatstemperaturen von April bis Juni höher als 13°, vom Juli bis September sogar höher als 18,7° sein, am besten von April bis Juni mehr als 18,75° und von Juli bis September mehr als 24°. Die mittlere Regenmenge soll von April bis Juni weniger als 120 mm betragen. Alexander von Humboldt war der Ansicht, daß das Temperaturmittel im Juli mindestens 18° betragen müsse, und nach Häberle hat die Erfahrung gezeigt, daß in Deutschland diejenigen Gegenden für den Weinbau günstige Bedingungen bieten, deren mittlere Sommertemperatur etwa 20° beträgt und deren mittlere Wintertemperatur nicht unter 0° sinkt¹³³. Wenn es auch schwierig ist, für das Weinbauklima genauere Grenzdaten anzugeben, so dürfte doch feststehen, daß für eine erfolgreiche Kultur des Weinstocks nur Gebiete mit ausreichender Sommerwärme und nicht zu großer Winterkälte infrage kommen.

In der Niederlausitz liegen die monatlichen Temperaturmittel in der Gegenwart im April bei 7,8°, im Mai zwischen 13,3 und 13,8°, im Juni zwischen 16,4 und 16,9°, im Juli um 18,3°, im August um 17° und im September um 13,5°. Die mittleren monatlichen Niederschläge liegen im nördlichen Teil des Untersuchungsgebietes im Zeitraum April—Juni zwischen 120 und 150 mm, im Südteil betragen sie mehr als 150 mm. Im Zeitraum Juli—September fallen in der Niederlausitz zwischen 163 und 212 mm Niederschlag¹³⁴. Aus diesen Zahlen erhellt, daß die Niederlausitz kein optimales Weinbauklima mehr besitzt. Jedoch sind die Verhältnisse andererseits auch nicht so ungünstig, daß sie den Weinbau überhaupt ausschließen. Die durch den kontinentalen Klimaeinfluß bedingten relativ

hohen Sommertemperaturen lassen den Wein durchaus gut reifen. Gefährlich wurden dem Weinbau vor allem die relativ kalten Winter und die spätfrostreichen Frühjahrsmonate April und Mai. Die Niederlausitz stellte also ebenso wie die anderen nordostdeutschen Weinbaugebiete eine ausgesprochene Grenzertragslandschaft dar, in der der Weinbau stets mit großen Unsicherheiten zu rechnen hatte. Es ist allerdings zu bedenken, daß die Klimaverhältnisse früherer Zeiten mit denen der Gegenwart nicht völlig identisch waren, insbesondere dürfte der relativ warme Zeitabschnitt des hohen und späten Mittelalters den Weinbau stärker begünstigt haben.

Beim Betrachten von Klimakarten des Untersuchungsgebietes fällt auf, daß die Mehrzahl der Weinberge in den relativ trockensten Gebieten im Norden und im Mittelabschnitt der Niederlausitz gelegen hat, mit Jahresniederschlägen unter 600 mm und Sommerniederschlägen (April—September) unter 360 mm. In den Gebieten mit mehr als 600 mm Jahres- und 360 mm Sommerniederschlag im Südwesten um Doberlug-Kirchhain und im Süden und Südosten um Spremberg, Muskau und Sorau, die zugleich auch geringfügig niedrigere Temperaturwerte aufweisen, ist die Weinbergsdichte wesentlich geringer. So haben bereits die im Gebiet erkennbaren großklimatischen Abstufungen eine Rolle bei der Verteilung der Weinberge gespielt. Von besonderer Bedeutung jedoch waren die klein-klimatischen Verhältnisse. Die Weinberge der Niederlausitz lagen durchweg an mehr oder weniger steil geneigten Abhängen, und zwar vor allem in Süd- und Südwestexposition, weniger in Südost-, Ost- und Westlage. Die meisten Weinberge waren an den Abhängen von Grund- und Endmoränenhügeln oder an den talseitigen Abhängen von Moränenplatten angelegt, wie denn überhaupt sich die Weinberge fast ausschließlich auf den Moränenplatten vorfinden. Nur selten gab es Weinberge auch auf Dünen, wie bei Lübben, Cottbus und Forst, oder an den Böschungen von Talsandterrassen wie bei Fürstenberg. Auf Talsandflächen und Sandern treten Weinberge ebenso zurück wie auf der völlig flachen Grundmoräne oder in den Endmoränengebieten höherer Lagen; in den Staubecken und Talniederungen fehlen sie überhaupt. Zumeist besteht der Boden der niederlausitzer Weinberge aus Sand, der aber vielfach in geringer Tiefe von Lehmschichten unterlagert ist. Derartige lehmunterlagerte Standorte erwärmen sich relativ schnell und stark — an heißen Tagen war der nackte Boden auf den Gubener Bergen mit bloßen Füßen kaum zu betreten —, während der Lehm im Untergrund eine zu starke Austrocknung verhinderte. Reine Sandstandorte, wie sie gelegentlich ebenfalls zum Weinbau benutzt wurden, waren wesentlich ungünstiger. Zweifellos stellten die Weinbaulagen der Niederlausitz die lokalklimatisch wärmsten Standorte des Gebietes dar. Besonders begünstigt waren in dieser Hinsicht die Gubener Berge, die sich auch phänologisch durch eine um 7 bis 14 Tage frühere Obstbaumblüte aus der Umgebung heraushoben.

Die natürliche Vegetation der niederlausitzer Weinberge bildeten wärmeliebende Waldgesellschaften, vor allem der Fingerkraut-Eichenwald (*Potentillo-Quercetum*) und thermophile Ausbildungen des Kiefern-Eichenwaldes (*Pino-Quercetum*). Einzelne Reste dieser Waldgesellschaften sind auch heute noch (oder wieder), umgeben von wärmeliebenden Busch- und Saumgesellschaften, auf diesen Standorten zu finden. Überhaupt zeichnen sich die früheren Weinberge, trotz aller Zurückdrängungen durch den Weinbau, in vielen Fällen durch eine Anzahl wärmeliebender, in der Umgebung sonst kaum anzutreffender Pflanzen aus wie Blutroter Storchschnabel (*Geranium sanguineum*), Berg-Haarstrang (*Peucedanum*

oreoselinum), Ähriger Ehrenpreis (*Veronica spicata*), Graslilien (*Anthericum ramosum* u. *liliago*), Nickendes Leimkraut (*Silene nutans*) u.a.m. Den Blutrotten Storchschnabel könnte man in der Niederlausitz geradezu als „Weinbergspflanze“ bezeichnen, liegen doch die meisten seiner dortigen Vorkommen auf oder unmittelbar neben ehemaligen Weinbergen¹³⁵. Besonders bekannt durch ihren Reichtum an wärmeliebenden Pflanzen sind die Diehloer Berge bei Fürstenberg, die Kaltenborner Berge bei Guben, der Scheunoer Weinberg bei Forst, der Drehaer Weinberg bei Luckau, die Senftenberg-Hörlitzer Weinberge und der Neuzaucher Weinberg bei Lübben.

Niederlausitzer Weinchronik

Die starke Witterungsabhängigkeit des Weinbaues äußert sich in den in Qualität und Menge stark wechselnden Weinerträgen. Nach K. Müller¹³⁶ ist Voraussetzung für ein gutes Weinjahr ein warmer, sonnenscheinreicher Sommer im vorangegangenen Jahre, in welchem sich die Blütenanlagen bilden, und ein warmer vorangegangener Herbst, der das Fruchtholz gut ausreifen läßt, ein nicht zu kalter Winter, der keine Frostschäden an den Reben anrichtet und im nächsten Frühjahr ein gleichmäßiger, nicht zu später Austrieb ohne Spätfröste oder Milbensschäden, ein warmer, sonnenscheinreicher Sommer, der eine rasche Reblüte verbürgt, nur gelegentliche, aber genügende Niederschläge, und warmes, trockenes Herbstwetter. Besonders gute Jahrgänge zeichnen sich ferner aus durch eine frühzeitige Traubenreife. Derartige Verhältnisse waren naturgemäß nicht immer gegeben. Oftmals schädigten Spätfröste im Mai, mitunter sogar im Juni, die Weinreben, wie in Guben z. B. in den Jahren 1590, 1592, 1619, 1626, 1644, 1672 und 1689. Auch Hagelschläge und andere Unwetter verursachten nicht selten empfindliche Schäden, wie in Guben beispielsweise 1513, 1540 und 1638, in Sommerfeld 1666, in Senftenberg 1800. Nasse und kühle Sommer ließen den Wein nicht richtig reifen, doch brachte ein trockener und warmer Herbst manchmal noch eine Wendung zum Besseren. Schlimm aber war es, wenn auch der Herbst noch naßkaltes Wetter brachte. Dann wurde der Wein so schlecht, daß sich die Lese überhaupt nicht lohnte und viele Berge ungelesen blieben, wie es in Guben z. B. 1529, 1567, 1573, 1597 und 1641 der Fall war. Ein besonders schlechtes Weinjahr war auch 1695. Auf einen harten, bis in den Mai hinein dauernden Winter folgte ein nasser und kalter Sommer, so daß die Trauben fast alle an den Stöcken blieben. Manchmal kam es vor, daß ein bis dahin gut geratener Wein durch zeitig einfallende Herbstfröste und Schneefall geschädigt wurde. So war es in Guben im Jahre 1649, wo ein strenger Frost am 26. und 27. September den sehr guten Weinansatz vollständig verdarb, „daß kaum ein sauer Träublein übrig geblieben“. 1579 fiel während der Weinlese bereits Schnee, ebenso 1598, „also daß man den Schnee, wenn man lesen wollte, vom Stocke abklopfen mußte“. 1667 setzte während der Weinlese so starker Frost ein, daß der Wein in der Presse gefror und erst aufgetaut werden mußte. Harte Winter, in denen der größte Teil der Weinstöcke erfror, brachten die Jahre 1709, 1740 und 1802/03. Diese schlechten Weinjahre wurden jedoch aufgewogen durch solche Jahre, in denen sich der Wein günstig entwickelte, schon weit vor Johanni abgeblüht hatte und reichliche und gute Erträge brachte. Im allgemeinen hatten heiße und trockene Jahre auch ausgezeichnete Weinqualitäten zur Folge, wenn auch die Menge des Weines in diesen Jahren meist weniger groß war. Doch kam es auch vor, daß ausgezeichnete Weinqualitäten mit hohen Weinmengen zusammenfielen, so 1531, 1605 und 1610, wo es an Gefäßen mangelte. Auch 1552 war

ein reiches Weinjahr, bei dem man für die anfallenden Mengen an Wein nicht genügend Gefäße zur Verfügung hatte, und dessen Andenken man durch folgendes Chronodistichon in der Kirche wachhielt:

annVa DIVes erat CoLLeCtI Copla VInI

VoX sonat e VILLIs : Vasa Deesse qVeror.

Im allgemeinen wurden in Jahren mit hohen Weinmengen meist nur mittelmäßige Qualitäten erzielt.

Die erhaltenen annalistischen Aufzeichnungen über die Ergebnisse des Gubener Weinbaues ermöglichen nun, ergänzt durch einige gelegentliche Angaben aus Sommerfeld, Scheuno, Werben, Senftenberg, Gr. Leuthen und dem Kreise Luckau, die Aufstellung einer wenn auch lückenhaften Weinchronik für die Zeit von 1525 bis 1848. Aus Platzgründen können wir diese Weinchronik nicht, obwohl gerade für Guben sehr eingehende Angaben vorliegen, wie K. Müller für Baden in ausführlicher Form vorlegen, sondern müssen sie zu einer Übersichtstabelle mit einer fünfstufigen Kurzbewertung der Weinjahre zusammenfassen. Hinsichtlich der Einstufung der Weinjahre ließen wir uns von den gleichen Gesichtspunkten leiten, wie sie auch K. Müller zugrundegelegt hat. Zum Vergleich wurden entsprechende Angaben für Krossen an der Oder¹³⁷ und Baden¹³⁸ aufgenommen. In der nachstehenden Tabelle bedeuten ++ sehr gut, + gut, ○ mittelmäßig, — schlecht, — — sehr schlecht, • keine Angaben vorhanden (sehr wahrscheinlich mittelmäßig). Die Abkürzungen über den einzelnen Spalten bedeuten: NL Niederlausitz, Kr Krossen, Ba Baden.

Jahr	NL	Kr	Ba	Jahr	NL	Kr	Ba	Jahr	NL	Kr	Ba
1525	+	++	+	1633	++	•	—	1741	—	+	○
1526	•	•	—	1634	•	+	+	1742	—	•	—
1527	•	•	—	1635	•	•	—	1743	—	•	○
1528	•	•	+	1636	+	++	+	1744	—	•	+
1529	—	•	—	1637	+	++	+	1745	○	•	+
1530	++	++	○	1638	++	•	+	1746	+	+	+
1531	++	•	+	1639	—	•	○	1747	○	•	○
1532	++	•	+	1640	○	•	○	1748	++	•	+
1533	•	•	—	1641	—	•	—	1749	○	•	++
1534	++	++	+	1642	•	•	○	1750	+	•	+
1535	++	+	+	1643	—	•	○	1751	+	•	+
1536	++	++	+	1644	—	•	+	1752	+	+	○
1537	•	++	+	1645	•	+	++	1753	○	+	++
1538	+	•	—	1646	•	•	+	1754	—	•	○
1539	—	•	++	1647	+	+	+	1755	○	•	○
1540	++	+	++	1648	•	•	—	1756	+	•	○
1541	+	•	+	1649	—	•	—	1757	○	•	○
1542	•	•	—	1650	•	•	—	1758	+	•	—
1543	•	•	○	1651	○	•	○	1759	+	•	○
1544	+	•	○	1652	+	+	++	1760	+	++	++
1545	++	•	+	1653	•	+	+	1761	++	•	+
1546	○	•	+	1654	+	+	+	1762	+	•	+
1547	++	•	++	1655	○	+	+	1763	—	•	—
1548	++	•	○	1656	+	○	○	1764	—	•	○
1549	•	•	○	1657	○	○	—	1765	—	•	○
1550	—	•	++	1658	○	○	—	1766	++	•	++
1551	○	•	+	1659	—	○	○	1767	○	•	—
1552	++	+	++	1660	○	+	+	1768	—	•	○
1553	○	•	+	1661	○	○	+	1769	—	•	—

Jahr	NL	Kr	Ba	Jahr	NL	Kr	Ba	Jahr	NL	Kr	Ba
1554	—	—	—	1662	+	.	○	1770	—	.	—
1555	—	—	—	1663	○	—	—	1771	—	.	—
1556	++	+	++	1664	+	○	○	1772	+	.	○
1557	—	—	—	1665	++	○	○	1773	+	.	+
1558	++	+	+	1666	++	++	++	1774	○	+	+
1559	++	—	—	1667	+	—	○	1775	+	+	+
1560	○	—	○	1668	○	—	+	1776	○	.	+
1561	—	—	—	1669	+	—	++	1777	○	.	○
1562	—	—	—	1670	—	—	+	1778	○	.	○
1563	—	—	—	1671	—	—	—	1779	+	.	+
1564	+	—	—	1672	○	—	—	1780	++	.	+
1565	+	—	○	1673	—	—	—	1781	○	+	+
1566	+	—	—	1674	+	—	○	1782	+	.	○
1567	—	+	+	1675	—	—	—	1783	++	++	++
1568	++	—	—	1676	++	++	+	1784	+	+	+
1569	—	—	—	1677	+	.	○	1785	—	.	—
1570	—	—	—	1678	++	++	++	1786	—	+	—
1571	++	—	—	1679	.	.	+	1787	○	.	○
1572	+	+	+	1680	+	++	++	1788	+	.	+
1573	—	—	—	1681	.	.	+	1789	+	+	+
1574	++	—	—	1682	.	.	+	1790	+	+	+
1575	++	.	++	1683	+	+	++	1791	○	.	○
1576	—	.	+	1684	++	++	++	1792	—	.	—
1577	—	.	—	1685	—	.	—	1793	+	.	+
1578	+	+	+	1686	+	.	+	1794	+	+	+
1579	—	.	—	1687	.	.	○	1795	○	.	+
1580	+	.	○	1688	.	+	○	1796	+	.	○
1581	++	.	—	1689	—	—	○	1797	○	.	○
1582	○	.	—	1690	+	—	○	1798	+	+	+
1583	++	+	++	1691	.	—	○	1799	—	.	—
1584	○	.	+	1692	.	—	—	1800	—	.	+
1585	○	.	○	1693	.	—	○	1801	.	.	○
1586	+	.	—	1694	.	—	+	1802	—	+	+
1587	—	.	—	1695	—	—	—	1803	—	.	○
1588	—	.	—	1696	—	—	○	1804	—	+	+
1589	○	.	—	1697	.	—	○	1805	—	.	—
1590	+	+	++	1698	.	—	○	1806	○	+	○
1591	—	.	—	1699	.	+	+	1807	.	+	+
1592	—	.	○	1700	+	++	+	1808	++	.	○
1593	—	—	○	1701	—	++	+	1809	○	.	—
1594	—	+	—	1702	—	.	+	1810	○	.	○
1595	—	.	—	1703	—	+	○	1811	++	++	++
1596	○	.	++	1704	—	.	++	1812	○	.	○
1597	—	+	—	1705	—	.	—	1813	—	.	—
1598	+	++	—	1706	+	++	++	1814	—	.	—
1599	++	+	++	1707	+	++	+	1815	—	.	—
1600	—	.	—	1708	—	.	○	1816	—	.	—
1601	—	.	—	1709	○	—	—	1817	.	.	—
1602	—	.	—	1710	+	.	○	1818	++	+	+
1603	+	.	+	1711	+	++	++	1819	+	+	+
1604	.	+	○	1712	+	++	++	1820	.	.	—
1605	++	.	++	1713	○	.	○	1821	.	.	—
1606	.	.	—	1714	○	.	○	1822	++	+	++
1607	.	.	—	1715	+	.	+	1823	—	.	—
1608	.	.	○	1716	—	.	—	1824	.	.	—
1609	.	.	○	1717	—	.	○	1825	—	.	+
1610	++	+	++	1718	+	+	++	1826	.	+	+
1611	.	.	+	1719	○	+	++	1827	++	+	+
1612	.	—	○	1720	+	+	○	1828	—	—	—
1613	.	○	○	1721	○	.	○	1829	—	.	—

Jahr	NL	Kr	Ba	Jahr	NL	Kr	Ba	Jahr	NL	Kr	Ba
1614	.	.	○	1722	○	.	○	1830	—	.	—
1615	.	.	++	1723	○	.	+	1831	—	.	○
1616	++	.	++	1724	○	+	++	1832	—	++	○
1617	—	○	—	1725	○	.	○	1833	○	.	○
1618	○	.	○	1726	+	.	+	1834	++	++	++
1619	—	.	○	1727	++	++	++	1835	+	.	+
1620	+	+	+	1728	+	+	++	1836	○	.	○
1621	—	+	—	1729	+	+	++	1837	○	.	—
1622	.	+	○	1730	○	.	○	1838	—	.	—
1623	+	+	+	1731	—	+	+	1839	○	.	○
1624	++	+	+	1732	○	.	○	1840	○	.	○
1625	.	+	○	1733	—	.	○	1841	—	.	○
1626	—	+	+	1734	○	.	○	1842	+	++	+
1627	.	+	—	1735	○	.	○	1843	○	.	—
1628	—	+	—	1736	—	—	○	1844	—	.	○
1629	.	+	+	1737	+	+	+	1845	○	.	○
1630	+	+	+	1738	+	++	+	1846	+	.	++
1631	++	+	++	1739	++	++	+	1847	.	.	○
1632	—	.	—	1740	—	—	—	1848	+	.	+

Von 1848 bis zum Erlöschen des Weinbaues in der Niederlausitz gab es gute Weinernten noch in den Jahren 1857, 1863, 1868 und 1874. Überblicken wir zunächst die Aufeinanderfolge guter und schlechter Weinjahre in der Niederlausitz, so lassen sich folgende Perioden feststellen. Der Abschnitt von 1525 bis 1552 zeichnet sich durch eine starke Häufung guter und sehr guter Weinjahre aus. Nach Aussagen der Quellen traten in diesem Zeitraum zahlreiche Jahre mit heißen und trockenen Sommern auf, 1542 erlebte die Niederlausitz eine große Heuschrecken-Invasion¹³⁸. Daraufhin folgte ein langer, bis 1628 während der Abschnitt, der neben manchen guten und sehr guten (besonders zwischen 1564 und 1575) auch viele mittelmäßige und schlechte Weinjahre brachte. Von 1628 bis 1638 nehmen die guten und sehr guten Weinjahre wieder zu. Der Abschnitt von 1639 bis 1675 ist wieder ungünstiger, ein ausgezeichnetes Weinjahr gab es hier nur 1666, aber auch dieses nicht überall. Von 1676 bis 1690 häufen sich wieder gute und sehr gute Weinjahre. Das Ende des 17. und die ersten Jahre des 18. Jahrhunderts (1691—1709) waren dem Weinbau wenig günstig. Der Abschnitt von 1710 bis 1739 enthält neben vielen mittelmäßigen und einigen schlechten auch gute und sehr gute Weinjahre, besonders 1710-12, 1726-29 und 1737-39. Dann folgte, nach dem Katastrophenwinter von 1740, eine Reihe von Jahren mit schlechten Weinernten. Die Mitte des 18. Jahrhunderts war dagegen wieder günstiger und brachte meist gute Weinjahre. Von 1765 bis 1778 überwiegen die schlechten, 1779 bis 1798 die guten Weinjahre. Die Wende vom 18. bis 19. Jahrhundert war dem niederlausitzer Weinbau wenig geneigt. Von 1799 bis 1807 gab es fast nur schlechte und sehr schlechte Weinjahre, und der harte und schnee-arme Winter 1802/03 fügte den Weinreben schweren Schaden zu¹³⁹. Der Abschnitt von 1808 bis 1835 war etwas besser. Er enthielt die ausgezeichneten Jahrgänge 1808, 1811 („Kometenwein“), 1818, 1822, 1827 und 1834, in der Mehrzahl aber doch mittelmäßige und einige schlechte, vor allem von 1828 bis 1833. Mittelmäßige und schlechte Weinernten herrschten auch in dem letzten Abschnitt bis 1848 vor, in dem nur die Jahre 1842, 1846 und 1848 als gut bezeichnet werden.

Vergleichen wir nunmehr die Weinjahre in der Niederlausitz (meist Guben) mit denen des benachbarten Krossen und des weit entfernten Baden, so fällt trotz mannigfacher Unterschiede doch eine weitgehende Parallelität auf, die besonders gut in den Extremwerten („sehr gut“ und „sehr schlecht“) zum Ausdruck kommt. Das läßt den Schluß zu, daß das Weinwachstum und der Weinertrag in erster Linie von den Großwetterlagen abhängig sind, die im mitteleuropäischen Raum keine allzugroßen Unterschiede aufweisen. Größer sind die Abweichungen naturgemäß im mittleren Bereich unserer Wertskala, wobei jedoch auch die Subjektivität der einzelnen Chronisten bei der Beurteilung der Weinernten zu bedenken ist. Im allgemeinen weist Baden mit sicher günstigerem Weinbauklima keine größere Zahl von guten Weinjahren auf als die Niederlausitz. Die Beurteilung mancher Unterschiede ist schwierig und bedarf der genauen Analyse der entsprechenden Witterungsvorgänge, für die jedoch nur vereinzelte Angaben zur Verfügung stehen. Der südwestdeutsche Raum ist zweifellos weniger spätfrostgefährdet und zeigt in solchen Jahren, in denen der niederlausitzer Weinbau durch Fröste im Mai oder Juni geschädigt wurde, oft noch mittelmäßige oder gar gute Weinerträge. Andererseits wurde die Niederlausitz stärker von kontinentalen Hochdrucklagen mit trockenen und heißen Sommern beeinflusst, so daß manchmal der Wein hier ausgezeichnet zur Reife kam, während er in Baden verregnete. Aber schon auf geringe Entfernungen hin kann der Weinertrag recht erheblich schwanken, wie der Vergleich zwischen Guben und dem 30 km entfernten Krossen und auch zwischen den einzelnen Weinbauorten in der Niederlausitz zeigt. So war z. B. das Jahr 1666 in Guben und Krossen, aber auch in Senftenberg ein ausgezeichnetes Weinjahr, während in Sommerfeld infolge starken Hagelschlages eine Mißernte verzeichnet wurde. In erster Linie dürften diese örtlichen Unterschiede, ganz abgesehen von der nicht gleichsinnigen Bewertung durch verschiedene Beobachter, durch lokale Witterungsereignisse wie Hagelschläge, Unwetter und Spät- und Frühfröste bedingt sein.

Anhang: Der niederlausitzer Weinbau im Lied

Weinbau und Wein werden seit altersher von Dichtern besungen, und auch der nordostdeutsche fand seine wenn auch nicht immer schmeichelhafte Darstellung in Sprüchen und Gedichten. Eine große Zahl derartiger Verse über den Weinbau Brandenburgs findet sich bei Schwartz, und auch Reindl hat in seiner Abhandlung über die Weininseln Nord- und Mitteldeutschlands einen besonderen Abschnitt den Sprüchen und Liedern über die nordischen Weine gewidmet¹⁴⁰. Daher sollen auch hier die literarischen Zeugnisse über den niederlausitzer Wein und Weinbau, soweit wir sie ermitteln konnten, nicht fehlen.

Das Fruchtgebet

Ein altes Kirchengebet aus der Niederlausitz, das noch vor dem ersten Weltkrieg in einigen Landkirchen in der Umgebung von Sommerfeld während der Sommerzeit vom Pfarrer gesprochen wurde:

Herr straf' uns nicht in deinem Zorn,
Gedenk an deine Güte,
Den Weinstock und das liebe Korn
Uns gnädiglich behüte
Vor Hagel, Frost, Sturm, Wind und Schlag,
Vor Meltau und was schaden mag
Den Früchten insgemeine,

(Anfang)

Thymo v. Cottbus als Begründer des Cottbuser Weinbaus

Dir, Thymo, der die vaterländ'schen Reben
In fremden Boden damals schon gesenkt —
Dir, der die Spree mit edlem Wein umgeben,
In dem der Stadt ein Noah war geschenkt, —
Dem Rebenpflanzer, der die goldne Traube
Zuerst im rauhen Wendenlande brach
Unfern des Schlosses unter falbem Laube,
Tönt heute noch des Dankes Jubel nach.

Aus C. Stäber, Liederchronik der Stadt Kottbus, 1845

Festlied

Laßt uns heute lustig leben,
Laßt den Saft der edlen Reben,
Die uns unser Guben trägt,
In dem klaren Glase springen,
Und ein Lied dazwischen singen,
Wie man auf Gesundheit pfllegt.

Laßt den Conrad herbestellen,
Neben seinen Burschgesellen,
Daß er bald bei uns erschein',
Und mit seiner gelben Pfeife
Dieses Festes Wonne häufe
Daß wir desto frischer sein.

Laßt hierüber auch zum Dritten
Zarte Frauen-Zimmer bitten
(Trägst Du anders Lust daran),
Daß wir mögen neben ihnen
Unterm Schatten in dem Grünen
Einen Reigen stellen an.

Johann Franck (1618—1676)

Einladung in den Garten

Herr Reuter, da ihr so wie ich jetzt feiern müßt,
So wäre dies mein Rat dahin uns zu verfügen,
Wo unsre Wiesen gelb- und grünbespreitet liegen
Durch die der Lubest-Fluß den freien Paß durch nimmt,
Und um dieselben her sich wie Mäander krümmt,
Wo überm Blumen-Tal die Evanshügel hangen,
Und mit dem Gubener Nutz, den dichten Reben prangen,
Wo unser eigen Reich, der kleine Garten, ist,
Bei dem des Frühlings Gast, des Itys Muhme, nist'.
Da wollen wir uns beid' ins frische Gras hinstrecken,
Und soll der Kirschbaum uns mit seinem Schatten decken
Da wollen wir mit Lust dem Luftvolk hören zu,
Und unser Lied soll sein von süßer Feldes-Ruh.
Es mag das Pergamon samt Belus hohen Schlössern
Ergötzen, wen es will, ich bleibe bei den Wässern
Und in der freien Luft, da find ich solche Lust,
Die auch dem Nino nicht noch Hektorn ist bewußt.

Johann Franck

Auf die schlechte Weinernte des Jahres 1695

(Anfang eines Hochzeitsgedichtes)

Man ging heut aus der Stadt die Trauben abzulesen,
Und mancher sehnte sich nach edlem Traubensaft,
Allein man klagte sehr, daß die Les' schlecht gewesen,
Weil Gott durch vielen Frost die Trauben weggerafft.
Doch war der beste Trost, daß nicht nur an der Neiße
Der schöne Reben-Bau soll fast verderbet sein,
Den Trauben-Mangel sieht der Elb-Strom und auch Meissen,
Ja sonder Trauben zeugt der Po, Rhein und der Main.
Allein, was trauern wir, wir habens wohl verdient,
Denn unsre Missetat hat Gottes Zorn erregt,
Daß unser Rebenstock nicht mehr so lieblich grünt,
Noch daß er wie vormals uns süße Trauben trägt.

Johann Georg Heinrich von Grunewald

Die Weintrinker an der Neiße

Mögt Ihr Euren Rheinwein loben,
Loben Euer Frankenland,
Jene oft verfälschten Proben
Sind mir lange schon bekannt.
Schenkt mir etwas Bess'res ein,
An der Neiße wächst mein Wein!
Und von diesem will ich trinken,
Weil er mir so wohl behagt,
Wie die andern Weine blinken
An der Neiße niemand fragt.
Schenkt nur Gubner für mich ein,
An der Neiße wächst mein Wein!
Wär es auch nur Schattenseite,
Für den Trinker bleibt sich's gleich,
Vaterländischer nur gibt Freude,
Er nur macht uns froh und reich.
Schweigt mir doch von Eurem Rhein,
An der Neiße wächst mein Wein!

M. Volkert

(aus dem Gubener Wochenblatt 1839)

Das Lied vom Senftenberger Wein

Auf Senftenberger Bergen,
Da wächst ein Rebensaft,
Der Riesen macht aus Zwergen,
Und gibt uns Wunderkraft!
Schenkt ein und thut dem Weine recht!
Schenkt ein! Er ist nicht schlecht.
Zum ersten: Seine Trauben!
Ha, welch ein süßer Fund.
Venedig, sollt ihr's glauben,
Verdirbt sich nicht den Mund!
Langt zu! „Das Füchslin hat geschleckt!“
Langt zu! Dieweil es schmeckt.
Thut er sich auch nicht preisen
Wohl übern Vater Rhein,
Mit Grünberg, Naumburg, Meissen,

Legt er die Lanze ein.
 Schenkt ein, und thut dem Weine recht,
 Schenkt ein, er ist nicht schlecht.
 So mancher alte Zecher,
 In diesem Fach bekannt,
 Schlürft „Landsmann“ aus dem Becher
 Für Wein vom Moselland.
 Schenkt ein ...
 Und führt er auch zu Zeiten
 Den Titel „Wendewein“,
 Der Spaß mag abzuleiten
 Vom Wendenstamme sein. —
 Schenkt ein ...
 Wie lacht er mich so mollig
 Aus diesem Becher an!
 Mir wird so keck und drollig —
 Die Wunderzeichen nah'n!
 Schenkt ein ...
 Mein Geist fängt an zu grübeln,
 Erfind'risch wird mein Sinn;
 Wer wird es mir verübeln,
 Wenn ich be-ne-belt bin!
 Schenkt ein ...

Fr. Roch

(aus Dichtungen, Bd. 4, Senftenberg 1874)

Die Senftenberger Weinberge

Bald erstiegen sie nun die sanftansteigende Bergwand,
 Welche die Reben erzeugt, zu spenden den köstlichen Landwein
 Weit von Osten nach West, gar manche Stunde des Weges
 Langhin dehnt sie sich aus, geziert mit Bäumen und Häuschen
 Die bald unten im Tal, bald oben hoch auf den Höhen
 Bergen der Leute gar viel zur Zeit der fröhlichen Lese. —
 Hei, dann wimmelt der Berg von fleißigen Lesern und Kostern
 Und je mehr es dann lohnt, so emsiger regt sich's ohn' Ende.
 Sieh, dann löst es mit Lust die köstlichen Trauben vom Stocke,
 Und zum Berge hinan strebt emsig die lesende Reihe.
 „Butte voll!“ hier und „Butte voll!“ dort, so tönt' es ohn' Ende,
 Und zur Kelter hinab geht's eilig, traubenbeladen.
 Horch! Dann ist ein Getön von Hörnern, Geschossen und Stimmen,
 Bald im schallenden Chor, bald wieder in Bergen vereinzelt,
 Je nachdem sich bewegt bald hierhin und dorthin die Menge.
 Wenn dann endlich herbei die späte Nacht ist gekommen,
 Zieht es mit Sang und Klang nach Haus von jeglichem Berge.
 Hellauf lodern die Fackeln, Raketen steigen zum Himmel,
 Land und Städtchen erfüllt nicht enden wollender Jubel. —
 Solches im Herzen, zog hin die kleine, wandernde Sippschaft,
 Längs der schlängelnden Höhen zum höchsten Punkte gelangend.
 Dort, wo zierlich und hell — aus weiter Ferne zu schauen —
 Glänzt im Sonnenschein mit spitzem Dache das Berghaus,
 Halten sie still und schau'n entzückt zum Tale hernieder.

Fr. Roch

(aus: Der Spaziergang nach den Weinbergen im Spätherbst,
 Dichtungen, Bd. 5, Senftenberg 1873, S. 104)

Anmerkungen:

¹ Die zusammenfassende, in den Einzelheiten jedoch stark lückenhafte Darstellung von P. Schwartz, *Der Weinbau in der Mark Brandenburg in Vergangenheit und Gegenwart*, Berlin 1896, 96 S., behandelt den niederlausitzer Weinbau nur am Rande.

² Als Unterlagen hierfür wurden benutzt:

- a) Die gesamte einschlägige landes- und heimatkundliche Literatur einschließlich der in Frage kommenden Urkundenbücher;
- b) die topographischen Karten 1 : 100 000 und 1 : 25 000 in älteren und neueren Ausgaben;
- c) an ungedruckten Karten vor allem die sogenannten Ur-Meißischblätter aus der Zeit um 1840 (in der Kartenabteilung der Deutschen Staatsbibliothek Berlin), die Schulenburgsche Karte von Preußen um 1785 (ebendort), die sogenannte Kohlsche Karte der Herrschaft Senftenberg um 1765 (ebendort), der Atlas des Stiftes Neuzelle um 1750 (ebendort), der Atlas Saxonicus novus von Petrus Schenk um 1750 (im Staatsarchiv Dresden), die Karten der Kursächsischen Landesaufnahme von Matthias Oder bzw. Oder-Zimmermann vom Ende des 16. Jahrhunderts (ebendort), die Schmettausche Karte der Herrschaft Friedland 1781 (im Staatsarchiv Potsdam) sowie verschiedene Flurkarten niederlausitzer Dörfer (ebendort);
- d) gedruckte Flurnamensammlungen der Kreise Guben (K. Gander, in *Niederlaus. Mitt.* 11, 1910, S. 113—257), Cottbus (G. Schwela, Berlin 1957), Luckau (E. Mücke in *Bausteine z. Heimatkunde des Kreises Luckau*, Luckau 1918), Hoyerswerda (P. Witschas in *Heimatkunde des Kreises Hoyerswerda* 1925, S. 201—214) sowie einzelner Dörfer des Kreises Sorau (meist von K. Mettke in den *Heimatbeilagen des Sommerfelder und Gassener Tageblattes „Die Heimat“*);
- e) an ungedruckten Archivalien vor allem: Staatsarchiv Dresden, Rep. 139 C, Nr. 2047, Die zum Amt Senftenberg geh. Weinberge; Rep. 139 L, Nr. 81 a, Geographische Nachrichten über die Niederlausitz 1723; Loc. 9764, Geogr.-stat. Unterlagen zu Zürners Atlas Bd. 6, Niederlausitz; Loc. 35 391 Nr. 4, Die Weinberge in den Ämtern 1563; Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 8, Guben; Pr. Br. Rep. 6 B, Luckau Nr. 340; Pr. Br. Rep. 16, Fragebogen zu Berghaus Landbuch der Mark Brandenburg und der Niederlausitz, 1852 (zit. als Berghaus Fragebogen). Herr Theodor Krafft-Berlin machte uns die Weinbau-Flurnamen aus der Flurnamensammlung für die Provinz Brandenburg im ehem. Preuß. Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem zugänglich, wofür wir ihm ganz besonders dankbar sind. Weitere Angaben und Hinweise wurden dankenswerterweise übermittelt von den Damen und Herren Max Balde-Forst, Werner Bastine-Finsterwalde, Fritz Bönisch-Großräschen, Karl Fitzkow-Liebenwerda, G. Haak-Lübben, Hubert Illig-Luckau, Max Kerstan-Wüstenhain, Erich Müller-Guben, Alfred Neumann-Wien, Dr. Friedrich Redlich-Leipzig, Theodor Schütze-Großpostwitz b. Bautzen und Ellen Sitka-Forst.

³ P. Schwartz, a.a.O.; J. Reindl: Die Weininseln Nord- und Mitteldeutschlands. In: *Mitt. Geogr. Ges. München* 1, 1904, S. 69—118; W. Pomtow: *Der ostdeutsche Weinbau*, Berlin 1910; W. Hämpel: Das ostdeutsche Weinbaugebiet. In: *Geogr. Anzeiger* 29, 1928, S. 79—85; B. Kres: *Zarys dziejów winiarstwa zielonogórskiego* (Abriß zur Geschichte des Grünberger Weinbaus), Posen 1966.

⁴ R. Lehmann, *Die Urkunden des Stadtarchivs Luckau*, Berlin 1958.

⁵ G.: Weinberge bei Luckau. In: *Beitr. z. Geschichte und Alterthumskunde der Niederlausitz* 1, Lübben 1835, S. 121—129.

⁶ Über die ehemals in der Niederlausitz gebräuchlichen Weinmaße ließ sich keine völlige Klarheit gewinnen. Im allgemeinen gelten folgende Zusammenhänge: 1 Fuder = 4 Viertel, 1 Viertel = 2 Eimer, 1 Eimer = 72 Kannen, 1 Kanne = 2 Nöfel. Legt man die Dresdener Kanne zu 0,936 l zugrunde, so errechnet sich der Eimer zu 67,36 l, das Viertel zu 134,72 l, das Fuder zu rd. 539 l. In Doberlug jedoch sollte 1607 das Viertel 3 Eimer enthalten, 4 Viertel ein Faß und 2 Faß ein Fuder ausmachen (vgl. Anm. 29).

Loocke 1803 teilt für Guben mit: 1 Viertel = 24 Pitschel = 168 Kannen. Unter Zugrundelegung desselben Kannenmaßes wäre 1 Viertel demnach 157,25 l, 1 Fuder 629 l. Das Aufmaß von 24 Kannen in Guben wird von einem anderen Autor dieser Zeit so erklärt, daß die Viertel „144 Dresdener Kannen reinen Wein und dann überdies noch

im Durchschnitt auf die Hefen, welche der Wein zu setzen pfleget, gerechnet werden, in seinem ganzen Umfange 24 dergleichen Kannen enthalten müssen, als soviel dabey die aber selten so viel und gemeinlich desto weniger betragen, je besser der Wein an und für sich in der Güthe ist“. K.: Vom Gubener Wein überhaupt und besonders von dessen Behandlung auf dem Fasse: hauptsächlich für auswärtige Freunde desselben. In: Laus. Monatsschrift (Zittau) 1792, S. 343—353.

In den preußischen Landesteilen Cottbus und Sommerfeld rechnete man (zumindest im 18. Jahrhundert) nach dem preußischen Eimer = 68,7 l = 60 Quart à 1,145 l. 1 Viertel = 120 Berliner Quart = 137,4 l. Ab 1815 galten diese preußischen Maße offiziell für die gesamte Niederlausitz.

⁷ O. Eichler: Aus der Vergangenheit des Luckauer Schloßberges. Heimatkalender Luckau 1927, S. 65—71.

⁸ Zu den Weinbergen bei Baruth vgl. H.-D. Krausch: Die Wälder der früheren Herrschaft Baruth gegen Ende des 16. Jahrhunderts. In: Jb. f. brandenb. Landesgesch. 15, 1964, S. 22—49.

⁹ Mucke: Bausteine, S. 126.

¹⁰ J. W. Neumann: Geschichte der Kreisstadt Lübben, Lübben 1857.

¹¹ 1831 theilte der Besitzer des Gutes Paserin, der Ober-Amtmann Schlesinger in Uckro, der Steuerbehörde mit, „daß der zum hiesigen Gute gehörige Weinberg bei Paserin in diesem Jahre gar keine Früchte getragen hat, und daß ich denselbigen von nun ab nicht mehr als Weinberg benutzen, ihn vielmehr mit Feldfrüchten bebauen lassen will“. StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 6 B, Luckau Nr. 340, betr. Besteuerung des Weinmostes 1830 ff.

¹² A. Meitzen: Die Verbreitung des Weinbaus im preußischen Staatsgebiete. In: Zs. kgl. preuß. stat. Bureaus 10, 1870, S. 119—131.

¹³ Mucke: Bausteine, S. 494.

¹⁴ Krausch 1964, S. 47.

¹⁵ R. Lehmann: Urkundenbuch des Klosters Dobrilugk und seiner Besitzungen, Leipzig 1941/42, Nr. 5, 6 u. 12.

¹⁶ StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 37, Herrschaft Sonnewalde, Nr. 1809.

¹⁷ R. Moderhack: Die Urkunden des Calauer Stadtarchivs in Regesten. In: Niederlaus. Mitt. 23, 1935, S. 58 u. 65.

¹⁸ C. R. Hausen: Darstellung des Weinbaues ... in den Marken Brandenburg, Berlin 1798.

¹⁹ R. Moderhack: Die ältere Geschichte der Stadt Calau, Calau 1933, S. 168—169.

²⁰ Merbach: Geschichte der Kreisstadt Calau, Lübben 1833, S. 203.

²¹ Berghaus, Fragebogen, Meitzen 1870.

²² J. Reindl, a.a.O. (s. Anm. 3).

²³ StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 10, Nr. 460.

²⁴ Berghaus, Fragebogen (s. Anm. 2 e).

²⁵ Reindl, a.a.O., nach Akten des Staatsarchivs Dresden.

²⁶ Gericke: Geschichte der Stadt Finsterwalde, 1937.

²⁷ StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 7, Amt Dobrilugk, Nr. 157.

²⁸ Reindl, a.a.O., nach Staatsarchiv Dresden, Loc. 7379. Die in Doberlug damals üblichen Weinmaße kennzeichnet ein Bericht vom Jahre 1607: „Drei Eimer soll 1 Viertel und 4 Viertel ein Faß und 2 Faß ein Fuder sein.“ Th. Schulze: Die Herrschaft Dobrilugk im Jahre 1607. In: Heimatkal. Luckau 1927, S. 56—61.

²⁹ StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 7, Amt Doberlug Nr. 267.

³⁰ Meitzen 1870; F. Bode: Ehemaliger Weinbau im östlichen Teil des Reg. Bez. Merseburg und angrenzenden Bezirken. In: Archiv f. Landes- und Volkskunde der Prov. Sachsen 19, 1909, S. 83—90.

³¹ StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 6 B, Luckau Nr. 340.

³² UB Dobrilugk, S. 315, 320, 325, 497, 509.

³³ Reindl, a.a.O., S. 83.

- ³⁴ Reindl, a.a.O., S. 83. Herr Dr. Rudolf Lehmann schrieb hierzu: „Mich nahm der Großvater, es muß vor 1904 gewesen sein, zu einer Weinprobe bei einem Bauern in Gr. Koschen mit. Wir bekamen mit anderen mächtige Käseschnitten u. roten Wein, der am Koschenberg gewachsen war. Großvater hatte vorsorglich ein Tütchen Zucker mitgenommen. Verwilderte Reben gab es am Koschenbergsüdhang, wo im übrigen Obstbäume standen, noch in späteren Jahrzehnten. Ich habe sogar ein Reis von dort in meinen Garten gepflanzt, das auch anwuchs.“
- ³⁵ UB Lübben I, S. 129, Nr. 272.
- ³⁶ StA Dresden, Rep. 139 L, Nr. 81 a.
- ³⁷ P. Richter: Lübbens erster Weinberg. In: Lübbener Kreis-Kalender 1929, S. 37—39. Von der Anlegung dieses Weinberges kündete ein Denkmal auf dem höchsten Punkte des Geländes (Abb. bei Richter S. 38) mit der Inschrift:
 Vorderseite: *Durch Fleiß und Zucht*
Mit Gott baut auch des Fleißes Hand
Ein Paradies auf dürrer Sand
 Rückseite: *Reift hier die Frucht*
Zur Landvoigtszeit war hier nicht Berg noch Sand vorhanden,
Die gute Gegend trug vielmehr die beste Frucht;
Der Weinberg ist durch Fleiß seit kurzer Zeit entstanden,
Wozu Glück und Gedeihen des Allerhöchsten sucht
Martin Gallus Schuster 1740
- ³⁸ Leonhardi: Erdbeschreibung der Churfürstlich- und Herzoglich-Sächsischen Lande, Bd. 2, 2. Aufl., Leipzig 1790.
- ³⁹ Neumann: Gesch. Kreisstadt Lübben, S. 218.
- ⁴⁰ R. Daenicke: Hartmannsdorfer Weinbau vor 200 Jahren. In: Lübbener Kreisblatt 1935, Nr. 127.
- ⁴¹ J. G. Wörbs: Inventarium dipl. Lusatiae inferioris, Lübben 1834, Nr. 1002.
- ⁴² Lillack: Lieberose als Weinstadt. In: Frankfurter Oderzeitung v. 22./23. April 1939.
- ⁴³ A. Häseler: Das Ordensamt Friedland nach dem Dreißigjährigen Kriege. In: Niederlaus. Mitt. 23, 1935, S. 91—114.
- ⁴⁴ G. Krüger: Aus der Vergangenheit des Ordensamtes Friedland, Lübben 1937.
- ⁴⁵ F. Schmidt: Weinbau und Ratskellerwirtschaft in Cottbus, Cottbus 1920. Vgl. auch F. K. Liersch: Der Kottbuser Amtswienberg. In: Niederlaus. Mitt. 17, 1925 S. 21 bis 27.
- ⁴⁶ Gulde: Gesammelte Nachrichten zur Geschichte der Stadt und Herrschaft Cottbus, Görlitz 1786, I, § 3.
- ⁴⁷ Gulde, a.a.O., II, S. 66.
- ⁴⁸ F. W. A. Bratring: Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg, Bd. 3 Berlin 1809.
- ⁴⁹ Schmidt: Weinbau u. Ratskellerwirtschaft in Cottbus, S. 11.
- ⁵⁰ Krüger, a.a.O., 1939, S. 38.
- ⁵¹ E. v. Schönfeldt: Der Weinbau in Werben. In: Unsere Lausitz, Heimatbeil. d. Laus. Landeszeitung Nr. 127 v. 25. Jan. 1928.
- ⁵² Schmidt, a.a.O., S. 9 u. 11.
- ⁵³ W. Reinhold: Chronik der Stadt Spremberg, 1843.
- ⁵⁴ J. Chr. Schneider: Chronik der Stadt und Standesherrschaft Forst 1846, S. 303.
- ⁵⁵ Z.: Nachricht von dem gegenwärtigen Zustand des Weinbaues im Gubenschen Kreise. In: Laus. Wochenblatt 1. Stück, Zittau 1790, S. 57—59, 65—67.
- ⁵⁶ E. Zuchold: Herrschaftliche Privilegien der Stadt Triebel 1624. In: Niederlaus. Mitt. 6, 1900, S. 303—310.
- ⁵⁷ F. Henschke: Die Herrschaft Triebel, Sorau 1920, S. 13.
- ⁵⁸ Leonhardi, a.a.O.; S.: Beschreibung der Herrschaft Triebel in der Niederlausitz. In: Laus. Monatsschrift (Zittau) 1792, S. 33—37.
- ⁵⁹ StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 7, Amt Triebel, Nr. 161.
- ⁶⁰ R. Moderhack: Die Urkunden des Sommerfelder Stadtarchivs in Regesten, II Teil. Niederlaus. Mitt. 28, 1940. Zum Sommerfelder Weinbau vgl. auch W. Ludwig: Historisches vom Sommerfelder Weinbau. In: Die Heimat, Beil. z. Sommerfelder und Gassener Tageblatt Nr. 6, 1929.

- ⁶¹ Moderhack: Urkk. Sommerfelder Stadtarchiv, 1940, S. 71.
- ⁶² Ed. Ludw. We d e k i n d : Diplomatische Chronik der Immediatstadt Sommerfeld, Krossen 1846.
- ⁶³ Beiträge zur natürlichen, ökonomischen und politischen Geschichte der Ober- und Niederlausitz, Zittau 1790.
- ⁶⁴ Bratring, a.a.O., S. 302.
- ⁶⁵ E n g e l m a n n in: Unsere Heimat Sorau Nr. 2, 1933.
- ⁶⁶ StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 3 B, III L, Nr. 470.
- ⁶⁷ Reindl, a.a.O. Einzelheiten über den Weinbau in diesem Raum bei H. G. R u d o l p h : Vom Weinbau in unserem Kirchspiel. In: Das Kirchspiel Witzten (Berlin-Schöneberg) 16, 1962, S. 1—6.
- ⁶⁸ G. S t e l l e r : Der Adel des Sorauer Weichbildes um die Wende des 15. und 16. Jahrhunderts. In: Niederlaus. Mitt. 26, 1938, S. 78.
- ⁶⁹ Kunstdenkmäler des Kreises Sorau, S. 233.
- ⁷⁰ Steller, a.a.O., S. 80.
- ⁷¹ Meitzen 1870, Berghaus Fragebogen, Reindl 1904.
- ⁷² K. G a n d e r : Geschichte der Stadt Guben, Guben 1925, S. 487—499; Der Weinbau; P. W i n k l e r : Geschichte des Gubener Weinbaues. In: Gubener Zeitung 1900, Nr. 221 u. 222; K. R i c h t e r : Der Altgubener Weinbau. In: Niederlaus. Mitt. 11, 1910, S. 274 bis 278.
- ⁷³ StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 8, Guben Nr. 1. Als Beispiel diene die 3. Eintragung im 1. Stadtbuch, S. 1, vom Jahre 1430: „Bernhardt der teppir hot Pawl Breßin vorreicht cyne morgin weyn wagß zcu Mückenberch ihm stadt recht gelegin frey undt unvorworren biß uff den erbzinz.“
- ⁷⁴ StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 8, Guben, Nr. 7, 10, 11, 17, 34, 43, 44, 45.
- ⁷⁵ Chr. G e r b e r : Die unerkannten Wohltaten Gottes in denen beyden Marggraffthümern Ober- und Niederlausitz und deren vornehmsten Städten, Dresden und Leipzig 1720, S. 915.
- ⁷⁶ J. Chr. L o o c k e : Geschichte der Kreisstadt Guben, Görlitz 1803.
- ⁷⁷ Nach einem Verzeichnis der Akziseverwaltung sind aber in den Jahren von 1709 bis 1800 nie mehr als 4583 Eimer versteuert worden, Gander, a.a.O., S. 491. Doch gilt für diese bei der Steuerbehörde angegebenen Mengen das zeitgenössische Urteil von C. G. S c h m i d t (Briefe über die Niederlausitz, Wittenberg 1789), daß man „zuverlässig ebensoviel verschwiegen hat“.
- ⁷⁸ T s c h i r c h : Die Kreisstadt Guben seit dem Jahre 1815. In: Neues Laus. Magazin 45, 1868, S. 41.
- ⁷⁹ Gander, a.a.O., S. 499.
- ⁸⁰ StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 9 B, Ordensamt Schenkendorf, Nr. 3.
- ⁸¹ Geographische Beschreibung der Markgrafschaft Nieder-Lausitz und der angränzenden Oerter in Schlesien, 1748.
- ⁸² Worbs, a.a.O., S. 823.
- ⁸³ Niederlausitzer Mitt. 19, 1930, S. 272, 274, 276.
- ⁸⁴ Geographische Beschreibung 1748. Erste Erwähnung des Beitzscher Weinberges bereits 1505 (R. L e h m a n n in Niederlaus. Mitt. 29, 1941, S. 67, Nr. 62).
- ⁸⁵ E. v. W i e d e b a c h - N o s t i t z : Regesten aus dem Beitzscher Archiv. In: Niederlaus. Mitt. 5, 1898, S. 402.
- ⁸⁶ StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 9 B, Ordensamt Schenkendorf, Nr. 1.
- ⁸⁷ Stiftsatlas Neuzelle, Bl. 15.
- ⁸⁸ Vgl. zu dem Folgenden H.-D. K r a u s c h : Der frühere Weinbau im Gubener Land. In: Gubener Heimatkal. 1966, S. 87—103. Dort weitere Einzelheiten. Durch die Auf-
findung weiterer Unterlagen können hier noch einige Ergänzungen gebracht werden.
- ⁸⁹ H. S ö h n e l : Urbarregister des Klosters vor Guben 1562, 1573. In: Niederlaus. Mitt. 8, 1904, S. 18—43; K. G a n d e r : Das Urbar der Stadt Guben v. J. 1670. Ebda. 20, 1931, S. 35—73.
- ⁹⁰ Söhnel, a.a.O.
- ⁹¹ Gander 1931.
- ⁹² Krausch (s. Anm. 88) S. 93—94.

- ⁹³ Einzelnachweise für diese und die folgenden Angaben siehe bei Krausch, a.a.O.
- ⁹⁴ J. Brankack: Studien zur Wirtschaft und Sozialstruktur der Westslawen zwischen Elbe-Saale und Oder aus der Zeit vom 9. bis zum 12. Jahrhundert, Bautzen 1964.
- ⁹⁵ J. Schultze: Das Landregister der Herrschaft Sorau von 1381. Veröff. Hist. Komm. f. d. Prov. Brandenburg und die Hauptstadt Berlin VIII/I, Berlin 1936.
- ⁹⁶ J. Runge: Ungefährliche Nachricht von Erbauung der Stadt Guben ... Anno 1675. StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 8, Guben, Nr. 7.
- ⁹⁷ G. Krüger: Die Rittergüter in der Herrschaft Cottbus und ihre Besitzer, Familienkundl. Hefte f. d. Niederlausitz 9, 1939, S. 25.
- ⁹⁸ H.-G. Rudolph: Vom Weinbau in unserem Kirchspiel. In: Das Kirchspiel Witzten 16, 1962, S. 1—6.
- ⁹⁹ Schmidt, a.a.O., S. 10.
- ¹⁰⁰ „Seit der Kartoffelbau stärker betrieben wird, ist der Weinbau gänzlich zurückgesetzt worden.“ Schönfließ b. Fürstenberg, in Berghaus Fragebogen, 1852.
- ¹⁰¹ Hausen, a.a.O., S. 82.
- ¹⁰² So z. B. schon v. Rohr: Vollständiges Hauswirthschaftsbuch, Leipzig 1751, S. 17: „Siehet er aber, daß an dem Orte schlechter Weinbau und er mit mehrern Vortheil Hafer oder ander Getreidig in den Platz des Weinbergs säen kann, so wird er ihn lieber gar liegen lassen, als alle Jahre auf des Wintzer-Lohn und andere Unkosten ohne Hoffnung gewissen Vortheils Geld darauf zu wenden.“
- ¹⁰³ Über Änderungen in der Geschmacksrichtung berichtet ebenfalls schon v. Rohr 1751. Man war anspruchsvoller geworden und bevorzugte Rhein-, Mosel-, Französische und Italienische Weine, „deshalb haben manche Land-Cavaliere ihre Weinberge eingehen lassen, und solche statt dessen mit Hafer und anderem Getreide besät.“
- ¹⁰⁴ Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 8, Guben, Nr. 44, Memorabilia Gubiniensiae oder Gubensche Merkwürdigkeiten 1763.
- ¹⁰⁵ Meitzen 1870, vgl. auch StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 3 B, III L, Nr. 470. Die Angaben für 1864 beruhen auf dem Weinsteuerkataster von 1864, die für 1868 auf einer vom Ministerium für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten 1868 veranlaßten Erhebung über die Ausdehnung des Weinbaus. Sie sind nicht ohne Widersprüche. Mehrfach werden 1864 Weinbauflächen aufgeführt, für die es bereits 1852 in den Berghaus'schen Fragebogen heißt, daß der Weinbau aufgehört habe. Die angebliche starke Zunahme der Weinbauflächen vieler Ortschaften zwischen 1864 und 1868 (z. B. Guben 1864: 282,1, 1868: 600, Senftenberg 63,1 bis 137,1, Rauno 16,9 bis 59,1 Morgen) läßt sich nur so erklären, daß man zur Zeit der Weinststeuer (1820—65) bestrebt war, die Anbauflächen aus steuerlichen Gründen der Behörde gegenüber möglichst niedrig zu beziffern, während später dafür kein Grund mehr vorlag. Eine tatsächliche Zunahme des Weinlandes ist sicher nicht erfolgt.
- ¹⁰⁶ P. Schwartz, a.a.O., S. 77.
- ¹⁰⁷ In Guben z. B. waren seit altersher auf den Weinbergen auch Obstbäume vorhanden. 1557 werden von hier genannt Apfel, Birnen, Pflaumen, „Spillinge“ (*Prunus domestica* L. ssp. *insititia* [L.] Poir. var. *pomarium* Bout.), „Pförschen“ (Pflirsche), „Morellen“ (Aprikosen) und welsche Nüsse (*Juglans regia*). Auf dem Neuzaucher Weinberg gab es 1814 neben den Weinstöcken insgesamt 398 Obstbäume, und zwar 157 Pflaumbäume, 56 Birnbäume, 147 Sauerkirschen, 10 Süßkirschen, 8 Apfelbäume, 12 Pfirsichbäume, 6 „gute“ Kastanien und 2 Nußbäume (StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 37, Herrschaft Straupitz Nr. 774).
- ¹⁰⁸ Zum Beispiel zeigte der Sorauer Weinberg im Jahre 1902 „rings um das Häuschen und an der bröckligen Friedhofsmauer verwildertes Dornengestrüpp und Sträucher ... , der übrige Hügel war mit dürrtigem Gras bestanden“. M. Gebhardt: Veränderungen im Sorauer Stadtbild in den letzten 30 Jahren. In: Unsere Heimat, Beil. z. Sorauer Tageblatt 1, 1932.
- ¹⁰⁹ Zum Beispiel enthält das Gemeindewappen von Hörlitz bei Senftenberg eine Weinrebe mit Blatt und Traube.
- ¹¹⁰ Vgl. hierzu die Ausführungen in den Zürnerschen Erhebungen für Kamminchen Kr. Lübben 1722: „Die Untertanen haben auch einige Weinberge, welche zu ihrer Nahrung ein vieles mit beytragen müssen.“

- ¹¹¹ Zum Beispiel gab es auf den Weinbergen des Amtes Senftenberg um 1800 zwei Winzermeister und sechs Winzer, in Schlagsdorf um 1660 drei Weinmeister und auf dem Scheunoer Weinberg vier Winzer. In der Herrschaft Sorau wird ein „wintzer“ bereits 1501 aufgeführt. Der letzte Winzer der Niederlausitz war der Winzer Ernst Knieschke auf dem Krossener Weinberg Kr. Luckau. Als ausgesprochene Spezialkräfte wurden die Winzer im allgemeinen höher bezahlt als das übrige landwirtschaftliche Personal. So erhielten z. B. von den Schlagsdorfer Weinmeistern im Jahre 1660 der erste jährlich 10 Taler 20 Groschen und drei Viertel Roggen, die beiden anderen je 9 Taler und drei Viertel Roggen, alle drei zusammen einen Scheffel Gerste und drei Viertel Erbsen; die Scheunoer Winzer zu Anfang des 19. Jahrhunderts jeder jährlich 18 Taler, 2 Fäßlein Butter, 1 jähriges Schwein à 1½ Taler, zwei Viertel Bier à 4 Taler, 1 Scheffel Weizen à 2 Taler, 6 Scheffel Korn (Roggen) à 1 Taler, 1 Scheffel Gerste à 1 Taler, 1 Scheffel Heidekorn à 1 Taler, 1 Scheffel Hafer à 15 Gr., 3 Schodk Käse, ein Viertel Salz à 20 Gr., 2 Beetlein Acker zu Kraut und Rüben und für jede Senkgrube 2 Pfennige.
- ¹¹² Worbs, a.a.O., Nr. 1258.
- ¹¹³ Um 1720 hatte eine Frau v. Breitenbach in Guben sogar einen Winzer aus Württemberg angenommen, der die hiesige Art der Weinbergarbeit recht kritisierte. Gerber, a.a.O., S. 250 ff.
- ¹¹⁴ G a n d e r : Gesch. d. Stadt Guben, 1925.
- ¹¹⁵ StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 8, Guben, Nr. 7.
- ¹¹⁶ R. J e c h t : 24 Briefe des Marklissaer Pastors Theophil Arndt nach Guben an den Bürgermeister Matthäus Gablentz 1645—1662. In: Niederlaus. Mitt. 32, 1934, S. 181 bis 201.
- ¹¹⁷ Neues Laus. Magazin 1, 1822, S. 345—352. An Weinsorten werden genannt:
- | | |
|-------------------------|---------------------------------|
| <i>Weißer</i> | <i>Rote</i> |
| 1. Vröge v. d. Lahn | 1. Früher Burgunder aus Faßbach |
| 2. Ortlieber | 2. Müllertraube |
| 3. Weißer Malvasier | 3. Jakobswein |
| 4. Grünedel | 4. Augustswein |
| 5. Ruhländer | 5. Bajaner |
| 6. Italischer Malvasier | 6. Thalrother |
| 7. Grauedel | 7. Klävnneroth |
| 8. Muskateller | 8. Barometh |
| 9. Schönedel | |
| 10. Sylvaner | |
| 11. Früher Leipziger | |
- ¹¹⁸ K. M e t t k e : Flurnamen aus Berthelsdorf. In: Die Heimat 5, 1932.
- ¹¹⁹ J. C o l e r u s : Oeconomia ruralis et domestica, verb. u. verm. Aufl. Mainz 1665.
- ¹²⁰ Laus. Wochenblatt 1790; K.: Vom Gubener Wein überhaupt und besonders von dessen Behandlung auf dem Fasse: hauptsächlich für auswärtige Freunde desselben. In: Laus. Monatsschrift (Zittau) 1792, S. 343—353; v. Rohr, a.a.O.
Im Laus. Wochenblatt 1790 hierzu noch folgende Meldung: „Als vor einigen Jahren ein Sächsischer Obristleutnant v. Kracht, der bey Guben Güter und im Erzgebirge sein Standquartier hatte, guten Gubener auf seine Tafel brachte, wußte man nicht, zu welcher Classe von Rebensaft man diesen schönen Wein bringen sollte. Er gab ihn für einen bisher unbekannten Französischen Wein unter dem Namen Vin de la Bethanie (nach einem Vorwerk bey Guben) aus. Jeder bat ihn, dergleichen zu verschreiben. Er that es, man wunderte sich über den mäßigen Preis und erfuhr endlich von dem Obristleutnant das ganze Geheimniß.“
- ¹²¹ Th. S c h u l z e : Die Herrschaft Dobrilugk im Jahre 1607. In: Heimatk. Luckau 1927, S. 56—61.
- ¹²² Auch der niederlausitzer Wein ist im 19. Jahrhundert dem damaligen Spott über die ostdeutschen Weine nicht entgangen. So verzeichnet der Berliner Humorist Adolf Glasbrenner (Berliner Volksleben 1851) in seiner „Berliner Weinkarte“ auch „Gubener Studir-Wein“. „Dieses Jetränk wird weniger für die Kehle, als für die Wissenschaft benutzt. Will man sich vor einer notwendigen Arbeit, zum Beispiel vor's Examen, nicht durch Verjüngungen ablocken lassen, sondern ochen, damit man später en juter Beamter wird, so tröppelt man eenen Eßlöffel von die Sorte uf seinen Arbeitsstuhl un

setzt sich oojenblicklich nieder. Man klebt uf acht bis neun Dage fest, und es is mit Jefahr verbunden, sich loszureißen.“ Um die gleiche Zeit heißt es in einem Gedicht zur Eröffnung des Gasthauses „Goldene Traube“ in Sommerfeld:

„Da die Trauben hier im Städtchen
Etwas sehr gewöhnlich sein,
So denkt mancher bei dem Wörtchen
Du schenkst Sommerfelder ein.“

(W. Ludwig, a.a.O.)

- ¹²³ Der Heimatwanderer 3, 1925.
- ¹²⁴ P. Clauswitz: Das Stadtbuch des alten Köln an der Spree aus dem Jahre 1442. Schr. d. Vereins f. d. Gesch. Berlins 52, S. 78.
- ¹²⁵ Riedel: Codex dipl. brand. A 23, S. 168 ff., 178 ff., 401.
- ¹²⁶ E. Assmann: Stettins Seehandel und Seeschifffahrt im Mittelalter, Kitzingen/Main 1956.
- ¹²⁷ E. Friedel: Gubener Wein nach Danzig. In: Niederlaus. Mitt. 3 1894, S. 265; A. Treichel: Gubener Wein im Ordens- und Ermelande. Ebda. 5, 1897, S. 126 f.; ders.: Wein von Guben im Ordenslande. Ebda. 5, 1898, S. 451 f.; C. Moeller: Gubener Wein in Mecklenburg während des 16. und 17. Jahrhunderts. Ebda. 5, 1898, S. 441–450; anonym: Gubener Wein in der Lübecker Ratsrechnung 1372. Ebda. 9, 1906, S. 439; M. Hoffmann: Zum Gubener Weinbau und Weinhandel. Ebda. 10, 1908, S. 410–412; H. Hartmeyer: Der Weinhandel im Gebiet der Hanse im Mittelalter, Jena 1905; Oesterreich: Die Handelswege Thorn's im Mittelalter; Laufer: Danzigs Schiffs- und Warenverkehr am Ende des 15. Jahrhunderts, 1893; R. Lehmann: Gubener Wein in Schlesien und der Oberlausitz um 1500. In: Gubener Zeitung 1921, Nr. 218 v. 17. 9.
- ¹²⁸ Mit Wurzeln von Alant (*Inula helenium* L.) gewürzter Wein. Aus trockenen Alantwurzeln wurden dünne Scheibchen geschnitten, diese in Säckchen getan und zusammen mit Most in Kesseln aufgekocht. Alant wurde anscheinend auf vielen Niederlausitzer Weinbergen angebaut, verwilderte Pflanzen fanden sich später noch auf den Gubener Bergen und dem Drehaer Weinberg.
- ¹²⁹ Gander 1925, S. 489–490.
- ¹³⁰ Wehrmann: Niederlausitzer Wein in der pommerschen Hofhaltung. In: Niederlaus. Mitt. 14, 1919, S. 227–228.
- ¹³¹ StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 8, Guben Nr. 17.
- ¹³² Reindl, a.a.O., Kap. III.
- ¹³³ H. Schell: Klima, Witterung und Weinbau. Wiss. Abh. Reichsamt f. Wetterdienst 8, Berlin 1936.
- ¹³⁴ Klimakunde des Deutschen Reiches, Bd. 2, Tabellen, Berlin 1939.
- ¹³⁵ Die Fundorte des Blutroten Storchschnabels in der Niederlausitz sind: Neuzelle: Diehloer Berge, Kupferhammer; Guben: Kaltenborner Berge, Eßberg b. Reichenbach, Oegelner Weinberg, Neudörfeler Berge; Lieberose: Altes Schloß; Pförten: Schloßgarten, Weinberg, Mühlwiese am Stränge; Sommerfeld: Klinge; Sorau: Ullersdorf; Forst: Scheunoer Weinberg; Spremberg; Georgenberg; Hügelraine an der Wiesengasse; Senftenberg: Weinberge, zw. Alt-Döbern und Gr. Räschen; Finsterwalde: zw. Bergheide und Klingmühl, zw. Bergheide und Lichterfeld; Calau: Schrake; Luckau: Drehaer Weinberg, bei Golßen; Baruth: Mühlenberg; Lübben: Neuzaucher Weinberg.
- ¹³⁶ K. Müller: Geschichte des badischen Weinbaus. 2. Aufl. Lahr 1953.
- ¹³⁷ Nach G. A. Matthias: Chronica der Stadt Crossen, Crossen und Zielenzig 1849; C. v. Obstfelder: Chronik der Stadt Crossen, Crossen 1895; K. Wein: Der Crossener Weinbau im Lichte der Geschichte. In: Crossener Kreiskalender 28, 1940, S. 87–89.
- ¹³⁸ Über die Zusammenhänge zwischen Heuschrecken-Invasionen und guten Weinjahren vgl. H.-D. Krausch: Die Invasionen der Wanderheuschrecke (*Locusta migratoria* L.) in die Niederlausitz. Beitr. z. Tierwelt der Mark (Potsdam) 3, 1967.
- ¹³⁹ Für Senftenberg heißt es: „Auch die Weinberge erfroren und sahen im folgenden Jahre wie eine Wüste aus. Mancher hat auf seinen Weinbergen nicht eine Traube gesehen. Thränen flossen zur Zeit der Weinlese. Es war fast alles wüste und leer, weil auch viel Obstbäume erfroren waren.“ J. K. Büttner: Auszug aus der Chronik der Stadt und des Amtes Senftenberg, enthaltend die Zeitperiode von 1539 bis 1835, Großenhain 1835.
- ¹⁴⁰ P. Schwartz, a.a.O.; Reindl, a.a.O., Kap. II.

Erich Biehahn:

Libyen und Arkadien in der Mark

Aus der Entdeckungsgeschichte der märkischen Landschaft

Gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts stellte Friedrich Matthisson fest, Unzählige seien von der „Helvetomanie“ so befangen, daß sie außerhalb der Schweiz keiner schönen Gegend mehr Geschmack abgewinnen könnten. Aber jenseits dessen, was als schöne Gegend galt und dennoch nicht mehr recht ansprach, also z. B. Süddeutschland, gab es noch weite Landstriche in Deutschland, die für eine ästhetische Würdigung überhaupt nicht in Betracht kamen, nämlich die norddeutsche Tiefebene. Hatte doch Rousseau, von dem das Landschaftsgefühl der Epoche in so hohem Maße bestimmt wurde, geradezu erklärt, eine Landschaft der Ebene, sie sei wie sie wolle, könne niemals schön sein. Was aber Norddeutschland betrifft, so genügte es Rousseaus Zeitgenossen keineswegs, diese Ebene nur „nicht schön“ zu finden. Für ausgedehnte Bezirke, die zu ihr gehörten, lautete das Urteil weitaus absprechender. Das waren die Lüneburger Heide und die Mark Brandenburg. Als unsagbar tristlos waren sie verrufen, und Schrecknisse erwarteten die Reisenden, die sie, wie Heinrich Steffen einmal gesteht, oft „mit trüben, vorahnenden Gefühlen“ betreten haben mögen.

Es war ein langer Prozeß, der im neunzehnten Jahrhundert das Urteil früherer Zeiten wandelte, und zwar so gründlich, daß der einst gefürchteten Lüneburger Heide romantische Weihen zuteil wurden, über die Umgebung Berlins aber vor einigen Jahrzehnten ein Buch geschrieben werden konnte, das den Titel trug „Weltstadt im Paradies“.

Man wird das Wort allzu kühn finden, aber erstaunlich ist es jedenfalls, daß es jemand wagen konnte, für die einstige „Streusandbüchse“ diesen strahlenden Namen zu wählen. Auf jeden Fall beweist es, daß die Zeiten, da der Mark nur mit Spott und Verachtung gedacht wurde, vorüber waren.

Wenn die Gründe dafür zunächst subjektiver Art sind und das empfänglichere Naturgefühl zur Voraussetzung haben, wie es sich im Laufe des vorigen Jahrhunderts entwickelt hat, so darf doch nicht übersehen werden, daß auch objektiv die Dinge an der Jahrhundertwende wesentlich anders lagen, als zur Zeit der Großväter jener Generation. Märkische Fluren haben früher gewiß einen weit dürrtigeren Anblick geboten, als in der Epoche einer methodischen Landwirtschaft, die auf vormals ungeahnten wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht. Vor allem aber: erst Chausseen und die modernen Verkehrsmittel aller Art haben das märkische Land bis in den entlegensten Winkel erschlossen und alle die einst verborgenen Schätze seiner Natur leicht erreichbar gemacht. In Nicolais Zeit waren die Berliner wohl zu zählen, die den Wannsee kannten, der ihnen vermutlich nicht einmal gefiel, und bis Tempelhof war schon eine Landpartie.

Und nun gar die fremden Besucher der Hauptstadt, was konnten sie und was wollten sie wissen von den meilenweiten Wäldern des Landes, was von dem Zauber seiner hundert Seen, seiner romantischen Bachtäler? Sie nahmen nur die eine Tatsache zur Kenntnis: daß es hier so viel Sand gab, Sand, auf dem nichts Rechtes wachsen wollte, der das Gehen zum Waten machte und durch den sich die Räder der Postkutsche mühsam hindurchmahlten. Wie man es gewohnt war,

auf Rhein — Wein zu reimen und beim Namen Tirol an Felsen und Firnen zu denken, so stellte sich, wenn von der Mark die Rede war, ganz von selbst die schreckliche Vorstellung einer Sandwüste ein.

Die literarisch Gebildeten konnten sich dabei auf *Goethe* berufen. Er hatte ja dem märkischen Sande einige ironische Verse gewidmet in jenem Gedicht, das sich „Musen und Grazien in der Mark“ betitelt und unserem ersten märkischen Heimatdichter, Schmidt-Werneuchen, spottenderweise in den Mund gelegt ist. Es heißt nämlich darin:

Sagt mir nichts von gutem Boden,
Nichts von Magdeburger Land!
Unsere Samen, unsere Toten
Ruh'n in dem leichten Sand.
Selbst die Wissenschaft verlieret
Nichts an ihrem raschen Lauf;
Denn bei uns, was vegetiert,
alles keimt getrocknet auf.

Nun, darin ist immerhin Humor. Aber von tiefer Bitterkeit zeugen die Worte, mit denen Goethes großer Zeitgenosse *Winckelmann*, der selber ein Sohn unseres Landes war, in der Ferne der Heimat gedachte. Als er nach Jahren eines armseligen Schulmeisterdaseins in kleinen Nestern der Altmark im sonnigen Süden Glück und Ruhm gefunden hatte, nannte er die Mark „das selbst von der Natur vermaledeite und mit libyschem Sande bedeckte Land“.

Der Vergleich mit den Wüsten der heißen Zone kehrt ständig wieder. Bei Johanna *Schopenhauer*, der einst vielgelesenen Romanschriftstellerin und Mutter des großen Philosophen, finden wir in ihren Jugenderinnerungen sogar angedeutet, daß die Reisenden im märkischen Sande von der Gefahr des Verhungerns bedroht würden. Jedenfalls sagt sie in der Beschreibung ihrer Reise von Danzig nach Berlin: „Der konsumptible Teil unseres Gepäcks schmolz so zusammen, daß wir auf der vorletzten Station vor Berlin sogar den völlig geleerten Korb liegen ließen. Was ohne denselben in der zwar nicht arabischen, aber doch trostlos dünnen Wüste aus uns geworden wäre, weiß ich in der Tat nicht.“ Auch Friedrich *Hebbel* braucht das Schauer erregende Wort. Auf seiner Reise von Wien nach Berlin, 1851, ist er von Dresden entzückt und nennt es ein Paradies „auf dem Wege zur Wüste“.

Endlich vervollständigt der französische Historiker Ernest *Lavisse*, der Verfasser einer ausgezeichneten Geschichte Friedrichs des Großen, das Bild der märkischen Wüstenszenerie durch die Schilderung eines echten Samums. „In diesem enterbten Lande,“ so schreibt er in der ‚Revue des deux Mondes‘ 1876, „wird manche kleine Stadt, wenn der Wind stark weht, in Staubwirbel eingehüllt; hat sich der Wind gelegt, so muß man die halb zugeworfenen Haustüren freimachen und die Straßen fegen, in welchen der Sand bis zu den Knien reicht“. Lavisses Landsmann *Stendhal-Bayle*, der als napoleonischer Offizier durch Deutschland marschierte, begnügte sich mit der Feststellung: „Die Umgebung Berlins ist ein Sandmeer. Wer dort eine Stadt gegründet hat, den muß der Teufel geplatzt haben.“

Wenn wir uns nun den Märkern zuwenden, um ihre Einschätzung der heimatischen Landschaft zu erfahren — von *Winckelmann* war schon die Rede — so

sei der weltberühmte Gelehrte vorangestellt, dem der gepriesene Süden Europas ebenso bekannt war wie die Pracht der Tropen: *Alexander von Humboldt*. Es ist kaum anders zu erwarten, als daß auch sein Urteil in höchstem Grade abfällig lautet. Als er 1805 Berlin wieder betreten hatte, sprach er in einem Brief an Karoline von Wolzogen von seiner „Zurückkunft in diese menschenleere Wüste“. Und Karl *Gutzkow* sagt in seinen Jugenderinnerungen vom Wedding ohne Umschweife: „Da lag eine Sahara“. Anton von *Werner* aber, der bekannte Berliner Historienmaler, berichtet, daß er für die Heimführung seiner jungen süd-deutschen Gattin absichtlich einen Abendzug wählte, da ihm „der Anblick der idyllischen Gegend um Luckenwalde und Jüterbog nicht gerade als Jubelouverture für den Einzug in Berlin“ geeignet schien.

Merkwürdig ist, daß ein anderer Maler, der Schweizer Karl *Stauffer-Bern*, später, 1888, derselben Gegend die Ehre erwiesen hat, sie als nordisches Gegenstück zu einer italienischen zu bezeichnen. Er sagt in einem Brief aus Rom von der Campagna, sie habe „eine verzweifelte Ähnlichkeit mit den Ebenen von Jüterbog und Röderau zwischen Berlin und Leipzig.“

Wie aber hat Heinrich von *Kleist*, einer der größten Söhne der märkischen Erde, über die heimatliche Landschaft geurteilt? Es klingt noch sachlich und will in erster Linie als Lob des Künstlers verstanden sein, wenn er vor einem Bilde Caspar David Friedrichs sagt: „Ich bin überzeugt, daß sich mit seinem Geiste eine Quadratmeile märkischen Sandes darstellen ließe mit einem Berberitzenstrauch, worauf sich eine Krähe plustert.“ Dann aber schreibt er von einer Reise durch den nördlichen Teil der Mark: „Es scheint, als ob dieser ganze nördliche Strich Deutschlands von der Natur dazu bestimmt gewesen wäre, immer und ewig der Boden des Meeres zu bleiben, und daß das Meer sich gleichsam nur aus Versehen so weit zurückgezogen und einen Erdstrich gebildet hat, der ursprünglich mehr zu einem Wohnplatz für Walfische und Heringe bestimmt war, als zu einem Wohnplatz für Menschen.“

Wenn so die Märker urteilten, was konnte da wohl ein Schweizer wie Gottfried *Keller* in einem solchen Lande Gutes finden? Nun, sein Urteil überrascht uns zunächst durch eine gewisse Anerkennung; er stellt nämlich fest, daß diese Landschaft „etwas sehr Elegisches“ habe, womit er wohl sagen will, daß ihr ein schwermütiger Ernst zu eigen sei. Dann allerdings fährt er fort: „Aber im ganzen ist sie doch schwächend für den Geist.“ Dieser recht sonderbaren Behauptung hat Keller jedoch selbst alles Gewicht genommen, und zwar durch die Tat; denn seine fünf Berliner Jahre waren die literarisch fruchtbarsten seines ganzen Lebens. Aber davon abgesehen; er, der Alemanne, ist der erste, der unserer Heimat eine echte lyrische Huldigung dargebracht hat. In seinem Gedicht „Am Tegelsee“ schildert er das Bild, das sich dem Besucher des Humboldthauses bietet:

Trittst du hinaus, den Föhrensaum
Sieh ernst den See umgeben,
In seinen Wipfeln rauscht der Traum
Vom ferneblauen Leben.
Und auf dem Walde wandeln sacht
Die weißen Wolkenfrauen,
Die in der Flut kristallner Nacht
Ihr klares Bild beschauen.
Fühlst nach der Heimat du das Weh,

o Fremdling, dich durchschauern,
Fahr auf dem nord'schen Geistersee,
Hier ist es schön zu trauern!

Dies also sind endlich einmal Dichterworte, in denen der eigentümliche Zauber unserer Seen und Wälder als starker Eindruck festgehalten wird.

Damals begann auch die Malerei sich der märkischen Landschaft zuzuwenden. Als erster ist hier der geniale Kottbusser Karl *Blechen* zu nennen. Noch steht er unter dem Einfluß der Romantik, aber er besitzt auch schon das Organ für die ganz anders geartete herbe Schönheit der Heimat. So hat er bereits 1829 den Müggelsee mit seinen mächtigen Walddulissen gemalt, wenn er es auch noch für gut befand, ihm eine Staffage von altgermanischen Kriegerern zu geben. Fünf Jahre später aber fängt er den Zauber des märkischen Herbstes in einem Bilde ein, dessen Gegenstand neu und kühn gewählt ist: das Eberswalder Hüttenwerk, das sich mit seinen Schloten im stillen Wasser eines Kanals spiegelt. Und im selben Jahre malt Blechen den „Blick auf Spandau“, eines der schönsten deutschen Landschaftsbilder jener Zeit. Ein Laubwald, in dem es funkelt und glänzt von den Güssen eines vorübergerauschten Regens, öffnet da torartig seine grünen Hallen und gibt den Ausblick auf die Silhouette einer fernen Kirche frei.

Von Adolf *Menzel* aber, dem größten Berliner Maler, ist hier in erster Linie die 1847 entstandene „Landschaft an der Berlin-Potsdamer Eisenbahn“ zu nennen. Sie gehört zu den Perlen seiner jungen Jahre.

Blechens zuerst genanntes Bild hat später Theodor *Fontane* die Anregung zu dem launigen Gedicht „Auf der Kuppe der Müggelberge“ gegeben. Aber indem wir den Namen Fontanes nennen, sind wir schon bei der eigentlichen Kolumbus-
rat in der Entdeckungsgeschichte der märkischen Landschaft angelangt. Die „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ haben ja zum ersten Male nicht nur den Märkern, sondern den Deutschen schlechthin eine Vorstellung davon gegeben, was die Mark wirklich ist, und wenn auch das Schwergewicht des so berühmt gewordenen Werkes vor allem im Historischen liegt, so kommt doch auch die Landschaft zu ihrem Rechte. Fontane hat ihr keine romantischen Lichter aufgesetzt und nichts beschönigt, ja, er hat gestanden, daß er eigentlich nur zeigen wollte, „so schlimm, wie ihrs immer macht, ist es ja gar nicht“. Und dennoch ist von diesen schlichten, schmucklosen Bänden eine Wirkung ausgegangen, die wohl alles übertrifft, was je mit einem kostspieligen Prachtwerke für den Ruhm einer deutschen Landschaft getan worden ist.

Und nach Gottfried Keller war Fontane der nächste, der märkische Landschaftsbilder auch dichterisch gestaltete. Wenn er da z. B. in seinem Gedichte „Land Gosen“ einen behaglichen Überblick vom wirtschaftlichen Standpunkt gibt:

In Brieselang Eichen, in Glindow Lehm,
In Rauen Kohlen, in Linum Torf,
Kalkgeschiebe bei Rüdersdorf ...

so vermag er in dem Gedicht „Meine Gräber“ ergreifend ans Herz zu rühren mit drei schlichten märkischen Landschaften:

Dächer von Ziegel, Dächer von Schiefer,
Dann und wann eine Krüppelkiefer,
Ein stiller Graben die Wasserscheide,
Birken hier und da eine Weide,

Zuletzt eine Pappel am Horizont, —
Im Abendstrahle sie sich sonnt . . .

Aber vorher schon, 1882, ist ein Wort gefallen, nur vertraulich im Briefe gesagt und lange danach erst bekannt geworden, — ein Wort, das uns beweist, daß damals auch für den Fremden von der märkischen Landschaft eine Lockung ausgehen konnte. Es war Friedrich *Nietzsche*, der kranke Philosoph, der damals nachdem er die letzten Jahre in Genua und im Engadin zugebracht hatte, einer Freundin, der Lou Salomé, schrieb, er wolle „sich für einige Zeit in einen der tiefen und schönen Wälder zurückziehen, die in der Nähe von Berlin sind.“ Nietzsche kam allerdings nicht. Der Süden hielt ihn fest. Aber wenige Jahre später suchte ein anderer, ein schwächlicher blonder junger Mann, Genesung in der Stille der märkischen Wälder. Es war Gerhart *Hauptmann*. In Erkner fand der Schlesier für Jahre eine neue Heimat. „Die märkische Erde nahm uns an“, schreibt er, „der märkische Kiefernforst nahm uns auf. Kanäle, schwarz und ohne Bewegung, laufen durch sie hin, morastige Seen und große verlassene Tümpel unterbrechen ihn, mit Schlangenhäuten und Schlangen an ihren Ufern.“ So schilderte Hauptmann die damals noch einsame Gegend von Erkner, wo er nicht nur gesundete, sondern auch zum Dichter reifte. Und diese Landschaft gibt ihm nun auch die Hintergründe für die Schicksalswege seiner Gestalten. Unheimlich und drohend lastet sie auf der Bude und dem Gärtchen des Bahnwärters Thiel, und das Verhängnis, das den Armen vernichtet, scheint aus ihrem Schoße hervorzutreten. Aber auch in Hauptmanns Bühnenszenen spielen die ernsten Föhrenwipfel und stillen Waldseen eine Rolle, wie in den „Einsamen Menschen“, oder die Landschaft mit ihren Kanälen und Schleusen, mit ihrem Waldesdunkel ersteht, wie im „Biberpelz“, aus Gespräch und Handlung als lebendiges Bild.

Auch Hauptmanns damaliger Weggefährte Bruno *Wille* ist hier zu nennen, der in seinen „Offenbarungen des Wacholderbaums“ das Schicksal seines Erkenntnis suchenden Helden mit den Stimmungen der märkischen Heide ergreifend durchwob.

Der eigentliche Lyriker dieser ringenden, revolutionärgestimmten literarischen Jugend der neunziger Jahre war aber Richard *Dehmel*. Es ist natürlich, daß sich bei ihm, dem Försterssohne aus dem Spreewald und späteren Bürger Berlins, das dichterische Erlebnis oft innig verflucht mit den Bildern der heimatlichen Landschaft:

Verkrüppelte Birkchen stehen beschirmt von mächtigen Linden.
Im Juli blüht der ganze Ackerrand
Von hohen roten wilden Nelken.

Oder:

Dort wo die Kiefern sausen,
auf kahler Höhe will ich einsam stehn
und meine ferne Heimat dämmern sehn
und hören, was die dunkeln Wolken brausen.

Solche mit wenigen Strichen gezeichnete Bilder, deren märkischer Charakter unverkennbar ist, finden sich immer wieder in Dehmels Dichtung, die sich zuweilen zum Lobgesang erhebt. So, wenn er der rheinischen Gefährtin, die in Sehnsucht der heimatlichen Rebenhügel gedenkt, den Zauber des märkischen Landes preist:

Aber sieh's nur erst im Sommergewand,
wenn hoch im Abendsonnenbrand
der alten Kiefern verschämte Glut
sich aufreckt aus der Versunkenheit!
Dann atmen die Wiesen Unendlichkeit,
dann blaut hinter den Bäumen her ein Duft
wie fernes Meer aus tiefer Kluft.

Und dem schwäbischen Freunde Emil Gött, der von der Dürftigkeit der märkischen Natur gesprochen hat, erwidert er: „Schmähen Sie mir bitte meine liebe märkische Heimat nicht! Von wegen Sandfleck! Wenn Sie mal im Sommer brandenburgisches Land durchstreifen könnten, würden Sie Gegenden finden, — sogar in der nächsten Umgebung Berlins — voll so vertiefter Stimmung und so großartiger Anmut, daß man in ganz Deutschland dergleichen nicht wieder fühlt.“

Damals malte auch Walter *Leistikow* seine berühmt gewordenen Grunewaldsbilder mit ihren heroischen Wipfelsilhouetten und jenen „Sonnenuntergangsprächten“, von denen der Rheinländer Wilhelm *Schäfer* sagt, er habe in keiner anderen Landschaft ihresgleichen erlebt. Das bestätigt auch ein Franzose, der Schriftsteller *Théodore de Wyzewa*, der in seinem Buch „*Chez les Allemands*“ (Paris 1895) diese Sonnenuntergänge „adorables“ nennt und von einem „göttlichen Mysterium“ spricht, das sich an Sommerabenden hier abspielt. Aber auch der Landschaft zollt er eine Anerkennung, die bei einem Franzosen, der gewiß nicht ohne Vorurteile nach Berlin gekommen war, doppeltes Gewicht hat. Er findet, daß dies Land der Seen und Wälder eine edle und schwermütige Poesie ausströmt, die auch für verwöhntere Besucher etwas Bezauberndes haben könne.

Auch eine musikalische Huldigung wurde damals dem brandenburgischen Lande zuteil. Hans *Pfitzner* vertonte unter dem Titel „An die Mark“ ein Gedicht von Ilse von Stach, das mit den Worten beginnt: „Bereifte Kiefern, atemlose Seen, die träumen einem dunklen Auge gleich in ewiger Sehnsucht von des Frühlings Reich . . .“ Und Maximilian *Harden* schrieb in seinem Fontane-Essay (1889), „zu den schönsten Enttäuschungen seines Lebens“ zähle er den Eindruck des Potsdamer Havellandes, dessen buntfröhliche Dörfchen am Rande der herrlichen Wasserflächen ihn „in entzücktes Staunen“ versetzt hätten.

Schließlich war es der in Hamburg geborene, in Berlin wirkende Kunstschriftsteller Karl *Scheffler*, ein unbestechlicher Kritiker von europäischem Ruf, der der märkischen Landschaft eine Studie widmete unter der Überschrift „Arkadien in der Mark“ (Vossische Zeitung 1933, Nr. 293). Sie stellt wohl die schönste Huldigung dar, die der märkischen Natur dargebracht worden ist, obwohl alles völlig sachlich und ohne Pathos gesagt wird. „Die Spree- und Dahme-Landschaften im Südosten“, heißt es da, „die Landschaften der Grunewaldseen und der Havel im Westen sind, von verhältnismäßig wenigen Stellen abgesehen, nicht Kulturlandschaften, sie sind nicht vom Menschen in eine sichtbare Ordnung gezwungen, sondern sind unverändert noch so, wie sie einst jungfräulich aus den Erdrevolutionen hervorgegangen sind. Das gibt ihnen diesen unvergleichlichen Reiz, das verleiht ihnen diese stille Melancholie, diesen gedämpften Heroismus, das gibt den hügeligen Kiefernwäldern, die auf hellen Sandabhängen zum Grasufer, zu den breiten Schilfgürteln und zum hellblinkenden Wasser

herabsteigen, diese eigene Stimmung von Ewigkeit. Dieses Menschenferne der Landschaft, das selbst vom sommerlich sonntäglichen Gewimmel der großstädtischen Bevölkerung nur bedingt gestört wird, macht es den aus historischen Kulturlandschaften nach Berlin Zuwandernden nicht leicht, die herbe, ganz unsentimentale und nie kleinliche Schönheit der märkischen Wald- und Wasserlandschaft gleich zu genießen. Mit den Jahren erst wird erkannt, daß kaum eine andere europäische Großstadt eine landschaftliche Umgebung von dieser freien Weite, von dieser Unversehrtheit und bildhaften Fülle besitzt“. Und zum Schluß sagt Scheffler, nachdem er festgestellt hat, daß diese Natur immer noch des Künstlers harre, der sie als Maler so zu erschließen verstehe, wie das die französischen Impressionisten für die Umgebung von Paris getan haben: „Die märkische Landschaft aber fährt fort, den Augen ein Fest, der Phantasie eine Welt zu sein. In allen Jahreszeiten; denn sie ist im Winter so schön wie im Sommer. Alle Stimmungen der Jahreszeiten und der Wetter einatmend und widerstrahlend, menschenfern, trotz der Nähe einer Millionenstadt, mit sich allein selbst im Menschengewimmel, jeden Abend mit der Dämmerung zurücksinkend in beklemmende, drohende Einsamkeit, die die Vorstellung erweckt, die Menschheit wäre vom Erdboden verschwunden.“

Und mit diesen Worten aus berufenem Munde dürfen wir schließen. Es war ein weiter Weg von den trostlosen Wüstenszenarien, die noch das beginnende neunzehnte Jahrhundert in der Mark fand, bis zu diesen hoheitsvollen Bildern, die sich dem verfeinerten Naturgefühl der jüngsten Vergangenheit in unserer Heimat erschlossen haben. So hat denn der märkische Sand seine Schrecknisse verloren, und es ist offenbar geworden, daß man — Perlen darin findet.

Die Kosten der brandenburgischen Gesandtschaften zur Zeit des Großen Kurfürsten

Da bei Regierungsantritt des Kurfürsten Friedrich Wilhelm eine besondere Legationskasse noch nicht bestand, erhob sich jedesmal vor Antritt einer Gesandtschaft die Frage, aus welchen Mitteln diese zu unterhalten sei. Der Verlauf war dann regelmäßig der, daß die Summen, derer der Gesandte für sich und sein Personal zum standesgemäßen Auftreten bedurfte, überschläglich errechnet wurden. Sodann erging an die Stände die Aufforderung, den erforderlichen Betrag durch Umlage aufzubringen. Diese erhoben fast immer Einspruch gegen die neue Belastung, die sie nicht verantworten zu können glaubten. Ihre Klagen waren in den Notzeiten nach dem Dreißigjährigen Krieg bis zu einem gewissen Grade gerechtfertigt. Aber auch dann, wenn sich die Forderungen im Rahmen des Möglichen bewegten, zeigten die Stände eine entschiedene Resistenz, die sich aus ihrer partikularen Denkweise und der auffallenden Verständnislosigkeit in außenpolitischen Fragen erklärt. Diesen Widerstand zu brechen war das oft nicht leichte Werk der kurfürstlichen Kommissare. Sie hatten den Ständen klar zu machen, daß es sich bei der Entsendung der Gesandten um eine unumgängliche Notwendigkeit handele, und wie der Geheime Rat aufgrund reiflicher Erwägungen nur dieses Mittel für geeignet halte, die Schwierigkeiten zu beheben, unter denen letzten Endes auch die Stände selbst litten. Häufig genug bedurfte es noch des persönlichen Eingreifens des Kurfürsten, um die Stände an ihre vaterländischen Pflichten zu erinnern. So eilte der Kurfürst im März 1643 aus Preußen herbei, um auf dem Generallandtag mit allem Nachdruck von den Ständen die Bewilligung der Gelder für die nach Stettin zu Verhandlungen mit dem Grafen Johann Oxenstierna bestimmten Gesandten zu fordern. Die beiden kurfürstlichen Räte erhielten für diese Reise 2000 Rtlr., die die gesamte Landschaft bezahlte; die Ritterschaft gab zu dieser Entsendung die Hälfte, die Neumärker 400 und die Mittelmärker 600 Rtlr., jedoch mit dem Vorbehalt, daß diese Zuwendung keine laufende sein könne.

Es ist begreiflich, daß dem jungen, tatenfreudigen Kurfürsten dieser unwürdige Zustand in höchstem Grade zuwider war, und er sich bald mit dem Gedanken trug, eine von den Ständen gänzlich unabhängige Kasse zu schaffen, aus der die Kosten für die Diplomatie zu bestreiten seien. Denn es zeigte sich gerade während der Dauer des westfälischen Friedenskongresses zur Evidenz, daß die kargen Bewilligungen nicht ausreichten, und aus der auch nicht eben bis an den Rand gefüllten kurfürstlichen Schatulle erhebliche Zuschüsse geleistet werden mußten. Zudem neigten auch um diese Zeit die Stände noch immer zu der anderswo längst überwundenen Ansicht, daß die Vertretung der Landesinteressen Sache des Landesherrn und dessen Schatulle die Quelle sei, aus der seine Diplomatie gespeist werden müsse. Mit dieser Auffassung endgültig gebrochen zu haben, bleibt das Verdienst des Kurfürsten.

Indem man die Kosten für diplomatische Vertretungen zum Kriegsetat rechnete, ließ man die Beträge wie die für die Heeresausgaben in Gestalt von Kontributionen erheben. Aber auch jetzt blieben die Schwierigkeiten nicht aus. Die Sum-

men gingen sehr unregelmäßig ein, und bald entstand ein Mißverhältnis zwischen Einnahmen und unerläßlichen Ausgaben. Trotz aller sich einstellenden Mängel und Unzulänglichkeiten bei den Kontributionen, die eben aus der Not der Zeit zu begreifen sind, hielt der Kurfürst im Prinzip zäh an seinem Plan fest, wie für die Miliz eine feste Kriegskasse, so für die Diplomatie eine feste Legationskasse zu schaffen. Nur beschritt er jetzt den Weg, daß er den Provinzialständen eine permanente Steuer auferlegte und auf die Kontributionen nur im äußersten Notfall zurückgriff. Die Stände hatten dann die Umlage zu errechnen, sie einzuziehen und unmittelbar an die Legationskasse in Cölln a. d. Spree abzuführen. Gewisse Zuschüsse erhielt die Legationskasse noch aus der Chargensteuer sowie aus der Privatschatulle des Kurfürsten.

Mit der wachsenden Bedeutung, die das emporstrebende Brandenburg Friedrich Wilhelms im Konzert der Reichs- und auswärtigen Länder gewann, steigerten sich auch die Ansprüche der Diplomatie. Die vorhandenen Mittel deckten bald nicht mehr den Bedarf, und wiederum hieß es Ausschau nach neuen Hilfsquellen halten. Sie eröffneten sich in der Bernsteinarrende, in der Malzmühle und dem Schlagschatz der Münze, im Störfang und in den Holzgeldern. Aus letzteren wurde z. B. der schwedische Resident *Schlezer* besoldet. Diese Einnahmen, die im Herzogtum Preußen zur Verfügung standen, dienten in der Hauptsache dazu, die nach dem Osten gehenden Gesandtschaften mit Mitteln zu versehen, während für die Gesandtschaften im Reich und bei den Westmächten vornehmlich die Legationskasse zu sorgen hatte.

Vollends behoben wurde die Geldkalamität auch durch die neuen Geldquellen nicht. So sah sich der Kurfürst genötigt, in seiner an die Gesandten nach Münster gerichteten Instruktion vom 14. Dezember st. n. (= neuen Stils) 1644 auf die finanziellen Schwierigkeiten hinzuweisen, die Schuld daran trügen, daß er den Friedenskongreß nicht rechtzeitig hätte beschicken können.

Die Diskrepanz zwischen notwendiger diplomatischer Aktivität und finanzieller Leistungsfähigkeit begleitet uns durch die ganze Regierungszeit Friedrich Wilhelms. Sie spiegelt sich in ihrer ganzen Tragik in den Berichten der unglücklichen Gesandten wieder, die oft nicht wissen, wovon sie am nächsten Tage leben sollen. Es verstand sich bei solcher Notlage von selbst, daß den Gesandten äußerste Sparsamkeit zur Pflicht gemacht wurde, weil sie mit Erhöhungen ihrer Bezüge nicht rechnen durften. Wenn ihnen wenigstens diese geringen Summen nur immer zugegangen wären! Aber das war ja nicht der Fall. Und dann erwiesen sich häufig die Tatsachen stärker als alle guten Vorsätze und zwangen zu Aufwand und äußerer Pracht, weil sonst der Nimbus, der die Person eines der mächtigsten Kurfürsten des Reichs umgab, am Auftreten der Gesandten vermißt worden wäre.

Oft ließen sich große Ausgaben nicht vermeiden. Sie waren besonders hoch bei den Gesandtschaften nach Rußland. Die Ausrüstung, die Geschenke und Trinkgelder, sowie die lange Reise verursachten gewaltige Kosten, besonders dann, wenn der Gesandte einen vornehmen Rang bekleidete, wie der im August 1656 nach Moskau entsandte Freiherr Jonas Casimir zu Eulenburg. Seine Ausrüstung beanspruchte 1 166 Rtlr., während für die des 1655 an den Zarenhof entsandten Lazarus Kittelman¹ nur 330 Rtlr. aufgewandt worden waren.

Dabei wurde noch an allen Ecken gespart, später auch Johann Reyer zugemutet, Kutschen in wenig repräsentativem Zustand zu benutzen. Erst auf Vorstellungen der Gesandten hin wurden neue Wagen bewilligt. Bei den knappen Mitteln mußten die Gesandten meist die nicht unerheblichen Beträge an Postgeldern aus eigener Tasche vorlegen und erhielten sie nur in seltenen Fällen zurückerstattet. Reyer z. B. hatte ca. 180 Rtlr. an die russische Post zu entrichten. Eulenburg brauchte für Trinkgelder 437 Rtlr. Dazu kamen die Geschenke für die Würdenträger und Beamten des Zaren, die bei der Eulenburgschen Mission auf 800 bis 2000 Rtlr. veranschlagt wurden.

Aus dem Tagebuch des Freiherrn Johann v. Löben erfahren wir die Höhe der Kosten, die die Gesandtschaft zum Nürnberger Kollegialtag vom 24. Dezember 1639 bis 10. Juli 1640 verursachte. Der Unterhalt für die beiden Gesandten, einen Sekretär, sechs Diener, zwei Kutscher, einen Boten, sechs Pferde verschlang insgesamt 3871 Rtlr. 54 Kr. 2 Pf. — eine Summe, die uns beim ersten Blick nicht in Erstaunen setzt, die aber ganz respektabel erscheint, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die Kaufkraft des Reichstalers, an unserm heutigen Gelde (d. h. um 1934) gemessen, etwa zwanzig Mark betrug. — Und auf dem Reichstag zu Regensburg verbrauchten die drei Gesandten, zwei Sekretäre, acht Diener, zwei Kutscher und sechs Pferde vom 10. Juli 1640 bis 8. Oktober 1641 insgesamt rund 16 000 Rtlr.², davon entfielen auf die preußischen Geldquellen 7000 Rtlr., auf die Berliner Legationskasse 5500 Rtlr., 1000 Rtlr. steuerten die klevischen Stände bei und den Rest die Kurfürstin (!)³.

Abgesehen davon, daß die finanzielle Notlage des Landes an sich schon bei dem Voranschlag zu äußerster Sparsamkeit zwang, waren die Mittel für die in Aussicht genommenen Missionen häufig noch gar nicht vorhanden. Auf die bloße Zusage hin, sie rechtzeitig zu erhalten, und im guten Glauben, von ihrem kurfürstlichen Herrn nicht im Stich gelassen zu werden, traten die Gesandten die Reise an. Wenn dann die Zahlungsfristen nicht innegehalten wurden, stellten sich sofort die Schwierigkeiten ein. Selbst bei pünktlichem Eingang der Gelder erwiesen diese sich als unzureichend, da die Lebenshaltungskosten an dem Orte der Mission derartig hoch waren, daß selbst bei äußerster Einschränkung mit den vorhandenen Mitteln nicht auszukommen war. Bewegliche Klage über die chronische Geldnot führte während des Reichstags von 1653 der Gesandte Joachim Friedrich Freiherr v. Blumenthal⁴. Obgleich seine Gemahlin bereits ihren gesamten Schmuck für 400 Rtlr. versetzt habe, betrüge die Schulddast der Gesandtschaft noch immer 7000 Rtlr.

Schon die Eröffnung der westfälischen Friedensverhandlungen verursachte dem Kurfürsten schwere Sorge, wie die Mittel für den Unterhalt einer so umfangreichen Gesandtschaft, der bei würdiger Vertretung des Kurfürsten erhebliche Repräsentationspflichten obliegen mußten, zu beschaffen seien. Da weder Hofrentei noch Legationskasse über genügende Mittel verfügten, mußten die Stände zu Sonderumlagen herangezogen werden. Um ihnen aber zu zeigen, daß alles geschähe, um die von ihnen aufzubringenden Lasten auf ein Mindestmaß herabzusetzen, wurde den damals gerade in Königsberg anwesenden Deputierten der klevischen Stände vorgeschlagen, daß die nach Münster gehenden Gesandten aus den klevischen Räten entnommen und die dortigen Stände für ihre Zehrungskosten aufkommen, während die für Osnabrück bestimmten von den märkischen Ständen unterhalten werden sollten.

In der Tat wurden auch die klevischen Regierungsräte Friedrich v. Heiden und Dr. Johann Portmann nach Münster entsandt. Der Kurfürst gab sich damals noch der Illusion hin, daß die Unkosten mit 10 000 Rtlr., und zwar mit je 5000 für die Missionen nach Osnabrück und Münster gedeckt werden könnten. Er empfahl, den Gesandten bei ihrer Abreise 4000 Rtlr. mit auf den Weg zu geben und ihnen den Rest auf Anforderung nachzusenden. Sollte ein Restbetrag verbleiben, so wollte der Kurfürst den Ständen die freie Verfügung darüber überlassen.

Aber schon während des Frankfurter Deputationstages Ende November 1642, der den westfälischen Traktaten vorausging, huben die Klagen der Gesandten über Geldmangel an, worauf an die Direktoren des „Kastens“ der Stände die Anforderung erging, unverzüglich für die Aufbringung der Legationsgelder Sorge zu tragen. Wenn die klevischen Stände ihren Verpflichtungen am saumseligsten nachkamen, so lag das nicht nur am schlechten Willen; zu groß waren die Leiden, denen jene einst blühenden niederrheinischen Lande damals durch die spanischen und die der Generalstaaten sowie später durch die kaiserlichen und hessischen Besatzungen ausgesetzt waren.

Schon bald nach Beginn der westfälischen Traktate stellte es sich heraus, daß weit größere Ausgaben erforderlich wurden, als der Kurfürst ursprünglich veranschlagt hatte. Zu den Aufwendungen, die die Repräsentationspflichten erforderten: Kutschen, Livreen, Ausstattungen der Räume, Tischwäsche usw. bedurften die Gesandten in Osnabrück allein an Tafelgeldern wenigstens monatlich 1000 Rtlr. Damit waren alle bisherigen Berechnungen umgestoßen — anstelle der ersten Veranschlagung von 10 000 Rtlr. wurde im Juli 1644 schon die Summe von 20 000 genannt — und ein neuer Aufbringungsmodus wurde notwendig. Der Kurfürst berief zu diesem Zweck kurzerhand die Deputierten des Großen Ausschusses der Landstände diesseits der Oder und jenseits der Elbe, die vom 21. Mai 1644 ab tagten. Man machte ihnen den Vorschlag, während der Dauer der Friedensverhandlungen vom Juni 1644 ab an Legationsgeldern monatlich 1000 Rtlr. zu bewilligen, — eine Summe, die auch das Herzogtum Preußen aufbrachte — und außerdem einen Zuschuß an Tafelgeldern zu geben. Die Deputierten erklärten darauf, ohne Zustimmung sämtlicher Stände nichts bewilligen zu können. Es kam später zwar zu gewissen Bewilligungen, über deren Höhe wir nicht genau unterrichtet sind, doch kann von regelmäßigen Leistungen nicht die Rede sein. Nicht besser war es in den Marken. So wurde beispielsweise in der Geheimen Ratssitzung vom 30. März 1645 die betrübliche Mitteilung gemacht, daß aus der Neumark an Legationsgeldern lediglich 27½ Rtlr. eingegangen seien und darum die Regierung angewiesen werden mußte, den Rest durch Exekutionen einzutreiben.

Allmählich gestaltete sich die Versorgung der Gesandten so, daß deren Bedürfnisse ad hoc befriedigt wurden. So erhielten sie zum Beispiel im April 1645 auf ihr Anfordern 2000 Rtlr. zur besseren Ausstattung ihrer Gemächer. Da sie von den unregelmäßigen Zuwendungen die Kosten für ihre Verpflegung nicht bestreiten konnten, erging eine Verfügung an den Wildschützen in Ravensberg, sie mit Geflügel und Wildpret zu versorgen.

Dieser Zustand war natürlich auf die Dauer unerträglich und auf die wiederholten Klagen wurden die monatlichen Zuwendungen der Osnabrücker Gesandten

auf 1200 Taler monatlich festgesetzt und durch die Hofrentmeister in alle Kreise Exekutoren ausgesandt, um die Summe einzutreiben — eine Maßnahme, zu der sich der Kurfürst gewiß schweren Herzens entschloß, die aber nach Lage der Dinge nicht zu umgehen war. Während, wie die Prignitzer Ritterschaft und die Stadt Gardelegen klagten, in Osnabrück und Münster die Herren Gesandten in glänzenden Karossen und von einem Schwarm üppig gekleideter Pagen und galonierter Lakaien begleitet ihre Visiten und Revisiten machten und offene Tafel hielten, trieben die Exekutoren mitleidlos, teilweise mit drakonischer Strenge, die Gelder für diesen Aufwand ein, deren die Gesandten zur äußeren Wahrung der Herrlichkeit eines der mächtigsten Kurfürsten des Reichs bedurften. Eine Groteske, die aber zugleich die furchtbare Not offenbart, die überall in brandenburgischen Landen herrschte. Aber auch die 1200 Rtlr. deckten bei weitem nicht den monatlichen Bedarf. Der Kurfürst, der den Klagen der Gesandten eine gewisse Berechtigung nicht absprechen konnte, forderte die Geheimen Räte auf, größere Summen zu beschaffen. Und da diese ihr Unvermögen erklärten, versuchte er selbst, in Preußen die nötigen Gelder einzutreiben. Freilich nur mit geringem Erfolg. Lediglich ein Graf D ö n h o f f half mit einigen Tausend Talern aus.

Als die Abreise W e s e n b e c k s vom Frankfurter Deputationstag nach Osnabrück vor sich gehen sollte, geriet der Hofrentmeister in größte Verlegenheit. In der Rentei befanden sich, wie er dem Kurfürsten am 1. August 1645 nach Königsberg berichtete, nur 244 Rtlr. Gebraucht würden aber zur Einkleidung Wesenbecks sowie für dessen Reisekosten insgesamt 500 Rtlr. Der fehlende Betrag mußte dem Gesandten entzogen werden, wenn er nicht aus der Grafschaft Hanau aufzubringen sei. Die märkischen Stände würden sich zu keinem weiteren Zuschuß verstehen, da die Einbringung der von ihnen bewilligten Mittel schon der Exekutionsmaßnahme bedurft hatte. Der Kurfürst antwortete darauf, daß es völlig unmöglich sei, in Preußen zu den für Wesenbecks Abfertigung notwendigen Geldern zu gelangen. Man müsse hoffen, mit den einkommenden Legationsgeldern, die rechtzeitig beizutreiben seien, und der in Mark und Ravensberg ausgeschriebenen Kontribution auszukommen, damit nicht die kurmärkischen Stände von neuem belastet würden⁵. Wie der Hofrentmeister aus dem Dilemma herausgekommen ist, läßt sich mangels Unterlagen leider nicht ermitteln.

Eine geringe Erleichterung bedeutete für die Gesandten in Osnabrück die Verfügung des Kurfürsten vom 16. August st. n. 1645, derzufolge ihre Diener aus den Legationsgeldern gekleidet werden sollten. Und zwar wurde ihnen anheimgestellt, sie mit Livreen zu versehen, wie sie am kurfürstlichen Hofe getragen wurden: in blauem Tuch mit zwei kleinen in Gold und Silber gewirkten Gallauen (Tressenborden)⁶.

Im Zuge der weitausgreifenden Reformpläne des Grafen W a l d e c k lag auch sein Streben, das Finanzwesen, das erst vom Freiherrn Joachim Friedrich v. B l u m e n t h a l verwaltet und dann in die Hände des Oberpräsidenten v. S c h w e r i n gelangt war, großzügiger zu handhaben. Vor allem vertrat er die Ansicht, daß bisher zu engherzig mit der Bereitstellung von Mitteln für die außenpolitischen Zwecke verfahren worden sei. Diese Sparsamkeit am falschen Platze habe Brandenburg außenpolitisch ins Hintertreffen gebracht. Der diplomatische Verkehr müsse darum nicht allein erheblich ausgebaut, sondern auch

den Gesandten durch Gewährung reichlicher Mittel die Möglichkeit gegeben werden, an den fremden Höfen glanzvoller und repräsentabler aufzutreten; hänge doch davon wesentlich der Erfolg der Missionen ab. In einem undatierten Gutachten empfahl er daher dem Kurfürsten, stets einen Fonds von 50—60 000 Rtlr. für diplomatische Missionen in Bereitschaft zu halten und, falls das Geld hierfür nicht vorhanden sei, es sich durch Verpfändung „eines ansehnlichen Stück Lands“ zu verschaffen. „Denn besser“, so argumentierte er, „etwas eine Zeitlang gemißt, als alles in hazard gesetzt“⁷.

Waldeck hatte im Prinzip völlig recht. Ob er aber die Lage der brandenburgischen Finanzen, wie sie sich damals darstellte, völlig übersah, bleibt eine offene Frage. Sie war tatsächlich über alle Maßen trostlos. Schwerin sollte sie auf Geheiß seines kurfürstlichen Herrn durch sinnvolle Reformen bessern, war mit größtem Ernst an diese ungemein schwere Aufgabe herangegangen, sah aber noch keinen Erfolg. Nur äußerste Sparsamkeit auf allen Gebieten der Finanzverwaltung schien ihm der einzig gangbare Weg, um das Chaos zu lichten. Das Genie eines Waldeck konnte sich aber nie Argumenten beugen, die dem Denken eines bis zur Pedanterie vorsichtigen Verwaltungspraktikers entsprangen. So nimmt es nicht wunder, daß er in Schwerin die Persönlichkeit sah, die der Ausführung seiner grandiosen Pläne im Wege stand und darum beseitigt werden mußte. Und Schwerin seinerseits glaubte vor einem Mann wie Waldeck warnen zu müssen; denn er werde, wie er offen aussprach, dem Kurfürsten viel Geld kosten⁸. Aber nicht nur das, er fürchtete auch ein Eingreifen dieses unerwünschten Nebenbuhlers in sein Finanzreformwerk. So kam es denn auch bald zu schweren Zusammenstößen zwischen beiden, und im Eifer der Debatte entfuhr Schwerin das unbedachte Wort, auch ohne die großen Ausgaben für den Unterhalt von Gesandten und Korrespondenten könne der Kurfürst Kurfürst sein; bei derartigen Ausgaben überwöge bei der augenblicklichen Finanzlage der Schaden den Nutzen⁹.

Sachlich konnte Waldeck nicht viel entgegnen, um so heftiger wurden dafür seine persönlichen Angriffe auf Schwerin. Nur zu gern hätte er ihn beseitigt, aber dazu war Schwerins Stellung zu stark. Jedoch führten diese grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zu unerquicklichem Zwist, der erst durch das Eingreifen des Kurfürsten — wenngleich auch nur äußerlich — beigelegt wurde.

So blieb alles beim alten. Nicht allein, daß die Missionen an auswärtige Höfe und ins Reich auf ein Mindestmaß beschränkt wurden, auch bei ihrer Ausstattung wurde an allen Ecken und Enden gespart. Wer also die zweifelhafte Ehre genoß, mit einer diplomatischen Mission betraut zu werden, lief Gefahr, sich wirtschaftlich zu ruinieren, wenn er nicht hervorragend zu rechnen verstand. Schon die Reise zum Bestimmungsort wurde unter dem Gesichtspunkt größter Sparsamkeit durchgeführt. So lange die Fahrt durch kurfürstliche Lande ging, mußte sich der Gesandte so einrichten, daß er zum Abend ein kurfürstliches Amt erreichte, um dort beherbergt und gepflegt zu werden. Grundsatz war, die Reise möglichst schnell zurückzulegen, um ja nicht länger als unbedingt nötig unterwegs zu sein. So legte der Geheime Rat Friedrich v. Jena im September 1658 auf seiner Reise von Berlin nach Wien im Durchschnitt täglich 50 km zurück, ohne je einen Ruhetag einzulegen. Die Wagen wurden unterwegs für gewisse Strecken gemietet und kosteten im Inland je 10 km $\frac{3}{4}$ bis 1 Rtlr., im Ausland freilich das Doppelte. Es kam aber auch vor, daß Gesandte,

der Ersparnis halber, große Strecken zu Pferde zurücklegten, wie z. B. der 55jährige Löben, der im Februar 1650 nach Beendigung seines Auftrags von Düsseldorf nach Köln ritt. Diese Unbequemlichkeiten wurden von den Gesandten als selbstverständlich in Kauf genommen und gern ertragen in dem Gedanken, ihrem kurfürstlichen Herrn damit Geldmittel zu ersparen, oft sogar auch von körperlich nicht mehr sehr widerstandsfähigen Staatsdienern, denen die Gicht oder ein Steinleiden die Fahrt im Reisewagen zur Qual machte. Allerdings blieben die nachteiligen Folgen derartig strapaziöser Reisen nicht aus. Wochenlange Dienstunfähigkeit nach Eintreffen am Bestimmungsort war dann die Kehrseite. Häufig genug mußten die Gesandten auch ihre Tätigkeit unterbrechen, um ihre zerrüttete Gesundheit durch eine Brunnenkur in Karlsbad oder Wildungen wieder herzustellen. Sie wurde vom Kurfürsten nicht immer genehmigt. Als der auf dem Reichstag zu Regensburg infolge Arbeitsüberlastung dem Zusammenbruch nahe Wirkliche Geheime Rat und Kanzler von Halberstadt, Johann Fromhold, beim Kurfürsten einen Kuraufenthalt in Eger beantragte, erhielt er eine abschlägige Antwort. Die Folge war sein bald darauf (am 11. Juli, kaum 51jährig) eintretender Tod. Am 28. 7. 1653 berichtete sein Kollege Blumenthal dem Kurfürsten: *„Morgen werden wir den Kanzler F. begraben lassen. Seine Wittib hat keinen Heller, also haben wir die Notdurft auf Credit nehmen müssen und es doch so klein als möglich und ohne Disreputation geschehen kann, angestellt.“*¹⁰

Ein Vorteil war es, daß die Kaufkraft des Reichstalers nach dem Dreißigjährigen Krieg bis etwa zum Jahre 1660 ziemlich groß war. War doch der Gesandte in der Lage, mit fünf Reichstaler sich und seinen Diener im Reich eine Woche lang zu verpflegen. Für die Kleidung eines unteren Hofoffizianten brauchten damals jährlich nur sechs Reichstaler aufgewandt zu werden; eine Persönlichkeit von höherem Rang konnte mit jährlich dreißig Reichstalern ihre Garderobe bestreiten.

So wird es verständlich, daß das 500 Rtlr. betragende Jahresgehalt eines adligen Geheimen Rats (der gelehrte Rat erhielt 400 Rtlr.) für die damaligen Verhältnisse recht beträchtlich war. Wenn wir hören, daß Graf Waldeck vom Kurfürsten mit einem Jahresgehalt von 4000 Rtlr. in den brandenburgischen Staatsdienst eingestellt wurde, wird uns der Seufzer Schwerins, „der Mann werde dem Kurfürsten viel Geld kosten“, begreiflich. Nach 1660 änderten sich die Verhältnisse insofern grundlegend, als der Reichstaler etwa die Hälfte seiner Kaufkraft eingebüßt hatte.

Der Mangel an flüssigen Mitteln für außenpolitische Zwecke wirkte sich besonders nachteilig auf dem Gebiete des Geschenkwesens aus. Es herrschte überall die Sitte, Geschenke zu verteilen und zu empfangen. Und wenn, wie dies häufig der Fall war, wichtige Nachrichten durch indiskrete untergeordnete Personen, Schreiber oder Lakaien, Geldzuwendungen bedingten, so mußte man sich brandenburgischerseits häufig dieses Vorteils begeben, da selbst diese geringfügigen Summen nicht zur Verfügung standen. Aber auch hochrangige Diplomaten zeigten sich gegen derartige „Douceurs“ nicht unempfindlich.

Die Zusicherung, daß Brandenburg im Westfälischen Frieden Minden erhalten sollte, verdankt der Kurfürst vornehmlich der Unterstützung des schwedischen Gesandten Adler Salsius, der dafür 10 000 Rtlr. erhalten hat¹¹. Auch Oxen-

stier na wurde ein ähnliches Angebot gemacht. Ob er es angenommen, steht nicht fest. Wenn jedoch Pufendorf berichtet, er habe die 25 000 Rtlr. angenommen, so ist dies bei der Habgier des Oxenstierna durchaus wahrscheinlich. Die schwedischen Diplomaten eiferten in der Gier, sich zu bereichern, den schwedischen Offizieren nach, die auf fremden Boden, und sei es auch auf dem einer befreundeten Macht, wie die Raben stahlen und mit dem geraubten Geld sich Güter erwarben. Ich führe hier nur den Fall des schwedischen Obersten Hans Friedrich v. Stössel an, der 1623 vom Johanniterorden das Lehnsgut Selchow erwarb. Der damalige Meister, Graf Adam Schwarzenberg, war schwach genug, diesem Raubritter darüber einen Lehnbrief zu erteilen. Daheim waren die schwedischen Diplomaten Habenichtse und konnten es bei der großen Armut des Landes zu nichts bringen. Einige Jahre diplomatischer Dienst im Ausland, und sie verfügten über beträchtliche Mittel, die sie nach Art der Parvenüs und Arrivierten verwandten, um sich mit Prunk und Luxus zu umgeben. Der schwere Stand der brandenburgischen Diplomaten hatte zum nicht geringen Teil seinen Grund in der Unmöglichkeit, mit den wenigen verfügbaren Mitteln die Habgier der Schweden zu befriedigen, denn mit kleinen „Douceurs“ wäre bei ihnen nichts zu erreichen gewesen. Es mußten schon ansehnliche Summen, wenn nicht gar ertragreiche Güter sein, die ihre Neigung zu erkaufen vermochten. Da solche nicht zur Verfügung standen, gelang es den Gesandten auch nicht, in der pommerschen Frage die Wünsche des Kurfürsten durchzusetzen. In der Mindenschen Angelegenheit ging es besser vorwärts, da außer Salvius auch dem schwedischen Legationssekretär Zusicherungen gemacht werden konnten. Hatte doch der Kurfürst am 23. Februar st. n. 1647 seinen Gesandten mitgeteilt: *„Den schwedischen Legationssekretär könnt Ihr wohl versichern, daß wenn Uns Minden verbleiben würde, wir ihm nicht allein den von der Kron Schweden eingegebenen Hof lassen, besonders auch noch in andere Wege ihn Gnade spüren lassen wollten . . .“* — Als Joachim Friedrich v. Blumenthal im Herbst 1640 im Haag war, trat der Greffier Cornelius Mutsch mit versteckten Geldforderungen an ihn heran. Und da der Pfalzgraf, dessen Einfluß Blumenthal brechen sollte, mit kostbaren Geschenken nicht kargte, hätte Blumenthal ihn mit noch kostbareren übertrumpfen müssen, um zum Ziele zu gelangen. Dazu war jedoch das arme Brandenburg wiederum nicht in der Lage. Im Januar 1647 hatte Fromhold dem kaiserlichen Gesandten Volmar für dessen Bemühungen, dem Kurfürsten Pommern zu erhalten, eine reale Erkenntlichkeit in Aussicht gestellt. Das war im Grunde keine Bestechung, sondern eine völlig einwandfreie Methode, einem gutgesinnten fremden Diplomaten den Dank abzustatten, so wie man ihm später einen Orden verliehen hätte.

Große Summen verschlangen Gesandtschaften an den Zarenhof, weil abgesehen von den erheblichen Reisekosten auch reichliche Geschenke für den Zaren und dessen Würdenträger mitgeführt werden mußten. Der Kurfürst verzichtete aus diesem Grunde häufig auf die Entsendung sogenannter „solonner Ambassaden“, so z. B. im Jahre 1655, als er den Kammerrat Lazarus Kittelman mit der Mission nach Moskau beauftragte. Von weniger hochgestellten Persönlichkeiten, die auch nicht Gesandtencharakter besaßen, sondern denen lediglich die Funktion eines Boten zukam, wurden weniger kostbare Geschenke erwartet. Als solche kamen in der Hauptsache charakteristische Erzeugnisse des eigenen Landes in Frage. So nahmen die brandenburgischen Gesandten außer prächtig aufgezümmten ostpreußischen Pferden Kunstgegenstände aus Bernstein, sogar ganze Kabinette im

Werte bis zu 2000 Rtlr. mit. Die Gegengeschenke des Zaren bestanden ausschließlich in Zobelfellen, gewöhnlich im Werte von 200 Rtlr. Es entsprach der Gering-schätzung, mit der der Zar auf die westeuropäischen Potentaten herabsah, daß er seine Gegengeschenke nicht dem Werte der ihm gemachten Präsente anglich, wie auch seine nach Berlin geschickten Gesandten nur mit Geschenken von geringfügigem Wert aufwarteten. Hingegen ließ der Zar die Geschenke der Brandenburger an Hand einer Geschenkliste durch seinen Kanzler einer kritischen Musterung unterziehen, von deren Ausfall es abhing, ob die Gesandten zur Audienz zugelassen wurden¹².

Eine wesentliche Kostenersparnis bedeutete es, wenn die Gesandten in einem eigens für fremde Diplomaten eingerichteten Wohnhaus Unterkunft fanden. Das war in Moskau und Paris der Fall. Unmittelbar nach ihrer Ankunft in Moskau wurden die Gesandten im Gesandtschaftshof untergebracht, in dem man ihnen je nach ihrem Rang eine Anzahl von Räumen zuwies. Diese Einrichtung war allerdings von den Russen weniger aus Entgegenkommen für die fremden Gäste getroffen, sondern um sie besser überwachen zu können, da sie in jedem Fremden ohne weiteres einen Spion sahen. Nach der Abschiedsaudienz fand die kostenlose Unterbringung im Gesandtschaftshof ihr Ende, die Gesandten mußten dann bis zu ihrer Abreise auf eigene Kosten im Moskauer Fremdenviertel wohnen.

Eine weit angenehmere Unterkunft fanden die Gesandten in Paris im „Hôtel des Ambassadeurs extraordinaires“, sofern sie mit diesem Charakter versehen waren. Das sehr geräumige und von schönen Gärten umgebene Hotel befand sich in der Rue de Tournon und besteht noch heute. Hier genossen die Gesandten allerdings nur für drei bis vier Tage freie Unterkunft und Verpflegung. Die von ihnen bewohnten Räume wurden mit Möbeln und Tapeten des königlichen Hofes ausgestattet. Auch die Gäste, die der Gesandte in diesen Räumen empfing, wurden durch einen eigens dafür angestellten Maître d'hôtel mit Kaffee, Schokolade oder Tee bewirtet¹³.

Sonst pflegten die Gesandten immer in den selben Gasthäusern zu wohnen, die schon vor ihnen als Unterkunft brandenburgischer Gesandtschaften gedient hatten.

Erhebliche Kosten verursachte den brandenburgischen Kassen auch die Defrayierung der russischen und tatarischen Gesandten, zumal diese immer mit ungewöhnlich zahlreichem Begleitpersonal erschienen. Die Defrayierung bestand in freiem Vorspann von der Grenze ab, in freier Wohnung und Verpflegung. Sie war nicht vertraglich festgelegt, sondern entsprang einem zwischen beiden Ländern lange geübten Brauch. Die brandenburgischen Gesandten konnten sich im allgemeinen über die ihnen gewährte Verpflegung nicht beklagen. Sie war so reichlich, daß wohl schwerlich alles Dargebotene verzehrt werden konnte. Empfang doch der brandenburgische Gesandte Friedrich Joachim v. Born tin während seines Aufenthalts in Moskau im Jahre 1658 für sich allein täglich zwei Roggen-, zwei Weizenbrote, eine Gans, zwei Hühner, eine Ente, ein Birkhuhn, zwei Stück Rindfleisch, zwei Stück Schweinefleisch, ein halbes Schaf und an Getränken vier Schalen Brantwein, einen Krug Zaren- und einen Krug Bojarenmet, 1½ Maß Bier, ¾ Maß anderer alkoholischer Getränke. Jeder seiner Leute erhielt ein Roggenbrot, ein Weißbrot, ein Stück Rindfleisch, ein Stück Schweinefleisch, zwei Schalen Brantwein und zwei Maß Bier. Auf der Reise war die Ver-

pflegung nicht ganz so üppig, weil der Pristav, der vom Woiwoden das Geld zum Einkauf der Lebensmittel erhielt, dabei verdienen wollte. Aber wenn der Freiherr Jonas Casimir zu Eulenburg, der 1656 durch Rußland reiste, berichtet, daß er für sich und seine 67 Personen starke Begleitung täglich vier große und zwei weiße Brote, einen Sack Zwieback, vier Lämmer, zwei Gänse, zwei Rinder, zwei Flaschen Brantwein (die allerdings meist halb geleert waren), sechzehn Kannen anderer alkoholischer Getränke und ein Fäßchen Bier empfangen habe, so dürften er und seine Leute keine Not gelitten haben¹⁴.

Dennoch kann keine Rede davon sein, daß die Missionen nach Rußland sich dank der Defrayierung weniger kostspielig gestaltet hätten. Die vielen Visiten der russischen Würdenträger mit den damit verbundenen kostspieligen Gelagen sowie das Geschenkwesen verschlangen gewaltige Summen.

Als im Sommer 1659 eine fünfzehn Personen starke Gesandtschaft des Chans der Krimtataren nach Berlin unterwegs war, um dem Kurfürsten ein Bündnis anzubieten, mußten sie ihm, da er sich im Feldzuge gegen die Schweden befand, bis nach Jütland nachreisen. So waren diese ungebetenen Gäste zum Verdruß der brandenburgischen Amtskassen wochenlang zu verpflegen¹⁵.

Was die Defrayierung Gesandter anderer auswärtiger Mächte oder Reichsstände brandenburgischerseits anbelangt, so scheint erst während der Regierung Friedrich Wilhelms eine solche von dreitägiger Dauer eingeführt worden zu sein. Diese begann aber nicht an der Grenze, sondern vom Zeitpunkt des Eintreffens in der Residenz ab. Nach der kurfürstlichen Instruktion¹⁶ für die in Berlin zurückgebliebenen Geheimen Räte Putlitz, Löben, Somnitz¹⁷ und Tornow vom 30. November 1660 sollte jedoch von der dreitägigen Defrayierung Gesandter selbst kaiserlicher, bei Abwesenheit des Kurfürsten von Berlin abgesehen werden. Die Gesandten mußten sich in diesem Fall selbst unterbringen und beköstigen. Die Geheimen Räte hatten sich in das Quartier der kaiserlichen Gesandten zu verfügen, um deren Wünsche entgegenzunehmen. Die königlichen, kur- und fürstlichen Gesandten sollten dagegen aus ihren Wohnungen abgeholt, aufs Schloß geführt und in der großen, zu diesem Zweck mit Tapeten zu bekleidenden Tafelstube nach ihrem Anliegen befragt werden. Entnahmen die Geheimen Räte aus ihrer Proposition, daß ein Nachreisen zum Kurfürsten nicht unbedingt nötig sei, so sollten sie davon abraten, ihnen die empfehlende Übermittlung ihrer Anliegen an den Kurfürsten versprechen und sie dann verabschieden. Andere Gesandte, d. h. solche von Landesherren nicht fürstlichen Ranges, sollten sie zu sich in die Ratstube kommen lassen. Auch durchreisende fürstliche Personen und Gesandte durften in Abwesenheit des Kurfürsten nicht defrayiert werden, es sei denn, daß es sich um Fürstlichkeiten handelte, die in einem besonders engen Verhältnis zum Kurfürsten stünden und „*uf deren Defrayirung dem Absehen nach nichts sonderliches gehen möchte*“. (!)

Den Residenten und Agenten, die im allgemeinen ihre Tätigkeit hauptamtlich verrichteten, gewährte man ein festes Jahresgehalt, bei dessen Bemessung nach Möglichkeit die besonderen Umstände Berücksichtigung fanden, wie Umfang der Repräsentationspflichten, des Geschäftsbereichs, Lebenshaltungskosten und dergleichen. Sah sich der Resident aber gezwungen, dem fremden Hof bei Aufenthaltswechsel zu folgen, so stellten sich in der Regel finanzielle Schwierigkeiten ein. Anträgen auf Sonderzulagen wurde in solchen Fällen fast stets statt-

gegeben, weil es der Auffassung des Kurfürsten entsprach, daß seine extraordinären Vertreter mehr Unterhaltsgelder beanspruchen könnten, „denen aber, so ordinarie an einem Orte auf etzliche Jahre lang zu verbleiben haben, seind jederzeit mehr nicht als 300 Rtlr. gezahlet worden, weil sie sich wegen der Länge der Zeit besser einrichten können“¹⁸.

Im übrigen irrte der Kurfürst, wenn er Spanheim schrieb, daß den ständigen Vertretern nicht mehr als 300 Rtlr. gezahlt worden seien. Jedenfalls gab es unter den Residenten kaum einen, der sich mit diesem niedrigen Satz hätte begnügen müssen. Im allgemeinen schwankte das Residentengehalt zwischen 200 und 1200 Rtlr. Der Resident Schmeiss v. Ehrenpreisberg in Breslau erhielt 500 Rtlr., sein Nachfolger Paul Winckler erst nach achtjähriger Tätigkeit einen einmaligen Kostenzuschuß von 100 Rtlr. Heinrich v. Bilderbeck in Köln am Rhein mußte sich mit 200 Rtlr. begnügen.

Zu den gut dotierten Residenturen gehörte der Stockholmer Posten¹⁹. So erhielt der dortige bisherige Agent Adolf Friedrich Schlez er am 20. Juli 1643 eine Bestallung, die ihm insgesamt 1200 Rtlr. Jahresgehalt, und zwar als Rat 400 und als Resident 800 Rtlr. zusicherte. Diese Beträge sollten ihm aus den preußischen Holzgeldern, und zwar in zwei Raten am 20. Januar und 20. Juli gezahlt werden. Im Bestallungsschreiben war als Kündigung Jahresfrist festgelegt und Schlez er verpflichtet worden, sich nicht „ohne Spezialurlaub“ in fremde Dienste einzulassen. „Wir wollten auch ferner ungehört auf ihn keine Ungnade werfen“, so sicherte ihm der Kurfürst zu, „sondern wofern Uns was Widriges, so Uns mißfällig, bei ihm vorkommen sollte, ihn allezeit zuvor mit seiner Verantwortung darüber vernehmen“.

Leider kam Schlez er aber nicht rechtzeitig in den Genuß der Bezüge, da erst am 28. November, d. h. vier Monate später an den preußischen Holzschreiber Jonas Ulrich die Weisung ergangen war, halbjährlich 600 Rtlr. an Schlez er zu zahlen. Trotz zweimaliger Wiederholung dieser Weisung blieb der Resident ohne Geld, wie aus seinem Mahnschreiben hervorgeht, in dem bittere Klage geführt wird über die Not und Teuerung, die niederdrückende Borgwirtschaft und das peinliche Drängen der Gläubiger. Sein gegenwärtiges Quartier mußte er jetzt aufgeben, ohne indes in der Lage zu sein, sich ein anderes Haus zu mieten. Dies ein Fall von vielen. Gewöhnlich wurde erst Rat geschaffen, wenn die Katastrophe über die unglücklichen Repräsentanten hereinzubrechen drohte. Lange nach seinem Ausscheiden führte Schlez er noch einen Kampf um die Rückerstattung seiner Auslagen. So ergeht im Februar 1655 ein kurfürstlicher Bescheid an „den gewesenen Residenten“ Adolf Friedrich Schlez er wegen seiner Prä tensionen von 3307 Rtlr. nebst 97 Rtlr. schuldigen Postgeldern²⁰. Der Kurfürst verheißt Zahlung, obwohl er nicht verbunden sei, die Prä tension zu erfüllen, und zwar 1200 Rtlr. sofort nebst den 97 Rtlr. Postgeldern und 2107 Rtlr. „inner Jahresfrist“. Zugleich erhält Schlez er die Erlaubnis, sein Vorhaben, in schwedische Dienste zu treten, auszuführen. Der Kurfürst sei aber bereit, ihn in Anbetracht des großen Vertrauens, das er zu ihm hege, jederzeit wieder in seine Dienste zu nehmen. Der Hofrentmeister erhält Anweisung zur Zahlung an Schlez er.

Auch das Leben in Hamburg war in der Tat für einen Diplomaten, der etwas gelten wollte, nicht billig. Das bestätigt uns des Residenten Otto v. Gu er ick es Schreiben an den Kurfürsten vom 14. September 1669: „*Es ist danebst E.K.D.*

bewußt, daß eines so großen Potentaten Bedienter in respect seines Herrn viel aufwenden, ein bequemes Haus bewohnen, Carosse und Pferde, etliche Diener, auch sich sonst reputirlich, als sichs an jedem Ort schicken will, halten muß.

E.K.D. zu untertänigsten Ehren und hohen Respect halte ich nun auch, ohne Ruhm zu melden, Kutsche und Pferde so gutt und ansehnlich, als ein Resident hier haben muß, dazu tüchtigen Scribenten und 2 Laquaaien, so alle zum Schreiben höchst notwendig sein, und deren nicht entbehren kann. Die weitläufigte Correspondenz kostet mir auch von außen her weit mehr als 100 Rtlr., also daß nicht 700 Rtlr. Freigeld behalte, was aber sonst uffwende an Lebensmitteln, Kleidung für mich und die meinigen, item für die Hausmiete (so allein uff 366 Rtlr. kömmet) und sonst notwendige Ausgaben, solches belaufet sich noch 2 mal so hoch, dann hier alles sehr kostbar und teuer ist . . .“²¹

Sein Gehalt erfuhr daraufhin eine Erhöhung von 800 Rtlr. auf 1200 Rtlr. neben einem jährlichen Deputat von je zwei Schweinen und Rehen. Im März 1688 wurde es abermals um 200 Rtlr. aufgebessert. Wenn um diese Zeit das Gehalt des Wiener Residenten fast das Doppelte betrug, so war er darum nicht wesentlich besser gestellt, da er davon sämtliche Ausgaben selbst zu bestreiten hatte. Allein das Briefporto verschlang damals beträchtliche Summen. In den wachsenden Ausgaben hierfür spiegelt sich die zunehmende Bedeutung der Hamburger Residentur wieder: Im 1. Halbjahr 1683 waren es 217 Rtlr. 4 Gr., im 1. Halbjahr 1685 waren es 222 Rtlr. 8 Gr. und im 2. Halbjahr 1685 waren es 284 Rtlr. 3 Gr., die Guericke an Briefporto liquidierte. In Wien war der Verbrauch noch wesentlich größer.

Wie sein älterer Bruder Johann Friedrich, der Londoner Resident, verließ also auch Adolf Friedrich Schlezer den brandenburgischen Dienst, da ihm die Bezahlung zu dürftig und vor allen Dingen zu unregelmäßig war. Das bedeutete einen Verlust; denn Adolf Friedrich Schlezer gehörte zu den geschicktesten auswärtigen Vertretern, auf dessen Dienste man nicht hätte verzichten dürfen. Sein genialer, aber charakterlich wenig gefestigter Bruder Johann Friedrich, war ein Opfer seiner Großmannssucht und seines Geltungsbedürfnisses geworden und mit dem Verbrechen des Hochverrats belastet, nach Schweden geflohen. Ein gerüttelt Maß an Schuld an dem für den Kurfürsten höchst peinlichen Schauspiel, das Schlezer am Hofe des Lord Protektors bot, trug aber auch die wenig weise Finanzpolitik am Berliner Hof. Schon vom Anbeginn seiner Mission sind seine Briefe an den Kurfürsten und seinen Gönner Grafen Waldeck mit Klagen über Geldmangel erfüllt: Er habe als würdiger Vertreter Brandenburgs erscheinen wollen und man habe in London auch „eine feierliche Ambassade“ erwartet, und statt dessen sei einer „durch die Hintertür hereingekommen“. Ein Pfund Sterling gelte in London nicht mehr als daheim ein Reichstaler, charakterisierte Schlezer im Januar 1656 die dortige Teuerung. Und von dem Trinkgeldunwesen in London gewinne man einen Begriff, wenn man erfahre, „daß der geringsten einer, der in des H. Protektors Kutsche zur Audienz geholt wird, den Leuten nicht minder als 20 Rtlr. verehret . . .“

„An E.K.D. löblicher und generöser Intension hab ich nicht zu zweifeln“, so äußert sich Schlezer in seinem Schreiben vom 14. Januar st. n. 1656, „ich weiß aber, wie es an ihrem Hofe zugehet. Dann wenn von Geldsachen vor die auswärtigen Ministros soll geredet werden, so ziehet man entweder die Schultern, oder proponirt es en passant und bringet es zu keiner Resolution, Wird dennoch endlich ein Schluß darin gemacht und E.K.D. befehlen es nicht jemand, dem Ihre

Ehre, Nutz und Bestes lieb und lieber ist als seine eigne Wohlfahrt, so geschieht doch nichts, sondern wer aus dem Aug ist, der bleibt wohl aus dem Sinn.“

Vergreift sich der Resident in diesem Schreiben auch erheblich im Ton, so wird man ihm inhaltlich wohl zustimmen müssen.

Der Mangel an Mitteln, aber auch falsch angebrachte Sparsamkeit bildeten die Veranlassung, daß der Kurfürst der Kostenersparnis halber mit der Wahrung seiner Interessen Fremde beauftragte, die entweder nur eine ganz geringe Entschädigung beanspruchten, da sie noch über andere Erwerbsquellen verfügten, oder die es sich wie Wicquefort, an der Ehre, den Residententitel zu erhalten, genügen ließen. Auf welche Weise solche politischen Abenteurer wie Wicquefort ihren Lebensunterhalt gewannen, ob ihre Geldquellen immer einwandfrei waren, darüber zerbrach man sich in Berlin nicht den Kopf. Auch war man vorsichtig genug, sich nicht vertraglich an derartige Individuen zu binden. So konnten sie, falls sie lästig fielen, jederzeit abgeschoben werden. Wicquefort z. B. desavouierte man sofort, als er sich in unsaubere Geschäfte eingelassen, auch auf das schlüpfige Gebiet der Chronique Scandaleuse begeben hatte.

Auch der spätere Resident in Paris, Jean Beck, schien sich der besonderen Fürsorge des Kurfürsten nicht zu erfreuen. Erging er sich doch häufig in bewegten Klagen über die Unregelmäßigkeit seiner Bezahlung. Von dem ihm zustehenden Gehalt, das für die Zeit von 1657 bis 1666 11820 fl. ausmachte, hatte er nur einmal, im Dezember 1662, die Summe von 2820 fl. ausgezahlt erhalten²³. Und am 28. Januar 1687 klagte er dem Geheimen Rat Paul v. Fuchs, wie schwer es sei, sieben unmündige Kinder und eine kranke Mutter, die z. T. außer Landes lebten, zu unterhalten. Nachdem er dreißig von den achtundvierzig in Frankreich verbrachten Jahren dem Kurfürsten treu gedient habe, hege er den Wunsch, in seiner Heimat Kleve einen ruhigen Lebensabend zu verbringen und bitte um eine letzte Gnadenzuwendung. Sie wird ihm in Gestalt von 400 Rtlr. zuteil. Damit ist er aber auch ein für alle Mal abgefunden²⁴.

Johann Copes, der brandenburgische Resident im Haag, erhielt auf seine Bitte laut kurfürstlicher Resolution, datiert Cölln an der Spree 6. August 1658, in Anbetracht seiner geringen Gage, die Mittel, sich ein Trauerkleid, „so er beim Ableben des Königs von England nach anderer Muster anlegen“ muß, zu beschaffen, ferner wöchentlich 3 Gulden für den Copisten, „nebst 30 Gulden zur Erhaltung der sekreten Communication“. Sein Gehalt wird bei der Gelegenheit auf 800 Rtlr. jährlich festgesetzt, und zwar soll diese Summe aus den Rheinzöllen und Lizenten genommen werden.

Von erheblicher Bedeutung war die Wiener Residentur. Friedrich Wilhelm fand bei seinem Regierungsantritt bereits einen Residenten am Kaiserlichen Hof vor, nämlich Matthias Rebenick v. Rebenberg. Sein Gehalt war mehr als dürftig, betrug es doch jährlich nur 200 Rtlr. zum Wiener Kurs. Porti und Spesen hatte er selbst zu tragen, lediglich die Kosten für Abschriften sollten ihm ersetzt werden. Als nach dem Tode Georg Wilhelms die auswärtigen Vertreter Brandenburgs Trauerkleider anlegen wollten, mangelte es etlichen einfach an den nötigen Mitteln. Während diese den in der Heimat befindlichen Chargen ersetzt wurden, vergaß man, daß die auswärtigen die Unterstützung womöglich noch nötiger hätten. Bitter beklagt sich darum auch Rebenick in seinem Schreiben aus Regensburg vom 6. Februar 1641: „... Und ob ich wohl vermeint, man

würde in Bekleidung derer Personen, denen es gebührt, zur gewöhnlichen Trauer, auch auf mich bedacht gewest sein, so befind ich doch bis anhero, daß man diesfalls meiner vergessen. Wann dann mir nicht umb solch Trauerkleid zu tun ist, sintemal ich den tötlichen Abgang meines gnädigsten Kurfürsten und Herrn innerlich im Herzen genugsamb bedaure und betraure und S.K.D. lobliche Gedächtnüß stets in meinem Gemüte treulich führen werde, gleichwohl aber, dieweilen es an dem Kaiserlichen Hofe nicht allein gewöhnlich, daß der Kur- und Fürsten Bedient und Bestellte daselbst in dergleichen Fällen allezeit damit beobachtet worden, sondern auch das Ansehen gewinnen möchte, als ob diese praeteritio meiner aus etwa andern Ursachen geschehe: Als hab bei E.H.Gn. ich diese notwendige Erinnerung hiemit anzuregen untertänig nicht vorbeigehen können . . .“

Als Rebenick die Augen schloß, fand sich seine Witwe in großer Bedrängnis. Waren doch erheblich Gehaltsforderungen ihres Gatten unberücksichtigt geblieben. Zwar habe der Kurfürst, wie die Geheimen Räte am 18. Januar st. n. 1661 ihrem Herrn berichteten, der Amtskasse „die Contentirung dieser armen Frauen bereits anbefohlen“, es hätten sich aber bisher keine Mittel gefunden. Nach Rücksprache mit dem Hofrentmeister Matthias betrüge der Rückstand 1622 Gulden (der Gulden zu 1½ Rtlr.). Sie schlugen dem Kurfürsten vor, daß die Summe nach Maßgabe der eingehenden Legationsgelder in Raten gezahlt werde. Darauf verfügte der Kurfürst, daß der Bittstellerin jährlich 400 Rtlr. auf Abschlag ihrer Forderung ausgezahlt werden sollte, und Schwerins Hand setzte hinzu: „Jedoch muß allemal in Acht genommen werden, daß die Gesandtschaften keine Not dabei leiden mögen.“²⁵

Der Nachfolger Rebenicks am Wiener Hof, Andreas Neumann, erhält zwar auch nur eine jährliche Besoldung von 200 Rtlr., jedoch mit der Maßgabe: „Was er auch an Postgelde und sonsten zur Auslösung einiger Sachen bei den Kanzleien ausgeben wird, davon soll er alle halbe Jahr eine richtige Specification einschiecken und der Wiedererstattung ohne Abgang seines Salary gewärtig sein.“²⁶

Eine wesentliche Verbesserung erfährt die Besoldung Neumanns im September 1651, nämlich auf 800 Rtlr., indessen lassen seine häufigen Klagen darauf schließen, daß diese recht unregelmäßig eingegangen sind.

Mit dem gleichen Jahresgehalt von 800 Rtlr. wurde auch der im März 1678 bestellte Resident Ferdinand Persius angestellt. Es war entschieden ein Mißgriff, einem diplomatischen Geschäftemacher, der bereits 21 Reichsstände in Wien vertrat, mit der Übertragung der brandenburgischen Residentur eine weitere Geldquelle zu erschließen. Denn ein anderes Interesse durfte man bei diesem Mann von vornherein nicht voraussetzen. Bald spürte man auch in Berlin die Unzulänglichkeiten und Interessenkonflikte, die durch den so vielseitigen Diplomaten veranlaßt wurden und ersetzte ihn durch Johann Dietrich. Er erhielt 1678 neben seiner Ernennung zum Residenten auch den Titel Legationssekretär, 600 Rtlr. Besoldung bei Gewährung der Erstattung seiner Auslagen. Nach drei Jahren wurde sein Gehalt auf 800 Rtlr. erhöht²⁷. In wie dürftigen Verhältnissen sich damals selbs höhere Beamte befanden, zeigt der Text des letzten Willens des Residenten Dietrich:

Aufsatz, wie ich es nach meiner geringen Verlassenschaft, nach meinem Tode, gehalten haben möchte.

Wann der allmächtige Gott, nach seinem allwaltenden Willen mich bei meiner

nun schon so geraume Zeit anhaltenden schweren Krankheit aus diesem Zeitlichen abfordern sollte, so befehle ich zuvorderst meine arme Seele in Seine Gnade. Um die Befriedigung meines toten Körpers bitte ich meinen liebsten Freund, Herrn Georgium Fabricium, vornehmen Reichsagenten, derselbe wolle es damit nach Belieben machen.

Was meine ganz geringe Verlassenschaft betrifft, so bitte ich gleichfalls den Herrn Fabricium, Er wolle dieselbe zu sich nehmen, dasjenige, so kein Geld ist, zu Geld machen und nach bezahlten Schulden das, so überbleibet, Meinem lieben alten Vatter Caspar Dietrich, Bürgermeister der Stadt Penzlin im Herzogtum Mecklenburg Gustrau übermachen lassen, welches meines Ermessens der Zeit füglich über Berlin geschehen kann. Meine tägliche Kleider und leinen Zeug sollen nicht verkauft, sondern auch über Berlin den Meinigen sauber eingepacket zugeschicket werden.

Wann sich aber zu meinem Mantel-Kleid ein Käufer finde, so könnte es wohl verkauft werden. wie auch, was von dicken genäheten weißen Spitzen vorhanden ist,

Was an Mobilien vorhanden ist, solches besagen die zwey hiebey befindliche Designationes, so von Mir unterschrieben. Mein Schreibtisch von Fladderholz (= Maserholz) soll dem Herrn Fabricio zum Andenken geschenkt sein.

Wien den 30 Juni Ao 1682

(gez) Johann Dietrich

Dem Nachfolger Dietrichs am Kaiserlichen Hof, Bernhard Ernst v. Schmettau²⁸ wurden bereits nach zweijähriger Amtszeit zu den bewilligten 800 Rtlr. weitere 400 zugelegt. Daneben erhielt er die ihm durch die Reisen des Kaiserlichen Hofes erwachsenden außerordentlichen Ausgaben ersetzt. Jedoch prüfte der Hofrentmeister bei jedem Posten der Liquidation Schmettaus sorgfältig, ob sich seine Rückerstattung nach den in seiner Bestallung festgelegten Anstellungsbedingungen rechtfertigen ließe²⁹.

Aber auch das Jahresgehalt von 1200 Rtlr. erwies sich bald als unzulänglich. Die Lebenshaltungskosten stiegen infolge des Türkenkrieges enorm. Schmettaus Klagebrief vom 16. Januar 1684 gibt uns ein anschauliches Bild von seiner wenig beneidenswerten Lage:

„E.K.D. geruhen gnst. deroselben aus beigelegtem ohngefährlichem Aufsatz untert. vortragen zu lassen, was die zeithero, da ich die hohe Gnade gehabt, allhier in E.K.D. Diensten als Resident zu sein, insonderheit bei diesem letzten ungemein schweren und teuren Jahren über den mir gnädigst geordneten jährlichen Gehalt von Achthundert und nunmehr erst seither einem Jahr von Zwölfhundert Rtlr. zu Dero Ehren und meinem Aufenthalt unausbleiblich habe verwenden müssen. Will geschweigen, was ich bei der praecipirten Wienerischen Flucht und während der Belagerung an Meublen und unterschiedlichen crepirten Pferden zugesetzt. Und obwohl E.K.D. mir auch eine Zeithero die Gnade getan, wie gleichfalls meinen Antecessoren auf Reisen geschehen, und täglich 1 Rtlr. Losament-Geld mit 2 Gulden Kostgeld gnädigst genießen lassen, so werden E.K.D. dennoch aus vorgedachtem Aufsatz, den sowohl der an E.K.D. Hof subsistirende Kaiserliche Envoyé Extraordinaire Freiherr von Fridag, als ein jeder, dem dieses Orts Beschaffenheit bekannt, Attestirung justificiren wird, gnädigst ersehen, daß auch dasselbe nicht einmal bei dem Stilleliegen allhier zureichend gewesen, gleichwie nun so wenig E.K.D. höchster Respect (in dem ein jeder hiesiger kurfürstlicher Resident deren

gleichwohl die meisten noch mehren Herren dabey dienen, auf gleichmäßige Art lebet) hievon etwas zu rabbatiren oder einzuziehen nicht wohl leiden will, als meine Mittel, dafern ich mich nicht gänzlich erschöpfe und ruinire, zulassen wollen. Ferner mit Zusetzung so großer Summen zu continuiren. Als gelanget an E.K.D. meine unt. Bitte, Sie geruhen mir mein habendes Gehalt insoweit gnst. zu verbessern, daß indeme zu E.K.D. unt. Diensten alle meine Kräfte und Vermögen aufzuopfern so schuldig als begierig bin, mich gleichwohl dabei einer notdürftigen Subsistenz zu erfreuen haben möge, ...

gez. B. E. v. Schmettau

Specificatio

der Subsistenz-Gelder und Unkosten, so zu Ehren und Dienst E.K.D. zu Brandenburg, meines gnädigsten Herrn, das Jahr über bey dieser schweren und teuren Zeit ordentlich verwendet werden:

	Rthr.	Gr.
Den Zins vor die Losamenter als vier Stuben, zwei Kammern, Küchen, Keller, Holzgewölbe und Stallung	365	—
Vor die ordinari-Tafel vor mich, meine Frau und Kinder, dazu oftmalen notwendige Mahlzeiten zu Dienst S.K.D. und Erhaltung guter Kundschaft, kommen die Victualien, Weine und alles andere, so bei ietzigen courrenten Preis aufs genaueste gerechnet, jährlich	1000	—
Vor mich, meine Frau und Kinder Kleidung, Leinenzeug und dergleichen Notdurften	500	—
Vor die jährliche Wäsche, indeme keine Gelegenheit, solche selbst waschen zu lassen, weiln das Holz zu hoch am Preis und das Wasser abgelegt, wird verwendet	100	—
Vor Holz (da die Klasten vom harten zu 5 Rthr., vom weichen Holz aber zu 4 Rthr. bezahlt worden) in die Küchen und Zimmer zu heizen	200	—
Vor Lichte das Jahr über	50	—
Meinem Sollicitatori Kostgeld	156	—
Item sein jährlich Salarium	66	20
Dreien Laquaien und ein Kutscher Kostgeld, jeder wöchentlich 2 Tlr.	416	—
Item ihr Lohn, jeder das Jahr 20 Tlr.	80	—
Vor die Lieberey	133	10
Dem Dienstmägdchen vor meine Frau Lohn	20	—
Der Köchin, an jährlichen Lohn	30	—
Dem Kuchelmenschen	14	—
Item zu der drei Mägde Lohn, Kost und Unterhaltung	200	—
Denen Dienstboten, wie allhier bräuchlich, das Neue Jahr zu reichen	30	—
Die jährliche Unterhaltung vor Rosse und Wagen	250	—
Sa.	3 611	Rthr.

Hiebei ist noch nicht gesetzt, was man zuweilen bei zustoßender Unpäßlichkeit den Medicis und Apothekern gibt, item was jährlich an Postgeld, Papier, Unterhaltung der Correspondenz und noch zu vielen andern Notwendigkeiten, so man nicht alle specificiren kann, verwendet wird.“

Aber selbst dieser Notschrei zündete noch nicht. Erst Ende März 1686, also etwa ein halbes Jahr vor Schmettaus Tode, erfuhr sein Gehalt eine wesentliche Erhöhung, nämlich auf 2500 Rtlr. Jedoch solle „unter solchen 2500 Rtlr. seine Hausmiete in Wien und alle übrige Extraordinaria außer den gewöhnlichen Reisekosten und was Er an Porto, Correspondenzgeldern und Kanzlei-Juribus auszulegen haben wird, insgesamt begriffen sein und sonsten ihm keine Nebenausgaben passiren und gut getan werden . . .“ Der Hofrat und Hofrentmeister Stille erhielt die Anweisung, diesen Betrag aus den Geldern zu zahlen, die der Legationskasse aus der Kurmark zuflössen. Schmettau starb am 6. Oktober 1686 in Wien in so großer Armut, daß seine Witwe sich genötigt sah, ein Bittgesuch an den Kurfürsten zu richten.

Der verdienstvolle Mitarbeiter des Freiherrn v. Hoverbeck und spätere Resident in Warschau, Andreas Adersbach, sollte auf Geheiß des Kurfürsten seine Besoldung, Deputat, Futter für die Pferde, Zehrungsgelder und Wohnungsmiete von den preußischen Oberräten alle Vierteljahr erhalten. Und zwar an barem Gelde jährlich 300 Rtlr., 12/8 Brennholz, Futter für zwei, seit 1646 sogar für vier Pferde (6 Last 5 Scheffel jährlich), ferner für sich und seine Diener jährlich ein Reisekleid. Auf Reisen standen ihm außerdem 5 Rtlr. wöchentlich als Zehrungskosten zu. Mit der Erstattung dieser letzteren scheint es aber gehapert zu haben; denn häufig beklagt sich Adersbach, daß er sie nicht erhalten und darum in Schulden geraten sei. Aber auch das Jahresgehalt von 300 Rtlr. erwies sich bald als unzulänglich. Der Kurfürst verschloß sich der Einsicht auch nicht, daß sein Vertreter „zumal er umb Unsern Respects willen“ zum Rat von Haus aus ernannt war, auch geldlich besser gestellt werden müsse, und legte im Jahre 1650 noch 200 Rtlr. hinzu. Sei es, daß diese Summe für Warschauer Verhältnisse nicht hinreichend war, sei es, daß die Beträge nicht pünktlich in seine Hände gelangten, auch Adersbach kam aus den Finanznöten nicht heraus. So klagte er dem Kurfürsten in einem Briefe vom 2. April 1649 aus Warschau:

„Wann dann nun auch, gnädigster Kurfürst und Herr, Herr, es not sein wird, dem Königl. Hofe und Feldzuge zu folgen, als bitte in aller tiefster Untertänigkeit umb einen ersten gnädigsten Befehlich an Dero Regiments Räte in Preußen, damit sie mich nicht albie so stecken lassen, und flicklings mit 3 bald 5 und uffs höchste 600 fl. abtrösten, sintemal es dennoch auch E.K.D. Hoheit und Autorität afficirt, wenn ich als Dero wiewoll unwürdiger und geringster Minister und Agent an diesem Hofe hin und wieder bey einem und andern Geld leihen und zusammen betteln muß. Insonderheit bei dieser Occasion, da man oben uff den Grenzen und im Felde bei niemand Zuflucht nehmen kann, und fordere ich ja nichts extraordinaires, als was vermöge E.K.D. gnädigste Bestallung mir uff Abrechnung meiner Besoldung, dero ich noch über Zweitausend fl. bei E.K.D. Preußischen Kammer in Rest stehen habe und Kost und Zehrungsgelder gebühret, welche untertänigste Erinnerung und demütigstes Vortragen, daß E.K.D. in keinen Ungnaden vermerken werden, ich mich in gehorsamste Zuverlässigkeit getröste.“³⁰

Als er im August 1659 dem polnischen Hof auf dessen Reise nach Thorn folgen sollte, vermochte er dem Befehl des Kurfürsten nicht nachzukommen, da er dertartig verschuldet war, daß ihm kein weiterer Kredit für die Bestreitung der Reiseunkosten zur Verfügung stand. Während also alle übrigen fremden Diplomaten in Erwartung entscheidender Ereignisse nach Thorn gingen, mußte der brandenburgische Resident untätig in Warschau zurückbleiben³¹.

Eine genaue Aufstellung der Kosten seiner Mission an den Heidelberger Hof hinterließ uns der Hof- und Legationsrat Philipp Ernst v. Mandelsloh. Sie umfaßt den Zeitraum vom 10. Juni 1685, dem Tag der Abreise aus Berlin, bis 14. April 1686, d. h. rund 10 Monate. Diese Spezifikation ist insofern sehr aufschlußreich, als sie uns nicht allein über die Kosten belehrt, die eine Reise von Berlin nach Heidelberg verursachte, sondern auch über die der Lebenshaltung und des unumgänglich notwendigen Aufwandes eines Diplomaten mittleren Ranges:

	Rtlr.	Gr.	Pf.
<i>Reisekosten und Fahrlohn von Berlin bis Heidelberg</i>	92	6	1
<i>Schwarze Livrées (wegen des Hinscheidens des Kurfürsten von der Pfalz) nebst Zubehör vor 4 Lakaien und 2 Kutscher</i>	93	14	—
<i>Langer Trauermantel von spanisch Tuch</i>	37	—	—
<i>Im Wirtshaus allhier Zum Hirsch vom 21. Juni bis zum 18. Oktober verzehret laut übergebener Rechnung</i>	485	11	2
<i>Zwei Lakaien und 2 Kutscher Kostgeld à 1 Rtlr. 8 Gr. wöchentlich vom 21. Juni bis 1. Oktober für 17 Wochen</i>	90	16	—
<i>Sieder dem 19. Oktober, als da ich meine eigene Menage gehabt, bis heute für mich und Zubehör</i>	825	1	5
<i>Hausmiete für ½ Jahr</i>	120	—	—
<i>Für einen Kutscher, der hernach gestorben, sowohl für Medizin als den Medico und ihn zu begraben</i>	17	5	—
<i>Noch ein kranker Lakai</i>	9	—	—
<i>Ausgaben für die Pferde und Kutschen sowie Reparaturen und Tierarzt</i>	162	75	5
<i>Denen Jägern, wann sie mir Wild gebracht, auch bei andern Gelegenheiten an Drankgeld</i>	27	8	—
<i>Denen hiesigen Hofbedienten zum Neuen Jahr</i>	48	16	—
<i>An allerhand kleinen Ausgaben ohngefähr</i>	164	—	—

Zuzüglich anderer geringfügiger Ausgaben belief sich der Gesamtbetrag auf 2867 Rtlr. 18 Groschen und 3 Pfennigen¹².

Die Besoldung der Agenten und Faktoren betrug gewöhnlich 200 bis 300 Rtlr. jährlich. Sie konnte niedrig gehalten werden, da es sich bei den Trägern dieser Ämter in der Mehrzahl um Persönlichkeiten handelte, die an dem Orte ihres Dienstsitzes wohnten, dort bereits aus anderen Ämtern oder Gewerben feste Bezüge genossen und denen es lediglich darauf ankam, der Ehre teilhaftig zu sein, in den Diensten eines großen Herrn zu stehen. Einer der bekanntesten Faktoren ist Dietrich v. Eitzen, ein gebürtiger Hamburger, der dort neben dem Residenten Otto v. Guericke tätig war. Im Jahre 1662 erhielt er die Genehmigung, auch als Agent des Herzogs Christian Ludwig von Braunschweig-Lüneburg „dessen Sachen mit zu respiciren“. Wie saumselig der brandenburgische Hof mit der Bezahlung dieser — modern gesprochen — „Generalkonsuln“ verfuhr, erhellt aus der Tatsache, daß man zur Befriedigung der Ansprüche des Eitzen erst Anstalten traf, als dessen Forderungen die Höhe von 4000 Rtlr. erreicht hatten.

Anmerkungen:

- ¹ Über Kittelman vgl. meinen Aufsatz: Die Mission Lazarus K.'s beim Herzog Christian Albrecht i. J. 1660. In: Nordelbingen 9. Bd., Teil 3, S. 266 ff.
- ² An außerordentlichen Ausgaben waren in dieser Summe enthalten: 900 Rtlr. für Trauerkleidung anlässlich des Hinscheidens Georg Wilhelms, 800 Rtlr. für Dr. Reigersberger und 333 Rtlr. für Dr. Krebs vom Mainzischen Direktorium, 133¹/₃ Rtlr. für die unteren Kanzleibeamten, sowie 683 Rtlr. für anderweitige Geschenke.
- ³ Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, Bd. I, hrsgg. von Erdmannsdörffer, Berlin 1864, S. 788.
- ⁴ Vgl. Hans Saring: Christoph Kaspar Frh. v. Blumenthal, ein Diplomat z. Z. des Großen Kurfürsten. In: FBPG 51, 1939, S. 1 u. 2 über den Vater Joadhim Friedrich.
- ⁵ Protokolle und Relationen des Brandenburgischen Geheimen Rates aus der Zeit des Kurfürsten Friedrich Wilhelm. Hrsgg. von Otto Meinardus (= Publikationen a. d. kgl. preuß. Staatsarchiven Bd. 55), Bd. III, Leipzig 1893, S. 189, 197.
- ⁶ Ebda. III, S. 197.
- ⁷ Urkunden und Aktenstücke ..., Bd. 7, hrsgg. von Erdmannsdörffer, Berlin 1877, S. 350.
- ⁸ Bernhard Erdmannsdörffer: Georg Friedrich Graf von Waldeck. Berlin 1869, S. 52.
- ⁹ Max Hein: Otto von Schwerin. Königsberg 1929, S. 65 f.
- ¹⁰ Vgl. Saring: Die Mitglieder des Kammergerichts zu Berlin unter dem Großen Kurfürsten. In: FBPG 54, 1943, S. 80. Dasselbst auch über den Zusammenbruch von Fromholds Kollegen, Matthias von Krockow.
- ¹¹ Urkunden und Aktenstücke ..., Bd. 4, hrsgg. von Erdmannsdörffer, Berlin 1867, S. 537, 558.
- ¹² Josef Krusche: Die Entstehung und Entwicklung der ständigen diplomatischen Vertretung Brandenburg-Preußens am Zarenhofe bis zum Eintritt Rußlands in die Reihe der europäischen Großmächte. Breslau 1932, S. 56 f.
- ¹³ C. G. Picaret: La diplomatie française au temps de Louis XIV. 1661—1715. S. 131 f.
- ¹⁴ Krusche, a.a.O., S. 53 f.
- ¹⁵ Vgl. H. Saring: Tatarische Gesandtschaften an Kurfürst Friedrich Wilhelm während des ersten Nordischen Krieges. In: FBPG 46, 1934, S. 374 ff.
- ¹⁶ Protokolle und Relationen ..., Bd. 6, S. 234 f.
- ¹⁷ Vgl. Hirsch, (bearb. v. Saring): Lorenz Christoph von Somnitz, ein Staatsmann des Großen Kurfürsten. In: Baltische Studien NF 35, 1933.
- ¹⁸ Der Kurfürst an Spanheim am 9. 4. 1681 (GStA Rep. 9 Z lit. B fasc. 25).
- ¹⁹ Für das folgende GStA Rep. 9 Z lit. FA fasc. 4.
- ²⁰ Aufstellung Schlezers über die von ihm geforderten 3404 Rtlr. „wegen der Post und Verrückung der kgl. Hoffstadt angewandt“:

	Rtlr.	Sgr.
<i>Zur Reparation des Wagens</i>	26	—
<i>Vor 2 Pferde</i>	50	—
<i>Neu Geschirr vor 2 Pferde</i>	26	—
<i>Vor ein Boot, meine Sachen nach Hamiltonlund zu bringen</i>	9	—
<i>Vor einen Sattel sambt dazugehörigem Zeug vor mich</i>	10	—
<i>Vor 2 Diener Sättel sambt dazugehörigem Zeuge</i>	16	—
<i>Vor allerhand medicamenta vor die Post</i>	20	—
<i>Vor 17 Fuder Heu, das Fuder zu 1¹/₄ Rtlr.</i>	21	6
<i>Vor 8 Tonnen Hafer, die Tonne zu 1 Rtlr.</i>	8	—
<i>Vor einen Brief in dem 8. Monat von Upsal abzuholen und diejenigen, so nach Hamburg geschickt worden, hin zu bringen, da der Diener mehrenteils eine Nacht darinnen blieben, und die Brief, welche von Stockholm nach Upsal kommen, und von dannen wieder nach Stockholm gangen, zahlen müssen, ungefähr angerechnet, wie wohl es mehr sein wird</i>	16	—
<i>Zu Upsal im Januar 1654 mit 2 Diener verzehret</i>	16	—
<i>Heu und Hafer</i>	5	18

Meinen Diener 6 Mal nach Stockholm geschicket, Geld abzuholen zur Zehrungskost mitgegeben 2 Taler, tut	12	—
Im April abermal zu Upsal verzehret mit 2 Diener	12	—
Von dannen nach Stockholm, um einiges Geld aufzubringen und im Wirthshaus daselbst mit 2 Dienern und auf der Rückreise nach Hamiltonlund verzehret	15	—
Vor ein Boot von Hamiltonlund nach Stockholm meine Sachen zurückbringen	9	—
In vier Wochen, so ich vom 15. Mai bis 12. Juni zu Upsal gewesen mit 2 Dienern	41	—
	313	24
Zur Herausreise habe ich angewandt	200	—
Ferner gebühret mir die Bestallung von zweien vollen Kammerjahren	2 400	—
	2 913	24
An Kostgeld ist allhier zu zahlen, diefern ich bald abgefertigt werden möchte	144	—
Zur Zurückreise	250	—
Dem Vizegeneralpostmeister Herrn Beyern ist annoch an Briefgeldern zu zahlen	97	—
	Summa Summarum	3 404 24
	Adolf Friedrich Schlezer	

²¹ GStA Rep. 9 Z lit. M fasc. 4.

²² Vgl. Saring: Schiffahrtspolitik des Großen Kurfürsten. In: Brandenburgische Jahrbücher 11, 1938.

²³ Urkunden und Aktenstücke . . . , Bd. 9, hrsgg. von Theodor Hirsch, Berlin 1879, S. 588.

²⁴ GStA Rep. 9 Z lit. B fasc. 25.

²⁵ Protokolle und Relationen . . . , Bd. 6, S. 259.

²⁶ GStA Rep. 9 Z lit. A fasc. 8.

²⁷ GStA Rep. 9 Z lit. A fasc. 11.

²⁸ Für das folgende s. GStA Rep. 9 Z lit. A fasc. 12.

²⁹ „Bey Durchsehung des Residenten am Kais. Hofe H. Schmettau eingesandten Rechnung von Crucis 1683 bis Neujahr anno 1684 finden sich

30 Rtlr. 27 Gr. Briefport, welche denselben vermög Bestallung passiren können,

16 Rtlr. 10 Gr. zur Erhaltung der Correspondence und vor einige Extracte protocolle passiren gleichfalls nach der Bestallung,

16 Rtlr. 20 Gr. Reisekosten nach Wels item

144 Rtlr. an 108 tägigen Diäten daselbst à 2 fl. täglich, diese post passiren auch vermög Decreti sub dato Potsdam den 1. August 1683

158 Rtlr. vor Logement Gelder zu Wels als täglich 1 Rtlr.

30 Rtlr. zu behuf der Neuen Jahrs Geschenke an die kayserl. Bedienten, über diese zwey Posten seint keine Verordnung, dahero solche auf gnädigste Resolution ankommen . . .“

³⁰ GStA Rep. 7 nr. 154.

³¹ GStA Rep. 6 nr. 49.

³² GStA Rep. 40 nr. 9 b 2.

*

Das um 1934 fertiggestellte Manuskript dieses Aufsatzes befindet sich im Geheimen Staatsarchiv, Berlin-Dahlem, Rep. 92 Dr. Saring Nr. 1. Der Verfasser konnte sich bei der Anfertigung desselben noch des gesamten Aktenmaterials bedienen, das seinerzeit im GStA verwahrt wurde. Infolge der kriegsbedingten Verlagerungsaktion befinden sich die vorstehend zitierten Archivalien heute im Deutschen Zentralarchiv in Merseburg. Für die Diplomaten Bornthoin, Copes und Fromhold sind jetzt auch die Artikel des Vf. in der Neuen Deutschen Biographie II 473 f., III 355 und V 656 heranzuziehen.

Darstellungen märkischer Soldaten aus einem unkriegerischen Zeitalter

Die Stadt Cottbus in der brandenburgischen Niederlausitz, am Rande des Spreewaldes gelegen, besaß bis 1945 ein reich ausgestattetes Museum, das zuletzt (1937 bis 1945) in dem schönen, zu Beginn des 18. Jahrhunderts erbauten Hause der ehemaligen Lateinschule am Oberkirchplatz untergebracht war. Es war im Jahre 1937 nach modernen Grundsätzen durch den damaligen märkischen Museums-pfleger, Landesrat Prof. Dr. K a r p a, nachmaligen Landeskonservator von Niedersachsen († 1963), und Direktor M i r o w, Müncheberg (Mark), neu geordnet worden.

Als der letzte Museumsleiter (Gustav Hermann) im Spätsommer 1945 aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrte, fand er seine frühere Wirkungsstätte als einen Schutthaufen wieder, den ein paar Mauerreste umrahmten. Nur verschwindend wenig von den einstigen, überaus reichen Sammlungen konnte aus den Trümmern geborgen werden.

In der Spreewaldabteilung des Museums, die mit ihren prächtigen Trachten, mit Hausrat und vielerlei Geräten einen nahezu umfassenden Eindruck vom wendischen Volkstum der Gegend um Cottbus vermittelte, gab es auch einige bunte Soldatenbilder aus der Zeit zwischen 1820 und 1850, ganz einfache, z. T. kindlich gemalte Schildereien, einige mit Blumen und gemütvollen Sprüchen verziert, wie sie uns in biedermeierlichen Freundschaftsalben begegnen. Sie gehörten noch zur wirklichen Volkskunst und dürfen nicht mit den Buntdrucken einer späteren Zeit verwechselt werden, auf deren zwei oder drei Soldatenfiguren ausgeschnittene Fotogesichter geklebt waren. Diese unschönen Machwerke, „Reservistenbilder“ genannt, sah man (und sieht man vereinzelt noch heute) in den „guten Stuben“ ehemaliger Soldaten, die in den Jahrzehnten zwischen 1860 und 1914 gedient hatten. Anfangs als Lithographien (Steindrucke), später als bunte Öldrucke hergestellt, bilden sie die Verfallsstufe jener eingangs erwähnten, liebevoll gemalten Bilder aus der Zeit zwischen 1820 und 1850. Aus dem Jahrzehnt danach (1850 bis 1860) sind nur noch ganz wenige Stücke bekannt geworden, die mit Feder und Pinsel geschaffen wurden. Die Blütezeit scheint bald nach der Jahrhundertmitte vorbei gewesen zu sein. Der Buntdruck — zunächst noch als handkolorierter Steindruck — erobert von nun an das Feld. Seine Anfänge (60er Jahre) sind noch vergleichsweise erträglich; was dann einsetzt, wird, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt sich steigernd, ein unerträglicher Pracht- und Phrasenkitsch, der vor dem Ersten Weltkrieg den Höhepunkt erreicht.

So stehen unsere alten gemalten Soldatenbilder beispielhaft für einen allgemeinen kulturgeschichtlichen Vorgang, der im 19. Jahrhundert in dem Maße sichtbar wird, in dem die Industrie das Handwerk zurückdrängt: Die Massenware tritt an die Stelle des sorgsam und liebevoll geschaffenen Einzelstückes.

Auf vielen Wegen in die Dörfer des Cottbuser Kreises und des Spreewaldes, durch Umfragen in Zeitungen und aus Gesprächen mit anderen Niederlausitzer Museumsleuten wurden nach und nach mehrere solcher Bilder bekannt. Einige konnten für das Cottbuser Museum erworben werden, so daß dessen Bestand

zuletzt 13 Stücke betrug. Es galt nun, über die Grenzen der Niederlausitz hinauszugehen und in ganz Brandenburg, später in anderen preußischen Provinzen, ebenfalls nachzuforschen. Die meisten Museumsleiter und -direktoren, bei denen angefragt wurde, antworteten; einige schickten auch die erbetenen Fotos. Nachdem die dem Cottbuser Museum gehörenden und eine Reihe in Privatbesitz befindlichen Bilder — meist aus Dörfern des Kreises Cottbus — fotografisch aufgenommen worden waren und die von fremden Museen geschickten Fotos die Zahl noch vergrößert hatten, war eine Sammlung von 52 Foto-Wiedergaben vorhanden, nach denen auch eine Diapositivreihe hergestellt werden konnte. Zu der stattlichen Zahl hatten 13 märkische Museen beigetragen: Beeskow, Forst (Lausitz), Freienwalde, Fürstenwalde, Guben, Havelberg, Heiligengrabe, Lübben, Lübbenau, Müncheberg, Potsdam, Rathenow, Schwedt, ferner drei pommersche: Greifswald, Pyritz, Treptow (Rega), ein schlesisches: Liegnitz, dazu das Märkische Museum in Berlin. Aus Ostpreußen, der vormaligen Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, der Provinz Sachsen sowie aus den neupreußischen Provinzen Rheinland, Westfalen, Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau waren meist „Fehlmeldungen“ gekommen und fast keine Fotos. Das mag z. T. historisch-politische Gründe haben, auf die hier nicht eingegangen zu werden braucht. Es darf also angenommen werden, daß die bunten Bilder, um die es hier geht, in der Mark Brandenburg ganz besonders verbreitet waren.

Im Jahre 1945 sind die noch vorhandenen Originale — ganz gleich, ob in Museums- oder Privatbesitz — wohl zumeist verlorengegangen, teilweise bewußt vernichtet worden, wofür der Verfasser Beweise hat. Mit Sicherheit zerstört sind die Museen in Cottbus, Forst, Guben, Lübben, Schwedt. Nun: Geschehenes läßt sich nicht ungeschehen machen. So sind auf mancherlei Weise liebenswerte Zeugnisse eines Sondergebietes märkischer Volkskunst umgekommen. Zum Glück hatte der Museumsleiter seinerzeit auch für sich selbst Fotoabzüge gemacht. Er konnte sie über die Zeiten der Gefahr hinweg retten. Leider lassen die Schwarz-Weiß-Wiedergaben ein wesentliches Moment der Volkskunst, die leuchtende Farbigkeit, nur ahnen.

Mit Krieg haben unsere bunten Blätter wenig, mit Kriegslüsterheit gar nichts zu tun, was im folgenden zu zeigen versucht wird. Die nach 1914 Geborenen wissen nicht und können nicht wissen, daß die überwiegende Mehrzahl gesunder junger Männer im 19. Jahrhundert den Dienst ganz anders betrachtete, als das heute geschieht.

Die alte preußische Armee, die 1806 bei Jena und Auerstedt unterlag, war in ihrem Gefüge und nach ihrer Ergänzung im wesentlichen noch die Friedrichs des Großen. Etwa zur Hälfte bestand sie aus sogenannten „Kantonisten“, d. h. Landeskindern, die den ärmeren, vorwiegend ländlichen Bevölkerungskreisen angehörten, zum anderen Teil aus nichtpreußischen „Geworbenen“, richtiger gesagt: „Gepreßten“. Unter diesen „Ausländern“ (schon jeder deutsche Kleinstaat war Ausland) gab es nicht wenige üble Burschen, die ihrer heimatlichen Polizei entwischt waren, daneben viel leichtsinniges Abenteuerervolk, aber auch ehrenhafte, unbescholtene junge Männer, die von den Werbern mit List oder Gewalt in die Armee geholt worden waren. Die Soldaten jener Zeit — und nicht nur die preußischen¹ — waren bejammernswerte Geschöpfe, rund heraus gesagt: rechtlose, aber prächtig uniformierte Sklaven, die eine grausam harte Disziplin in Zucht und Ordnung hielt. Der ehrsame Bürger, welcher — ganz gleich, ob

Handwerker, Kaufmann, Studierter — im damaligen Preußen nicht dienstpflichtig war, mied den Soldaten. Im Wirtshaus setzte er sich nicht mit ihm an einen Tisch. Gustav Parthey (Berliner Archäologe, 1798–1872) erzählt in seinen Lebenserinnerungen, daß das Jahnsche Turnen in der Hasenheide am Rande des damaligen Berlin viele Bürger gar nicht begeistert habe. Jahn wollte die männliche Jugend für den kommenden Kampf gegen Napoleon wehrhaft machen, die Leute aber meinten, „es werde doch wohl niemand einfallen, die Kinder anständiger und gebildeter Menschen unter die Soldaten stecken zu wollen“. Diese Verachtung des Soldatenstandes drückte sich noch in den Befreiungskriegen darin aus, daß sich die Freiwilligen, und zwar die des Lützowschen sowohl wie die des Hellwigschen Freikorps, aber auch die in den Detachements der Infanterie- und der Kavallerieregimenter, „Jäger“ nannten, vereinzelt auch „Eliten“, so z. B. in den sogenannten National-Kavallerieregimentern. Um keinen Preis wollten sie Soldaten heißen. Ernst Moritz Arndt nennt eine seiner patriotischen Schriften „Katechismus für den deutschen Kriegs- und Wehrmann“. Auch er vermeidet die Bezeichnung „Soldat“.

Das preußische Wehrsystem wurde nach 1807 von Grund auf geändert. Fortan gab es keine Werbung von Ausländern mehr; das schon erwähnte Kantonswesen verschwand und machte der Scharnhorstschen allgemeinen Wehrpflicht Platz, die alle gesunden Preußen, die Angehörigen der „gebildeten Stände“ wenigstens für ein Jahr, Soldat zu werden zwang. Selbst Heinrich Heine, dem ja wohl kaum jemand eine große Liebe zum Staat des schwarzen Adlers nachsagen kann, hat das in seinen „Briefen aus Berlin“ (1822) als „heilsame“ Einrichtung gewürdigt. Eine wirklich allgemeine Wehrpflicht, d. h. ein System, das ausnahmslos alle, ohne Unterschied der Geburt und des Geldbeutels, dienen ließ, hat von allen deutschen Staaten zur Zeit des Deutschen Bundes (1815–1866) nur Preußen gehabt. (Auch darauf weist Heinrich Heine ausdrücklich hin.) In den meisten deutschen Ländern bestand das Stellvertreter- oder Einsteherssystem. Ein durch das Los zum Dienst bestimmter junger Mann, der von Haus aus über genug Geld verfügte, durfte sich jemand kaufen (es bestanden feste Taxen), der für ihn den bunten Rock anzog. Da gab es nicht selten Männer, die nach ihrer eigenen Dienstzeit ein zweites oder gar noch ein drittes Mal Soldat wurden, um für einen militärunlustigen aber bemittelten Jüngling in die Bresche zu springen. (Davon berichtete der ehemalige General, spätere Reichsminister Wilhelm Gröner, ein geborener Württemberger, in seinen Lebenserinnerungen. Sein Vater, ein Mann mit guter Schulbildung, diente zunächst als Ausgeloster, danach als Stellvertreter. Er brachte es infolge seines Bildungsstandes zum Verwaltungsoffizier.) Mancher dieser stellvertretend dienenden Soldaten soll, sofern er ein ordentlicher Mensch war, mit Hilfe der Einstehersumme nach seiner Entlassung zur eigenen Werkstatt oder zu bescheidenem Grundbesitz gekommen sein. Das Sich-verkaufen hatte sich gelohnt. Preußen, wie schon gesagt, kannte diesen Dienstzeithandel nicht.

Für unsere Betrachtung ist eines wichtig: die Bewertung des Soldatenstandes durch das Volk nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Preußen. Ganz allmählich, aber stetig wuchs das Ansehen des preußischen Soldaten nach 1815. Dazu hatte neben anderem die Erfüllung der Gneisenauschen Forderung nach „Freiheit der Rücken“, d. h. nach Abschaffung der Prügelstrafe, beigetragen. Der Geist des neuen Volksheeres war in großem Maße bestimmt durch die Denk-

weise gebildeter, humaner Offiziere: Scharnhorsts, Gneisenaus, Clausewitz', Boyens, Grolmans.

Die allgemeine Wehrpflicht trat recht eigentlich erst nach 1815 in Kraft. Von da bis zum Deutschen Kriege 1866 hat die preußische Armee in ihrer Gesamtheit nicht im Felde gestanden. Was an den beiden kurzen Feldzügen in Schleswig-Holstein (1848/49, 1864) teilnahm, war nur ein sehr kleiner Bruchteil des preußischen Heeres. Als Preußen seine Unionspläne betrieb (die es 1850 begraben mußte), wurde zwar mobilisiert, aber zum Kriege kam es nicht. Zwischen 1815 und 1866 herrschte also ein im wesentlichen kaum gestörter Friede. Aus diesen Jahrzehnten aber stammen unsere Bilder. Man lebte damals noch ganz in der Erinnerung an Leipzig und Belle-Alliance/Waterloo. Niemand hatte den Krieg gegen Napoleon I. als Fürsten- oder Kabinetts- oder gar Eroberungskrieg empfunden, vielmehr sahen alle mit wenigen Ausnahmen in ihm einen Volks- und Befreiungskrieg im ursprünglichen Wortsinn. Selbst die historisch-materialistische Betrachtungsweise des sozialistischen Historikers Franz Mehring rechnet ihn zu den „gerechten Kriegen“. In der Armee dienten nach 1815 viele Offiziere, die die Schlachten gegen Napoleon mitgeschlagen hatten, von den altgedienten, ergrauten Unteroffizieren gilt dasselbe. Eine Anzahl von Offizieren hatte ihren militärischen Weg als freiwillige Jäger begonnen. Durch sie kam für lange Zeit ein demokratischer Zug in die Armee. Heinrich Heine, der „kein sonderlicher Freund vom Militärwesen“ war, wie er schreibt, kann nicht umhin, in seinen „Briefen aus Berlin“ (1822) den vielverlästerten, gemeinhin und generalisierend als dumm-stolz und arrogant verschrieenen Gardeoffizieren Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Er schreibt: *„... es ist mir immer ein freundlicher Anblick, wenn ich im Lustgarten die preußischen Offiziere zusammen stehen sehe. Schöne, kräftige rüstige, lebenslustige Menschen. Zwar hier und da sieht man ein dummstolzes, aufgeblasenes Aristokratengesicht aus der Menge hervorglotzen. Doch findet man beim größeren Teil der hiesigen Offiziere, besonders bei den jüngeren, eine Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit, die man um so mehr bewundern muß, da, wie gesagt, der Militärstand der angesehenste in Berlin ist.“*

Daß Offiziere und Unteroffiziere jener Zeit, im großen und ganzen gesehen, keine Unmenschen gewesen sein können, geht auch aus den Soldatengeschichten Friedrich Hackländer's (1816/77) hervor, die literarisch bescheiden sein mögen, kulturgeschichtlich aber aufschlußreich sind. Auch der Demokrat und „Demagoge“ Fritz Reuter weiß in seiner „Festungstid“ viel Gutes von menschlichen alten Haudegen zu erzählen. Wie wohlwollend Offiziere und selbst gestrenge Feldwebel sein konnten, berichtet Theodor Fontane in seinem Erinnerungsbuch „Von Zwanzig bis Dreißig“. Er diente zu Anfang der vierziger Jahr des 19. Jahrhunderts als „Einjähriger“ (damals noch „Freiwilliger“ genannt) beim Berliner Kaiser- Franz-Garderegiment. Während seines Dienstjahres (!) lud ihn ein Freund zu einer Reise nach — England ein. Der Feldwebel befürwortete das Urlaubsgesuch, der Hauptmann gab es empfehlend weiter, und der Major erteilte den erbetenen Urlaub. Theodor Fontane war neben vielen anderen Berühmtheiten (Menzel, Kugler, Heyse, Geibel, Storm, Heinrich Seidel, Graf Strachwitz, Hosemann u. a. m.) Mitglied des Berliner literarischen Vereins „Tunnel über der Spree“. Ihm gehörten zehn aktive Offiziere, meist der Berliner Garderegimenter, an; sieben von ihnen waren adlig. In diesem biedermeierlichen Zeitabschnitt des vormaligen preußischen Heeres dienten außer Theodor

Fontane noch einige weitere, später berühmt gewordene Männer als „Freiwillige“ bei der Berlin-Potsdamer Garde, so Otto von Bismarck (Gardejäger), Friedrich Engels, der nachmalige Freund und Mitarbeiter von Karl Marx (Garde-Artillerist), Carl Blechen, der berühmte Maler (Gardepionier). Fast alle Freiwilligen brachten, da sie aus Bevölkerungskreisen stammten, die vor der Scharnhorstschen Heeresreform nicht dienstverpflichtet gewesen waren, einen vor 1808 unbekannten Ton von Bildung und Gesittung in die Mannschaft.

Nun aber zu den einfachen Soldaten, den sogenannten „Gemeinen“, die in den auf die Befreiungskriege folgenden Jahrzehnten in der preußischen Armee dienten. Der überwiegende Bevölkerungsanteil der preußischen Monarchie wohnte damals noch auf dem Lande und in kleineren Städten. Dieser Umstand ist nicht nebensächlich, soweit es sich um die innere Bereitwilligkeit zum Militärdienst handelt. Es ist nicht wegzuleugnen, daß gerade die jungen Männer vom Dorf und aus der Kleinstadt gern Soldat wurden und daß man diejenigen, die bei der militärischen Musterung für untauglich befunden wurden, ein wenig über die Achsel ansah. Wohl entstanden mit der sich entwickelnden Industrie die Großstädte, entstand allmählich die Fabrikarbeiterschaft, aber daß die Arbeiter jener mechanisierten Großbetriebe der Frühzeit sich durchweg oder auch nur zum überwiegenden Teil ausgesprochen militärfeindlich gezeigt hätten, wird schwer zu beweisen sein.

Damals standen all die bunten Berlin-Potsdamer und märkischen Regimenter in ihrer Jugendblüte, deren Namen über ein Jahrhundert lang den Menschen in der Provinz Brandenburg vertraut waren. Selten nannten die Leute sie mit ihren offiziellen Namen; sie gebrauchten vielmehr abkürzende, manchmal scherzhafte Benennungen, und oft nahmen sie die Garnisonstadt in den Namen auf. So hieß es etwa: der „Erste Hieb“ (Erstes Garderegiment zu Fuß), die „Alexander“ oder die „Franzer“ (Kaiser-Alexander-Gardegrenadier-Regiment Nr. 1 und Kaiser-Franz-Gardegrenadier-Regiment Nr. 2), die „Maikäfer“ (Gardefüsilier-Regiment), die „Neffschandeller“ (= Neuf-Châtelers = Gardeschützen-Bataillon), weil in dieser Truppe immer eine größere Zahl von Soldaten diente, die aus dem damals noch zu Preußen gehörenden Neuf-Châtel (Neuenburg) in der Schweiz stammten. Nennen wir ferner die „Schwedter Dragoner“, die „Fürstenwalder Ulanen“, die Frankfurter „Zwölfer“, die Neuruppiner „Vierundzwanziger“, die „Lübbener Jäger“. Einige werden uns auf unsern Bildern begegnen.

Da leben um 1830 in Berlin, in Potsdam und in den damals noch sehr kleinstädtischen Garnisonorten die Bauernburschen und Handwerksgesellen aus der Prignitz, der Uckermark, der Neumark, dem Barnim, dem Teltow, der Niederlausitz, dem Fläming, dem Havelland. Zum Teil wohnen sie schon in Kasernen, hier und da noch, wie vordem, in Bürgerquartieren. Morgens weckt die Trommel, Horn oder Trompete statt des gewohnten Hahnenschreis. Der Dienst ist straff und streng, die Behandlung nicht grausam. Gerade in jenen Jahren, in denen noch viel vom Geist der Scharnhorst-Gneisenauschen Reformen lebendig ist, kann im wesentlichen von Rekrutenquälereien nicht gesprochen werden, und es ist die Frage, ob sie in der Armee Preußens häufiger sind als in denen anderer Staaten. Viele Hauptleute und Feldwebel, als die wichtigsten Respektspersonen der jungen Rekruten, sind Veteranen von 1813/15, Teilnehmer der Befreiungskriege, aus denen sie mehr eine schnauzbärtig-gemütvolle Derbheit mitgebracht haben als die in weit späteren Jahrzehnten sich hervorwagende,

aber auch dann noch nicht die Regel bildende Lust zum Schikanieren. Auch damals hält man auf „Propertät“ und auf Strammheit, aber die übertriebene sogenannte „Zackigkeit“ einer Zeit, die nicht mehr vom „Militär“ oder „den Soldaten“, sondern vom „Barras“ sprechen wird, liegt noch in ferner Zukunft.

Die Zusammensetzung der Brigaden aus je einem Linien- und einem Landwehrregiment (das dauerte bis 1860) tut das Ihre, der ganzen Armee einen demokratischen Anstrich zu geben. Diese Organisation ist den Kreisen, die einst Stein, Scharnhorst und ihre Mitarbeiter als „Jakobiner“ verlästerten, ein Dorn im Auge. Besonders die Landwehr in ihrer damaligen Verfassung erscheint ihnen als das permanent bewaffnete, unberechenbare Volk. Aber was weiß die Mehrzahl der jungen Soldaten von diesen Dingen! Soldat-sein ist ihnen eine unreflektierte Selbstverständlichkeit, und die Daseinsberechtigung des Königs von Preußen anzweifeln zu wollen, kommt ihnen nicht in den Sinn, ja: würde ihnen eine Vermessenheit, ein Rütteln an einer von Gott gesetzten Ordnung bedeuten. Dieser König ist noch immer Friedrich Wilhelm III., den manche den „gekrönten Trottel“ nennen, dessen hausbacken-nüchterner Verstand ihn aber meist sehr gesunde Urteile finden läßt, wie hinlänglich bezeugt ist. Pomp und Prunk sind ihm ganz unerträglich, und von Schmeichelreden hält er gar nichts. So kann er das Wort sprechen: *„Die miserable Schmeichelei, hündischer Speichellecker, die in Friedrich II. nur Vollkommenes und keine Schwächen sehen, ist mir in der Seele zuwider ...!“* Dieser König mit seiner „schönen, edlen, ehrfurchtgebietenden Gestalt,“ wie Heinrich Heine schreibt, war im Volke nicht so unbeliebt, wie man nach der politischen Reaktion, die den Befreiungskriegen folgte, meinen könnte. Und so tragen denn die jungen Soldaten auch „des Königs Rock“, wie es noch immer heißt, mit Stolz, nicht mehr bedrückten Wesens, weil der Stand, dem sie für einige Jahre angehören, nicht mehr verachtet ist.

Daß der Wehrdienst heutzutage vielen jungen Männern nicht rosig und verlockend erscheint, weil er den Verzicht auf viele gewohnte Bequemlichkeiten verlangt, ist kein Wunder. Ganz anders war das um 1830, in der Zeit, aus der unsere Bilder stammen. Der junge Handwerker kannte ebensowenig einen Acht-stundentag wie der Lohnarbeiter in der rasch wachsenden Industrie, und wenn ihre tägliche Arbeitszeit weniger als zwölf Stunden ausmachte, dann konnten sie von Glück sagen. Der Verkäufer oder, wie man damals sagte, der Commis, der Handlungs-(Laden-)Diener, stand vom frühen Morgen bis zum späten Abend hinterm Ladentisch, auch am Sonnabend. Selbst am Sonntag war die „Handlung“ bis in den Nachmittag hinein geöffnet. Alle diese Menschen werkten Tag für Tag, jahraus, jahrein, und nie im Leben gab es für sie einen Tag wirklichen Urlaubs; es sei denn, sie wurden krank oder arbeitslos. Dann brauchten sie zwar nicht zu schaffen, aber der ohnehin schon geringe Verdienst fiel nun auch weg. Denn die Tage der Kranken- oder gar der Arbeitslosenversicherung waren noch nicht gekommen. Wie in der Stadt war es auch auf dem Dorfe. Die ganz auf ihre Hände angewiesenen Landleute standen von Sonnenaufgang bis zur hereinbrechenden Dunkelheit in schwerer körperlicher Arbeit. Nicht nur für die Instleute der großen Güter galt das. Den selbständigen kleineren und mittleren Bauern ging es nicht anders. Infolgedessen erschienen all diesen Menschen die Jahre des Soldatendienstes ganz und gar nicht als etwas Hartes. Im Gegenteil: das geregelte Soldatenleben gab ihnen mehr Freiheit, als sie in ihrem bürgerlichen Leben jemals kennengelernt hatten. Der junge Soldat wurde einfach, aber

kräftig und ausreichend beköstigt. Seine Löhnung zählte zwar nur nach Pfennigen, reichte aber für die Pfeife Tabak und das sonntägliche Glas Bier, wohl gar noch für einen Nordhäuser oder Cottbuser Korn. Er trug eine saubere Dienstuniform und einen guten Ausgehrock, der ihn als Angehörigen eines nun geachteten Standes kennzeichnete. Die Zeiten waren vorbei, in denen der ehrbare Bürger am Wirtshaustisch vom Soldaten abrückte. Jetzt geschah es nicht selten, daß der Mann im Bürgerrock für den jüngeren Kameraden — denn das war er für ihn, weil er selbst „dabeigewesen“ war — „einen ausgab“. Viele junge Soldaten lernten andere Gegenden und Menschen, nicht wenige die Residenz kennen. Das war besonders für die Bauernjungen, die ja nicht, wie noch immer die Handwerksgesellen, „auf die Walze“ gingen, eine Bereicherung ihrer Weltkenntnis, auf die sie hätten verzichten müssen, wenn sie nicht Soldat gewesen wären.

Dies muß bedacht werden, wenn man verstehen will, daß die jungen Männer jener Zeit trotz der Bangigkeit, mit der sie die Garnisonstadt zum erstenmal betreten hatten, nach ihrer Militärzeit meist stolz betonten, daß sie den bunten Rock getragen hatten. Das ist weder eine nachträgliche Schönfärberei noch eine „militaristisch-reaktionäre“ Zweckbehauptung. Das Wort von der Armee als der „Hohen Schule der Nation“ war noch nicht gebräuchlich, aber das Heer stand doch bei einem beträchtlichen Teil des preußischen Volkes in gutem Ansehen. Und weil der Soldat nicht mehr, wie vor 1806, verächtlich angesehen wurde und noch nicht in der Weise bedauernd, wie es heutige Radikal-Pazifisten tun, war es selbstverständlich, daß der „Ehemalige“ dem von ungeschulter Hand gemalten, farbenfreudigen Bild, das ihn an seine Dienstzeit erinnerte, unter Glas und Rahmen einen Ehrenplatz in seiner Stube gab.

Wem unsere Bilder und die Welt, der sie entstammen, fremd sind, der wird sie als einfältige Bauernmalereien, als kindlich-naive Kunstgreuel abtun. Er wird vor allem nicht begreifen, wie Männer, die als „Kommißsklaven“ zu „Gamaschendienst“ und „geistlosem Drill“ in die Kaserne gesteckt wurden, solche Andenken nach ihrer Dienstzeit überhaupt in ihre Wohnung hängen konnten. Noch dazu mit Stolz! Eigentlich hätten sie doch nichts als Abscheu vor König, Armee und Uniform empfinden müssen. Hier eben stimmt etwas nicht. Mit dem Maßstab der Gegenwart lassen sich Erscheinungen der Vergangenheit nun einmal nicht messen. Die allermeisten Soldaten in den Jahren zwischen 1820 und 1850 haben ihre Dienstzeit nicht als Sklaverei empfunden. Das Soldat-sein war natürlich kein „Zuckerlecken“, wie der Volksmund es nennt, wurde aber als eine kaum angezweifelte Notwendigkeit hingenommen und mit Redlichkeit erfüllt. Darum waren die bunten Bilder, deren mäßiger künstlerischer Rang ihn nicht bekümmerte, dem alternden Mann eine liebe Erinnerung an ein paar Jugendjahre, deren er sich gern entsann, weil sie eine bunte Abwechslung in seinen meist recht harten Alltag gebracht hatten. Das war in Brandenburg genauso, wie es der Dichter Wilhelm Schüfer (1868—1952), ein geborener Hesse, von seinem Vater erzählt: *„Nächst Ober-Conroda war meinem Vater Kassel und Wilhelmsböhe der liebste Ort in der Welt, wo er im Leibregiment seines Kurfürsten gedient und nach der Altersmeinung des gedienten Mannes die schönsten Jahre seines Lebens zugebracht hatte.“*

Sehr wenig ist in Büchern, die sich mit Volkskunde und Volkskunst befassen, über diese gemalten Soldatenbilder aus alter Zeit zu finden. Konrad H a h m, s. Zt. Direktor des Berliner „Museums für Deutsche Volkskunde“, ließ 1928 bei

der Deutschen Buchgemeinschaft seine „Deutsche Volkskunst“ erscheinen. Darin findet sich das Bild, welches in diesem Beitrag als Abbildung 1 gebracht wird. Ein zweites Mal begegnen wir ihm als Umschlagbild auf Karlingers Buch „Deutsche Volkskunst“, erschienen im Deutschen Verlag, Berlin, um 1935. Daß gerade diese Darstellung beiden Verfassern, namhaften Volkskundlern, wert erschien, wiedergegeben zu werden, beweist wohl, welchen Eindruck sie ihnen gemacht haben muß. Im Wörterbuch der „Deutschen Volkskunde“, von Erich und Beitel bearbeitet und 1936 (2. Auflage 1955) in der Reihe der Krönerschen Taschenbücher erschienen, werden die bunten Blätter zwar unter dem Namen „Reservistenbilder“ erwähnt, aber nur kurz behandelt. Dies Schlagwort ist irreführend, wenigstens für den Zeitraum zwischen 1820 und 1850, um den es hier geht. Nach 1860 und bis 1913 (dem letzten vollen Friedensjahr der ehemaligen preußischen Armee), als, nach einer Übergangszeit der Mischtechnik, aus den gemalten Bildern, wie schon gesagt, zunächst Stein-, später Oldrucke — beide mit aufgeklebten Fotogesichtern — geworden waren, sind sie wirklich von Soldaten erworben worden, die ihre Dienstzeit beendet hatten. Da durfte man sie mit Recht „Reservistenbilder“ nennen. Vorher war das anders. Die jungen Männer in der Kaserne, deren Heimat oft weit von der Garnisonstadt entfernt war, konnten in der Postkutschenzeit das Geld für eine Urlaubsreise zu den Eltern meist nicht aufbringen, abgesehen von den wenigen Wohlhabenderen unter ihnen. Fast alle aber hatten den verständlichen Wunsch, sich den Eltern und Geschwistern, den Anverwandten oder der Braut in der Uniform zu präsentieren. Die Fotografie war noch nicht erfunden, und ihre Vorläuferin, die metallene Daguerreotypie, konnten sich wegen ihres hohen Preises nur wenige leisten. Und welcher einfache Soldat hatte schon das Geld, sich von einem Künstler malen zu lassen! Da fanden sich Männer, die zu erschwinglichem Preis ein Bildnis schufen. Sie arbeiteten vor allem in Berlin und Potsdam, den Garnisonen der preußischen Garde. Ihre Technik war die der Briefmaler des 18. und des frühen 19. Jahrhunderts, denen wir die schönen Handwerker- und Kaufmannslehrbriefe verdanken, auf denen Blumen- und Früchtegebilde sowie allegorische Figuren ebenso naiv wie dekorativ die schnörkelreich geschriebenen Texte umrahmen. Als Briefe, also schon während der Dienstzeit, nicht erst nachher, wurden, abgesehen von ganz wenigen Ausnahmen, unsere Soldatenbilder in die Heimat geschickt. Darauf deuten sowohl die Worte wie die bei einigen noch erkennbaren Bruchfalten hin. Es ist die Ansicht geäußert worden, bei diesen unsern Bildern handle es sich um Selbstbildnisse. Das mag für wenige Stücke zutreffen, für den weitaus größeren Teil jedoch nicht. Mehrere Bilder sind signiert, worauf an späterer Stelle hingewiesen wird. Dann lassen sich Gruppen erkennen, die nach Anlage, zeichnerischen Eigenarten und Handschrift unzweideutig auf ein und denselben Ursprung hinweisen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit spricht das für gewerbsmäßige Hersteller.

Die schlichten Künstler zeichnen mit Bleistift oder Feder und legen die Blätter farbig an, sowohl mit Tempera- wie mit Aquarellfarben. Zuweilen geben sie einzelnen Uniformteilen dadurch eine besonders plastische Wirkung, daß sie sie von der Rückseite des Papiers her mit leichten Nadelstichen anhöhen. Die Kunstfertigkeit ist sehr unterschiedlich. Meist sind die Figuren steif und hölzern. Das gerade gibt ihnen den militärischen Pli und ein wenig von der Reputierlichkeit biedermeierlicher Standespersonen. Prachtvoll in Gestalt und Haltung sind die Pferde, die niemals stehen, schreiten oder traben, sondern galoppieren, ansprin-

*Grenadier der 5. Kompanie
des 1. Garderegiments zu Fuß.
Potsdam um 1830, anonym.
Feder, Aquarellfarben, Tempera
1937 im Oskar-Seyffert-Museum,
Dresden*



gen oder in der Levade stehen. Manch eines ist darunter, das denen Franz Krügers abgesehen scheint. Dann wieder solche, die mit Ramsnase, üppigem Rumpf und zierlichen Fesseln an barocke Vorbilder erinnern. Die Gesichter der Soldaten wird man nur selten als Porträts ansprechen können. Dennoch ergibt sich, wenn man die Bilder vergleicht, die auf denselben Hersteller hinweisen, daß wenigstens der Versuch gemacht wurde, zumindest Kopfform, Haar- und Gesichtsfarbe so individuell wie möglich zu treffen. Sehr genau und peinlich nach der Vorschrift ist die Wiedergabe der Uniform und der Ausrüstung; Tschako- oder Helmzier, Litzen und Abzeichen der Achselklappen, Kompanietroddeln und Eskadronsfaustriemen sind mit sorgfältiger Treue gestaltet. Gerade darauf wird der Abgebildete großen Wert gelegt haben. Kann er schon kein persönliches Porträt vorweisen, dann soll das Bild wenigstens, wenn man so sagen darf, ein Porträt der Gemeinschaft sein, der er jetzt angehört.

Immer tritt der Soldat sehr stattlich und mit betontem Stolz auf. Gern läßt er unter dem Rand des Kolletts (nach 1842 unter dem geöffnetem Waffenrock) eine Uhrkette — eine goldene, versteht sich! — hervorsehen. Häufig hält er in einer Hand ein paar weißer Handschuhe oder ein feines Taschentuch, in dessen herabhängendem Zipfel ein Monogramm deutlich sichtbar ist. Zierlich sind die Füße, modisch vorgekämmt liegt das Haar an den Schläfen. Es ist zwar gegen das militärische Reglement, sich im geöffnetem Waffenrock zu zeigen, aus dem eine geblünte oder karierte Weste hervorsieht; immerhin: auf unsern Bildern kommt auch das vor. Eine kostbare, troddelbehängene Tabakpfeife (auf den späten Bildern dieser Epoche hier und da schon eine nachlässig zwischen den Fingern gehaltene Zigarre) tut das ihre, dem jungen Mann einen beinahe vornehmen An-

strich zu geben. Solche herrenmäßigen Gesten sollen denen in der Heimat recht nachdrücklich vor Augen führen, wie sich ihr Soldat inzwischen herausgemacht hat, mit welcher ihm allmählich selbstverständlich gewordenen Sicherheit er jetzt auftritt. Ein wenig Angeberei, würde man heutzutage sagen. Niemals aber hat der Träger des bunten Rockes auf den Bildern jener Zeit ein Bierseidel in der Hand, das auf den sorgsam gestellten Reservisten-Gruppenfotos nach 1871 eine aufdringlich-geschmacklose Rolle zu spielen beginnt.

Die frühen Blätter zeigen in der Regel nur eine Figur im Parade- oder Ausgeh-anzug. Bald aber tauchen Bilder auf, die den Soldaten zwei- oder dreimal darstellen. Zwei-Figuren-Bilder scheinen besonders in der Haupt- und Residenzstadt Berlin beliebt gewesen zu sein. Die mit dreifacher Darstellung sind die Urbilder der späteren Lithographien und der darauffolgenden häßlichen Öldrucke mit den aufgeklebten Fotogesichtern. Sobald das Blatt mehrere Gestalten enthält, ist jede in einer anderen Bekleidungsart zu sehen, immer aber trägt eine den Paradeanzug. Reiter erscheinen ein- oder zweimal zu Fuß, einmal zu Pferd.

Auf zahlreichen Bildern sind die Figuren von Blumen umgeben, die aus dem Boden wachsen oder von medaillongeschmückten Säulen aus Vasen und Körben leuchten. Wir kennen sie, von Menschen des gleichen Lebenskreises gemalt, als Schmuckwerk bäuerlicher Truhen, Schränke, Spanschachteln und Steingutteller; sie begegnen uns in Poesie-(Freundschafts-)Alben des frühen 19. Jahrhunderts. Am häufigsten sind Rosen und Vergißmeinnicht, die eine stumme aber bedeut-



Ferdinand Rasch
4. Esk., Gardehusaren-
Regt., Potsdam 1837,
gem. v. Thomas Goßlob
Feder, Aquarellfarben,
Tempera
1937 im Städt. Museum
Potsdam

*Friedrich Eickhoff
Regt. der Gardes du Corps,
Potsdam 1825, anonym
Feder und Tempera
Besitzer unbekannt*



*„Ja, Ich gleich nicht Verächtlich hier: So hielt Ich doch mein Bildniß für Ansehn.“
Friedrich Eickhoff: Königl. Preussischer Garde du Corps zu Potsdam. 2.*

same Sprache reden, denn die Malerei ist ja den Angehörigen oder der Liebsten gewidmet. Auch Tulpen, Nelken, Stockrosen (Malven), prächtige „Kaiserkronen“ sind als Zierde beliebt, und hier und da hält der Dargestellte ein Herz in der Hand, dem eine Blume entspringt. Rührend naive Gebärde, die keiner Worte bedarf. Der Formenreichtum der aus schlichtem Gemüt stammenden Gestaltungsfreudigkeit steht in einem beglückenden Gegensatz zu der phrasenhaft-ruhmredigen Aufmachung der gedruckten Blätter nach 1871, deren stetig wachsendes Mißverhältnis zwischen Anspruch und Können so peinlich berührt. Äste, Zweige und Blattwerk der einrahmenden Bäume sind mit kindlich-einfältiger Genauigkeit gemalt. Oft sieht die Sonne hinter dem Laub hervor. Ihre Strahlen sind zuweilen so angeordnet, daß sie dem Gardestern ähnlich wird. Auch Mond und Sterne sind manchmal an den Himmel, soll heißen: an den oberen Rand gesetzt, und zwar hübsch linear, wie es sich für ein militärisches Bild gehört. All dies liebevolle Beiwerk und das unbekümmert-fröhliche Überspringen künstlerischer und logischer Gesetzmäßigkeiten bringt die anspruchslosen Schöpfungen in die Nachbarschaft von Volkslied und Volksmärchen.

Natürlich will der Soldat, sofern er der Garde angehört, den Seinen daheim auch mit der vornehmen Residenz ein wenig imponieren, wohnt er doch jetzt mit dem König in einer Stadt. So zeigt denn der Hintergrund des Bildes kugelförmig gestutzte Bäume, wie er sie auf sonntäglichen Spaziergängen im Park des Charlottenburger Schlosses oder in dem von Sanssouci gesehen hat. Daß der eine von zwei sonst gleichen Bäumen Rosen, der andere Flieder-(Syringen-)Blüten trägt, ist auch eine der köstlichen Harmlosigkeiten, die den Maler nicht im mindesten gestört haben. Was kümmert ihn die strenge Botanik, wenn er Freude machen will! — Da steht eine Marmorsäule mit dem leiertragenden Apoll, des-

sen Bedeutung er wohl kaum kennt, oder glänzt ein schachbrettartiger Parkettboden unter gerafften Portieren. Man sieht auch das Brandenburger Tor, die schlanke gotische Fiale des Schinkelschen Nationaldenkmals auf dem Kreuzberg, die Victoriasäule auf dem Belle-Alliance-Platz, und diese in der Wirklichkeit weit auseinanderliegenden Wahrzeichen Berlins stehen, unbekümmert um ihren wahren Standort, einträchtig auf demselben Blatt. Nichts von alledem wirkt prahlerisch oder großmäulig. Der Reichtum an Formen und Farben steht gleichsam stellvertretend für die Worte, mit denen das Märchen die Pracht namenloser königlicher Paläste beschreibt.

Meist befindet sich der Name des Soldaten unter dem Bild, häufig in schöner Fraktur gemalt. Selbstverständlich wird auch der Truppenteil genannt. Das geschieht hier und da kurz und sachlich. Oft aber heißt es in würdevoller Breite etwa so:

N. N.
Füsilier im Königl. Hochlöbl.
2. Garde-Regiment zu Fuß, 9^{ter} Comp.,
in Berlin 1840

Und dann die Sprüche! Sie bilden mit dem Blumenschmuck das biedermeierliche Moment der Herzlichkeit, das den späteren, gedruckten Blättern fehlt. Wohl klingt vornehmlich aus ihnen der Stolz, Soldat zu sein, aber unüberhörbar ist aus ihnen auch das Heimweh zu spüren. Wir kennen diesen rührenden, volksliedhaften Zweiklang aus alten Soldatenliedern, wie „Steh' ich in finst'rer Mitternacht ...“ „Drei Lilien, ...“, „Morgenrot ...“. Um 1850 beginnen die ersten blechern-naßforschenden Beimengungen, fragwürdige Zusätze, die mit ihrem hohlen Getön ihren zweifelhaften Wert nur schlecht zu vertuschen vermögen. Und nach 1860 sind die ursprünglich so schönen, gemütvollen Sprüche endgültig verschwunden. Die neuen Drucke vertragen sich nicht mit ihnen. Hier einige Beispiele, zunächst der älteren Art:

„Bin Ich gleich nicht Persönlich hier:
So stell Ich doch mein Bildniß für.“
(Potsdam, 1825)
„Liebe Holde! zum Angedenck send ich hier
Mein Bildniß: liebe Treue gefällt es Dir?“
(Potsdam, 1829)
„Entfernt von Euch sey jede Plage,
geliebte Eltern (Geschwister usw.) lebt vergnügt.
der Himmel kröne Eure Tage,
daß Traurigkeit Euch nicht besiegt.
Wenn gleich entfernt, wünsch ich Euch Glück,
denkt oft an Euern Sohn zurück,
der Treu Euch liebt von Herzen spricht,
lebt alle wohl, vergeßt mich nicht.“
(Potsdam und Berlin,
1835, 1839, 1842, 1845, 1847, 1848, 1849)
„Dein will ich nicht vergessen,
vergiß Du meiner nicht!
Dir will ich Rosen brechen,
brich Du Vergißmeinnicht!
So wie die Rosen blühen,
so blühe auch Dein Glück,
Und wenn Du Rosen siehest,
so denk an mich zurück!“
(Potsdam, 1850)

„Liebe Eltern und Geschwister,
 gewährt mir die Bitte
 und seht dies freundlich an.
 Damit ich dann oft in Eurer Mitte
 und stets zur Erinnerung sein kann.
 O möchtet Ihr mit frohem Entzücken
 und liebendem Herzen mein Bild hier
 erblicken!“
 (Potsdam, 1860)

*Eduard Julius Wachlien
 2. Esk., 2. Dragoner-Rgt.,
 z. Z. bei der Lehr-Esk.
 in Berlin.
 Um 1850,
 gem. von Waschke
 Bleistift, Aquarellfarben,
 Tempera
 1937 im Museum
 Schwedt a. O.*



Ein Unteroffizier, der mit seiner Ponton-Kolonne 1848/49 in Schleswig-Holstein weilt, schickt von dort sein (sehr primitiv und nüchtern gemaltes) Bild, das ihn zu Pferd zeigt. Darunter steht:

„Weit entfernt im fremden Lande
 denk ich Euer nah und fern.
 Wird mir je das Herz so bange,
 O denk ich Euer ja zu gern.“

Etwas kraus die Gedanken und ungenlenk der Ausdruck; doch wer wollte das ästhetisierend tadeln! Findet man ähnliche Reime nicht noch heutzutage in dörflichen Todesanzeigen? Wenn einfache Menschen den Gefühlen der Freude, vor allem aber denen des Schmerzes, der Trauer, des Heimwehs Ausdruck geben, dann tun sie es mit den sprachlichen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen. Von Literarästhetik wissen sie nichts, und die Echtheit der Äußerung leidet unter den gutgemeinten, linksischen Worten nicht im mindesten. Solche naiven Kunstübungen geschmäcklerisch und von vermeintlich hoher Warte zu benörgeln, ist nicht ein Zeichen geistiger Überlegenheit, vielmehr eine Bekundung der Taktlosigkeit oder gar der Gefühlsroheit.

Auf einem der Bilder sind Name und Spruch ineinander verflochten:

„Wenn mein Herz nicht mehr wird schlagen,
so soll dies mein Bildnis noch sagen:

Ich war
Wilhelm Rübe
Vice-Unteroffizier in der 3^{ten} Compagnie
des 3. Reserve-Bataillons
Küstrin, den 15. November 1842“

Und nun zwei Proben, die man als vorausgeworfene Schatten der Verfallszeit kennzeichnen kann:

„Ein tücht'ger Mann ist der Ulan
im Frieden wie im Kriege.
Mit seiner Lanze bricht er Bahn,
mit Ruhm erkämpft er Siege.
Heißt's zur Attacke die Lanze gefällt,
geht's mit Gott zum blutigen Kampfe.
Was Blei und Stahl noch nicht getroffen,
das fällt die sichere Lanze.“

(Berlin, 1849)

oder:

„Ich stehe hier auf dem Bilde dar
als preußischer Gardemann und Husar.
Die Lieblingsfarbe hier ist rot,
und ich, ich fürcht auch nicht den Tod.
Wenn's vorwärts geht zum Kriegsgeschrei,
da bin ich ja auch dabei.“

(Potsdam, 1850)

Also wenn's „zum Kriegsgeschrei“ geht, ist er auch dabei! Weitere Beispiele solcher militärischen Vaterlandslyrik dürfen wir uns schenken. Sie ist besonders den Menschen unerträglich, die fast ein Vierteljahrhundert unter zwei totalitären Staatsformen leben mußten und dazu verurteilt waren, widerspruchslos eine weltanschaulich oder ideologisch „ausgerichtete“ Poesie Tag für Tag anzuhören. Wir wissen aus der Memoirenliteratur, daß große Soldaten, so Scharnhorst, Gneisenau, sehr wohl die Schrecken des Krieges empfanden. Ihnen wären solche Worte wie: „*mit Ruhm erkämpfte er Siege*“, oder „*und ich, ich fürcht auch nicht den Tod*“ (weil die Lieblingsfarbe hier rot ist!!) vermutlich unerträglich gewesen. Was Moltke, der, aus seinen Schriften zu schließen, viel sprachliches Stilgefühl hatte, zu jenem Wortgeklingel gesagt hätte, kann man sich denken, und von der leichtfertig hingereimten Kampfbegier hätte er, der Feind aller großen Worte, sich abgewandt. Aber es gab und gibt Menschen, die in dem Irrtum leben, der gute Soldat geriete außer sich vor Entzücken, wenn es zum Hauen, Schießen und Stechen kommt.

Was wissen wir von den Männern, die unsere Bilder schufen, — Sehr wenig. Oft fehlt die Signierung. Auch da, wo sie vorhanden, ist die Nachforschung schwer. Ob die Maler in der Garnisonstadt wohnten oder außerhalb, ist nicht zu erkennen, da Ortsangaben fehlen, jedenfalls auf den Blättern, die dem Verfasser bekannt wurden. Zweimal fand sich als Signum der Name „Goßlob“. Durch eins der beiden Stücke wissen wir, daß er mit Vornamen Thomas hieß. Über diesen oder einen ähnlichen Namen war aber weder in alten Berliner noch in Potsdamer Adreßbüchern etwas zu erfahren. Auch mit dem Namen „Balcke“

war nichts anzufangen. Zwei Bilder tragen das Signum „A. H. Waschke“. Der Berliner Wohnungsanzeiger von 1846 nennt einen Maler und Kupferstecher, der von 1859 einen Porträtmaler dieses Namens, und beidemale ist als Wohnung ein Haus in der Lindenstraße angegeben. Ob sie identisch sind, ob es sich um Vater und Sohn handelt, wer weiß es! Aus dem Jahre 1861 stammt das Bild eines aus Luckau in der Niederlausitz kommenden Garde du Corps namens Jentsch. Es ist ein Unikum: Alles ist noch gemalt, aber die Gesichter sind — aufgeklebte Fotos. So ist es von den bisher bekanntgewordenen das späteste Stück der Blütezeit und eines der frühesten der Verfallsperiode. Als sein Schöpfer hat sich ein gewisser „Lenk“ vermerkt. Das Berliner Adreßbuch von 1864 führt einen in der Tieckstraße wohnenden Maler an, der so heißt. Ob damit ein Stubenmaler oder ein wirklicher Künstler gemeint war, konnte nicht geklärt werden. Es ist aber mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß Lenk kein Kunstmaler war, worauf die sehr primitiv gemalten Bäume ebenso hinweisen wie die kindliche Darstellung der Apollosäule und des römischen Rundtempelchens. Auch die oben erwähnten Erzeugnisse des Berliners A. H. Waschke können trotz seiner überdurchschnittlichen Zeichenfertigkeit wohl nicht als Kunstwerke angesprochen werden. Die Bezeichnung „Kupferstecher“ besagt in dieser Hinsicht nicht viel. Was in jenen Zeiten als Kupferstich auf den Markt kommt, sei es Buch-



Wilhelm Rube
3. Komp., 3. Res.-Bataillon,
Küstrin 1842, gem von Balcke
Bleistift, Aquarellfarben, Tempera
1937 in Privatbesitz
im Landkreis Cottbus

illustration oder Einzel-„Prospekt“, deutet mit seiner oft etwas pedantisch-steifen Art nicht gerade darauf hin, daß der Verfertiger ein Künstler von Rang war. Männer, die diesen Namen verdienten, hätten auch wohl kaum für den geringen Betrag gearbeitet, den einfache Soldaten für ein solches Bild aufbringen konnten.

Manche Stücke zeigen in den Konturen eine so auffallende Übereinstimmung, daß man auf die Vermutung kommt, der Maler habe routinemäßig auf Vorrat gearbeitet und, wenn er einen Auftrag bekam, nur noch individuelle Dinge, wie Gesicht, Regiments- und Kompagniemerkmale, in das vorbereitete Blatt gemalt. So darf wohl gesagt werden, daß kaum einer der Maler unter wirklichen Künstlern gesucht werden muß.

Einmal half der Zufall. Im Fürstenwalder Museum befand sich die sehr laienhafte, aquarellierte Darstellung eines Wehrmannes vom 1. Garde-Landwehr-Regiment, Königsberg i. Preußen, die etwa 1835 entstanden sein mag. Der Name des Abgebildeten fehlt. Es weist Anklänge an unser Bild 3 auf. Die sehr kindlich gemalten Gebäude im Hintergrund erkennt man als Schloß und Dom von Königsberg. Herrn Konrektor Unger in Fürstenwalde/Spree wurde dieses Blatt in seiner Kindheit, d. h. gegen Ende der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts, von dem damals schon hochbetagten Leinwebermeister Göritz in Zahna bei Wittenberg (Lutherstadt) geschenkt, der sich als jüngerer Mann in Mußstunden mit Kunstübungen, die in unsere Betrachtung gehören, befaßt hatte. Vielleicht



Martin Sackrow.

Als Munchbild bei der 7. Comp. des 32. Inf.-Regts. zu Erfurt 1835

*Martin Sackrow
7. Komp. des 32. Inf.-Regt.
Erfurt 1835, anonym
Bleistift und Aquarellfarbe
1937 im Städt. Museum Cottbus*

darf man ihm auch den Erfurter „Muschkidir“ vom 32. Infanterie-Regiment zuschreiben. — Das ist der mäßige Ertrag aller Nachforschungen.

Hat es diese Bilder auch außerhalb der Provinz Brandenburg oder in nicht-preußischen Ländern gegeben? Der eben erwähnte „Muschkidir“ Martin Sackrow diente zwar in Erfurt, war aber ein Spreewälder mit vermutlich wendischer Muttersprache, denn das Blatt wurde vom Cottbuser Museum um 1900 in Burg im Spreewald erworben. Das Havelberger Museum bewahrte die Bildnisse zweier junger Brandenburger auf, die weit von ihrer Heimatprovinz in Garnison standen. Der Pionier Faetke diente bei einem preußischen Bataillon in der Bundesfestung Luxemburg; der „Mousquetier“ Fahl beim 35. preußischen Infanterie-Regiment in Mainz, das ebenfalls Bundesfestung war. Diese drei Märker wollten auch in der Fremde nicht darauf verzichten, ihren Angehörigen das in der Heimat so gewohnte und daher wohl auch erwartete bunte Blatt zu schicken. So fallen die in Erfurt, in Luxemburg und in Mainz entstandenen Bilder ein wenig aus dem Rahmen.

Das Cottbuser Museum besaß zwei aus dem vormaligen Königreich Sachsen stammende Stücke. Das eine zeigte einen Infanterie-Korporal in Paradeausrüstung, sorgfältig und mit einigem Geschick gemalt. Jedes schmückende Beiwerk fehlte. Die Unterschrift in sehr verschnörkelter Fraktur lautete: „18 F. W. Uhlig 51.“ Das andere stellte einen Gardereiter dar, und zwar zu Fuß. Er steht barhäuptig da, den schönen Kammhelm hält er im rechten Arm. Der Kopf ist, gemessen an der Figur, wohl etwas zu groß geraten, ist aber allem Anschein nach ein gut gelungenes Porträt. Im Hintergrund sieht man das aus der Renaissancezeit stammende Jagdschloß in Dresden-Neustadt, in dem sich vor 1945 das Museum für Sächsische Volkskunst (Oskar-Seyffert-Museum) befand. Die Uniform des Reiters ist die um 1850 getragene. Das Blatt zeigt keinerlei Schmuckbeigabe. Auch der Name fehlt.

Im Gebiet des ehemaligen Königreiches Hannover sind dem Verfasser Bilder der in Brandenburg üblichen Art nicht begegnet. Das Bomann-Museum in Celle bewahrt zwei Bildnisse von Trompeter-Korporalen des ehemaligen, in Northeim garnisonierten Königl. Hannov. Garde-Cuirassier-Regiments auf. Sie wurden um 1850 gemalt, beide in Öl, und zwar das eine auf Pappe, das andere auf Blech. Mit blühender Volkskunst haben diese beiden „Gemälde“ nicht das mindeste zu tun. Man darf in ihnen, die offensichtlich von einer Hand stammen, wohl den etwas kühnen Versuch sehen, die damals in Bürgerhäusern geschätzten (Pastell-)Brustbilder nachzuahmen.

Sehr nahe, und zwar in der Anlage wie im Format, kommt den märkischen Darstellungen eine Anzahl von Blättern, die das Historische Museum im Schloß Rastatt zeigt. Es sind schlicht gemalte Erinnerungsbilder badischer Soldaten aus der Zeit um 1835. Sie haben viel Ähnlichkeit mit manchen brandenburgischen Stücken.

Die „Neue Schau“, Kassel-Wilhelmshöhe, brachte im Jahre 1939 einen Artikel von Hans-Friedrich Geist, Lübeck, in dem sich ein altes Soldatenbild befand, das, obwohl ebenfalls nicht brandenburgischer Herkunft, in unsere Betrachtungen einbezogen werden darf. Es ist 1816 entstanden und gehörte z. Zt. der Veröffentlichung einer Familie in Schlutup bei Lübeck. Vor einer bergigen Landschaft steht ein abgesessener Reiter, der seinem Mädchen die Hand gibt. Sie

trägt bäuerliche Tracht. Mit der Linken bietet sie ihm ein Herz dar, aus dem eine Blume wächst. Es ist dieselbe sinnige Gebärde, der wir auf dem Bild des oben erwähnten Pioniers Faetke begegnen. Die halb hinter einem Berg hervor-sehende Sonne belauscht die beiden Liebenden. Köstlich der Text, in dem die Ziffern Wörter ersetzen:

„Unterofficier Vörster.
3 Im Herzen, nim Dir 4, 3 bey 3 versprech
ich dier, 3 bey 2 Nim wohl in 8, 3 bey 2
Vergnügen macht. Wilst du 3 beständig sein,
so halts vest, sonst sag ich 9.

1816“

Nichts deutet auf die landschaftliche Herkunft des Bildes hin. Die Uniformkunde kann helfen. Der Reiter ist ein württembergischer Kavallerist, was aus der Form des Tschakos, dem Tressenbesatz und dem gekrönten Monogramm in den Ecken der Schabracke hervorgeht. Dieses verschlungene FR mit der Krone darüber führte die württembergische Kavallerie zur Zeit des ersten Königs, der Friedrich I. hieß. Der Dialekt des Reimspruchs klingt nicht sehr schwäbisch, eher sächsisch. Württembergische Truppen waren 1813 in Sachsen. Vielleicht brachte der Reiter den Spruch von dort mit. Wahrscheinlicher ist, daß das Bild als Brief nach Hause geschickt wurde. Auch die märkischen Soldatenbilder waren ja zu- meist Briefe, worauf schon oben hingewiesen wurde.

Herr Dr. Erich, einer der Verfasser des „Wörterbuchs der Deutschen Volkskunde“, vormals Kustos am Museum für Deutsche Volkskunde in Berlin, schenkte dem Verfasser im Jahre 1937 das Foto eines alten Soldatenbildes, das er in einem Antiquitätenladen einer österreichischen Stadt gekauft hatte. Ein prächtiges Stück, das den brandenburgischen in der Auffassung wohl am nächsten kommt. Wieder ein Reiter, ein österreichischer Dragoner. Diesmal aber zu Pferd. Ein Mädchen in städtischer Tracht der Biedermeierzeit reicht dem im Sattel sitzenden Soldaten die Hand. Über dem linken Unterarm trägt sie einen breiten (seidenen?) Schal. Die Stattlichkeit des Dragoners verpflichtet auch das Mädchen zu damenhaftem Auftreten. Das erinnert an die bereits oben erwähnten bewußt herrenmäßigen Gesten, in denen sich die Soldaten auf brandenburgischen Bildern gefallen. In den Ecken — das Ganze viel straffer gefügt als auf märkischen Stücken — Rosen und Vergißmeinnicht. Darunter der handschriftliche Text, dessen Lesbarkeit leider unter dem sehr verschnörkelten Duktus, vor allem aber unter Stockflecken gelitten hat. Zu erkennen waren nur einige Textbruchstücke: „... Erinnerung ... Regiment Nr. 5 ... Fürst Lichtenstein.“

Daß auf diesen beiden Bildern aus dem süddeutsch-österreichischen Raum neben dem jeweiligen Soldaten seine Liebste erscheint, was auf den preußischen Blättern nicht vorkommt, kann nicht allein aus der Unterschiedlichkeit militärischen Stils erklärt werden. Es ist auch stammes- und volkswundlich bedeutsam.

Der Verfasser besitzt einen bayrischen Soldatenbrief aus der Zeit um 1850. Links oben steht ein hellblauer Infanterist mit Raupenhelm. Er hält das Gewehr im Arm, als stünde er auf Posten. Die rechte obere Ecke füllt das große bayrische Staatswappen mit der Königskrone. Es wird von zwei Zweigen umrahmt, die wohl Lorbeer meinen. Der Verfertiger dieses Briefes muß viele Aufträge gehabt haben, so daß er vermutlich gezwungen war, sich die Arbeit zu erleichtern. So

legte er ein fertiges Blatt auf mehrere gleichgroße leere Briefbogen. Dann übertrug er die Konturen, indem er sie mit Nadelstichen umriß, auf die darunterliegenden Blätter. Er brauchte nun nur noch die Aquarellfarben aufzutragen. Es ist möglich, daß Kinder das Aquarellieren der durch Nadelstiche vorbereiteten leeren Blätter besorgten. So ähnlich geschah es einst in der berühmten Manufaktur von „Gustav Kühn in Neu-Ruppin“, in der die bunten Bilderbogen (mit der naiven Darstellung irgendeines aktuellen Ereignisses) und die Soldaten-Ausschneidebogen entstanden. Die etwas grobe Kolorierung unseres bayerischen Briefes paßt nicht ganz zu der doch recht gewandten Gestaltung des Soldaten und auch des Wappens, so daß sich die Vermutung geradezu aufdrängt, es hätten mindestens zwei Personen an dem Bild gearbeitet. Unter der Malerei des Briefes stehen zwei Verse in Handschrift:

„Schön ist das Soldatenleben
 Es macht uns viel Plaisier
 Es hats der liebe Gott gegeben
 Und bleibt so für und für.
 Liebe Traute.
 Ganz kurz will ich dir schreiben
 daß ich dir werd treu stets bleiben
 Und wen meine Dienstzeit ist dan aus
 für ich (Dich) als mein Weib nach haus.
 Dein treuer Bartl.“

Daß der liebe Gott, der für mancherlei Dinge bemüht wird, das Soldatenleben gegeben habe, wird nicht einhellige Zustimmung finden. Den „treuen Bartl“ hat das nicht verwirrt, und wer wollte ihn dafür lästern! Der kindliche Glaube schlichter Gemüter hat sicherlich nicht mehr Unheil in die Welt gebracht als der messerscharfe Intellekt. Was der Soldat Bartl seiner „lieben Trauten“ im zweiten Vers verspricht, ist so rührend, daß man hinzusetzen möchte: „Gott geb’s!“

Aus dem Elsaß kommt ein Erinnerungsbild, ein „Souvenir“, wie es heißt, dessen Reproduktion „Die Welt“ am 9. 3. 1963 brachte. In sehr selbstbewußter Haltung steht der Soldat, ein Infanterist, in der Uniform des sogenannten Zweiten Kaiserreiches in der Bildmitte. (Comme chez nous!) Pompös flankieren ihn Embleme aus Gewehrpyramiden, Trommeln, Säbeln, Fahnen. (Die geraffte Trikolore ist achtmal vertreten!) Den Hintergrund bildet ein recht naiv dargestelltes Festungswerk. Damit weist dies Bild, neben den beiden Wörtern „honneur“ und „patrie“ („Ehre“ und „Vaterland“), alle die Attribute auf, die man nach einer weitverbreiteten Meinung gerade auf preußischen Bildern hätte vermuten müssen. Dort aber fehlen sie in jener Zeit, aus der das elsässische Bild stammt. Es scheint im Original eine Lithographie gewesen zu sein, in die das Gesicht hineingemalt wurde. Der handschriftliche Text im unteren Teil des Blattes, wohl Name, Regimentsbezeichnung und Widmung, ist infolge des etwas unscharfen Zeitungsdruckes nicht zu entziffern.

Im Gegensatz zu dem vorigen Stück empfindet man ein anderes, ebenfalls aus dem Elsaß herrührendes „Souvenir“ als wahrhaft wohltuend. Es ist ein Rekrutenloszettel mit dem gedruckten Text:

Classe de 1837
 Canton de Hagenau
 No. 122.
 Clauß Faullimmel

Ob dies kleine Blatt seinen Besitzer zum Dienst heranholt oder ihn freimacht, ist nicht ersichtlich. Der junge Mann fand es auf jeden Fall bewahrenswert. Es wurde mit einer geprägten Goldpapierleiste bordiert, mit Farbrändern umgeben und das Ganze in einer ansprechenden Weise mit Rosen, Tulpen, Nelken und Vergißmeinnicht bemalt, wie wir es von einigen Berliner und Potsdamer Bildern her kennen. Auch hier spricht uns noch wirkliche Volkskunst an.

Der flämische Dichter Felix Timmermans schreibt in seinem Buch „Timmermans erzählt“ (Insel-Verlag):

„An schönen Sommerabenden sitzt Krabbenkocher mit seiner Schusterarbeit im Freien, und daneben malt der Artist Bildnisse. Das ist Sommerarbeit. Es sind meistens Bildnisse von Soldaten in ihrer besten Kluft. Victor malt einen Kranz von Blumen mit Schmetterlingen und Tautropfen drum herum, und die Messingknöpfe und die Nummern an der Mütze sind schön deutlich zu erkennen.“

So sind wir von Brandenburg auf einigen Umwegen nach Flandern geraten; aber das, was dort ein einfacher Mann an „naiv-präziser“ Kunst schafft, gehört demselben sozialen Bereich und dem gleichen Erlebniskreis an, denen die schönsten brandenburgischen Bilder entstammen. So schließt sich der Kreis, den wir in unserer Betrachtung beschritten.

Anmerkungen:

¹ Die alten Lieder „O Straßburg ...“ und „Zu Straßburg auf der Schanz ...“, die das Schicksal damaliger „Geworbener“ so rührend besingen, sprechen von französischen, nicht von preußischen Soldaten. Chamisso's „Es geht bei gedämpfter Trommel Klang ...“ hat ein altes dänisches Lied als Urbild. „Ein Schiffelein sah ich fahren ...“ meint die hessischen Söldner, die von ihrem Landesvater nach Amerika verkauft wurden.

² Wilhelm Schäfer: Meine Eltern. Stuttgart 1952.

Der Spandauer „Knüttelkrieg“

Zu den merkwürdigsten Begebenheiten der Berliner Geschichte gehört der sogenannte „Knüttelkrieg“, den Kurfürst Joachim II. im Jahre 1567 zwischen den mit Knütteln bewaffneten Bürgerschaften der Städte Berlin und Cölln auf der einen und der Stadt Spandau auf der anderen Seite in Szene setzte. Wir besitzen darüber den eingehenden Bericht des Chronisten Nikolaus Leuthinger. So seltsam dieser Bericht erscheinen mag, es liegt ein Grund nicht vor, daran zu zweifeln, zumal Leuthinger 1578/79 — also schon 11 Jahre nach dem Ereignis — Rektor der Schule in Spandau war, ihm also sicherlich hinreichend mündliche Erzählungen von Augenzeugen darüber vorgelegen haben müssen.

Das Kampfspiel begann mit einer Seeschlacht auf der Havel unter Kanonendonner und Trompetengeschmetter von der Zitadelle aus, es folgte eine Schlacht zu Lande vor der Jungfernheide, in der die Spandauer, mit 800 Kämpfern stark in der Minderzahl, die Sieger blieben. Wenn auch Blut nicht floß, so waren doch die Knüttelhiebe von beachtlicher Wirkung. Selbst der Kurfürst geriet in Gefahr, als ihn das von einem Hiebe scheu gewordene Pferd abzuwerfen drohte. Die Flucht der Berliner und die Nacht beendeten das grausame Spiel. Nahezu unglaublich erscheint jedoch die weitere Erzählung, daß der Kurfürst die auf solche Weise bewirkte Entleerung der Stadt benutzte, um durch Kanonenschüsse den hohen Kirchturm der Spandauer Nikolaikirche niederzulegen. Der Grund dafür war, wie Leuthinger meint, auch den vertrauten Räten des Kurfürsten nicht bekannt. Man vermutete jedoch, daß er in dem Kirchturm im Falle einer feindlichen Besetzung der Stadt eine Gefahr für seine Festung erblickte, und daß er geglaubt hatte, ihn auf solche ihm harmlos erscheinende Weise verkürzen zu können. Der Turm war etwas beschädigt, die Kirche in größte Gefahr gebracht, der Kurfürst durch allgemeinen Protest gezwungen, von seinem Vorhaben abzustehen. Niemand hat bisher, soweit mir bekannt, begründete Zweifel an der Tatsache eines solchen Geschehens geäußert. Fontane hat es poetisch in seinen Wanderungen unter dem Titel „Die Seeschlacht in der Malche“ behandelt. (Die Malche liegt jedoch im Tegeler See und nicht bei Spandau.)

Ich habe daher keine Bedenken gehabt, dieses Ereignis im 4. Bande meiner brandenburgischen Geschichte (1964), wenn auch mit einer Äußerung des Befremdens über die Handlungsweise des Kurfürsten, als Tatsache mitzuteilen, zumal auch die älteren Spandauer Geschichtsschreiber Joh. L. Dilschmann und Daniel Friedrich Schulze Zweifel daran nicht erhoben. Auch Werner Vogel konnte in seinem jüngsten „Führer durch die Geschichte Berlins“ (1966) dem Leser dieses interessante Geschehen nicht vorenthalten, nur mußte es dort wohl (Seite 55) statt „Knüppelspiel“ besser „Knüppel- oder Knüttelkrieg“ heißen.

Nun erfahre ich von Helmut Winz in einer Anzeige meines genannten 4. Bandes „Die Mark Brandenburg“ in der „Archivalischen Zeitschrift“ 62, München 1966, die Belehrung, daß wir alle einer Mystifikation zum Opfer gefallen sind, daß uns Leuthinger eine Anekdote erzählte, die er sich wohl von den Spandauern, als er bei ihnen das Rektorat übernahm, aufbinden ließ. Winz schreibt: „Hier wäre es an der Zeit, diese durchaus tendenziöse Anekdote als eben solche und völlig unglaubwürdig deutlich abzuweisen, geistert sie doch in allen Heimat-

büchern herum ...“ Eine Begründung dieser merkwürdigen Ansicht läßt sich nur in der Bemerkung finden: „Joachim II. war gewiß derben Späßen geneigt, aber doch wohl nicht geistesgestört“. Mein Vertrauen auf die Zuverlässigkeit des Chronisten Leuthinger versucht W. mit der Bemerkung ad absurdum zu führen, daß Leuthinger ja erst „7 Jahre nach Joachims Tod!“ Rektor in Spandau wurde (1578). Es waren aber zu der Zeit erst 11 Jahre nach diesem für alle Berliner und Spandauer denkwürdigen Ereignisse verflossen. Sollte sich da der Rektor Leuthinger eine völlig aus der Luft gegriffene „Anekdote“ haben aufbinden lassen, über die ihm noch jeder Spandauer Auskunft zu geben vermochte? Die zweifellos merkwürdige Episode begann nach Leuthinger mit der völlig unmotivierten Verhaftung des zusammen mit der Bürgerschaft nach der Zitadelle beorderten regierenden Bürgermeisters Bartolomäus Bier, der mehrere Monate der Freiheit beraubt blieb. Bier bekleidete das Bürgermeisteramt von 1563 bis 1578, also bis zu dem Zeitpunkt, in dem Leuthinger das Rektorat in Spandau antrat. Da ist es sehr wahrscheinlich, daß er auch von dem Bürgermeister selbst darüber gehört hat. Die Einzelheiten der Seeschlacht und des Landkampfes konnte er natürlich nur von anderen Beteiligten oder Augenzeugen erfahren haben. Leuthinger war ein durchaus ernsthafter Geschichtsschreiber, der keineswegs verdächtig ist, sich derart ausgefallene Erzählungen aus den Fingern zu saugen. Er hat zwar auch mancherlei in seiner Schilderung erfunden, wie z. B. die von Kurfürst Johann auf dem Sterbebett an den Sohn Joachim gehaltene Rede. Aber dies war doch etwas wesentlich anderes. Dafür gab es Beispiele in der klassischen Literatur, es entsprach seinen Anschauungen, dazu konnte er sich berechtigt halten. Aber das Entscheidende in dieser Frage ist, daß diese angebliche „Anekdote“ auch noch mehrere andere zeitgenössische Chronisten berichten, wie Creusing, Angelus (Engel), Hafftitz. Haben diese wenigstens zum Teil Leuthinger als Quelle benutzt, so ist dies bei der Chronik des Cöllner Stadtschreibers ausgeschlossen, der zu 1567 sowohl von dem „Knüttelkrieg“ wie von der Absicht des Kurfürsten, den Spandauer Kirchturm niederzulegen, berichtet. Bei dieser mehrfachen Überlieferung eines Ereignisses muß der Versuch, es zur Ehrenrettung des Kurfürsten in das Reich der Legende zu verlegen, geradezu lächerlich erscheinen. Herr Vogel hat sich die Mühe gemacht, anschließend eine Zusammenstellung aller vorliegenden Nachrichten dem Leser vorzulegen. Die Meinung, daß die damalige Geistesverfassung Joachims nicht völlig normal war, wäre übrigens nicht so völlig abwegig im Hinblick auf weitere dunkle Vorgänge zu gleicher Zeit. Auf diesen Gedanken kam schon der Chronist Creusing, der im Hinblick auf diese Vorkommnisse meinte, der Kurfürst sei in seinem Alter „sehr seltsam und wunderlich“ geworden. Merkwürdig erscheint uns besonders, daß die damalige Bürgerschaft der drei Städte sich bereit fand, einem derartigen Ansinnen Folge zu leisten. Es wurde offenbar als eine angenehme Abwechslung empfunden. Der Leser wird sich selbst aus den Beilagen ein Urteil darüber bilden, ob die Chronisten, die sämtlich von ihren Zeitgenossen darüber unterrichtet sein konnten, mit dieser Erzählung der Nachwelt eine Ungeheuerlichkeit haben aufbinden wollen.

Die Quellen zum „Spandauer Knüttelkrieg“

Die grundsätzliche Kritik an dem vorschnellen, ablehnenden Urteil von Helmut Winz hat Professor Schultze bereits vorweg dargelegt. Dabei wird deutlich, daß im Gegensatz zu der sonst oft recht dürftigen Überlieferung zur Berliner Geschichte hier einmal mehrere zeitgenössische Berichte existieren, die jedoch offenbar wenig bekannt, z. T. auch noch gar nicht veröffentlicht sind. Daher scheint ein zusammenfassender Abdruck derselben empfehlenswert, um dem Leser ein eigenes Urteil zu ermöglichen. Im Unterschied zum kommentierenden Begleittext wurden die Quellenzitate durch Petitdruck kenntlich gemacht.

Am Anfang der Überlieferung jenes seltsamen Ereignisses steht die sogenannte *Chronik der Cöllner Stadtschreiber*¹. Zum Jahre 1567 findet sich hier die knappe Notiz:

Es ist auch in diesem jare zu Spandow der knüttelkrieg gehalten worden, do curf. gnaden die burger dieser beider stedte gerustet dohin gefurt. Es haben auch curf. gnaden die kirchturmsspitzen doselbst stracks niederschießen wollen, es ist aber endlich vorboten worden.

Die Knappheit dieser Aussage kann natürlich darauf beruhen, daß der Ausgang jenes Kampfes für die Berliner und Cöllner nicht so rühmlich war, daß man darüber allzu viele Worte verlieren mochte. Doch sind auch die Einträge für die vorausgegangenen Jahre gleichermaßen kurz, so daß es sich wohl eher um eine Eigentümlichkeit des Chronisten handeln dürfte. Peter v. Gebhardt hat festgestellt, daß die Anlage dieser Chronik auf den Cöllner Stadtschreiber Georg Otto zurückgeht, der bis in die 80er Jahre tätig war. Nach Eintragung der Bürgeraufnahmen der einzelnen Jahre ließ er jeweils Raum frei für chronikalische Nachrichten, die aber erst ab 1542 einsetzen. Sie bilden also nur eine Ergänzung zum Bürgerbuch und konnten schon von daher nicht allzuviel Raum in Anspruch nehmen.

Das von Ferdinand Pusthius zusammengestellte *Chronicon Berolinense*² berichtet zum Jahre 1567:

Ist zu Spandau der Knüttelkrieg gehalten worden, da der Churf. die Bürger beyder Städte gerüstet dahin geführt. Es hat auch der Churf. die Kirchthurmsspitzen daselbst niederschießen wollen, es ist aber endlich dafür gebeten worden.

Pusth war 1686 von Heidelberg nach Berlin berufen worden und war hier Konrektor am Joachimsthalschen Gymnasium. Er schließt seine Chronik mit dem Jahre 1699. Im Jahre 1711 ist er in Berlin gestorben. Der Vergleich beider Chronikstellen zeigt, daß Pusth fast wörtlich vom Cöllner Stadtschreiber abgeschrieben hat, wobei er den Sinn der Schlußworte offenbar nicht mehr recht verstand und sie entsprechend änderte. Ein selbständiger Quellenwert ist dem *Chronicon Berolinense* für unseren Fall also nicht beizumessen.

Als nächstes ist Paul Creusings *Märkische Fürstenchronik* heranzuziehen, die in zahlreichen Handschriften verbreitet war³.

Es ist auch endlich S. Churf. Gn. in ihren Alter sehr seltsam und wunderlich worden, und unter andern ungewöhnlichen Stücken anno 67 etzlicher Bürger Silber und Gülden Geschmeide zu Berlin und Spandow gevisitiret und nach sich gezogen, auch den Knüttelkrieg wider Spandow geführt, und dazumahl wollen die hohe Spitze in der Stadt abschießen, davon nicht viel zu schreiben.

Die Lebensdaten Creusings sind nicht genau zu ermitteln. Wahrscheinlich ist er um 1540 in Stolberg bei Meißen geboren und nach 1572 bzw. 1582 in Beelitz gestorben, wo er die Diakonatsstelle innegehabt hatte. Friedrich Holtze, der Herausgeber der Chronik, meint, daß sie „durchweg den Eindruck des Selbsterlebten macht“, soweit Creusing über die eigene Zeit schreibt. Er bezweifelt jedoch, daß Creusing jemals Berlin besucht habe und vermutet, daß das „Geschichtschen vom Knüttelkrieg in Spandau“ dem Beelitzer Kaplan erzählt worden sei, als der Kurfürst 1568 zur Jagd in Beelitz weilte. Ein Beweis für diese Vermutungen läßt sich bei der dürftigen Kenntnis, die wir von Creusings Lebensweg besitzen, nicht antreten. Aber selbst einem nur auf Hörensagen beruhendem Bericht läßt sich ein gewisser Quellenwert nicht abstreiten, da ihm die Mitteilung ja unmittelbar nach dem Ereignis zuzug und von Leuten, die sie im Gefolge des Kurfürsten erlebt haben dürften.

Zeitgenosse war auch Peter Hafft (auf Grund der latinisierten Namensform Hafftitius wird er vielfach als Hafftitz bezeichnet), der um 1525 in Jüterbog geboren und am 28. 5. 1601 in Berlin begraben wurde. 1545 war er Student der Theologie in Frankfurt/O., seit 1550 wirkte er als Lehrer in Berlin an der Nikolai-, dann Marienschule, deren Rektorat er auch zeitweilig innehatte. Am 13. Januar 1564 heißt es im Berliner Bürgerbuch¹: „Peter Hafft, magister, schulmeister zu St. Nicolaus; weil ehr dennoch der gemeinen jugent gedienet, und noch ferner tun kann und will, als haben der rat ihme die burgerschaft vorehret.“ 1577 wurde er Rektor der Petrischule in Cölln. Sein wohl nach 1593 verfaßtes *Manuscriptum Microchronicon Marchicum*² hat er — dem Brauch der Zeit entsprechend — in mannigfach veränderten und erweiterten Abschriften an Fürsten, städtische Behörden und andere Gönner versandt. So erhielt er vom Spandauer Rat 1587 für sein Buch „de nobilitate“ 4 Taler zum Geschenk. Weitere Gelder bekam er für die Übersendung mehrerer Bücher in den Jahren 1591, 1592, 1593, 1594 und 1597. Besonderes Interesse verdient die Mitteilung aus den Kämmererechnungen vom Jahre 1594, wonach dem Magister Petro Hafftitio 3 Tlr. für die Dedication des Märkischen Chronicon gegeben wurden. Eine eigenhändige Abschrift vom Jahre 1597 befindet sich im Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem³. Der Druck bei Riedel⁴ enthält den nachfolgend wiedergegebenen Abschnitt nicht.

In diesem jahre [1567] im Augusto ist auch der knüppelkrieg zu Spandow gewesen, das die bürger beyder stede Berlin und Cölln in voller rüstunge haben müssen nach Spandow zihen, zu denen sind die Spandowischen gestoßen. Do sind die meisten langen spieße zurschnitten worden, kurtze fedtstangen daraus gemacht, und sind die bürger etliche zu schieffe, etliche hin und wiedder auf und umb der festunge in hauffen mit unterschiedenen losungen vorteilet und bey nacht einfall geschehen, dadurch ihrer viele beschediget. Und wen soldher scharmutzel wehre bey tage geschehen, wehre ein groß schlagen daraus worden.

Bald darauf ist man mit dem visitirwagen fur der landtreuterey und der furnehmsten reichen leute heuser gefahren, was man an gelde, golt und sülber gefunden inventirt, in laden geschlagen, gegen hofe geführt, dafür doch etliche hernach genungksame und überwichtige erstattung bekommen alß ihnen genommen.

Heidemann⁵ übt zwar scharfe Kritik an Hafft und weist nach, daß er für die Zeit bis 1426 die verlorene Chronik des Engelbert Wusterwitz und für die Zeit danach bis 1592 die Annalen des Andreas Angelus abgeschrieben habe, räumt jedoch ein, daß Hafft an Stelle der speziell Strausberger Nachrichten bei Angelus Mitteilungen über Berliner Lokaleignisse eingesetzt hat, die durchaus wertvoll sind, weil sie dem eigenen Erfahrungsbereich entsprungen sind. —

Heidemanns allgemein gehaltene positive Beurteilung bestätigt sich am Beispiel des Spandauer Knüttelkrieges; denn Angelus bringt hierüber nur einen einzigen Satz, für den er als Quelle Leuthinger angibt. Der Text bei Hafft weicht inhaltlich jedoch und auch hinsichtlich der Ausführlichkeit sowohl von Angelus als auch von Leuthinger ab und bietet eine selbständige Variante. Interessanterweise wird in den bisherigen Quellen stets vom „knüttelkrieg“ gesprochen, während Hafft hierfür den Ausdruck „knüppelkrieg“ verwendet.

Der Magister Elia L ö c k e l bietet in seiner *Marchia Illustrata*⁹ eine wörtliche Abschrift von Hafft, den er auch als Quelle nennt. Eine Wiedergabe erübrigt sich daher. Doch knüpft Löckel an den Bericht eine Bemerkung an, die mit der sonstigen Überlieferung nicht in Einklang steht.

Was das für ein Krieg gewesen, woher er entstanden und wie er geendet worden, habe ich nicht finden können. Soviel steht in den *Annalibus* (S. 365), daß er von den liederlichen Burschen aus Kurzweil sey angehoben und in Ernst verkehret worden, wie unter den Dienstboten in Berlin und Cölln zuweilen zur Winterszeit annoch auf dem Eise zu geschehen pflegt.

Andreas E n g e l (der sich auf Lateinisch *Angelus* nennt) lebte von 1561 bis 1598, und zwar im wesentlichen in seiner Geburts- und Heimatstadt Strausberg. 1591/92 war er kurzfristig Konrektor am Grauen Kloster in Berlin gewesen¹⁰. Seine 1598 in Frankfurt an der Oder veröffentlichten *Annales Marchiae Brandenburgicae* enthalten S. 365 lediglich die Mitteilung:

Im jetzgedachten tausent fünffhundert sieben und sechzigsten jar / war der knüttelkrieg zwischen den Berlinischen und Spandawischen. Leutingerus.

Ihm könnte also nach diesem Hinweis auf Leuthinger als Vorlage ein eigener Quellenwert kaum zuerkannt werden. Andererseits hatte er 1592 eine Tochter des Albertus Calerus geheiratet, der seit 1564 Diakon und seit 1578 Pfarrer in Spandau war und dessen Bruder als Propst in Berlin wirkte. — Übrigens ergibt sich aus der Stelle bei Angelus eindeutig, daß Löckel — trotz seiner Angabe — die Bemerkung über die Ursache des Knüttelkrieges nicht bei ihm entlehnt haben kann.

Wie aber schildert nun L e u t h i n g e r das von Angelus mit einem Satz abgetane Ereignis? Nikolaus Leuthinger (1554—1612) hatte u. a. die Schule in Spandau besucht, die nach seinen rühmenden Worten unter dem Rektor Michael Parnemann (1557—64) so angesehen war, daß die märkische Jugend hier zusammenströmte. Anscheinend hat Leuthinger ihn noch persönlich kennengelernt, auf alle Fälle aber war er Schüler des ebenfalls berühmten Nachfolgers, des in Spandau gebürtigen Magisters Celichius, der das Rektorat 1565—68 bekleidete. Mit 14 Jahren, also 1568, kam er an die Fürstenschule nach Meißen, wo er bis 1572 blieb. Er muß also den Knüppelkrieg in Spandau als Augenzeuge miterlebt haben. Im Herbst 1576 übernahm er das Rektorat an der Schule in Cossen, dann 1578 in Spandau und ging von hier 1579 nach Wittenberg. Zweimal also hat Leuthinger sich am Ort des Geschehens aufgehalten, und zwar in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum geschilderten Ereignis. Im 16. Buch seiner *Märkischen Chronik*, die in kunstvoller lateinischer Sprache abgefaßt ist, werden dem Knüttelkrieg mehrere Seiten gewidmet¹¹.

§ 16. A rebus seriis convertamur paululum ad ludicra spectacula. Nam Joachimus Elector, ne in ignaviam respublica verteretur, passim delectus haberi, & exercitia militaria institui curavit: Ipse otium Berlinensibus praelii simulacro interpolandum ratus, cum ex morbo, quo nec somnum capere, nec quietem pati poterat, convaluisset aliquantum, Spandaoe

ludum militarem certamenque ludicrum lustrandorum civium causa instituit. Qui inter se committebantur, Berlineses erant cives atque Spandovienses. Dejectis viperillis, sarissis atque bipennibus, singulis hasta unius & ejusdem generis, roboris atque longitudinis, capite galea, corporeque armato atque thorace ferreo, loricaque bene munito porrecta: pugna prior navalis erat in Havelo flumine, allabente munitionem Spandovianam, ubi postquam diu ludicro certamine, Electore cum praecipuis consiliariis belli atque castellanis ex nave praetoria spectante, & acriter pugnatum esset, nullam in partem inclinante victoria, quod Berlineses decus gloriae turbabant, & Spandovienses illis nihil in ea laude cessuri videbantur, aequis viribus discessum est. Una erat inter coeteras eminens Spandoviensium, in quam concitatae aliae duae tanta vi impulerunt, ut gubernator è puppi excuteretur, & quidam deliciores in aquis lapsi praecipitative risum atque spectaculum praeberent. Hi ne undis suffocarentur, à piscatoribus, quorum magnus erat cum navigiis parvis atque cymbis numerus ad alios sublevandos constitutus, extracti servatique. Portum deinde omnes simul naves repetunt. Dum ita confligitur clangentibus lituis atque buccinis, tormenta bellica majora, ex propugnaculis atque vallo ejaculata, ingentem sonitum terroremque concitabant, quod semper ea, quae sunt circumjecta nemore flumineque, quantuncunque acceperere vocem, multiplicato sono majorem pene referant: quod etiam hic accidit. In navibus itidem, remigum opera annitente, mediocris molis machinae bellicae plures oneraque grandia propellebantur, ea ad moenia oppidi portasque ipsas pertracta, terribiliter incantabant atque fremebant: diligenter tamen provisum erat, ne cui detrimentum periculumve importarent. Et res quidem tanto ferebatur impetu atque tumultu, ut mulieres pariter atque pueri, & omnis cujusque sexus aetas dirò edito ploratu, multisque lamentis, viris per totum triduum in arce retentis, neque licentiam abeundi domum atque redeundi habentibus rem peragi seriam & de civitate actum esse arbitrata, effusae extra portas atque moenia, multis precibus Principem adorta suppliciter, ut civitatis innoxiae parceret saluti, peterent. Quod risum Principi atque proceribus fecit.

§ 17. Navibus egressi cives iterum terrestri decurrere pugna jussi sunt. Jam sol vergebat ad occasum, incitata utraque pars laudem victoriae appetebat. Spandovienses tamen gravior sollicitudo concutebat, quod non armatura quidem, sed numero multum vincebantur; octingentorum enim numerum vix explebant: cohortati tamen sese mutuo, praefectis gloriae decus verbis factisque ostendentibus, Marti aleam committere strenue parant. Divisae bifariam duae acies: Spandoviensis ex altero ponte arcis sublicio, quo onera operarum propellebantur, & stratus tabulatusque ex adversa arcis parte utramque Haveli amnis ripam in supremis labris continebat, sub signis militaribus descendens per civitatem servatis compositisque ordinibus imminebat fronti arcis, omnibus suis partibus integra atque firma, & ad pontem versatilem in aggere cursum inhibebat. Berlineses numero freti Spandoviensium illudere paucitati, pro victis illos habere atque risu contemnere. Quae res vehementer incendit animos studio pugnae ardentes Spandoviensium. Itaque nihil morati dato signo sub vexillis in obvios invehuntur, avidos & ipsos certaminis, & ob id incautius irruentes, ut neque imperium, neque consilium accipi posset. Quisque adversarium fustibus de fundo praecipitem agere, alter vero clavis repellere annititur. Juxta Suevi brachium, arcem praeterlabentis, concurrunt.

Acies hoc modo stetit. Dextrum cornu Berlinesium tuebantur cives primarii armis maxime insignes: in sinistro Colonienses erant collocati: in subsidiis erat plebs. Secundum postica arx erat fossa latissima ab editissimis moeniis atque propugnaculis valloque denso discreta: ad anticam Suevus, arundineta hinc inde gurgitesque profundos alens volvensque, cum brachio ex flumine derivato, multo se undarum divortio inferebat: à tergo vastissima imminebat atque densissima sylva, ab agro Berlinesi in Spandoviensem porrecta. In medium Principem cum paucis custodiae corporis assuetis acceperant. Spandovienses simplicem direxerant aciem. Sed quia se viribus impares esse videbant, stratagemate usi, versisque signis repente à tergo cursu citato adversarios adorti sunt.

§ 18. Jam in conspectum acies utraque steterat, nec praeter ferrum, quod plagas inferret, ad justam belli speciem quidquam armatis deerat. Stipitibus, hastisque & hic actum est: sed tanta concertatione, ut à ludico certamine, & ficto simulatoque paelio, ad insolens ferme & verum certamen justamque pugnam ardor animorum invitos perpulisset, & quod animi exercitiae causa per jocum inchoatum erat, in severam indignationem periculose exiisset. Progressi Berlineses clamore repercusso in jugis montium, vastisque salubus & undis profundis reddito capessebant pugnam, existimabantque, aciem Spandoviensem nusquam satis constitutam, & pavore, ut videbatur, fluctuantem, umbonibus posse propelli, sed aliter res accidit. Cum enim jam cohaerent, & hastis adversarios pulsarent,

non timido, non ignavo tunc cessare licuit. Ignaviam enim necessitas quoque acuit: & saepe desperatio spei causa est. Collato pede, quasi singuli inter se dimicarent, in eodem vestigio stabant, donec vincendi locum sibi facerent Spandovienses. Nihil tamen sanguinis fustum: plurimum autem verberum & plagarum satis datum. Ad Principem ipsum vis pervenerat, & equus petitus hasta, dolore efferatus, jugum quater, ac Principem excutere coepit. Illo igitur, ne forte praeter opinionem, sub noctem fraudi accommodam, periculo involveretur, pugna excedente, Berlinenses quoque ad unum omnes in fugam effusi sunt. Et quia aurora appetebat, Principisque auctoritas per praekonem dirimeret pugnam, praeliandi insequendique finem fecere Spandovienses, & ad suos quisque non sine risu dilapsi sunt, documentoque fuere, majorem à minore non raro vinci. Elector & ipse navem ingressus Berlinum rediit, habuitque ludus hic minime puerilis laetam catastrophem, cum prima fronte calamitatem grandem promitteret Spandoviensibus; sub adventum enim Principis Bartholomaeus Bier, consul primarius, illius mandato ex lecto summo mane in arcem per satellites pertractus, carceri foedo includebatur. Vocabantur cives omnes in arcem. Adducti lictores plerisque metum & formidinem incutebant. Quod discrimen etsi forte ad omnes non pertinebat, & vacare culpa magnum erat solatium; vis tamen parata expeditaque, actionum atque consiliorum series, certis quibusdam minitari videbatur, sed periculum hoc omne clementia Dei propitio fato discussit. Detentus consul aliquot menses in carcere, libertati atque dignitati tandem restitutus est.

§ 19. In hoc belli simulacro templi Spandoviensis turrim, quae in universa Marchia reliquas omnes altitudine superabat, & bis fulmine tacta magis magisque dejecta fuerat, machinis bellicis in eam ex munitione explosis, Elector non sine omine infausto amoliri coepit. Globi crassae magnitudinis ejecti partim foedabant murum turris, partim templum ipsum pene incenderant. Qua de causa id consilii coepisset, ne consiliarii intimi satis sciebant, vulgo tamen creditum, ideo factum fuisse, quod arcem, si quando bellum immineret, periculum afferre videretur. Etsi autem deprecantibus civibus atque consiliariis ab instituto, quod cum multorum civium jactura atque detrimento conjunctum erat, discederet; fulmine tamen haud ita longe post icta nihilominus conflagravit, praeludio in hoc conatu exhibito.

Von den ersten Dingen wenden wir uns jetzt ein wenig den kurzweiligen Schauspielen zu. Denn Kurfürst Joachim ließ weit und breit Aushebungen durchführen und militärische Übungen veranstalten, damit der Staat nicht in Feigheit verfallte. Er meinte, daß den Berlinern die Muße durch das Gleichnis eines Gefechtes aufgefrischt werden müsse. Als er von einer Krankheit, bei der er weder Schlaf finden noch die Ruhe ertragen konnte, einigermaßen genesen war, veranstaltete er zwecks Musterung der Bürger in Spandau ein militärisches Schauspiel und scherzhaften Streit. Es waren Berliner und Spandauer Bürger, die sich bekämpften. Nachdem sie die Gewehre, Lanzen und Doppeläxte^{11a} abgelegt hatten und man jedem einen Knüttel ein und derselben Art, Stärke und Länge und einen Lederhelm für das Haupt gereicht hatte, und nachdem der Körper mit eisernem Brustharnisch gerüstet und durch Riemenpanzer gut geschützt war, erfolgte zunächst die Seeschlacht auf der Havel unterhalb der Festung Spandau. Nachdem lange und heftig in kurzweiligem Streit gekämpft worden ist, wobei der Kurfürst mit seinen vornehmsten Kriegsräten und Hauptleuten vom Flaggschiff aus zusah, und sich der Sieg nach keiner Seite neigte, weil die Berliner die Zierde des Ruhmes verteidigten und die Spandauer ihnen anscheinend nichts in diesem Lobe nachstehen wollten, trennte man sich unentschieden. Ein Schiff der Spandauer ragte unter den anderen hervor; auf dieses drangen zwei andere in Harnisch gebracht mit solcher Gewalt ein, daß der Steuermann vom Schiff geschleudert wurde und einige eleganter kopfüber ins Wasser Gefallene ein Lachen und Schauspiel gewährten. Damit sie nicht ertränken, wurden sie von den Fischern, von denen man eine große Zahl mit kleinen Schiffen und Kähnen zur Hilfeleistung aufgestellt hatte, herausgezogen und gerettet. Danach suchten alle Schiffe zugleich den Hafen auf. Während so unter schallenden Hörnern und Posaunen gestritten wurde, erzeugten die von den Schutzwehren und vom Wall schießenden größeren Kriegsgeschütze einen ungeheuren Lärm und Schrecken, weil die von Wald und Fluß umgebenen Gegenden jeden Lärm mit vervielfachtem Echo noch stärker widergeben: was auch hier geschah.

Auf den Schiffen wurden ebenso, unter anstrengender Arbeit der Ruderer, viele mäßig große Kriegsgeschosse und große Lasten fortgeschleudert; diese, zu den Stadtmauern und Toren sogar hingelenkt, lärmten und brüllten schrecklich. Sorgfältig hatte man jedoch Vorsorge getroffen, daß niemandem Schaden oder Gefahr zugefügt würde. Das Ganze aber geschah mit so gewaltigem Angriff und Tumult, daß die Ehefrauen und Kinder

und jeder, gleich welchen Geschlechts und Alters, mit schrecklichem Geheul und vielen Wehklagen, nachdem die Männer drei Tage lang in der Burg festgehalten worden waren und sich nicht entfernen und heimkehren durften, meinten, daß es sich um eine ernsthafte Sache handle, die der Stadt wegen geschähe; und sie strömten hinaus aus den Toren und Mauern und flehten den Fürsten demütig an, daß er die unschuldige Stadt schonen möge. Dies bereitete dem Fürsten und seinen Vornehmen Lachen.

§ 17. Nachdem sie die Schiffe verlassen hatten, mußten die Bürger erneut zu Lande kämpfen. Schon neigte sich die Sonne zum Untergang, da strebte jede Seite aufgestachelt nach dem Ruhm des Sieges. Die Spandauer jedoch trieb heftigere Sorge an, weil sie zwar nicht an Bewaffnung aber zahlenmäßig weit unterlegen waren. Kaum 800 zählten sie nämlich. Sie ermunterten sich jedoch wechselseitig, indem ihre Anführer mit Worten und Taten auf die Zierde des Ruhmes hinwiesen, und rüsteten sich mutig, das Kriegsglück zu versuchen. Zwiefach waren die beiden Heere geteilt: Das Spandauer Heer rückte von der zweiten Pfahlbrücke der Burg, wo die mühevollen Arbeiten vorangetrieben wurden, und die von der gegenüberliegenden Seite der Burg aus mit Brettern bedeckt beide Ufer der Havel am höchsten Rand berührte, unter seinen Feldzeichen mit der in der Stadt gebildeten und bewahrten Marschordnung, in allen Teilen unversehrt und fest herab bis hart an die Vorburg und machte auf dem Damm bei der Zugbrücke Halt.

Die Berliner, auf ihre Zahl gestützt, spotteten der kleinen Zahl der Spandauer, hielten jene bereits für besiegt und verachteten sie mit Gelächter. Das entzündete heftig die kampfbegierigen Gemüter der Spandauer.

Daher stürmten sie ohne zu zögern auf das gegebene Signal unter ihren Feldzeichen gegen die Feinde, die selbst kampfbegierig und deshalb sorgloser anstürmten, so daß weder Befehl noch Rat empfangen werden konnte. Jeder strengte sich an, den Gegner mit Knütteln völlig zu verjagen, der andere aber mit Knütteln zurückzuschlagen. Neben dem Spreearm bei der Burg stießen sie zusammen.

Die Schlachtreihe stand in dieser Weise: den rechten Flügel schützten die vornehmsten Bürger der Berliner, an ihrer Rüstung besonders kenntlich. Auf dem linken Flügel hatten sich die Cöllner aufgestellt. Im Hintertreffen stand das gemeine Volk. Bei der Hinterburg war ein sehr breiter Graben, der von sehr hohen Mauern und Schutzwehren und durch einen starken Wall verborgen wurde. Bei der Vorburg stürzte sich die Spree, die auf beiden Seiten Röhricht wachsen ließ und tiefe Strudel wälzte, mit einem aus dem Flusse abgeleiteten Arm mit großer Wassermenge hinein. Im Rücken grenzte unmittelbar an ein sehr ausgedehnter und dichter Wald, der sich vom Berliner Gebiet bis an das Spandauer erstreckte. In der Mitte aufgenommen hatten sie den Fürsten mit einigen Leibwächtern. Die Spandauer hatten eine einfache Schlachtreihe gebildet. Aber weil sie sahen, daß sie an Kräften ungleich waren, bedienten sie sich einer Kriegslist und griffen, nachdem sie ihre Feldzeichen gewandt hatten, die Gegner plötzlich in raschem Lauf im Rücken an.

§ 18. Schon hatten sich beide Schlachtreihen im Angesicht aufgestellt, und nichts fehlte an Bewaffnung für einen richtigen Krieg außer Eisen, was Unglück bringt. Mit Stöcken, Lanzen und dergleichen ist gekämpft worden: aber mit einer so großen Rauferei, daß die Leidenschaft der Gemüter sie aus einem Scherzkampf und einem eingebildeten und vorgegaukelten Gefecht zu einem fast übertriebenen und echten Streit und zu einer richtigen Schlacht unabsichtlich weiterdrängte. Und was zur Erholung und zur Übung aus Scherz begonnen worden war, entartete gefährlich in ernstem Unmut. Die Berliner rückten vor und begannen den Kampf unter dem Lärm, der von den Berghängen zurückgeworfen wurde und von den weiten Waldungen und tiefen Gewässern zurückhallte; sie glaubten, daß die Spandauer Front nirgends genügend fest aufgestellt sei und aus Angst, wie es schien, wanke, und mit den Schilden vertrieben werden könne; doch es kam anders.

Als sie nämlich schon unmittelbar zusammenstießen und die Gegner mit Knüppeln schlugen, da stand es dem Furchtsamen und dem Feigling nicht mehr frei, zu weichen. Der Zwang nämlich spornt auch die Feigheit an und oft ist die Ver zweiflung der Grund zur Hoffnung. Mann gegen Mann standen sie auf derselben Stelle, als wenn sie allein miteinander kämpften, bis endlich die Spandauer sich selbst Platz zum Siege machten. Blut wurde indes nicht vergossen: dafür gab es aber viele Prügel und genügend Wunden. Selbst zum Fürsten drang der Angriff und sein Pferd, von einem Knüttel getroffen, begann, von Schmerz fortgerissen, das Joch zu schütteln und den Fürsten abzuwerfen. Als jener den Kampfplatz räumte, damit er nicht etwa wider seine Absicht bei der die Täu-

sung erleichternden Nacht in Gefahr gestürzt würde, ergriffen auch die Berliner allesamt auf einmal die Flucht. Und weil die Morgenröte nahte und die Autorität des Fürsten durch einen Herold den Kampf beendete, brachen die Spandauer das Gefecht und die Verfolgung ab und jeder kehrte, nicht ohne Lachen, zu den Seinen zurück; und sie sind ein Beweis gewesen, daß nicht selten die Mehrheit von der Minderheit besiegt wird. Der Kurfürst bestieg sein Schiff und kehrte nach Berlin zurück. Und hatte dieses wenig kindliche Spiel einen fröhlichen Ausgang, da es zunächst den Spandauern großes Unglück versprach. Bei Ankunft nämlich des Fürsten wurde der regierende Bürgermeister Bartholomäus Bier am frühen Morgen auf kurfürstlichen Befehl aus dem Bett geholt, durch Trabanten auf die Burg gebracht und in einem scheußlichen Kerker eingesperrt. Alle Bürger wurden auf die Burg gerufen. Die mitgebrachten Liktoren trieben den meisten Furcht und Schrecken ein. Wenn auch diese Gefahr nicht alle berührte, so war es doch ein großer Trost von Schuld frei zu sein. Die bereitete und rasch durchgeführte Tat, eine Kette von Verhandlungen und Beratungen schien einigen gewissen Leuten zu drohen; aber die ganze Gefahr zerstreute die Gnade Gottes durch ein gütiges Geschick. Der einige Monate im Kerker zurückgehaltene Bürgermeister wurde schließlich wieder freigelassen und in Amt und Würden eingesetzt.

§ 19. In diesem Kriegsspiel begann der Kurfürst den Turm der Spandauer Kirche, der alle anderen in der gesamten Mark an Höhe übertraf und zweimal durch Blitzschlag getroffen und immer weiter niedergebrochen war, nicht ohne unheilkundendes Wahrzeichen durch Beschuß mit Kriegsmaschinen aus der Festung zu beseitigen. Kugeln gewaltiger Größe zerstörten zum Teil die Mauer des Turms, zum Teil setzten sie die Kirche selbst in Brand. Aus welchem Grunde er diesen Plan gefaßt hatte, wußten nicht einmal seine vertrauten Ratgeber. Allgemein glaubt man jedoch, dies sei geschehen, weil der Turm der Burg, wenn einmal Krieg drohe, Gefahr bringen könnte. Wenn er auch auf Bitten der Bürger und Räte von seinem Vorhaben, was mit großem Verlust und Schaden vieler Bürger verbunden war, abließ, so ging der Turm nichtsdestoweniger durch einen Blitz nicht viel später getroffen in Flammen auf, nachdem das Vorspiel in diesem Versuch dargeboten worden ist.

Holtze bemerkt zu Leuthingers Darstellung, daß er den Knüttelkrieg „in wunderlicher Breite“ beschreibe. „Trotzdem macht seine Erzählung nicht den Eindruck, als ob er die Berichte von Augenzeugen widergebe.“ Eine Begründung für diesen Eindruck bietet H. freilich nicht. Weiter äußert er: „Auf einem Mißverständnisse scheint die nicht von Hafftitz, aber von den anderen zeitgenössischen Chronisten gebrachte Nachricht zu beruhen, daß Joachim bei jener Gelegenheit beabsichtigt habe, die Kirchturmspitze zu Spandau niederzuschießen, und sich hiervon nur durch die Bitten seiner Umgebung habe abbringen lassen. Man hat aus dieser schlecht beglaubigten Anekdote den Schluß gezogen, Joachim sei damals nicht mehr bei vollem Verstande gewesen. Wäre die Erzählung von jener Absicht richtig, so wäre dieser Schluß allerdings völlig zutreffend. Der Knüttelkrieg scheint ein Scherz gewesen zu sein, welchen der Kurfürst sich und den Berlinern bei Gelegenheit der damals stattfindenden Musterung der mittelmärkischen Städte (man befand sich unter dem Eindrucke des Strafgerichts von Gotha, welches die Grumbachschen Händel soeben blutig beendet hatte) bereiten haben dürfte, um ihnen die geforderte Kriegsbereitschaft angenehmer zu machen“¹².

Selbst der kritische Holtze vermag sich der Tatsache, daß der Knüttelkrieg stattgefunden hat, nicht zu verschließen. Seine Deutung der Gründe hierfür läßt sich weder bestätigen noch widerlegen. Doch scheint es wenig wahrscheinlich, daß er den Berlinern und Spandauern durch dieses Gefecht „die geforderte Kriegsbereitschaft angenehmer“ machen wollte. Bereits Peter von Gebhardt meinte, „die dort geäußerte Auffassung Holtzes scheint nicht zutreffend zu sein“¹³.

Wir können heute einen Schritt weitergehen. Holtze kritisiert als unglaublich

„die schlecht beglaubigte Anekdote“, daß der Kurfürst von der Zitadelle aus die Nikolaikirche habe beschießen lassen. Nun findet sich diese Behauptung auch bei dem Spandauer Geschichtsschreiber Daniel Friedrich Schulze (1739 bis 1811)¹⁴, der seit 1763 als Rektor und Hilfsprediger in Spandau wirkte, ab 1778 Oberpfarrer und Superintendent an der St. Nikolaikirche war. Das kirchliche wie das städtische Archiv standen diesem historisch aufgeschlossenen und kritischen Pfarrer und Gelehrten zur Verfügung. Er konnte sich also noch auf eine ungebrochene schriftliche Überlieferung stützen und hat diese Möglichkeit auch ausgenutzt. In seiner auf lange Zeit ungedruckt gebliebenen Darstellung sind im 2. Band viele Nachrichten und Urkunden überliefert, über die sonst kaum etwas bekannt geworden wäre. Schulze nun stützt sich für seine ausführliche Schilderung des Knüttelkrieges ebenfalls auf Leuthinger. Abweichend gibt er jedoch an, daß nach anderen Aussagen derselbe nicht am 8. August sondern auf Margarethen, d. h. am 13. Juli, stattgefunden habe. Die Quelle hierfür ließ sich leider nicht ermitteln. Aber Schulze berichtet auch von der Beschießung der Nikolaikirche und verweist in diesem Zusammenhang auf die Kirchenrechnungen. Diesbezügliche Nachforschungen ergaben, daß der betr. Band sich heute im Heimatmuseum Spandau befindet, wo er mir von dem Leiter, Herrn Müller, freundlicherweise zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt wurde¹⁵. Hier nun findet sich der eindeutige Beleg, den Holtze vermißt hatte. Wir zitieren diese bislang nicht veröffentlichten Stellen:

6 gr. 6 d. von 900 holstein¹⁶

9 gr. vor 1 1/2 wispel¹⁷ kalk

7 1/2 gr. vor eilf fuder sant

3 gr. 6 d. steiger¹⁸ holn aus der heide

Zu furen zu decken die kirchen und das dach der selwigin wieder zumachen, das der wind uferissen und ¹⁹ Churf. gnaden mit schissen vorderbl.

Auf der nächsten Seite folgen weitere diesbezügliche Eintragungen, aus denen sich die Dauer der Arbeiten und der hierfür erforderliche Arbeitslohn ergibt, während die vorhergehende Stelle Auskunft gab über das benötigte Arbeitsmaterial und die daraus resultierenden Unkosten.

1 schock 22 1/2 gr. Antho[nius] Gabriel vor eilf tage an die locher, so Churf. gnaden mit schissen in das dach der kirchen das nechst vorschinen jar gemacht, zugefflickt.

41 gr. 2 d. dem handtreicher vor eilf tage.

33 gr. 7 d. dem kaldschleger vor 9 tage.

30 gr. Stappel acht tage allerlei handreichunghe gethan.

51 gr. 2 d. dem zigeler tranckgeldt 900 holstein¹⁶ zu streichen und dozu auch

5 gr. idem von 3 wispel 8 scheffel kalk tranckgeldt.

Werfen wir abschließend noch einen kurzen Blick auf die Literatur. Johann Ludewig Dilschmann²⁰, der 1793 als Konrektor der großen Schule zu Spandau gestorben ist, behandelt dieses Ereignis in seiner Diplomatischen Geschichte natürlich ebenfalls. Dabei sei am Rande darauf hingewiesen, daß der eigentliche Vf. jenes Buches der Kriegsrat Fischbach sein soll. Das bereits 1784/85 gedruckte Werk beruft sich bei der Darstellung des Knüttelkrieges auf Leuthinger. Der deutsche Text stimmt wörtlich mit der Übersetzung bei D. F. Schulze überein. Merkwürdigerweise verlegt Dilschmann den Beschuß der Nikolaikirche bereits in das Jahr 1565 (S. 12). Gleichzeitig, aber unabhängig von Schulze, gibt Wilken eine umfassende Schilderung des Knüttelkrieges, wobei er sich ebenfalls auf Leuthinger beruft²¹. Vergleicht man beide Darstellungen, so wird deutlich, daß es sich in keinem Fall um eine Übersetzung handelt, sondern um stark

voneinander abweichende Zusammenfassungen des Leuthingerschen Textes. Die Ursache hierfür ist bei Leuthinger selbst zu suchen. Der von Krause gebotene Text (eine kritische Überprüfung desselben war leider nicht möglich) enthält nicht nur sprachliche Schwierigkeiten und sachliche Unstimmigkeiten, sondern erweckt zugleich den Eindruck, als ob die Sätze stellenweise aus dem ursprünglichen Zusammenhang herausgerissen worden sind. Wilken wie Schulze erkannten diese Schwierigkeiten und behelfen sich mit Textumstellungen, wobei Wilken sich enger an Leuthinger anlehnte.

Eine sehr freie Bearbeitung des Stoffes bietet Theodor Fontane in der Erzählung „Die Seeschlacht auf der Malche“²². Bereits Otto Kuntzemüller²³ hat 1881 nachhaltige Kritik daran geübt. Er weist darauf hin, daß das Wasser zwischen Eiswerder und Zitadelle nie den Namen Malche oder einen anderen geführt habe. Auch Fontanes Angaben über die Namen der Bürger, welche die Spandauer Schiffe befehligten, über den Ritt Schönicks nach Staaken und sein Zug in den Rücken der Berliner und Cöllner sind erdichtet. Andererseits ist auch Kuntzemüller nicht frei von Übertreibungen. Seine Behauptung, daß den 800 Spandauern über 1500 Berlin-Cöllner Bürger gegenüber gestanden hätten, ist nicht belegt. Wenn auch seine Kritik an Fontane weitgehend zutrifft, so wundert man sich doch, daß ein derartiger Wanderer und Kenner der örtlichen Verhältnisse sich eines solchen Irrtums schuldig gemacht haben soll, zumal er ausdrücklich zwischen dem großen und kleinen Malch-See unterscheidet. Wäre es nicht doch möglich, daß der Name, der heute nur noch an der Bucht des Tegeler Sees haftet, die der Große Malch-See genannt wird, früher weiter verbreitet war? Der Spandauer Direktor der städtischen Oberrealschule, Dr. Neuse²⁴, schreibt 1913 bei der Schilderung der Zitadelle: „Außer von dem eigentlichen Festungsgraben war die ‚Vestung Spandau‘ auf allen Seiten von der Havel umgeben, im Norden von der breiten Wasserfläche, die man wohl die ‚Malche‘ nennen hört.“ Leider läßt sich seine Behauptung, die möglicherweise sogar auf Fontane zurückgeht, nicht durch weitere Zeugnisse erhärten. Eine Durchsicht alter Spandauer Karten blieb ergebnislos. In Merians Topographie heißt es lediglich, „uff der halben Seite der Vestung ist ein großer See, durch welchen die Havel fließet.“ Ein Name wird für den See nicht angegeben. Als letztes sei auf eine Darstellung von Oskar Klein²⁵ aufmerksam gemacht, die an entlegener Stelle erschienen ist. Danach habe ein Eilbote dem Bürgermeister Barthel Bier ein kurfürstliches Pergament gebracht, darinnen er „E. E. Rate und gemeiner Burgerschaft Seiner lieben und getreuen Stadt Spandaw“ mitteilte, daß er im August des laufenden Jahres ein gar absonderlich „spectaculum“ zu veranstalten willens sei. Die Berliner Bürgerschaft solle nach mannhafter Verteidigung Spandau durch freiwillige Flucht der Spandauer erobern. Andern tags verkündeten die Stadtknechte die Absicht des Kurfürsten der Bürgerschaft. Zünfte und Bürgerschaft rüsteten eifrig und bald konnte Bier dem Kurfürsten melden, daß sie kampfbereit seien.

Die Seeschlacht dauerte bis zum Nachmittag, der Landkrieg begann erst am nächsten Tag. Etwa 1000 Berliner rückten vom Charlottenburger Schloß her an, geführt von Bürgermeister Röckerfleisch. Als der Kampf in Ernst auszuarten drohte, soll der Kurfürst in das Getümmel geritten sein, um die Kämpfenden zu trennen, stürzte aber dabei vom Pferd. Erst bei Anbruch der Nacht wurde der Kampf beendet. „Item“, so meldet der Chronist, „hat gar manch waidlicher

Kerl ein lebenslang Gebrechen davongetragen“. Die Einstreuung zahlreicher Zitate in den Text erweckt den Eindruck, als habe Klein weitere, heute verlorene Quellen benutzt. Mit Leuthinger stimmt seine Darstellung nicht überein, doch läßt sich manche Abweichung als Mißverständnis bzw. Interpretation erklären. Die Benennung des angeblichen Berliner Bürgermeisters Rökerfleisch legt den Verdacht nahe, daß er die eingestreuten Chronik- und Urkundenstellen selbst erfunden hat; denn für die Jahre 1566—1572 fehlen uns die Namen der Berliner Bürgermeister.

Auf alle Fälle läßt sich abschließend feststellen, daß der Cöllner Stadtschreiber, Paul Creusing, Peter Hafft und Nikolaus Leuthinger unabhängig voneinander jenes Ereignis berichten, wenn auch nicht ganz ohne innere Widersprüche. Noch höher aber ist der Wert der Spandauer Kirchenrechnung zu veranschlagen, die jeden Zweifel an dem Knüttelkrieg und an der Beschießung des Kirchturms beseitigt.

Anmerkungen:

- ¹ Peter von Gebhardt: Die Bürgerbücher von Cölln an der Spree. Veröff. d. Hist. Komm. f. d. Prov. Brandenburg u. d. Reichshauptstadt Berlin 1/3, Berlin 1930, S. 119 ff.
- ² Schriften des Vereins für die Geschichte Berlins (im folgenden abgekürzt: SchrVGB), Heft 4, 1870.
- ³ Friedrich Holtze: Creusings Märkische Fürsten-Chronik. SchrVGB 23, 1886 — Hermann Pieper erklärt in der Allgemeinen Deutschen Biographie (ADB) 47, 1903, S. 556, daß Holtze bei seinem Druck „einer späteren schlechten Abschrift“ gefolgt sei. Das von Pieper genannte Originalmanuskript Creusings befindet sich nicht mehr im Geheimen Staatsarchiv.
- ⁴ Peter v. Gebhardt: Das älteste Berliner Bürgerbuch 1453—1700. Veröff. d. Hist. Komm. f. d. Prov. Brand. I, 1927, S. 99 — Zum Lebenslauf von H. siehe ADB 10, 1879, S. 319; NDB 7, 1967, S. 463 f.
- ⁵ Manuscriptum Microchronicon Marchicum. Geschrieben durch M. Petrum Hafftitium, weiland rectorem beyder schuelen zu Berlin und Cöllen an der Spewe. Anno Domini 1597.
Die Handschrift weist über den Vokalen ein Umlautzeichen auf, das beim u zugleich als u-Haken dient. Bei der Wiedergabe wurden daher u und ü nach heutigem Sprachgebrauch eingesetzt. Im übrigen folgt die Wiedergabe der Lesung den „Richtlinien für die äußere Textgestaltung bei Herausgabe von Quellen zur neueren deutschen Geschichte“ von Johannes Schultze, veröffentlicht in den Blättern für deutsche Landesgeschichte 98, 1962. — Die Mitteilungen aus den Kammereirechnungen finden sich bei D. F. Schulze: Gesch. Spandaus, Bd. 2.
- ⁶ Pr. Br. Rep. 16 Nr. 39, S. 215 f.
- ⁷ Codex dipl. Brandenburgensis nach Exemplar der Stadt Templin, D 1, S. 46 ff.
- ⁸ J. Heidemann: Zur Kritik von Peter Hafftitz' Microchronicon. In: Forschungen zur deutschen Geschichte 18, 1878, S. 392 ff.
- ⁹ M. Elia Löckel: Marchia Illustrata. Handschrift v. J. 1680. Aufbewahrt im Geheimen Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Pr. Br. Rep. 16 Nr. 60, Band 2 S. 226. — Auf dem Titelblatt nennt er sich kurfürstlicher Kircheninspektor im Land Sternberg und Pastor primarius in Drossen.
- ¹⁰ Hermann Pieper: Der märkische Chronist Andreas Engel (Angelus) aus Strausberg. Berlin 1902 — Neue Deutsche Biographie (NDB) 4, 1959, S. 499 — 1604 erwarb die Spandauer Kirchenbibliothek Engels Märkische Chronik für 1 Taler 12 Groschen (D. F. Schulze, Bd. 2).
- ¹¹ Johann Gotlieb Krause (Hrsg.): Collectio scriptorum de rebus Marchiae Brandenburgensis maxime celebrium Nicolai Leuthingeri de Marchia et rebus Brandenburgicis commentarii . . . , Frankfurt/O. und Leipzig 1729, S. 560 ff.
Gleichzeitig veröff. von Georg Gottfried Küster: Collectio opusculorum historiam

Marchicam illustrantium. Berlin 1729, Buch 16, S. 553. Dieser Band konnte nicht eingesehen werden. Leuthingers Darstellungen waren als 30 einzelne Bücher bereits zu Lebzeiten des Vf. erschienen, aber weit verstreut. Küster und Krause veranstalteten also gleichzeitig die erste Sammlung und geschlossene Publikation seines Werkes. Beide Herausgeber bieten auch biographische Abrisse, zuverlässiger ist jedoch der einschlägige Artikel in der ADB 18, 1883, S. 498. — Aus den von D. F. Schulze mitgeteilten Kämmererechnungen geht hervor, daß L. seine „Commentarien der Mark Brandenburg“ in einzelnen Teilen 1594, 1597, 1603, 1606 und 1612 dem Spandauer Rat dedizierte und dafür zweimal sogar 6 Taler erhielt.

^{11a} viperilla, in den einschlägigen Wörterbüchern nicht faßbar, ist als Diminutivform zu vipera = Schlange zu verstehen. Da „Schlange“ in jener Zeit als Bezeichnung für ein Geschütz dient, ist zu vermuten, daß die Verkleinerungsform auf das Gewehr gemünzt ist. — bipennis ist zwar die Doppelaxt, möglicherweise aber auch das zweischneidige Schwert. — Eine klare Vorstellung von der Bewaffnung der Berliner läßt sich aus dem Text nicht gewinnen.

¹² Friedrich H o l t z e : Die Berolinensien des Peter Haffitz. SchrVGB 31, 1894, S. 62.
¹³ s. Anm. 1, S. 121.

¹⁴ Daniel Friedrich S c h u l z e : Zur Beschreibung und Geschichte von Spandau. Hrsgg. von Otto Recke, Spandau 1913, Bd. 2, S. 75.

¹⁵ Grüner Pergamenteinband von 253 (ungezählten) Folioseiten. Außentitel: Die andere Kirchenrechnung von A. 1554 bis 1558. Item 1564 bis 1567. Item 1558. Innentitel: Register des Gemeinen Castens, der einnahm und ausgabe, angefangen uf Johannis Baptis. anno etc. LIIII. Der Band enthält eine zeitliche Einteilung, die die Jahre 1554—57, 1564—67 und 1588—89 umfaßt. Innerhalb dieser Gliederung bestehen zwei Hauptgruppen: A. Einnahmen, B. Ausgaben. Diese beiden Gruppen werden ihrerseits in zahlreiche kleinere Positionen unterteilt, wie z. B. Gemeine Einnahmen, Einnahmen aus Hauptsummen, Zinsen, Ratsgelder, Scheffelkorn usw. Für das Jahr 1558 sind nur vorweg die Kapitelüberschriften eingetragen worden, im übrigen aber blieben die Seiten unausgefüllt. Bei den Jahren 1564—67 ist die zeitliche Gliederung durch Nachträge in den sachlichen Positionen durchbrochen worden, so daß die Einträge bis in das Jahr 1568 reichen. Doch ist nicht jede dieser Eintragungen zeitlich genau fixiert. Nur in einigen Fällen wird das Jahresdatum hinzugefügt, sonst begnügt man sich meist mit dem Tages- und Monatsdatum. Aus diesem Grunde läßt sich die Beschießung, die unter dem Jahr 1567 berichtet wird, nicht näher auf einen bestimmten Tag eingrenzen.

¹⁶ Der Rechnungsführer bediente sich überwiegend der römischen Zahlzeichen, die jedoch hier mit arabischen Ziffern wiedergegeben wurden. IX^c = 900.
gr. = Groschen, d. = Denar.

¹⁷ In der Vorlage abgekürzt „wl“ mit Kürzungsstrich darüber.

¹⁸ Ist „steiger“ gedehnt zu sprechen in der Bedeutung von: Stöcker?

¹⁹ Von hier bis „vorderbt“ ist der Text mit schwarzer Tinte unterstrichen, möglicherweise schon vom Eintragenden. Die Anmerkung stammt von der gleichen Hand wie der nebengeschriebene Eintrag der Kosten.

²⁰ J. L. D i l s c h m a n n : Diplomatische Geschichte der Stadt und Festung Spandow, 1784, S. 67 f.

²¹ Fr. W i l k e n : Zur Geschichte von Berlin und seinen Bewohnern bis zum Anfang des 17. Jh. In: Historisch-genealogischer Kalender 1820, S. 121 ff.

²² Th. F o n t a n e : Die Seeschlacht in der Malche. Wanderungen durch die Mark Brandenburg, Havelland.

²³ O. K u n t z e m ü l l e r : Urkundliche Geschichte der Stadt und Festung Spandau, 1881, S. 284.

²⁴ N e u s e : Spandau, ein märkisches Stadtbild. 1913, S. 29.

²⁵ Oskar K l e i n : Der Spandauer Knüttelkrieg. In: Märkische Blätter 1914, Nr. 78.

Oscar Wagner — ein fast vergessener Berliner Schriftsteller

In seinen Lebenserinnerungen „Arzt seit fünf Jahrzehnten“ gedenkt Prof. Dr. Theodor Brugsch auch seines Schwagers, des ehemaligen Schauspielers, Zeichners und Schriftstellers Oscar Wagner, der um die Jahrhundertwende als Regisseur, Intendant und Theaterdichter am ehemaligen American-Theater August Reiffs in der Dresdener Straße wirkte und mit seinen Theaterstücken (meist Parodien auf den Naturalismus) damals nicht geringen Erfolg hatte.

Wenn ich, sein Enkel, der noch nicht auf der Welt war, als mein Großvater starb, von seinem Leben und Schaffen zu berichten versuche, so kann ich nur auf einige schriftliche Unterlagen (Bücher, Dokumente, Zeitungsausschnitte, Briefe und Bilder) zurückgreifen. Die wichtigste Quelle ist jedoch nicht mehr erreichbar — das Manuskript einer umfangreichen Autobiographie meines Großvaters mit dem Titel „Narrenkappe und Zylinder“. Der Titel stand symbolisch für die beiden Hauptetappen des Lebensweges des Autors, zunächst der Tätigkeit des Komödianten und später der des Zeichners, Schriftstellers und seriösen Sprechers an der alten Berliner Urania in der Taubenstraße. Dieses Manuskript mußte meine Mutter zusammen mit vielen anderen wertvollen Familienandenken in Hindenburg (dem heutigen Zabrze) zurücklassen, als sie im Januar 1945 Oberschlesien als Flüchtling verließ. Als Schüler habe ich die Memoiren meines Großvaters einmal gelesen und will versuchen, einiges aus der Erinnerung niederzuschreiben, um es mit dem vorhandenen dokumentarischen Material zu einer möglichst wahrheitsgetreuen Schilderung zu verbinden.



Oscar Wagner

Oscar Wagner wurde am 9. 8. 1851 als Sohn des Königlichen Bezirks-Feldwebels Alexander Wilhelm Wagner und dessen Ehefrau Pauline Wilhelmine geb. Rüdiger in Crossen an der Oder geboren. Seine Vorfahren waren im 18. Jahrhundert als Bürger und Fuhrleute in Saalfeld an der Saale ansässig. Sein Urgroßvater Andreas Wagner fiel nach dem Siebenjährigen Kriege preußischen Werberrn in die Hände und starb, 58jährig, im Jahre 1808 als gemeiner Soldat „von des Herrn

Obristleutnant von Borch Compagnie“ in Berlin. Sein Großvater David Gottlieb Wagner hatte im Regiment von Streichwitz gedient und 1806/07 im Freiwilligen Jäger-Corps am Kampf gegen Napoleon teilgenommen. Waffenbrüderschaft und Freundschaft verbanden ihn mit George Linz, einem Iren aus Wexford, der in französische Gefangenschaft geriet und 1807 in einem Lager in Mainz verstarb. Zwei Jahre nach dem Tod seines ehemaligen Waffengefährten heiratete David Gottlieb Wagner die Witwe von George Linz, Barbara Kely, aus Clebemen bei Wexford gebürtig, die mit ihrem ersten Mann nach Deutschland gekommen war. Aus dieser Ehe gingen 3 Mädchen und 2 Jungen hervor. Der Jüngste, Oscar Wagners Vater, wurde am 10. 11. 1818 in Lindow/Mark geboren. Seine Kindheit verlebte Oscar Wagner in Crossen und später in Görlitz, wo sein Vater nach dem Ausscheiden aus dem Heeresdienst eine Anstellung als Telegraphist fand. Hier, am Fuße der Landeskronen, besuchte der kleine Oscar eine Bürgerschule oder ein Gymnasium. Jedenfalls erwähnte er in seinen Memoiren, daß der Vater das Schulgeld kaum aufbringen konnte und daß er selbst, obwohl er gar nicht gut singen konnte, im Schul- und Kirchenchor sowie als Kurrendesänger mitwirken mußte, um nur ja Schulgeldfreiheit zu erhalten. Sein Gesangslehrer hatte wohl viel Verständnis für seine soziale Lage, denn er befahl dem Jungen beim Singen nur den Mund zu bewegen und lautlos mitzusingen.

Oscar hatte erst einige Klassen der Lehranstalt absolviert, als sein Vater nach Berlin versetzt wurde. In Berlin war es wohl nicht so leicht, für den Sohn eines subalternen Beamten eine Freistelle an einer höheren Schule zu finden. Da entschloß sich Oscars Vater zu einem seltsamen Versuch. Er hatte in Erfahrung gebracht, wann und wo der König spazieren zu gehen pflegte. So begab er sich täglich mit seinem Sohn in den königlichen Garten, um dort mit dem Jungen nach preußischer Manier zu exerzieren. Laut schallte die geübte Kommandostimme des ehemaligen Feldwebels durch die stillen Alleen und ein etwa 12jähriger Junge mit braunen Augen und dunklem, krausen Haar mußte strammstehen und marschieren wie ein Rekrut. So erregte Oscars Vater auch tatsächlich die Aufmerksamkeit des Königs. Doch als der Monarch herantrat und einige Fragen an die beiden richtete, da gab der Vater wohl schneidige Antworten, aber der Junge bekam Angst und lief davon. Aus war's mit der Hoffnung auf besondere königliche Gunst.

Oscar war inzwischen dem schulpflichtigen Alter entwachsen. Der Vater gab ihn zu einem Kaufmann in die Lehre. Gelegentliche Theaterbesuche erweckten in ihm eine unbändige Leidenschaft für das Theater. Auf dem Dachboden des Warenhauses fand er unter dem Altpapier, das zum Tütenkleben bestimmt war, mitunter auch dramatische Werke, aus denen er dann laut deklamierte und die er zum großen Teil auswendig lernte. Eines Tages wurde er dabei vom Prinzipal erwischt und auf der Stelle hinausgeworfen. Was sollte der arme Junge tun? Er fürchtete sich, dem jähzornigen Vater mit dieser Hiobsbotschaft unter die Augen zu treten und lief davon. Mit einem Wandertheater zog er jahrelang durch Brandenburg und Schlesien. Die Erlebnisse dieser Jahre hat Oscar Wagner später in humorvoller Weise schriftstellerisch gestaltet und 1895 unter dem Titel „Abgeschminkt“ veröffentlicht. Das Büchlein hatte er eigenhändig illustriert, denn er verfügte auch über ein außerordentliches zeichnerisches Talent.

Den Wanderjahren mit dem Thespiskarren folgten einige Engagements als erster Liebhaber an kleineren Provinztheatern. Aus dieser Zeit rührte Oscar Wagners

Duzfreundschaft mit dem später berühmt gewordenen Heldendarsteller Adalbert Matkowsky her, die Brugsch in seinem Buch erwähnt. Ich erinnere mich noch gut, daß im Arbeitszimmer meines Vaters ein großes Porträt von Adalbert Matkowsky hing. Unter dieses Bild hatte Matkowsky geschrieben: „Sei nie das, was du scheinst, scheine nie das, was du bist! Seinem lieben Freunde Oscar Wagner — Adalbert Matkowsky.“ Einen anderen großen Schauspieler und alten Freund meines Großvaters habe ich in den dreißiger Jahren einmal persönlich kennengelernt, den Komiker Guido Thielscher. Mein Vater stellte mich ihm vor und als ich ihn um ein Autogramm bat, schrieb er auf eine Karte: „Auf dieser Welt ist ein halbes Glück oft schon ein seltenes Glück. — Guido Thielscher.“

Später arbeitete Oscar Wagner eine Zeitlang als Zeichner und Hieroglyphenmaler für Prof. Dr. Brugsch-Pascha. Wie es dazu kam, schildert Brugsch in seinem bereits erwähnten Buch wie folgt: „Mein Vater sammelte in den achtziger Jahren ägyptologische Materialien, die er für ein in Hieroglyphenschrift herauszugebendes Werk kopieren lassen mußte. Er gab in einer Berliner Zeitung eine Annonce auf: ‚Gesucht wird ein geschickter Zeichner für Hieroglyphen.‘ Da meldete sich ein junger Künstler und präsentierte eine Mappe mit guten künstlerischen Zeichnungen, die er zu den Gedichten des schlesischen Dichters Holtey gemacht hatte. Er zeigte auch, wie geschickt er Hieroglyphen zeichnen konnte. Sein Lebenslauf interessierte meinen Vater damals wohl nicht sonderlich, sondern nur sein zeichnerisches Können, das vortrefflich war. Er sah gut aus und konnte prachtvoll deklamieren.“ Als Zeichner arbeitete mein Großvater für Brugsch-Pascha nur wenige Jahre, für das ganze Leben jedoch verband er sich mit der einzigen Tochter des Professors, mit Isabella Elisabeth Marietta Alexandra Brugsch, mit der er am 30. 4. 1885 getraut wurde.

Aus dieser Zeit stammt auch eine Notiz aus dem Berliner Tageblatt folgenden Wortlauts: „Im Falk-Realgymnasium recitierte am Sonnabend Hr. Oscar Wagner frei aus dem Gedächtnisse Shakespeare's Othello. Herr Wagner, der kürzlich in gleicher Weise im Hotel de Rome den Hamlet vortrug, leistet in seiner Kunst Außerordentliches, es stehen ihm das Talent des Schauspielers, wie der Wohlklang seines Organs und angenehme Erscheinung neben seinem staunenswerthen Gedächtniß in ungewöhnlicher Weise zur Seite.“ Als kostbare Reliquie bewahre ich auch ein Handschreiben des damaligen Direktors des Falk-Realgymnasiums Herrn Dr. Th. Bach auf, der am 1. 2. 1885 schrieb: „Herr Oskar Wagner hat am Sonnabend 31. 1. in unserer Aula vor den Schülern der oberen Klassen und deren Angehörigen Shakespeares Hamlet frei aus dem Gedächtnis recitiert. Er hat dieses unter großem und gerechtfertigtem Beifall gethan und den Zuhörern einen hohen Genuß bereitet. Sein Vortrag war klar, edel, frei von Effekthascherei, die einzelnen Personen und Situationen deutlich und verständnisvoll charakterisierend; namentlich gilt dieses von den Männerrollen. Herr Wagner erhielt das Auditorium von Anfang bis Ende in dramatischer Spannung und entließ es in sichtlich gehobener Stimmung.“

Die produktivsten Jahre seiner schriftstellerischen Tätigkeit waren die beiden Jahrzehnte vor und nach der Jahrhundertwende. Um einen Überblick über Oscar Wagners literarisches Schaffen zu geben, zitiere ich aus dem Deutschen Literatur-Lexikon von Wilhelm Kosch, Max Niemeyer Verlag, Halle (Saale), 1930, 2. Bd., S. 2880/2881: „... Hauptwerke:

Trockenwohner (Dramat. Parodie) 1893
 Der Dussel (Dramat. Parodie) 1893 /R. 3039/
 Abgeschminkt. Aus dem Tagebuch eines Wandermimen. (Humoreske) 1895
 Der stille Portier (Berliner Lebensbild) 1895 /R. 3435/
 Ptahotepp oder Ein altägyptischer Knigge (mit Illustr.) 1896
 Der keusche Joseph (Komödie, mit Georg Zimmermann) 1896
 Geschwister Fiebig (Volksstück, mit Haßkarl) 1897
 Lissel-Lene (Roman aus dem Komödiantenleben) 1898
 Zwei vom Reichstag oder Ein Liberaler (Schwank) 1898
 Fritz Reuter (Literarische Studie) 1901
 Berliner Zigeuner (Erzählg. aus dem Leben) 1903
 Im Bahnwärterhäusel (Schausp.) 1904
 Der Theater-teufel (Volksstück) 1905
 Die Hosen des Herrn von Bredow (Schauspiel) 1910
 Der Millionendieb (Ausstattungsstück) 1910
 Die Tochter des Vagabunden (Aus dem Tagebuche einer Schauspielerin) 1912“

Trotz seines vielseitigen Talents und unermüdlicher Tätigkeit ist es Oscar Wagner und seiner zahlreichen Familie wirtschaftlich, vor allem in den letzten Jahren, nicht gut gegangen. Wie ein dunkler Schatten lag die jahrelange schwere Krankheit seiner Frau, die damals in Berlin grassierende Tuberkulose, die schließlich sie und zwei von fünf Kindern dahinraffte, über der Familie. Am 15. 1. 1916 nahm der Tod dem bereits durch einen Schlaganfall an einen Rollstuhl gefesselten, einst so lebensfrohen Künstler für immer Pinsel und Feder aus der Hand. Eine Berliner Zeitung widmete ihm damals folgenden Nachruf: „Oscar Wagner, besonders bekannt als langjähriger Sprecher am hiesigen Urania-Theater, ist gestern im Alter von 65 Jahren verstorben. Mit ihm ist ein in früheren Jahren recht produktiver dramatischer und novellistischer Schriftsteller, der auch in hiesigen Vereinskreisen sich großer Beliebtheit erfreute, dahingegangen. Einstmals war er auch „Hausdichter“ am verflossenen „American-Theater August Reiffs. Seine außerordentlich wirksamen, realistischen Komödien, wie „Nulpus“ und ähnliches, deren Stoffe er aus den Niederungen des Berliner Lebens schöpfte, erregten erhebliches Aufsehen. Sie sind zumeist in der Reclamschen Universalbibliothek erschienen. Wagner war Schlesier von Geburt und als solcher einer der vortrefflichsten Interpreten Holteischer Dichtungen. Auch unserm Blatt hat er früher vielfach Beiträge geliefert. Am heutigen Mittwoch wird er nachmittags 3 Uhr auf dem Parkfriedhof in Lichterfelde-West zur letzten Ruhe bestattet.“

Moses Mendelssohns Stellung zum Selbstmord

„Rund 1000 Menschen in der Welt nehmen sich täglich das Leben. In Berlin, der Stadt mit der höchsten Selbstmordziffer der Welt, sterben fast dreimal mehr Menschen durch Selbstmord als durch Verkehrsunfälle.“ Diese Sätze enthält ein modernes „Handbuch der Selbstmordverhütung“¹.

Jedoch sind das Selbstmordproblem und die damit verbundene Aufgabe der Selbstmordverhütung keine Merkmale unserer modernen Zeit. Rund 200 Jahre ist es her, daß der in Berlin lebende Jude Moses ben Menachem, nach seinen Schriften Moses Mendelssohn genannt, diese Themen aufgriff. 1755 erschien bei Christian Friedrich Voß in Berlin Mendelssohns Schrift „Über die Empfindungen“. Neben grundlegenden Ausführungen über Fragen der Ästhetik enthält das Buch umfangreiche Passagen über den Selbstmord. Aus welchem Anlaß beschäftigte sich der damals 26jährige Jude, seit kurzer Zeit Freund Lessings und Nicolais, mit dem Problem des Selbstmordes?

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts ging von England aus eine Selbstmordwelle über Europa hinweg, und auch in der preußischen Hauptstadt wurden Selbstmorde häufiger als bisher festgestellt. Es lag nahe, daß Mendelssohn, ein Hauptvertreter einer belehrend und aufklärend wirkenden Literaturepoche, in seine philosophischen Schriften verstandesmäßig begründete Hilfsmittel gegen die Selbstmordneigung einflocht.

In den Briefen „Über die Empfindungen“ unterhalten sich Theokles, „ein englischer Weltweiser“ und die Personifizierung Mendelssohnscher Gedanken, sowie Euphranor, ein junger deutscher Edelmann über Themen der Ästhetik. Dabei streift man die Frage nach der moralischen Zulässigkeit des Selbstmordes. Weil es Leute gibt, „die es mehr aus Überlegung als aus Raserey gethan zu haben scheinen“, trägt Euphranor verstandesmäßige Gründe für den Selbstmord vor². Auch sei die Religion für den Selbstmordwilligen kein Hindernis, denn es kann für einen auf Erden unerträglich leidenden Menschen sogar trostvoll sein, den Weg zum ewigen Leben abzukürzen. Und was sollte den unreligiösen Menschen von seinem Vorhaben abhalten? Das schaffen weder die Furcht vor dem Tode, als dem größtmöglichen Übel, noch alle Rücksichten auf mitmenschliche Bindungen oder bürgerliche Pflichten. Der Zustand eines Bewußtseins, darin das Übel das wenige Gute überwiegt, kann für den Betroffenen schmerzlicher sein, als selbst die Todesfurcht. Mit dem Hinweis auf den Selbstmord als oft benutztes Mittel der Bühnendichter versucht Euphranor, seine Ansichten zu untermauern. Theokles (Mendelssohn) beginnt seine Prüfung der vorgebrachten Rechtfertigungsgründe mit dem Einwand, daß die Schaubühne ihre eigenen Gesetze habe. Wenn der Selbstmord als poetisches Mittel gelegentlich brauchbar sei, so ist er deswegen im menschlichen Leben weder sittlich gut noch erlaubt. Mendelssohn weiß, daß sich ein Selbstmordgefährdeter nicht durch äußere Mittel, z. B. durch staatliche Verordnungen zur Bekämpfung des Selbstmordes von seinem Vorsatz abbringen lassen wird. Nicht die Furcht vor einer schimpflichen Beerdigung, noch die Sorge um den Leumund nach dem Tode hält Mendelssohn für wirk-same Hinderungsgründe, sondern das Bewußtsein durch die Tat gegen die „innere Rechtschaffenheit“ eines tugendhaften Menschen zu verstoßen. Zu dieser Überzeugung will Mendelssohn seinen Mitmenschen verhelfen.

So hätte er eigentlich das Edikt des Königs vom Jahr 1751 begrüßen müssen, wodurch der Selbstmord fortan für straffrei erklärt wurde. Jedoch hatte Friedrich II. aus seiner Beschäftigung mit der Stoa und seinem Umgang mit französischen Philosophen heraus eine grundsätzlich andere Einstellung zum Freitod gewonnen als Mendelssohn, der Verfechter der Wolffschen Philosophie. Für den König war das menschliche Leben nur eine kurze Frist zwischen dem Nichtsein und dem Nichtmehrsein³. Er hielt es sogar für ein Zeichen von Mut und Seelenstärke, wenn ein Mensch, z. B. um seine sittliche Würde zu wahren, diese Frist abkürzen wollte. Es ist bekannt, daß er selbst während des Siebenjährigen Krieges Gift bei sich trug.

Welche Argumente setzt Mendelssohn den Verfechtern der Selbstmordzulässigkeit entgegen? Er legt dar, daß die Kräfte der Natur und die des menschlichen Körpers zur Erhaltung des Lebens zusammenwirken. Dadurch sei ein göttlicher Wille offenbart. Für Mendelssohn bedeutet es also „ein Verbrechen und eine sträfliche Empörung“, wenn sich jemand den mutmaßlichen Absichten Gottes widersetzt. Selbst ohne das Vertrauen in die Absichten eines gütigen Gottes steige mit jedem Unglück die Wahrscheinlichkeit eines Schicksalswandels. Außerdem kann es die Gesellschaft nicht hinnehmen, daß der Einzelmensch über seine Unbrauchbarkeit innerhalb des Ganzen selbständig entscheide. So klingen die Briefe „Über die Empfindungen“ mit der Forderung aus, sich der sozialen Verpflichtung innerhalb der Gemeinschaft auch dann noch bewußt zu bleiben, wenn das persönliche Unglück unerträglich erscheint.

Gegen diese Vernunftgründe Mendelssohns wandte sich Friedrich Gabriel Resewitz (1729—1806), ein junger Theologe und ehemaliger Reiseprediger des Fürsten von Anhalt-Zerbst. Er weilte um 1756 in Berlin und lebte für kurze Zeit im Bekanntenkreise Mendelssohns und Nicolais. Als Theologe hatte er sicher nähere Berührung mit Bedrängten und Lebensmüden als Mendelssohn der „Weltweise“. Resewitz weiß, daß der Mensch, „dieses schwache Geschöpf“, seinen Lebenswandel nicht nur nach den Vorschriften einer abstrakten Vernunft einrichten kann. Er wirft Mendelssohn indirekt Weltfremdheit vor.

In seinem Antwortbrief vom 1. 5. 1756, den Nicolai erst 1810, also lange nach dem Tode des Philosophen, aus dem Nachlaß veröffentlichte, verteidigt Mendelssohn die Berechtigung des „theoretischen Sittenlehrers“, über den Selbstmord mitreden zu dürfen⁴. Ein „Moralphilosoph“ habe die Aufgabe, die „moralisch bösen“, also die naturwidrigen Handlungen aufzuzeigen. Damit liefert er Grundlagen für die Arbeit des „practischen Sittenlehrers“ (des Erziehers, Theologen usw.). Mendelssohn ist sich bewußt, daß die „abstracten Lehren“ häufig von „Affecten“ überwunden werden, hält jedoch einen Sieg der Leidenschaften über die „Speculation“ für tyrannisch. Seine Anerkennung gilt allen, denen es — unabhängig von seinen theoretischen Betrachtungen — gelingt, durch theologischen Zuspruch oder durch psychologische Bemühungen einen Selbstmordkandidaten von seinem Tatvorsatz abzubringen. „Die dieses unternehmen, . . . verdienen Wohltäter der Menschheit genannt zu werden, sie leisten ungleich mehr, als ich geleistet habe⁵.“ Er selbst müsse sich wegen mangelnder Menschenkenntnis und fehlendem psychologischen Einfühlungsvermögen leider von der „ausübenden Sittenlehre“ fernhalten. Dazu hatte er auch als ein unter gesetzlichen Sonderregelungen lebender Jude innerhalb der christlichen Umwelt kaum Gelegenheit. Innerhalb der Judenschaft aber waren Selbstmordfälle

aus religiösen Gründen und wegen der guten Fürsorgetätigkeit gegenüber Armen und Kranken ohnehin selten.

Inwiefern sind uns überhaupt nachweisbare Selbstmordfälle aus der Zeit Mendelssohns bekannt. Um 1755 stand die statistische Wissenschaft in Deutschland noch in ihren Anfängen⁶. Es gibt kaum zuverlässige Angaben über Todesursachen und damit über die Zahl der Selbstmorde. Wir hören lediglich von Einzelfällen. Daniel Friedrich Schulze, der Chronist Spandaus, berichtet von einem Soldaten, der sich 1749 in Spandau erhing und belegt für die folgenden Jahrzehnte weitere einzelne Soldatenselbstmorde⁷. Und die Dichterin Anna Luisa Karsch (1722—1791), „die Karschin“, erwähnt im Mai 1766 brieflich gegenüber Gleim, daß sich seit Jahresbeginn in Berlin ein Viertelhundert Menschen entleibt habe⁸. Erst seit etwa 1780 werden die Todesursachen genauer ausgewiesen⁹. Gelegentlich fertigte der Bettelvogt eine Liste der Selbstmörder an, denn es war seine Aufgabe, die Ertrunkenen aus dem Wasser zu ziehen. Von 1781—1786 zählt er 239 Selbstmörder. Davon starben 136 durch Ertrinken, 53 durch Erhängen, 42 durch Erschießen und 8 erdolchten sich. Unter den Toten waren 132 Soldaten¹⁰. Die Ursachen für die auffallend hohe Zahl der Soldatenselbstmorde untersucht die „Berlinische Monatsschrift“ im Jahre 1788 mit folgendem Ergebnis: „Die Zahl der Selbstmorde im April und Mai übertrifft die Zahl aller anderen Monate. Wahrscheinlich hat die in diese Zeit fallende Exercirzeit Einfluß darauf¹¹. Der Mehrverbrauch an Geld für die Kleiderpflege, der Wegfall jedes Nebenverdienstes, die unerträglichen Strapazen sowie die häufigen entehrenden Strafen bewirken es, daß manchem Soldaten der freiwillige Tod wünschenswert erscheint.

Diese Angaben des Journals bestätigt ein Freund Mendelssohns, der Statistiker, Historiker und Finanzexperte Christian Wilhelm Dohm (1751—1820) mit den Worten: „Jeden Monat nehmen sich mehrere gewaltsam das Leben“¹².

Heute wissen wir, daß der Selbstmord damals nicht nur unter den sozial schlechtergestellten Gesellschaftsschichten häufiger und die Ursachen nicht nur soziologisch begründet waren. Der Selbstmord war im 18. Jahrhundert eine Zeiterscheinung¹³. Es schien in dieser Zeit möglich zu sein, durch literarische Produktionen die Häufigkeit seines Vorkommens abzuschwächen oder aber zu steigern. Zu solchen Büchern gehörten Mendelssohns „Phädon“ und Goethes „Werther“. Das 1767 bei Friedrich Nicolai herausgekommene Buch „Phädon oder über die Unsterblichkeit der Seele“ begründete Mendelssohns internationalen Ruhm als Schriftsteller und brachte ihm den Ehrentitel eines „Sokrates des 18. Jahrhunderts“ ein. In drei Gesprächen „beweist“ Mendelssohn mit den Gründen der Zeitphilosophie die Unsterblichkeit der Seele. Im ersten Gespräch setzt er sich erneut mit der Naturwidrigkeit des Selbstmordes auseinander. Mit Hilfe der „Weltweisheit“ sollen die Menschen ihre Gedanken und Handlungen mit den Absichten Gottes „in eine große und wundervolle Harmonie stimmen.“ Wer würde es dann wagen können, diese Harmonie zu zerstören und „den Erhaltungskräften unserer Natur Gewalt entgegen zu setzen?“¹⁴.

Übersetzungen in mehrere Fremdsprachen sowie zahlreiche Neuauflagen und Nachdrucke des „Phädon“ lassen auf eine weltweite Zustimmung zu den Ansichten des Verfassers schließen. Wir können also, was die Selbstmordfrage betrifft, einen mäßigen Einfluß auf die Zeitgenossen voraussetzen.

Beim Erscheinen des „Phädon“ war Goethe 18 Jahre alt. Er studierte das Buch und verglich es mit dem Original Platos. Im ersten „Gespräch“ stellte er Abweichungen vom Original bezüglich der Zulässigkeit des Selbstmordes fest. Als Goethe 7 Jahre später seinen Roman in Briefen, „Die Leiden des jungen Werthers“, veröffentlichte, konnte er nicht ahnen, daß man ihn daraufhin beschuldigen würde, durch seine Schrift wenigstens indirekt eine neue, stärkere Selbstmordwelle hervorgerufen zu haben. Die empfindsamen jungen Leute des Geniezeitalters überfiel ein „furor Wertherinus“ (Lichtenberg)¹⁵ und sie ahmten nicht nur die Tracht, sondern auch den freiwilligen Tod des Titelhelden nach.

Lessing, Lichtenberg, Garve und andere Schriftsteller setzten den künstlerischen Wert des Buches und das wirkliche „Genie“ seines Verfassers gegenüber dem unheilvollen Einfluß des Werkes auf schwache Charaktere hintenan¹⁶. Auch für Berlin bezeugt ein Zeitgenosse bei jungen Menschen als Folge der Wertherlektüre „eine übel verstandene und allzu weit getriebene Empfindsamkeit“¹⁷. Lessing wünschte sich für den Roman einen anderen Schluß. Darin sollte gezeigt werden, wie sich junge Leute vor dem Schicksal Werthers bewahren könnten. Das beweist, daß nicht überall in Deutschland der Roman „mit zerfloßnem Herzen, mit klopfender Brust und mit Augen, aus welchen wollüstiger Schmerz tröpfelt“ (Schubart) gelesen wurde¹⁸.

Friedrich Nicolai verfaßte „auf Mendelssohns Aufmunterung hin“¹⁹ seine kleine Schrift „Freuden des jungen Werthers“ (1775) als „heilsames Gegengift“. Nicolais Werther endet natürlich nicht durch den Freitod, weil er als Ehemann Lottes ein „vernünftig“ aufgebautes Leben führen muß²⁰.

Goethes ärgerliche Reaktion und seine heftigen Angriffe auf das „Berliner Hundezeug“ und ihr „Geschmäcklerpfaffenwesen“ sind aus der Literaturgeschichte bekannt²¹. Nicolai wurde bis auf unsere Zeit hin wirksam blamiert und galt fortan als Urbild eines Erzphilisters. Goethes Verhältnis zu Nicolai wird als die Ursache angenommen, daß Mendelssohn den Dichter anlässlich seiner Berlinreise im Mai 1778 nicht empfing. Dieses Verhalten wird durch einen Brief Sara Meyers vom 20. 3. 1797 an Goethe bestätigt, die dem Dichter über Mendelssohns Abneigung gegen den „Werther“ folgendes berichtet: Von ihrer Jugendliebe habe sie einst ein Exemplar des „Werther“ geschenkt bekommen, das sie mit vielen unterstrichenen Stellen und einem Begleitschreiben zurückschicken wollte. Der Brief wurde abgefangen und Mendelssohn, ein Freund der Familie, hielt ihr eine Strafpredigt über die Schädlichkeit des Buches. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß Mendelssohn den Roman aus dem Fenster warf. Lessing soll ihr heimlich ein neues Exemplar geschenkt haben²².

1774, im gleichen Jahr, als der „Werther“ erschien, hatte Mendelssohn eine persönliche Bekanntschaft mit einem Selbstmordkandidaten. Es war der ehemalige Inspektor am Joachimsthalschen Gymnasium, Johann Peter Driß, ein entfernter Bekannter des Philosophen²³. Hier hatte Mendelssohn die Gelegenheit, seine theoretisch erarbeiteten Kenntnisse in der Selbstmordfrage durch die praktische Betreuung eines Lebensmüden zu bewähren. Driß hatte u. a. wegen atheistischer Gesinnungen den Dienst quittieren müssen und war verarmt. Er unternahm einen Versuch, sich zu erstechen. Als das mißlang, verweigerte er die Nahrung. Mendelssohn suchte den Selbstmordwilligen auf und gab sich als polnischer Arzt aus. Aber Driß erkannte ihn und ließ sich willig zu einem Gespräch über

seine Probleme und zu neuer Nahrungsaufnahme bewegen. Die unmittelbare Gefahr schien gebannt zu sein. Als Mendelssohn mit dem Versprechen fortging, sich bald wieder um den Unglücklichen zu kümmern, durfte er sich Hoffnung machen, einen Lebensmüden gerettet zu haben. Aber es kam anders. Drieff erholte sich zwar körperlich, erhielt auch eine neue Stellung, aber er verfiel alsbald dem Wahnsinn und vollzog den Selbstmord im Irrenhaus.

Mendelssohns Äußerungen zum Selbstmordproblem hören von diesem Zeitpunkt an auf. Das Versagen seiner theoretischen Erkenntnisse vor diesem Selbstmord aus echter Psychose, vor dem Selbstmord als einer psycho-pathologischen Erscheinung, muß Mendelssohn im Falle Drieff klar geworden sein.

Es kam hinzu, daß Mendelssohn als Folge der Aufregungen über den Lavater-schen Bekehrungsversuch (1769—1770) ein Nervenleiden davongetragen hatte und nicht mehr „die Fähigkeit zu meditieren“ besaß. Über Jahre hinaus widmete er sich keinen metaphysischen Problemen und stellte sein ganzes Wirken unter die Aufgabe, für die bürgerliche Gleichberechtigung seiner Glaubensbrüder einzutreten.

Obwohl seine Gedanken zur Selbstmordfrage nur ein Nebengebiet seiner philosophischen Bemühungen ausmachen, sollten Mendelssohns Verdienste darin nicht unerwähnt bleiben. Sie stehen am Beginn einer systematisch durchdachten Beschäftigung mit dem Aufgabenbereich der Selbstmordverhütung. Zugleich runden Mendelssohns Ideen dazu das Bild eines verehrungswürdigen Menschen, dessen Hauptansinnen es jederzeit war, anderen ohne Ansehen der Person oder der Rasse zu helfen.

Anmerkungen:

- ¹ K. Thomas: Handbuch der Selbstmordverhütung. Stuttgart 1964, S. 1.
- ² Moses Mendelssohn: Über die Empfindungen. Philosophische Schriften, Teil 1, verb. Aufl., Reutlingen 1790, S. 66 f.
- ³ W. Muff: Die Philosophie Friedrichs des Großen. Berlin 1944, S. 35.
- ⁴ Moses Mendelssohn: Gesammelte Schriften, hrsgg. von G. B. Mendelssohn, Bd. 4, 1. Abt., Leipzig 1844, S. 12 f.
- ⁵ daselbst, S. 18.
- ⁶ Burkhardt: Zur Statistik Berlins in den Jahren 1762—1790. In: Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, 5. Jahrgang, Berlin 1871, S. 30 f.
- ⁷ D. F. Schulze: Zur Beschreibung und Geschichte von Spandow. Bd. 2, Spandau 1913, S. 388, 412, 435.
- ⁸ L. Geiger: Berlin 1688—1840. Berlin 1892, S. 654—655.
- ⁹ 100 Jahre Berliner Statistik. Hrsg. Statist. Landesamt Berlin, 1962, S. 14.
- ¹⁰ Geiger, a.a.O., S. 655.
- ¹¹ (Anonym): Berlin im Jahre 1786. Leipzig 1886, S. 101 f. Dort wird zitiert die „Berlinische Monatsschrift“ XII, Berlin 1788, S. 213 und die darin enthaltenen „Betrachtungen über die Berliner Selbstmörder“.
- ¹² E. Consentius: Alt-Berlin Anno 1740. Berlin 1925, S. 256. Darin wird abgedruckt Dohms Brief an seinen Freund, den Schriftsteller und damaligen dän. Landvogt H. Chr. Boie (1744—1806), über häufige Selbstmordfälle unter den preußischen Soldaten.

- ¹³ Handwörterbuch der Kriminologie, Herausgeber Elster und Lingemann, Bd. 2, Berlin u. Leipzig 1936, S. 539 f. Dort wird zitiert J. P. Süßmilch: Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des Menschengeschlechts, 4. Aufl., Berlin 1775. Nach Süßmilch gab es zwischen 1686 und 1756 in London 2620 Tote durch Selbstmord, darunter waren allein 1371 Selbstmordfälle in den Jahren 1728—1757. Auch in Finnland und Schweden wurden seit 1751 bzw. 1754 die Selbstmorde statistisch erfaßt. In Preußen geschah das erst seit 1816.
- ¹⁴ Moses Mendelssohn: Phädon oder über die Unsterblichkeit der Seele. 3. Aufl., Berlin und Stettin 1769, S. 19 f.
- ¹⁵ G. Chr. Lichtenberg: Ausgewählte Schriften. Reclams Universal-Bibliothek Nr. 1286—89, Leipzig o. J., S. 61.
- ¹⁶ Deutsche National Literatur, Herausgeber J. Kürschner, Bd. 94, (Goethes Werke, 13. Teil), S. XIX f. Darin wird erwähnt Lessings Stellung zu Goethes „Werther“.
- ¹⁷ (Anonym): Bemerkungen eines Reisenden durch die königlich preußischen Staaten. Altenburg 1779, I S. 600, in (Anonym): Berlin im Jahre 1786. Leipzig 1886, S. 49 f.
- ¹⁸ Chr. Fr. D. Schubart: Werke in einem Band. Weimar 1959, S. 39. Schubart veröffentlichte im 72. Stück seiner Zeitschrift „Deutsche Chronik“ (5. 12. 1774) eine überschwängliche Rezension des „Werther“.
- ¹⁹ G. E. Lessing: Sämtliche Werke, Herausgeber K. Lachmann. Leipzig und Berlin 1886—1924, Bd. 21, S. 52. Darin wird abgedruckt Nicolais Brief an Lessing vom 17. 3. 1775 über Mendelssohns „Aufmunterung“.
- ²⁰ Dt. Nat. Litt., Bd. 72, S. 277 f.
- ²¹ Goethes Werke, Herausgeber H. Kurz. Leipzig o. J., Bd. 1, S. 582.
- ²² E. Arnold: Goethes Berliner Beziehungen. Gotha 1925. S. 214. Sara Meyer, eine getaufte Berliner Jüdin, heiratete 1797 den Baron von Grotthus in Oranienburg.
- ²³ Magazin der Erfahrungsseelenkunde ... Herausgeber C. Ph. Moritz, Bd. 1, Stück 2, Berlin 1783, S. 18—28.

Ältere Wohnhäuser in der Berliner Innenstadt

Wer heute Gelegenheit hat, die Berliner Innenstadt im Ostsektor zu betreten, kann noch eine beträchtliche Anzahl Altberliner Wohnhäuser sehen, die allerdings durch Abbrüche im Rahmen des Wiederaufbaus der Innenstadt laufend dezimiert werden. In ihrer Mehrzahl stammen diese Häuser aus dem 18. und 19. Jahrhundert, dagegen nur noch sehr wenige aus dem 17. Jahrhundert. Die meisten von ihnen haben heute weniger kunsthistorischen als vielmehr kulturhistorischen Wert. Diese Tatsache ist nicht erst ein Ergebnis des letzten Krieges. Denn schon seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts — vor allem nach der Reichsgründung — wurden sehr viele der älteren Bauten in der Innenstadt abgebrochen, darunter auch zahlreiche künstlerisch wertvolle Wohnhäuser, weil aus wirtschaftlichen Gründen und infolge von Bodenspekulationen die Grundstücke einen größeren materiellen Wert hatten als die darauf befindlichen Gebäude. Dies trug wesentlich mit dazu bei, daß die heute noch vorhandenen Wohnbauten weder in ihrer Qualität noch in ihrer Quantität für das alte Berlin repräsentativ sein können. Einen guten Eindruck von dem früheren Zustand der Altstadt vermittelt die wenig bekannte, umfangreiche Fotosammlung des Hofphotographen F. Albert Schwartz (in der Kartensammlung der Deutschen Staatsbibliothek Berlin). Seine Aufmerksamkeit galt im besonderen Maße den älteren Straßen und Häusern der Innenstadt, die gerade zu seiner Zeit starken Veränderungen ausgesetzt waren. Diese Ansichten von schlichten oder prächtigen Bürgerhäusern, die durchweg individuell gestaltet und gepflegt waren, bilden das harmonische, ja fast heitere Gegenstück zu dem herabgewirtschafteten Zustand, den die meisten der noch vorhandenen Häuser heute bieten.

Bedingt durch die Kriegszerstörungen verteilen sie sich recht unterschiedlich auf die einstigen Stadtteile, die den historischen Hintergrund dieser Häuser bilden. Die Mehrzahl der älteren Wohnbauten vom 17. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts ist im Bereich von Cölln zu finden. Bis Anfang 1966 konnten hier weit über vierzig Objekte gezählt werden. Empfindliche Lücken sind aber gerade hier durch Abbrüche verschiedener Häuser in der Brüderstraße und Breiten Straße eingetreten, die wegen der Erweiterung des Staatsratsgebäudes am Marx-Engels-Platz weichen mußten. Das bedeutendste Opfer dieser Erweiterung war der im Winter 1966/67 erfolgte Abbruch des *Ermelerhauses*, Breite Straße 11. Dieses Patrizierhaus, das letzte seiner Art in Berlin, war vor allem wegen seiner bis in unsere Tage unversehrt gebliebenen Rokoko-Innenausstattung (aus der Zeit von 1760 bis 1762) bekannt geworden. Hier sei nur an das schöne Treppenhaus erinnert, dessen Treppe mit einem schmiedeeisernen Geländer kreisförmig nach oben führte, wo ein Deckengemälde mit Puttendarstellungen den krönenden Abschluß bildete. Auch die Innenräume, selbst die Nebenräume, waren reich und reizvoll ausgestattet. In seinen Hintergebäuden besaß das Ermelerhaus außerdem noch eine Fülle kostbarer Einzelteile aus früheren Altberliner Abbrüchen. So war dort eine Stuckdecke von Andreas Schlüter eingebaut worden, die aus dem von ihm erbauten Palais Wartenberg (sog. Alte Post) an der Ecke Burgstraße—Rathausstraße (früher: Königsstraße) stammte, das 1899 wegen Straßenverbreiterung abgebrochen wurde. Im Querflügel des Ermelerhauses war u. a. das Treppenhaus des Weydingerhauses mit Decken- und Wandgemälden eingebaut, das — um 1830 unter Schinkels Einfluß errichtet — 1933/34 wegen

des Neubaus der Reichsbank (jetzt Gebäude des Zentralkomitees der SED) abgerissen wurde. Diese Teile wurden 1966/67 wieder ausgebaut, ebenfalls ganze Teile des Ermelerhauses, das am Märkischen Ufer wieder erstehen soll.

Weitere Lücken treten in Cölln ein durch den systematischen Abbruch des sog. Fischerkietzes. Es soll an dieser Stelle nicht geleugnet werden, daß viele gerade dieser Häuser schon früher sanierungsbedürftig waren, da die engen Wohnverhältnisse auf alten schmalen Grundstücken, die im Laufe des 19. Jahrhunderts immer stärker mit Hinterhäusern belegt worden waren, längst nicht mehr den hygienischen Erfordernissen entsprachen. Doch sollte ein Teil derselben in dem an alten Wohnbauten so arm gewordenen Berlin aus heimat- und kulturgeschichtlichen Gründen erhalten bleiben.

Den geschlossensten Eindruck einer alten Häuserzeile in dieser Gegend bieten heute nur noch die Häuser *Friedrichsgracht 12—17*, auf die hier deshalb etwas näher eingegangen werden soll. Die Friedrichsgracht, eine Uferstraße an der Spree im Süden Cöllns, hat im Kriege sehr gelitten, so daß sie heute zum größten Teil leere Flächen hat. Sie entstand 1681, als infolge der neuen Befestigungsanlage des Großen Kurfürsten die alte Stadtmauer von Cölln abgebrochen werden konnte und die Spree mit Hilfe holländischer Facharbeiter neu kanalisiert worden war. Von da an wurde die Friedrichsgracht bebaut. Stellenweise besaß sie sogar ausgesprochen stattliche Häuser. Heute zeigen die sechs unterschiedlichen Wohnhäuser mit ihren Hinterhöfen noch recht anschaulich das bunte Stilgemisch einer Straßenfront und die engen Wohnverhältnisse aus der Zeit um 1900, wie sie früher auch an anderen Stellen im Herzen der Altstadt anzutreffen waren.

Friedrichsgracht 12 (an der Ecke zur Fischerstraße) stammt wahrscheinlich wie sein Seitengebäude im Kern aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Beide wurden 1863 aufgestockt¹. Auf diese Zeit geht wohl auch die Fassade des Vorderhauses zurück. Seine Treppe windet sich — einläufig gewandelt, mit stabförmigem Holzgeländer — direkt über der Haustür empor. Ähnliche Treppenanlagen, die Ausdruck einfacher Besitzverhältnisse sind, waren vor allem für die Fischerstraße typisch. Das Seitengebäude ist mit dem Vorderhaus durch hölzerne Balkons verbunden, die in der Art von Laufgängen die Zugänglichkeit seiner Räume (anstelle einer Treppe) sicherstellen. Die Wohnungen im Vorderhaus weisen noch den Alkoven auf, einen fensterlosen Raum, der bis zum Ende des 18. Jahrhunderts durch das Fehlen eines Mittelflures in den Wohnungen bedingt war. Nach dem ersten Weltkrieg wurden die Toiletten, die sich früher auf dem Hof befanden, auf halber Treppe eingebaut.

Friedrichsgracht 13 stammt im Kern wahrscheinlich ebenfalls aus dem 18. Jahrhundert, aufgestockt wurde es nachweislich im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts². Seine üppige Fassade gehört jedoch noch späterer Zeit an (2. Hälfte des vorigen Jahrhunderts).

Friedrichsgracht 14 geht auf die Zeit des ersten preußischen Königs zurück. Wie die Masse der damaligen einfachen Wohnbauten hat es zwei Stockwerke, die größtenteils aus verputztem Fachwerk ausgeführt sind. Die schlichte Fassade zeigt noch manche Anklänge an die Bauweise zur Zeit des Großen Kurfürsten. Dazu gehört der Rücksprung der Frontwand hinter dem Dachansatz und die aus Holzwerk hergestellten Tür- und Fensterumrahmungen. Der Grundriß dieses Hauses ist jedoch schon dem Grundrißschema vornehmer Patrizierhäuser der Zeit Friedrichs I. nachgebildet. Dies zeigt sich vor allem in dem Vorhandensein eines

Treppenhaus. Es liegt — mit einer dreiläufigen Treppe — seitlich vom Flur, dessen Stelle in Patrizierhäusern die breite Durchfahrt einnimmt. Die Rückfront dieses Hauses ist noch vom Krieg her stark verrußt. Der sehr kleine Hinterhof ist wohl erst durch die übermäßige Bebauung der Hinterhöfe im 19. Jahrhundert zu so bescheidenen Ausmaßen zusammengeschrumpft³.

Das Nebenhaus *Friedrichsgracht 15* aus der Zeit um 1740 zeigt den verhältnismäßig reichen Fassadenstil der Spätzeit Friedrich Wilhelms I., der sich dem Rokoko bereits nicht mehr ganz entziehen konnte. Die Fassade wird durch Pfei-



Friedrichsgracht Nr. 12-17 (von rechts nach links; Aufn. der Vfn., 1967)

ler, Fenstergesims und -verdachung gegliedert. Als Schmuckmittel dienen außerdem Konsolen und Reliefbaluster, ferner ein Rokoko-Emblem über dem Mittelfenster des dritten Geschosses, das infolge der starken Vernachlässigung der Fassade abgefallen ist. Zu dem Eingang des Hauses führt eine einarmige Freitreppe mit eisernem Geländer. Sie ist heute eine der letzten Freitreppen, die früher für das Straßenbild Altberlins typisch waren. Der Grundriß weist — in Anlehnung an die Zeit Friedrichs I. — wieder einen durch das ganze Haus hindurchgehenden Mittelflur auf, dessen vorderer Teil die für die Zeit Friedrich Wilhelms I. bezeichnende einläufige Treppe aufnimmt. Nur die ersten Treppenstufen im Erdgeschoß sind leicht gewendelt. Das Geländer besteht aus schlichten Brettbalustern⁴.

Friedrichsgracht 16 stammt im Kern aus dem Ende des 18. Jahrhunderts, seine Fassade jedoch erst aus der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Treppe hat an den beiden Läufen vom ersten zum zweiten Obergeschoß noch ihr altes Geländer (in der Art von Brettbalustern). Eine einläufig gewendelte Treppe, die mit der Haupttreppe durch einen Gang in Verbindung steht, führt in das dritte Obergeschoß, das wahrscheinlich später aufgesetzt wurde. An der Rückfront des

Hauses befindet sich ein entzückender kleiner Balkon, der sich zwischen Rückfront und Seitenflügel wie ein Vogelnest festklammert. Vielleicht geht er in die Zeit der Aufstockung des Seitenflügels im Jahre 1873 zurück⁵.

An der Ecke zur Roßstraße steht das Haus *Friedrichsgracht 17*, das im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts mit Roßstraße 15 zusammen gebaut wurde⁶. Der Putz der maßvollen Fassade ist stark herabgefallen. Die zweiläufige Treppe im Innern zeigt ein schönes klassizistisches Holzgeländer aus profilierten Traljenstäben.

Im Vergleich zu Cölln ist dagegen die Anzahl älterer Wohnbauten in Alt-Berlin, Neu-Cölln (dem Cölln gegenüberliegenden Uferstreifen), auf dem Friedrichswerder und in der Dorotheenstadt wesentlich geringer. So konnten in dem Zeitraum von 1963 bis Anfang 1966 in Alt-Berlin etwa neun, in Neu-Cölln und Umgebung vier Häuser aus dem 18. Jahrhundert, auf dem Friedrichswerder sechs und in der Dorotheenstadt sieben Häuser aus dem 18. Jahrhundert und dem Anfang des 19. Jahrhunderts gezählt werden. Für die Friedrichstadt sind in diesem Zusammenhang nur die 1738 erbauten Pfarrhäuser der Dreifaltigkeitskirche zu nennen, Taubenstraße 3 und Glinkastraße 16 (früher: Kanonierstraße 5). Im Bereich des alten Berliner Nordens (Spandauer Vorstadt, Königsvorstadt und Stralauer Vorstadt) finden sich gemäß seiner stadthistorischen Entwicklung im Gegensatz zu den oben erwähnten Stadtteilen eine Fülle von charakteristischen Mietshäusern, zum Teil noch ganze Straßenzüge, die die baugeschichtliche Entwicklung des 18. Jahrhunderts mit anfangs zurückhaltenden, später immer üppiger werdenden Fassaden veranschaulichen. Leider sind oder werden viele dieser Fassaden durch Glattputz ersetzt. Doch wäre es wünschenswert, wenn aus baugeschichtlichen Gründen wenigstens einige dieser Straßenzüge wie in Westberlin der Nachwelt erhalten bleiben würden. Verschiedene ältere Häuser (bis 1800) lassen sich hier ebenfalls noch antreffen, und zwar nördlich des Hackeschen Marktes und des Alexanderplatzes. Bis Anfang 1966 waren es hier sogar mehr als ein Dutzend. Jedoch werden im Rahmen der Umgestaltung des Alexanderplatzes auch einige dieser Bauten weichen müssen.

Über die noch vorhandenen älteren Wohnhäuser der Berliner Innenstadt (vom Ende des 17. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts) liegt eine zur Zeit noch unveröffentlichte Abhandlung der Autorin vor. Diese Arbeit, die auch die jüngst abgebrochenen Objekte erfaßt und die durch Fotos ergänzt wird, kann in der Bibliothek der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg eingesehen werden.

Anmerkungen:

¹ Vgl. die Akten der Städtischen Feuersozietät Berlin im Landesarchiv Berlin: Rep. 180, Nr. 107, S. 45; Nr. 260, S. 205; Nr. 257, S. 404. Vgl. auch Karl von Neander von Petersheiden: Anschauliche Tabellen von der gesamten Residenz-Stadt Berlin ..., Berlin 1799 (zitiert: Adreßbuch von 1799), S. 36.

² Landesarchiv Berlin: Rep. 180, Nr. 107, S. 46; Nr. 260, S. 206. Adreßbuch von 1799, S. 36.

³ Dazu insgesamt Landesarchiv Berlin: Rep. 180, Nr. 107, S. 47. Albert Gut: Das Berliner Wohnhaus, Berlin 1917, Sp. 29, 38, 52.

⁴ Dazu insgesamt Gut: a.a.O., Sp. 61 f., 66 f., 75. Richard Borrmann: Die Bau- und Kunstdenkmäler von Berlin, Berlin 1893, S. 413. Julius Köhne: Wohnhäuser von kunstgeschichtlichem Werte in Berlin und den Vororten, Berlin 1923, S. 18 (Manuskript). Hans Mütther: Berlins Bautradition, Berlin 1956, S. 98.

⁵ Vgl. dazu insgesamt Adreßbuch von 1799, S. 36; Landesarchiv Berlin: Rep. 180, Nr. 107, S. 49; Mütther, a.a.O., S. 98.

⁶ Landesarchiv Berlin: Rep. 180, Nr. 257, S. 409 (Jahreszahl schlecht lesbar).

Decksitz- und Metropolwagen

Berlin war etwa 60 bis 70 Jahre hindurch eine Straßenbahnstadt, der Stadtverkehr wurde in hervorragendem Maße von den Straßenbahnen beherrscht und geprägt. Das am meisten ins Auge fallende Sinnbild für den gesamten Betrieb und seine Organisation war der Straßenbahnwagen. Überall belebten die Wagen Stadtbild und Straßenraum, von jedem wurden sie, wenn auch meist nicht bewußt, wahrgenommen: vom Passanten, der sie vorüberrollen sah, vom Fahrgast, der sie benutzte.

Im Laufe eines Jahrhunderts hat der Straßenbahnwagen seine Funktion, die eines schienengebundenen Beförderungsmittels, das als vorübergehender Aufenthaltsraum für eine Anzahl von Fahrgästen dienen soll, beibehalten, hat aber die technische Weiterentwicklung des gesamten Nahverkehrswesens in allen ihren Phasen mitgemacht und dabei eine Vielzahl von Verbesserungen, Umformungen und Umwandlungen erfahren. Von den Frühformen der Berliner Straßenbahnfahrzeuge, den Pferdebahnwagen, die von 1865 bis 1900 dem Bilde des Stadtverkehrs eine oft dominierende Rolle verliehen, soll an dieser Stelle die Rede sein.

Obwohl nur drei Pferdebahngesellschaften in Berlin existierten, die Berliner (Berlin-Charlottenburger) Pferdebahn, 1865 gegründet, die Große Berliner Pferdebahn (gegr. 1871) und die Neue Berliner Pferdebahn (gegr. 1876), gab es doch eine Vielzahl von Wagentypen, Ein- und Zweispänner, Decksitzwagen und Wagen ohne Oberdeck. Es gab Fahrzeugtypen, die nur mit einem oder wenigen Exemplaren vertreten waren, von anderen existierten einige hundert. Die Decksitzwagen, die wegen ihrer Größe und ihres Gewichtes immer zweispännig gefahren wurden, gehörten von Anfang an zum Pferdebahnbetriebe und wurden vorwiegend in den ersten Jahrzehnten beschafft und eingesetzt. Für die erste Berliner Pferdebahn, die vom Kupfergraben durch die Dorotheenstraße und weiter durch den Tiergarten nach Charlottenburg, Spandauer Damm, Ecke Sophie-Charlottenstraße führte und am 22. 6. / 28. 8. 1865 dem Verkehr übergeben wurde, wurden zunächst 18 Wagen angeschafft, von denen 7 mit Decksitzen ausgestattet waren. Bei diesen ältesten Modellen erinnern die Formen der 8 bzw. 9 Seitenfenster an gotische Motive. Die über einer Querleiste befindlichen oberen Teile waren mit Rahmen abgeschlossen, die wie Kleeblattbogen ausgebildet waren. Diese eigenartige Ausgestaltung der Fenster bei gleicher An-

*Ältester
Decksitzwagen
Kopenhagener
Typs*



zahl trat zuerst bei den englischen, in Birkenhead 1860 eingesetzten Wagen auf, sie kehren bei den ersten Kopenhagener Pferdebahnwagen von 1863, die aus Birkenhead bezogen wurden, in der gleichen Form wieder, finden sich dann auch bei den Berliner Wagen, die ihrerseits nach Kopenhagener Muster in der Hamburger Waggonfabrik von Lauenstein gebaut wurden und schließlich noch bei den Wagen der 1866 eröffneten Hamburg-Wandsbeker Pferdebahn. Auch die konstruktive Ausbildung des Wagendaches geht wohl auf den englischen Typ zurück, der seinerseits vermutlich wieder amerikanische Vorbilder hatte.

Die Wagen mit Oberdeck waren besonders für den starken Ausflugsverkehr auf der Charlottenburger Strecke verhältnismäßig leistungsfähig, daher wurden auch die übrigen Wagen später zu Decksitzwagen umgebaut. Nach einer Statistik des Polizeipräsidiums aus dem Jahre 1866 konnten die Decksitzwagen 45, die einfachen Wagen 23 bzw. 27 Fahrgäste aufnehmen, nach anderen Angaben boten die doppelstöckigen Waggonns im Wageninnern 20, auf dem Oberdeck 24 Sitz- und auf den Plattformen 7 Stehplätze. Bei starkem Andrang wurden diese Wagen in den ersten Jahren oft überbesetzt. So sollen zu Pfingsten 1869 83 Personen in einem Wagen befördert worden sein. Die ältesten Decksitzwagen hatten eine Länge von etwa 7 m, eine Breite von 2 m und eine Höhe von knapp 4,50 m; ein derartiger Wagen kostete 5737,50 M. Ende 1874 hatte die Charlottenburger Pferdebahn 35 Wagen, davon 29 mit Oberdeck.

Auch die Große Berliner Pferdebahngesellschaft begann ihren Betrieb im Jahre 1873 mit 40 Decksitzwagen, die von der Firma Grums in Hamburg bezogen wurden. Diese Fahrzeuge hatten unten 18, oben 28 Sitzplätze, während auf den Plattformen 12 Personen stehen konnten. Sie wogen 3,75 t, waren 7,5 m lang, der Anschaffungspreis betrug 5500 M. In den achtziger Jahren baute man leichtere Oberdeckwagen mit rd. 2,6 bis 2,7 t Gewicht, einer Länge von höchstens 8 m und einem Fassungsvermögen von 50 bis 60 Personen.

Jedoch wurde der Vorteil dieses Wagentyps, eine große Anzahl von Fahrgästen zu fassen, durch eine Reihe von Nachteilen wieder aufgehoben. Die Decksitze waren nicht durch Dächer bzw. Verkleidung der Stirn- und Seitenwände vor der Witterung geschützt, sondern allenfalls mit einem Sonnendach aus Zeltbahn ausgestattet. So konnten die Obersitze bei regnerischem oder kaltem Wetter kaum benutzt werden. Hinzu kam, daß ein solcher Wagen bei voller Besetzung mehr als 7 t wog, so daß die Kräfte der Pferde, vor allem beim Anziehen, stark beansprucht wurden, bei größeren Schneefällen konnten die Wagen gar nicht fortkommen. Auf den zahlreichen innerstädtischen Linien kamen die leichteren Ein- und Zweispännerwagen ohne Decksitze schneller voran, und die Pferde wurden etwas mehr geschont. So ging der Einsatz der Decksitzwagen allmählich zurück, sie wurden vorwiegend im Ausflugsverkehr eingesetzt. Seit 1891 wurden neue Wagen dieses Typs nicht mehr beschafft. Nach der Umstellung auf elektrischen Betrieb wurden die neueren Fahrzeuge als Anhänger benutzt, ein Teil von ihnen war noch bis etwa 1930 im Verkehr. Da bei den Pferdebahnen keine Anhänger verwendet werden konnten, ersetzten die doppelstöckigen Wagen mit ihrem größeren Aufnahmevermögen sozusagen einen einfach behängten Straßenbahnzug. Die Zugkraft der Pferde setzte Größe und Gewicht der Waggonns ein für allemal Grenzen, die mit den schweren Oberdeckwagen erreicht wurden.

Mit dem Bau leichterer Wagen hatte die deutsche Waggonbauindustrie noch wenig Erfahrungen, und so griff man häufig auf ausländische Muster zurück.



Zweispänniger Metropolvagen, gebaut seit 1877 (Archiv Jung)

Die Berlin-Charlottenburger Pferdebahn beschaffte 1872 sechs zweispännige Eindeckwagen aus Wien, die sogar mit einem Raucherabteil ausgestattet waren. Da aber für dessen Benutzung ein erhöhter Fahrpreis von 50 Pfennigen für die Fahrt entrichtet werden mußte, fand die neue Einrichtung wenig Anklang und wurde wieder aufgegeben. Sowohl die Große Berliner als auch die Charlottenburger Pferdebahn bestellten von 1874 bis etwa 1880 mindestens 70 Wagen im Heimatland der Pferdebahnen bei dem berühmten Pferdebahnwagenbauer John Stephenson in New York, der alle Welt mit seinen damals als vorbildlich und elegant empfundenen Wagen belieferte. Auch in Belgien bestellte die Große Berliner Pferdebahn mehrere Waggon; durch die Einfuhrzölle wurde die Anschaffung der ausländischen Wagen allerdings verteuert. Nach den Vorbildern der Stephenson'schen Wagen wurden dann auch in Deutschland leichtere Fahrzeuge gebaut. Wie stark der Wagenpark der Großen Berliner Pferdebahn von ausländischen Wagen durchsetzt war, geht daraus hervor, daß im Jahre 1888 von den damals vorhandenen 808 Wagen 122 = 15 % aus dem Ausland stammten.

Von den kleinen Wagen ohne Decksitz gab es zahlreiche Typen; die kleinsten hatten 10 Sitzplätze und etwa 8 Stehplätze auf den Plattformen. Die Länge dieser Fahrzeuge betrug etwa 4 m, wovon 2,50 m auf den Innenraum entfielen. Der gebräuchlichste Einspännertyp der Großen Berliner Pferdebahn hatte 12 Sitz- und 10 bis 12 Stehplätze, die kleineren Einspänner hatten meist ein Gewicht von 1250 bis 1350 kg, der Anschaffungspreis lag um 1890 bei rd. 2900 Mark. Von den Zweispännern ohne Decksitze war der sogenannte Metropolvagen der gebräuchlichste, von ihm beschaffte die Große Berliner Pferdebahn von 1877 bis 1890 insgesamt 325 Stück. Die 7,10 m langen Wagen hatten 20 Sitz- und 10 Stehplätze, ein Gewicht von rd. 2,1 t und kosteten etwa 3850 Mark das Stück. Gerade diese Metropolvagen mit ihren 5 Fenstern — zwischen drei breiten waren zwei schmale angeordnet — finden sich auf unzähligen zeitgenössischen Straßenbildern. Sie überlebten das Pferdebahnzeitalter, denn nach Einführung des elektrischen Betriebes wurden sie als Anhänger verwendet und blieben noch bis 1924 im Betrieb.

Im Jahre 1891 begann die Große Berliner Pferdebahn die sogenannten Sommerwagen einzuführen, die anderen Gesellschaften schlossen sich dem an. Diese Wagen waren an den Seiten offen und hatten als einzige Pferdebahnwagen Quersitze. Die Einspänner, die überwogen, faßten einschließlich der Stehplätze bis zu 30, die Zweispänner bis zu 34 Fahrgäste. Vom Publikum wurden diese Wagen unterschiedlich beurteilt, vielfach wurde über Zugluft geklagt, und die Wagen wur-

den, obwohl man später Stirnwände an den Plattformen anbrachte, die den Wind abfangen sollten, zuweilen „Rheumatismuswagen“ genannt. Auch die Sommerwagen verkehrten nach der Elektrifizierung noch mehrere Jahre als Anhänger.

Mit der Ausdehnung des Verkehrs wuchs naturgemäß der Wagenpark. Im Jahre 1878 hatten die drei Gesellschaften insgesamt 328 Wagen, davon 127 Decksitzwagen (= 38,6 ‰), 1888 betrug die Zahl aller Pferdebahnwagen 1000, darunter 308 Decksitzwagen, 379 Zwei- und 313 Einspänner. 1896 besaßen die Gesellschaften 1413 Wagen, davon 368 (26 ‰) Decksitzwagen, 458 (32,4 ‰) Zweispänner, 421 (29,8 ‰) Einspänner und 166 (11,8 ‰) ein- und zweispännige Sommerwagen. Allerdings war immer nur ein Teil der Fahrzeuge im täglichen Einsatz, an Wochen-



*Zweispänniger
Sommerwagen
Rosenthaler Platz,
um 1895
(Sammlung
Pomplun)*

tagen etwa 55 bis 60 ‰, an Sonntagen je nach Witterung und Jahreszeit etwa 60 bis 80 ‰. Bei der Großen Berliner Pferdebahn liefen im Sommer 1892 ungefähr 550 Wagen von den ca. 1000 dieses Unternehmens im fahrplanmäßigen Dienst, davon 36 auf der Ringbahnlinie, etwa 33 auf der wichtigen Durchmesserlinie Gesundbrunnen—Kreuzberg und etwa 29 auf der ebenfalls bedeutenden Linie Demminer Straße—Kreuzberg.

Die Ausstattung war recht einfach. Alle Pferdebahnwagen — mit Ausnahme der Sommerwagen — hatten Längsbänke aus Leisten oder perforiertem Sperrholz, die im Winter mit Sitzkissen, die mit rotem Plüsch bezogen waren, belegt wurden. Jede dieser Bänke war je nach Größe des Waggons mit 5, 6, 7 usw. bis 10 Personen berechnet, aber die Sitzflächen für den einzelnen Platz waren so knapp bemessen, daß es vor allem im Winter immer wieder zu Unzuträglichkeiten kam. Selbst wenn die in ihre Wintermäntel gehüllten Mitfahrer zusammenrückten, war es für den Neankömmling schwer, sich in die Lücke zu zwängen. Im Winter muß der Aufenthalt in den Wagen ohnehin kein Vergnügen gewesen sein; der einzige Schutz gegen Nässe und Kälte bestand bei der Großen Berliner Pferdebahn darin,

daß Kokosmatten, gelegentlich auch Stroh- oder Bastmatten, im Gang des Wageninneren gelegt wurden. Die Charlottenburger Pferdebahn brachte zur Abwehr der kalten Zugluft seit 1888 Friesdecken und Vorhänge im Wageninnern an. Da diese Behelfsmittel gegen die eindringende Kälte und den Zug nur unvollkommenen Schutz boten, beschäftigte man sich mit Versuchen, die Wagen zu heizen. 1892 begann die Charlottenburger, zwei Jahre später die Große Berliner Pferdebahn, die Erwärmung der Wagen durch „Glühstoff“, eine Art chemisch präparierte Kohle,



Typischer Einspänner um 1895 (Archiv Jung)

versuchsweise zu erproben. Unter die Wagensitze wurden kleine Blechtrommeln geschoben, in denen der bereits in den Depots angeglühte Heizstoff dann weiter glimmte. Recht unzulänglich war auch die Beleuchtung, erhellt wurden die Wagen lediglich durch zwei Petroleumlampen; an jeder Stirnwand stand in einem Holzkasten eine Lampe, zur Erhöhung der Leuchtkraft wurden die Lampen in den achtziger Jahren mit Spiegelreflektoren ausgestattet. Auf dem Dach, über dem Stand des Kutschers, war eine große Petroleumlampe angebracht, meist mit farbigen Gläsern, die zur Kennzeichnung der betreffenden Linie dienten. Denn bei den Pferdebahnen wurden die einzelnen Linien nur durch farbige Schilder und in der Dunkelheit durch entsprechende farbige Laternen kenntlich gemacht.

Auch im Sommer war der Aufenthalt in dem schlecht gelüfteten Wageninnern nicht sonderlich angenehm. So kann man den Wunsch der weiblichen Fahrgäste, die ihnen aus Sicherheits- und Schicklichkeitsgründen verbotenen Decksitze an der frischen Luft ebenfalls zu benutzen, verstehen. Aber erst anläßlich des Massenverkehrs nach der Treptower Gewerbeausstellung im Jahre 1896 erteilte das Polizeipräsi-

dium — zunächst „versuchsweise“ — die Genehmigung, daß auch Frauen auf den Verdecksitzen der nach Treptow fahrenden Linien Platz nehmen durften. Die Damenwelt bestieg nun aber auch die Verdecke auf allen anderen Linien, und die Polizei duldete es.

Die meist für 4 bis 6 Personen bemessenen Plattformen boten, da die Wagendächer oft nur kurz waren, bei Regenwetter nur unvollkommenen Schutz vor der Nässe. Um 1890 waren die Plattformen nicht durch Schutzgitter an der — in Fahrtrichtung — linken Seite abgeschildert, so daß man, wenn auch verbotenerweise, von links auf- und absteigen konnte, was wiederum häufig zu Unfällen führte. Auch die Schutzvorrichtungen waren dürftig. Bis 1884 waren vor den Rädern der Wagen nur kleine Rohrbesen zum Räumen von Hindernissen angebracht, die kaum verhindern konnten, daß jemand bei einem unglücklichen Fall unter die Räder geriet. Später wurden die Räder durch kleine Schutzbretter besser abgedeckt. Infolge der kurzen Radstände von etwa 1,50 m bis 1,80 m und der oft schwachen Federung wippten die Wagen an den Enden, während sie auf Strecken mit ausgefahrenen Schienen schaukelten und die Fahrgäste jeden Stoß verspüren ließen. Beim Anziehen der Pferde nach Verlassen der Haltestellen gab es jedesmal einen Ruck im Wagen.

Eine Gattung besonderer Art bildeten die auslenkbaren Pferdebahnwagen, die auf der von der Neuen Berliner Pferdebahngesellschaft am 1. Januar 1877 eröffneten Strecke vom Alexanderplatz nach Weißensee während der ersten sieben Monate verkehrten. Die hier zunächst eingesetzten Wagen waren ein Mittelding zwischen Straßenbahn und Omnibus, die nach dem in Kopenhagen bereits angewendeten System des Ingenieurs Keifler sowohl auf den Schienen als auch auf dem Pflaster fahren konnten. Sollte der Wagen auf den Schienen fahren, so wurde ein fünftes Rad, ein Leitrad mit Spurkanz auf die Schiene gelassen, das die übrigen Räder, die glatte Bandagen hatten, in der Spur hielt. Beim Verlassen der Schienen wurde das Leitrad aus der Schiene gehoben, und der Waggon bewegte sich auf dem Pflaster weiter. Diese Bauart wurde gewählt, um den Betrieb auf der noch eingleisigen Strecke, die durch die damals enge Neue Königstraße führte, möglichst beweglich und reibungslos zu gestalten.

Der Pfarrer Alexander Giertz, der Chronist von Weißensee, beschrieb diese Pferdebahn um 1905: *„Aus eigener Erfahrung kann ich bekunden, daß die Wagen dieser eingleisigen Linie fünf Räder hatten, so daß das fünfte Rad am Wagen für Weißensee durchaus nicht überflüssig war. Die Gefährte waren eigentlich Omnibusse mit vier breiten Rädern, und nach nordischem System befand sich zur Rechten des auf dem Vorderperron stehenden Kutschers eine eiserne Stange mit einem Eisenbahnrade am unteren Ende. Der Kutscher fuhr, wenn der Verkehr es zuließ, auf den breiten Schienen und stieß mit Hilfe der Stange das Eisenbahnrad in die Schienenrinne, welches nunmehr den ganzen Wagen auf den Schienen hielt. Für einander entgegenkommende Bahnwagen galt als Bestimmung, daß der geringer besetzte Wagen vor dem voller belasteten den Schienenkörper zu verlassen hatte. Die Gleise hatten ursprünglich am Königstor ein Ende; von da fuhr jeder Wagen wie ein Omnibus über das Straßenpflaster bis zur Haltestelle auf dem Alexanderplatz.“*

Ein anderer Zeitgenosse teilte der „Berliner Morgenpost“ im Jahre 1944 seine Erinnerungen mit: *„... Die Wagen hatten gewöhnliche Omnibusräder, und die Fahr-*

zeuge sollten natürlich auf dem Gleis bleiben, daher mußte noch ein besonderes Führungsrad angebracht werden, und zwar mittels eines Hebels. Wenn nun der Fahrer ausweichen wollte, hob er das Rad mit dem Hebel an, um vom Gleis herunterfahren zu können. In der Neuen Königstraße, zwischen Linien- und Wadzeckstraße war eine Weiche, diese ging wohl an der Linienstraße aus dem Hauptgleis, an der Wadzeckstraße aber nicht wieder hinein. Die Wagen mußten daher über das Pflaster rumpeln. Immerhin muß sich die Sache nicht bewährt haben, da man noch ein sechstes Rad mit Hebel anbrachte, so daß die Pferdebahn mit sechs Rädern fuhr“. Meyers Konversationslexikon von 1877 bestätigt: „Nach etwa halbjährigem Betrieb brachte man zur größeren Sicherheit zwei an einem gemeinschaftlichen Hebel sitzende Spurräder an“.

Der Preis für einen solchen auslenkbaren Wagen soll 3100 Mark betragen haben, er hatte 13 Sitz- und 7 Stehplätze und ein Gewicht von 1,8 t. Diese Pferdebahn muß recht anfällig gewesen sein. Das „Niederbarnimer Kreisblatt“ schrieb am 8. April 1877: „Die Neue Berliner Pferdebahn vom Alexanderplatz nach Weißensee hat am Dienstag ein eigentümliches Unglück gehabt. Von den sechs im Gange befindlichen Wagen sind nicht weniger als vier beschädigt und mußten außer Kurs gesetzt werden. Die übrigen zwei waren nicht im Stande, den Verkehr zu bewältigen . . . Diejenigen Leute, die am Mittwoch bei dem Schloß Weißensee vorbeigingen, sahen die vier defekten Wagen in allen möglichen Stellungen zur Reparatur stehen“. Und die „Berliner Freie Presse“ veröffentlichte am 5. 1. 1877 ein Gedicht über eine Fahrt mit der neuen Bahn nach Weißensee, dem folgende Kostprobe entnommen sei.

Und weil die Räder furchtbar klein,
So spürt man jeden Stock und Stein.
Am Neuen Königsthor beginnt
Die Fahrt dann auf den Schienen;
Bei Allen, die dann drinnen sind,
Erheitern sich die Mienen;
Sie denken nun und atmen frei:
Jetzt ist die Quälerei vorbei!
Allein der Schluß ist weit gefehlt;
Oft muß er andern weichen.
Der Bauer fährt oft schlafbeseelt
Und achtet nicht aufs Zeichen
Er trödelt langsam hin nach Haus,

Drum weicht der Pferdewagen aus. —
Kaum hat der Wagen dann auf's neu
Das Spurgeis gewonnen,
Dann muß die Gegentour vorbei,
Und wenn er der entronnen,
Dann trifft er auf die Pflasterzunft,
Die hindert ihn mit Unvernunft.
So fährst du bis nach Weißensee
Bald in, bald aus den Schienen,
Gleichviel ob Pflaster, ob Chaussee,
Ich wünsch es keinem Hünen!
Denn wahrlich, wer die Fahrt vollbracht,
Der hat was Tücht'ges durchgemacht.

Ab Herbst 1877 wurde die Linie mit den üblichen Pferdebahnwagen betrieben. Noch einmal, als in den Jahren 1886/87 ein Unternehmer die Herstellung einer Pferdebahn nach Wilmersdorf vorbereitete, die von Berlin bis Schöneberg als Omnibus und von da ab als Pferdebahn betrieben werden sollte, war die Ausstattung mit auslenkbaren Wagen vorgesehen. Nach dem „Teltower Kreisblatt“ vom 26. 5. 1887 waren die neuen Wagen, die die bereits vorhandene Omnibuslinie nach Wilmersdorf befuhren, „spurig“ gebaut und besaßen „die bekannte Einrichtung eines fünften Rades (Spurrades zum Heben und Niederlassen), um einestheils als Pferdebahnwagen auf dem Gleise der Straßenbahn zu verkehren, andererseits aber auch befähigt zu sein, das Gleis zu verlassen“. Das Projekt kam aber nicht zu Stande, und Wilmersdorf erhielt statt einer Pferdebahn eine Dampfstraßenbahn.

Schließlich seien in diesem Zusammenhange noch die Spezialwagen für Sondertransporte erwähnt. Die Berlin-Charlottenburger Pferdebahn hatte bereits 1866 zwei „Paketwagen“ beschafft, deren Verwendungszweck aber nicht recht ersichtlich wird, sie wurden 1872 zu Decksitzwagen umgebaut. Ein Güternahverkehr durch die Pferdebahn — neben der Personenbeförderung — war zwar bei einigen Projekten ins Auge gefaßt worden, verwirklicht wurde er aber nie, auch eine Postbeförderung mit besonderen Fahrzeugen, wie sie von 1917 bis 1934 bei der „Elektrischen“ bestand, gab es nicht. Im weiteren Umkreise von Berlin bestanden allerdings nur für Gütertransporte eingerichtete Pferdebahnen, so schloß um 1890 die Herzfelder Pferdebahn die dortigen Ziegeleien an den Bahnhof Strausberg an. Eine andere Pferdebahn führte von Diepensee über Bohnsdorf zur Görlitzer Bahn bei Grünau; sie diente dem Transport landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Im Jahre 1879 wurde in Tempelhof ein großes Lazarett für die Berliner Garnison — das heutige Wenckebachkrankenhaus — errichtet. Es erhielt Gleisanschluß an die Tempelhofer Pferdebahnlinie, um mit Spezialwagen verletzte und kranke Soldaten aus den Kasernen verhältnismäßig schnell in das Militärkrankenhaus überführen zu können. Für die Beförderung der „Militär-Lazarettwagen“ vereinnahmte die Große Berliner Pferdebahngesellschaft 1883 6498 Mark, 1893 bestand dieser Krankentransport noch. Auch Verbrecher wurden in besonderen Waggons befördert. Der in Spandau erscheinende „Anzeiger für das Havelland“ berichtete am 27. November 1898: *„Einer der neuen ‚Grünen Pferdebahnwagen‘, die für den Transport der Gefangenen vom Molkenmarkt nach dem neuen Tegeler Strafgefängnis bestimmt sind, hat ... seine erste Fahrt gemacht. Die Wagen ähneln den Pferdebahnwagen, doch haben sie an den Seiten keine Fenster, sondern dicke Eisenblechbekleidung, die mit grüner Farbe angestrichen ist. In der Mitte der beiden Seitenwände befindet sich eine schmale Tür mit einem vergitterten Fenster, durch welche die Gefangenen in den Wagen einsteigen. Im Innern des Wagens befinden sich zur Rechten und Linken der Längsachse Einzelzellen, die durch Oberlicht erhellt werden. In der Mitte des Wagens, der die Inschrift „Neues Königl. Strafgefängnis Tegel bei Berlin“ trägt, liegt ein Raum für die Aufseher, die den Transport begleiten“.* Die Wagen fuhren täglich 10 und 16 Uhr vom Molkenmarkt ab und kehrten mit zu entlassenden Gefangenen nach Berlin zurück. Da die Wagen schwer waren, wurden sie dreispännig gefahren. Lange kann diese Sonderlinie nicht verkehrt haben, denn die Strecke nach Tegel wurde im Juli 1900 auf elektrischen Betrieb umgestellt.

Für den Personenverkehr hatte die Große Berliner Pferdebahn schließlich noch einige größere Schlitten, die bei starken Schneefällen, durch die der Pferdebahnbetrieb lahmgelegt wurde, eingesetzt werden konnten, vor allem wohl auf der Tempelhofer Strecke.

Noch ein Wort über den Anstrich der Wagen. Auf einem Ölgemälde des Berliner Malers Eduard Gaertner (1801—1877), dessen Spezialität äußerst genaue, ja mit photographischer Treue behandelte Darstellungen von Berliner Ansichten und Straßenbildern waren, aus dem Jahre 1869 ist die Berliner Straße in Charlottenburg festgehalten. Auf dem Bilde ist ein Decksitzwagen der Charlottenburger Pferdebahnwagen zu sehen, der einen rotbraunen Anstrich hat, später sollen die Wagen dieser Gesellschaft dunkelgrün gestrichen gewesen sein. Die Wagen der Großen Berliner Pferdebahn trugen anfangs ein dunkelgrünes „Kleid“, Ende der achtziger Jahre erhielten sie einen rotbraunen Farbton.

Reinhard Barby:

Der Solger-Stein bei Medewitz im Fläming, eine fast vergessene Ehrung

Nach der Trauerfeier für unseren verstorbenen Professor Dr. Friedrich Solger in Westberlin am 6. Dezember 1965 erfuhr ich im Verwandtenkreise, daß vor vielen Jahren ein großer eiszeitlicher Geschiebblock zu Ehren des Professors „Solger-Stein“ genannt worden ist. Mir gegenüber hat Professor Solger in unserer langjährigen freundschaftlichen Verbundenheit diese Ehrung — gewiß aus seiner großen persönlichen Bescheidenheit — nie erwähnt.

Ich konnte dann aufgrund vieler Erkundigungen feststellen, daß es sich bei dem Solger-Stein um ein großes Geschiebe auf dem Ameisenberg im früheren Jagen 21 des Reviers Setzsteig im Fläming handelt. Professor Solger hatte es früher auf seinen Fläming-Exkursionen den Teilnehmern öfter gezeigt und es als seltenen Diabasblock erläutert. Auf einer Studienfahrt der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg am 14. August 1938, also vor rund 30 Jahren, wurde in einer feierlichen Veranstaltung der führende Professor Solger dadurch geehrt, daß vom damaligen ersten Vorsitzenden der Vereinigung, dem auch heimgegangenen Martin Henning, der ungewöhnliche Diabasblock in Gegenwart des Landrats des Kreises und von Vertretern des Naturschutzes sowie heimatkundlicher und landesgeschichtlicher Vereinigungen Solger-Stein genannt wurde. Der Landrat nahm den Stein in den pfleglichen Schutz des Kreises. In den Monatsblättern der Vereinigung, 43. Jahrgang, 9/10 vom 1. 9. 1938 erschien auf Seite 41/42 ein ausführlicher Bericht darüber.

Diese offenbar weitgehend vergessene Ehrung unseres hochverehrten Professors Solger sollte doch wieder bekannt werden! Nach einem Schriftwechsel mit dem örtlich zuständigen Revierförster Staskowiak in Setzsteig fuhr ich am 19. Juli 1966 zum Bahnhof Medewitz im Fläming. Zusammen mit dem Förster und dem Kreisnaturschutzbeauftragten Schmidt in Belzig fanden wir nach längerem Suchen den Solger-Stein völlig eingewachsen in einer zehnjährigen Kiefernhecke. Seit jener Ehrung ist das dortige Waldbild durch einen großen Kahlschlag und Wiederaufforstung stark verändert worden.



*Die feierliche
Namengebung des
„Solgersteines“
am 14. 8. 1938
(Das Bild verdanken
wir Herrn Methling)*

Die heute kaum noch bekannte Bezeichnung Ameisenberg führt eine Endmoränenkuppe aus dem Warthe-Stadium der Saalekaltzeit in der jetzigen Abteilung 402 des Reviers Setzsteig. Etwa 20 m steigen rundum die Hänge an. Auf der Kuppe blieben bei dem Kahlschlag einige alte Eichen stehen und wurden mit ihrem Standort aus der Kiefernshonung ausgespart. 20 m vom Südrand dieser Aussparung liegt der Solger-Stein in der Schonung.

Es ist wirklich ein stattlicher eiszeitlicher Geschiebeblock! Tischartig ragt er, offensichtlich mit seinem größten Teil, aus dem Boden. Seine Maße: größte Länge 3,15 m, 2,15 m breit und bis 1,30 m über dem Boden hoch; sein Umfang über der Erde wurde mit 8,50 m gemessen und sein Inhalt mit schätzungsweise 6 m³ bestimmt; sein Gewicht ist damit annähernd 20 t.



Der Solger-Stein bei Medewitz/Fläming. Aufgenommen etwa 1945

Der Stein ist ziemlich grobkörnig und blaugrünlich getönt. Es ist ein atypischer Diabas, und es spricht wiederum für den außerordentlich großen Wissensschatz des Heimgegangenen, daß er diesen Stein als Diabas erkannte. Die geplante genaue mineralogische Untersuchung einer Probe des Steines konnte noch nicht erfolgen. Aber nach Vergleichen mit den Diabasen in der großen Geschiebesammlung des Zentralen Geologischen Instituts in Berlin, Invalidenstraße, konnte festgestellt werden, daß der Stein stark dem Asby- und dem Oeje-Diabas ähnelt, die in Norrland, der nördlichsten Provinz Schwedens anstehen. Der Diabas, ein Tiefengestein und seltenes Geschiebe, ist im Solger-Stein kristallin umgewandelt.

Revierförster Staskowiak hat inzwischen den Solger-Stein mit Rücksicht auf seine besondere Bedeutung in dem Kieferndickicht freigelegt und dadurch wieder zugänglich gemacht. Kreisnaturschutzbeauftragter Schmidt bestätigte die alte Unterschutzstellung als Naturdenkmal vom 4. 9. 1957 (Nr. 89-5/57) und

nahm das Geschiebe als Solgerstein in das Kreisverzeichnis der Naturdenkmäler auf. So ist die schöne, würdige Ehrung unseres Professors wieder aufgelebt.

Es sei auch noch der Weg zum Standort angeführt: Vom Bahnübergang südlich des Bahnhofs Medewitz führt ein gerader Weg südöstlich nach 1 km auf die Medewitzer Allee, ein nord-süd verlaufendes Gestell. Nach einem weiteren Kilometer biegt der Hauptweg südöstlich vom Gestell ab und zeigt nach wenigen Minuten linkerhand die aus der Kiefernsonnung herausragende Kuppe mit den alten Eichen; es ist die Höhe 145,7 des Meßtischblattes Stackelitz, neue Nummer 3940, der alte Ameisenberg. An der gleichen Wegstelle zweigt links rückwärts ein Waldweg ab, der den Ameisenberg von West nach Nord umgeht. Auf diesem Wege findet sich bald unschwer eine Gelegenheit, von Norden her zu den Eichen aufzusteigen und nach Durchquerung dieses Wäldchens oben auf dem beginnenden Südhang den freigelegten Solger-Stein im Rande der Schonung zu erreichen. Auf dem Meßtischblatt Stackelitz liegt er 192 mm vom West- und 199 mm vom Südrand. Die Weglänge vom Bahnhof Medewitz bis zum Stein beträgt nur wenig mehr als 3 km. Vielleicht kommt doch der eine oder andere Leser einmal zum stillen Gedenken unseres unvergessenen Professor Solger an den ihn so beziehungsreich ehrenden Stein.

Eberhard F a d e n :

Friedrich Solger

1877—1965

Am 8. Oktober dieses Jahres 1967 ist Friedrich Solgers, unseres Ehrenmitglieds, 90. Geburtstag. Noch zum 88. erreichten ihn unsere Glückwünsche bei gutem Befinden. Bald darauf ist er — am 29. November 1965 — aus voller Tätigkeit als Professor der Geologie an der Berliner Humboldt-Universität, der er seit 1907 fast 60 Jahre angehörte, abberufen worden. Unverlierbar sehen wir vor uns seine gestraffte Gestalt, auf dem Katheder wie im Gelände frisch und lebhaft — nie ermüdender, nie versagender Kündler des Heimatgedankens bis zuletzt.

Unwillkürlich drängt sich F o n t a n e s Wort über seinen Vater herzu, das dann auf den Dichter selbst angewandt worden: „Wie er zuletzt war, so war er eigentlich.“ Und so möchte es wohl scheinen, wenn wir Solgers „Zuerst“ überdenken, das ihn von der Heimat weg in ferne Weite führte. Geboren und aufgewachsen auf dem Wedding, wo sein Vater, der Geheime Sanitätsrat Dr. Eduard Solger (1831—1920), über 50 Jahre vor allem als Armenarzt gewirkt hat — 1894 mit 17 Jahren Abiturient des dortigen Lessinggymnasiums — 1898 Bergreferendar „mit Auszeichnung“ — 1899 Assistent am Geologischen Institut der Berliner Universität — 1901 Dr. phil. magna cum laude — 1901-02 das militärische Dienstjahr in Jena — Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am neubauten Märkischen Museum an der Waisenbrücke mit der Aufgabe, die Landschaft um Berlin in Reliefs ihrer erdgeschichtlichen Entwicklung darzustellen — gleichzeitig Studium der Geographie bei dem berühmten Chinaforscher Ferdinand von R i c h t h o f e n (1833—1905) — 1907 Privatdozent an der Berliner Universität mit der Habilitationsschrift „Über die Entstehung der märkischen Dünen in einer Wüstenzeit unmittelbar nach dem Abschmelzen des letzten Eises“ — Oktober bis Dezember 1908, als Anerkennung seiner Museumsleistung, eine Studienreise nach Russisch-Turkestan, wo er seine Dünentheorie bestätigt findet — 1910-13 für drei Jahre als Professor der Geologie an die eben gegründete Reichsuniversität in Peking berufen — 1914 Auftrag der jungen Republik von 1912, eine geologische Reichsaufnahme von China einzurichten: Aussicht auf eine großartige Forschertätigkeit gleichsam in Nachfolge seines verehrten Lehrers Richtshofen!

Kaum von seiner ersten großen Landesbereisung zurück, ruft der Kriegsausbruch den altgedienten Leutnant d. R. nach Tsingtau. Drei Monate Front in der Festung — über fünf Jahre Gefangenschaft in Japan. März 1920 Heimkehr: als Hauptmann mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse entlassen. Versailles, Inflation. Entschädigungsansprüche zu stellen, wie man wohl geraten, lehnt er als unwürdig ab. Erst im August 1921 gelingt es dem nun 44jährigen Manne, als ao. Professor seine Lehrtätigkeit wiederaufzunehmen; er heiratet. Fortan widmet er sich dem Heimatgedanken.

Jäh scheint der zukunftsreiche Aufstieg abgebrochen. Aus der Weite in die Enge zurückgeworfen, frühe Entsagung, ein tragischer Bruch? Man muß es fast annehmen, wenn man seinem Biographen folgt, dem ihm befreundeten Oberstudiendirektor Prof. Dr. Bruno Gumlich, der in dem Sonderheft der „Mark“

*Prof. Solger
auf einer Exkursion, 1963*



zum 60. Geburtstag darüber sagt: „In der Gefangenschaft trat eine Wandlung in ihm ein. Da eine geologische Betätigung ausgeschlossen war, wurde er mehr und mehr auf die Heimatkunde als Weltanschauung gedrängt.“ Anders spricht der ältere Bruder, Dr. Wilhelm Solger, der ihn 1913 in Peking besucht hatte, im zweiten Aufsatz des Heftes von „der Wendung im Leben Friedrich Solgers“ durch die Aufgaben des Lagers: die der Freiheit Beraubten wünschten von der Heimat zu hören; „ältere Gedankenreihen, die hinter der Forschungsarbeit in China zurückgetreten waren, wurden jetzt wieder wach.“ Klarheit gibt sein eigener Lebensbericht, zu eben dem Jahre 1937 verfaßt, der sich im Nachlaß fand: „Ich konnte mir in Ruhe Rechenschaft davon geben, was ich in den vier Jahren in China von der Geologie des Landes kennengelernt hatte. Ich habe damals ein umfangreiches Manuskript niedergeschrieben, aber nur einen kleinen Auszug davon nachher veröffentlicht, da ich die Lücken meiner Ergebnisse zu stark empfand, um ein dickes Buch daraus machen zu wollen.“ Und er stellt nüchtern fest: „Turkestan wie China hatten mich erkennen lassen, daß ich mich zum Forschungsreisenden im gewöhnlichen Sinne nicht eigne . . . Mehr und mehr drängte sich mir als Forschungsaufgabe die Frage auf: Wie erfaßt man Land und Leute als eine große *Lebensseinheit*?“. Sie knüpft an jene „älteren Gedankenreihen“ an. Früh stieß der Naturforscher auf die Bedeutung der Rasse. Im *Werdandibund*, der Künstler und Wissenschaftler zur Förderung des Volksgedankens aufrief, hielt er 1909 zu Darwins 100. Geburtstag einen Vortrag über den „nationalen Geist als Naturerscheinung“, in den *Werdandischriften* gedruckt wie ein anderer Aufsatz „Vom Leben und Sterben in der Geschichte“. Bei Richtig-hofen waren ihm „die Gesetze des Raumes bewußt geworden, d. h. was die Gemeinsamkeit des Raumes für die Schicksalsverbundenheit und für die gegenseitige Beeinflussung der Kräfte bedeutet“. *Lebensseinheit* ebenso in der Zeit gesehen: die Menschengeschichte als ein Teil der Erd-, der Naturgeschichte. Im

Lager wünschten die Kameraden Vorträge und Unterricht in den verschiedensten Fächern. „Das Fruchtbare wurde der Deutschunterricht“ — erst Aufsätze — Schiller und Goethe — Aufführung von Wallensteins Lager — dreimal den Faust studiert. Vor andern begehrt waren die Sonntagsvorträge über Deutschland und die Deutschen, so daß sie von der Lagerdruckerei in 200 Stück gedruckt wurden, von Solger genannt „Heimaterde und Ahnenblut“: „ein Überblick über die Gesetze des Anorganischen und des Organischen, ausklingend in einer biologischen Auffassung unserer Vorgeschichte und Geschichte.“ Land und Leute, Boden und Blut — trotz des Mißbrauchs der Wörter in der NS-Zeit Grundtatsachen alles geschichtlichen Lebens.

So gerüstet durch die Kameradschaft hinter Stacheldraht fand er daheim im Kreise der „Brandenburgia“, ihm vom Märkischen Museum her bekannt als die Schöpfung Ernst Friedels († 1918), ein aufnahmebereites Arbeitsfeld. Hier erlebte ihn gleich im ersten Jahre 1920 der um sieben Jahre jüngere Willy Hoppe, damals Bibliothekar der Handelskammer, auf einer Sommerwanderung nach Eberswalde unter Mielkes Führung: „Ich kannte einiges Wenige aus seinem Schrifttum und hörte, daß man ihn schätzte und von seiner Anwesenheit viel erwartete. Nahe dem Bahnhof Joachimsthal — wir waren tags zuvor in Templin gewesen, wo ich über die Stadtgeschichte gesprochen hatte — trat er unter uns. Bald war der rüstig ausschreitende tiefgebräunte Mann im Mittelpunkt. Er erzählte von China und von seinen neuen Plänen. Ich begann den frischen Menschen, unter dessen buschigen Brauen ein Paar urgesunde Augen aufblitzten, von der Seite genauer zu betrachten. Und dann kam ein wirkliches Erlebnis. Solger erklärte uns in dem großen Steinwerk unweit des Grimnitzsees das Werden jener Landschaft. So lebendig, so klar und gelegentlich so humorvoll hatte mir noch keiner von der märkischen Landschaft gesprochen. Ich glaubte sie zu kennen: gewiß, geschichtlich. Aber hier kam einer und mahnte mich unaufdringlich, daß es damit nicht genug sei, daß man auch dem naturhaften Geschehen Beachtung schenken müsse. An diesem Tage erfuhr ich unzweifelhaft einen der Antriebe, die mich aus der Enge heimatlicher Zunftgelehrsamkeit hinauswiesen in die Weite lebensvoller Erkenntnis der Heimat.“ In unzähligen Mitwanderern hat sich durch die Jahre dies Erlebnis wiederholt.

Die Arbeit an den Kunstdenkmälern der Provinz Brandenburg, für die Solger bereits vor dem Kriege die geographisch-geologischen Einleitungen übernommen hatte, führte ihn mit dem Historiker näher zusammen, der sich erinnert: „Hinter dem Geologen, den ich von der Uckermark her kannte, erblickte ich nun einen Menschen, der wahrhaft „universal“ zu sein versuchte, der das Bild der Heimat einzufangen strebte, wie ich es in solcher Form noch nicht erlebt hatte.“ Den Nachweis solcher universalen „Lebenseinheit“ versuchte Solger in der 1923 beginnenden „Studiengemeinschaft für wissenschaftliche Heimatkunde“ an der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege des Prof. Schoenichen, an der neben ihm Ulbrich, Hoppe, Kiekebusch, Klose, Mielke Vorlesungen hielten — und zwar zunächst in gemeinsamen Wanderungen mit dem Botaniker Prof. Ulbrich. Aber es gibt nicht viele Stellen, die den Zusammenhang zwischen Bodenart und Pflanzenwuchs augenfällig machen, ganz abgesehen von dem Klimaunterschied zwischen Bodenentstehung und heutigen Pflanzen, die auch eingewandert sein können. Wie schwierig erst, die Verkettung aller Kräfte in der heimischen Natur und Wirtschaft aufzuzeigen! In einem hübschen Bilde hat er es ausgeführt: „Die

Heimatkunde ist keine Landstraße, auf der man Schritt vor Schritt vorwärts kommt zu einem bestimmten Punkte wie in der Fachforschung. Sondern in ihr bewegt man sich wie in einem Park, den viele Wege durchkreuzen und in dem man sich freut, wenn ein freundlicher Durchblick sich öffnet zu einem Nachbarpunkt, den man im Augenblick nicht besuchen will, dessen Nähe man sich aber gern bewußt wird.“

Wirksamer konnte Solger seine Lehre in dem ebenfalls 1923 begründeten „Heimatkundlichen Colloquium“ an der Universität pflegen, am Institut für historische Geographie und Staatenkunde, zusammen mit dem Institutsleiter Prof. Walther Vogel und W. Hoppe, wo gleichsam „am runden Tisch“ aus dem Nebeneinander der verschiedenen Disziplinen die gegenseitige Durchdringung eher gelingen mochte. „Der Schöpfer und wirkliche Heger des Gedankens war Solger“, bezeugt Hoppe. „Er ließ uns — sagt ein Hörer — in dem begrenzten Raume der Heimat das Universum erkennen.“ Doch Professor Vogel, dessen Staatenkunde weit über Deutschland hinausführte, war nicht immer ganz einverstanden mit dem strengen „Gebot des Heimatgewissens“. Als Solger zum zehnjährigen Bestehen der Studiengemeinschaft seine Lehre, „Die Heimat als Lebensinheit“, zusammenfaßte, ähnlich bedeutsam wie die noch heute als klassisch bezeichnete Eröffnungsrede von Eduard Spranger „Der Bildungswert der Heimatkunde“ — freute sich Vogel „der treffsicheren Kürze —, aber mußte man nicht in der Geschichte noch stärker betonen, daß wir zwar in der Heimat unser eigentliches Selbst behaupten sollen, aber doch auch vor der Notwendigkeit und der Aufgabe stehen, uns mit unserer gesamten Umwelt auseinanderzusetzen (über die ganze Erde hin), in ihr Aufgaben zu lösen, an ihr unsere Kräfte zu erproben? Hat nicht der Übergriff auf das Fremde, das Abenteuer nicht auch sein Recht? Sie betonen nur seine Gefahr, fast möchte ich sagen, seine Sünde.“ Das ging auf Solgers Schlußabsatz, auf die „Lockungen der Gegenwartswelt, die Erdschwere der Heimatbindung von uns zu werfen und in Wissenschaft oder Wirtschaft den hemmungslosen Flug zu versuchen“. Sollte das Urteil auch von dem eigenen Flug nach China gelten — wollte Vogel darauf hindeuten? Seine Dank- und Mahnkarte hat sich noch in Solgers Exemplar befunden.

Den Heimatgedanken wünschte der Uermüdlige schon in der Jugend, bei der Neugestaltung der Schulen berücksichtigt. Seit 1925 im Bund völkischer Lehrer, dann sein Bundeswart, hat er in der „Völkischen Schule“ zahlreiche Aufsätze über Bildung und Erziehung veröffentlicht. Seine besondere Liebe aber gehörte der Arndthochschule, für die er seit 1921 Jahr für Jahr den Vorlesungsplan aufstellte, geleitet von Fichtes Reden nach Preußens Niederlage 1806. Die gleiche Aufgabe übernahm er für die verwandte Heimat-Volkshochschule in Stettin: „Das Fruchtbare war ihre jährliche Oktoberwoche in Henkenhagen an der Ostsee — wirklich etwas wie eine Akademie der Heimatkunde im Werden.“ — Von den Reformbewegungen der Zeit blieben selbst die Hochschulen nicht unberührt; als langjähriger Vorsitzender der Vereinigung der nichtbeamteten Dozenten mühte er sich um ihren Anteil an der Selbstverwaltung der Universität und hatte die Genugtuung, daß seine Art, diese Forderung zu vertreten, von Rektoren wie Roethe und Eduard Norden anerkannt wurde. In seiner Fachwissenschaft zog man ihn bei Einrichtung von Heimatmuseen zu Rate; an Planungen für Landgewinnung an der Nordseeküste wirkte er als Sachverständiger mit. Unentbehrlich — nicht zuletzt — blieb seine Mitarbeit am Naturschutz.

1933 kam. Hatte er gehofft, daß nun die Stunde schlug für seine Ideale? Es erging ihm wie so manchem Völkischen: er war nicht Mitglied der NSDAP und wollte es auch nicht werden. „Kampf als solcher hat mich nie gereizt . . . mein Ziel war immer ein fruchtbarer Friedenszustand . . . ich hatte immer ein starkes Bedürfnis nach Gemeinschaftsarbeit, ohne Führerehrgeiz . . . Ich habe es als eine glückliche Fügung angesehen, daß ich damals alle Ämter verlor. So konnte ich freier an grundsätzlichen Fragen arbeiten.“

Er blieb, der er war, Lehrer — aus Berufung, ja, ein begnadeter Lehrer. Vier Jahre später zum 60. Geburtstag kam das überwältigend zum Ausdruck. Zwanzig Verbände und Vereinigungen hatten in das Auditorium maximum seiner Universität eingeladen, weitere zwanzig sandten Vertreter, auch sein Regimentsbund I.R. 94. Kaum je ist einem ao. Professor eine solche Ehrung widerfahren. Ein Kollege wollte „am höchsten geschätzt wissen, daß er sich als einer der wenigen über seinen Hörsaal hinaus seinem Volke zur Verfügung gestellt habe, trotz der früher sehr allgemeinen Auffassung, daß sich der Gelehrte damit etwas vergebe.“ Es war doch wohl in ihm angelegt, vielleicht vom Vater her, und durch das Kriegsschicksal vertieft, „als die Kameraden zu mir kamen: ‚Du hast doch mehr gelernt als wir‘ — auch geistigen Besitz empfand ich als Volkslehen.“ Im Glückwunsch unserer Landesgeschichtlichen Vereinigung schrieb Martin Henning von der „Dreiheit in seinem Wesen: Gelehrter, Lehrer und Offizier“. Solger scherzte wohl einmal in lustiger Jugenderinnerung: „Unser Spruch war: Privatdozent und Lt.n. d. R. — oder: Wohl- bzw. Hochwohlgeboren“ — der alte preußische Rangzopf. Im eigenen Lebensbericht nennt er sein Jahr der allgemeinen Wehrpflicht „ein Ereignis von tiefgreifender Einwirkung“, rühmt die „Erziehung zur Einordnung und zugleich zum verantworteten Entschluß“ und spricht von der „praktischen Philosophie des Exerzierreglements“. Sein Denken war volkhaft, nicht staatlich, deutsch, nicht auf die Mark begrenzt; Preußen wurde kaum erwähnt. Aber sein Dienen, als Offizier wie als Lehrer, stammt aus einer Wurzel.

Seine innere Vornehmheit verband sich mit Güte und Geduld; Ironie war ihm ganz fremd. Er nahm jeden Frager ernst und hatte die wunderbare Gabe, aus ihm sein Wissen herauszuholen. Manche Bemerkung des andern wußte er noch nach Jahren und knüpfte daran an. Großen Wert legte er auf Merkskizzen und Zeichnungen, die — während des Vortrags entstehend — den Gedankenaufbau Strich um Strich begleiteten; auch historische Verläufe stellte er so dar. Diese Kunst hatte er im Unterricht der chinesischen Studenten als wirksamstes Verständigungsmittel entwickelt. Das Auge sollte anschauen, gerade das Auge des Großstädtlers, wie auch Solgers Rede „immer einfacher und dadurch eindringlicher und anschaulicher wurde“. Er sprach zu Forst- und Landwirten, zu Beamten der Bauverwaltungen, zu Lehrern jeder Schulart, zu Heimatfreunden in allen Landen und „Ländchen“ der Mark. „Der Kreis, der mich am meisten ermutigte, waren Arbeiter, Gewerbetreibende, kleine Kaufleute, Angestellte, Männer und Frauen, die innere Neigung bei meinen Wanderungen hielt“. Aber so vertraut er vielen geworden, nie ist man ihm anders als respektvoll begegnet. Wie konnte man diesen Anwalt der Heimatpflege und des Naturschutzes recht ehren? Die Hüter der Naturdenkmäler fanden allgemeinen Beifall, als sie einen mächtigen Findling im Fläming in das amtliche Verzeichnis als „Solgerstein“ eintrugen; die Eintragung seines Namens auf dem Stein hat er abgelehnt.

Nach 1945 traf ihn der schwerste Schmerz eines Manneslebens — ein Unfall stürzte seine treue Gefährtin in jahrelanges Siechtum, bis zu ihrem Tode hat er sie daheim gepflegt. Der betreuende Arzt ward ihm Freund, in seiner Häuslichkeit fand der Vereinsamte Entspannung und Erholung — abermals, wie einst als Kriegsgefangener, im gemeinsamen Studium des Faust, der Welt Goethes, zu der Solger der rechte Führer war.

Die Brandenburgia, die er seit 1936 geleitet, fand sich nach dem Kriege nicht wieder zusammen. So trat er in unsere Vereinigung, in der er schon 1907 — damals Touristenklub — vorgetragen hatte. Lieb wurde ihm der Nikolaikreis von Wissenschaftlern und Laien, der sich nahe der alten Berliner Pfarrkirche um ihn scharte.

Immer sind wir eingereiht in die Kette der Geschlechter. „Der Heimatgedanke als Grundlage einer deutschen Lebens- und Weltanschauung“ — so hatte er 1937 seinen Geburtstagsvortrag genannt. Zwanzig Jahre danach schrieb er — gleichsam eine letzte Steigerung — „Das überpersönliche Leben — sein Bewußtwerden im Heimatgedanken“ 1959. Für sich selbst hat er im Lebensbericht Goethes Wort aus dem west-östlichen Diwan gewählt:

Jedes Leben sei zu führen,
Wenn man sich nicht selbst vermißt.
Alles könne man verlieren,
Wenn man bliebe, der man ist.

So haben wir versucht, sein Bild zu zeichnen, den Lebenslauf, der eine Tat war, — wie wir glauben, in seinem Sinne nach dem Gebot Moltkes für die Kriegsgeschichte: „Wenn man eine ruhmvolle Tat zu erzählen hat, so braucht man nicht zu sagen, daß sie ruhmvoll gewesen ist; die einfache Darstellung des Verlaufs enthält das Lob.“

Friedrich Solgers Schriften 1901—1937, nachgewiesen in: Brandenburgia, Monatsblatt, Heft 10-12, 1937, S. 58—66

Aufsätze in unserem Jahrbuch:

1954 Die Entstehung der Budkower Landschaft

1955 Heimatliche Geschichtsforschung und Volksbildung

1964 Ansprache zum 80jährigen Bestehen der Landesgeschichtlichen Vereinigung

Im Mitteilungsblatt:

50 / 1. 9. 1965: Betrachtungen zu den Ausgrabungen in der Nikolaikirche Berlin

51 / 1. 1. 1966 Nachruf auf Solger

Friedrich Solger: Die Heimat als Lebensinheit. o. J. (= Flugschriften der Staatl. Stelle f. Naturdenkmalspflege in Preußen, Nr. 4).

Bücherschau

Historischer Handatlas von Brandenburg und Berlin.

(= Veröff. d. Hist. Kom. zu Berlin). Berlin: de Gruyter 1965/66, Lfg. 13–18 je DM 19,50.

Lfg. 13: Heinz-Dieter Krausch, *Natürliche Vegetation*. Das Blatt „gibt die potentielle natürliche Vegetation z. Z. des Mittelalters, und zwar um das Jahr 1000 n. Zt. w. wieder“. Die Verbreitung der verschiedenen Waldgesellschaften ist, obwohl ein Neben- und Durcheinander von 14 Varianten des Waldkolorits zu verzeichnen ist, verhältnismäßig übersichtlich dargestellt. Das helle kräftige Violett der Auenwälder in den Stromauen der Elbe, Oder und Warthe drängt sich beim ersten Blick auf, desgleichen das Rotbraun der Kiefernwälder, die sich hauptsächlich von Luckenwalde nach Osten bis über die Oder hin erstrecken, und das Hellblau der Erlen und Erlen-Eichenwälder des Havellandes. Die in dem Erläuterungsblatt gebotene Tabelle, deren Spalten die Vegetationseinheiten, die Standorte nach den Bodenarten, die hauptsächlichsten Holzarten, die topographische Verbreitung und schließlich Landschaftsbild und Vegetation von heute bringen, ist in ihrer knappen doch übersichtlichen Form für das Verständnis der kartographischen Darstellung unerlässlich.

Lfg. 14: Ilse Rarisch — Dieter Gaedke, *Bevölkerungsdichte um 1805*. Man wird es der Verfasserin gern glauben, daß es ein problematisches Verfahren ist, für die Berechnung der Bevölkerungsdichte die statistischen Angaben aus den Jahren von 1800–1819 auf die Gemeindeflächen nach dem Stande von 1939 zu beziehen. Indessen mußten die Werte in dieses Prokrustesbett gestreckt werden, um die neue Dichtekarte mit den bereits erschienenen für die Jahre 1875 und 1939 vergleichen zu können. Für Berlin und große Stadtkreise wie Potsdam ergeben sich bei diesem Beziehungsmaßstab Dichtewerte, die allzu pauschal sind. Die vielen selbständigen Gemeinden, die um 1800 bestanden und 1920 und später durch Eingemeindungen in den größeren Städten aufgingen, fanden keine Berücksichtigung, weil sie 1939 nicht mehr existierten. Die Übersichtlichkeit der Karte leidet an den Farbstufungen des blassen und blassesten Gelbes in den unendlich vielen kleinen und kleinsten Gemeindegebieten. Trotz dieser Mängel bleibt die Karte instruktiv, die größere Bevölkerungsdichte in den Städten hebt sich deutlich ab. Warum gerade das kleine Arneburg in der Altmark die zweithöchste Dichtestufe von 501–1000 Einw./qkm erreicht hat, wird nicht erläutert.

Lfg. 15/16: Die von Helmut Winz und Wilhelm Schmidt hrsgg. Blätter: *Stand der Bebauung in der Gemeinde Rixdorf-Neukölln und: Baualtersstufen der Gemeine Rixdorf-Neukölln* sind, was Farbgebung und Übersichtlichkeit anbelangt, wohlgeraten. Die anfangs spärliche, dann aber immer schneller fortschreitende Bebauung Neuköllns — wohl gemerkt in den Grenzen vor der Eingemeindung 1920, also ohne die danach Neukölln zugeschlagenen Gemeinden Britz, Buckow und Rudow — zeigen die Pläne mit dem Stande von 1875, 1890, 1901 und 1913. Gut erkennbar ist die fortschreitende Bebauung längs der Karl-Marx-Straße und nach Westen in Richtung Hermannstraße in dem Riegel zwischen Rollberg- und Kopfstraße bis 1900, während der Anbau längs der Hermannstraße in den neunziger Jahren einsetzt und erst nach 1900 zur vollen Entfaltung kommt. Die gegen Berlin gerichtete nördliche Spitze des Neuköllner Weichbildes zwischen Kottbusser Damm und Landwehrkanal bleibt bis zur Jahrhundertwende extensiv bebaut, nach 1901 entstehen hier die eng bebauten Wohnblöcke zwischen Kottbusser Damm und Reuterstraße. Gerade an diesem Beispiel kann man die sprunghafte und unausgeglichene Ausweitung der Bebauung, die unmittelbar an Berlin grenzende Terrains zunächst ausspart und überspringt, gut feststellen. Der Vergleich der Pläne von 1901 und 1913 veranschaulicht, mit welcher Intensität gerade in dieser Zeitspanne Neukölln expandierte. In jenen Jahren entstanden die Straßenraster beiderseits der Sonnenallee und das Viertel zwischen Hermannstraße und Tempelhofer Feld. Aufschlußreich ist auch die Entwicklung der Ortsteile südlich der Ringbahn. Längs der Silbersteinstraße zwischen Hermannstraße und der Tempelhofer Grenze sind schon 1875 erste Ansätze einer geringen, verstreuten Bebauung festzustellen, auch hier verdichtet sich die Bebauung im Laufe der Jahrzehnte, ohne jedoch die Gedrängtheit und Enge der Baublöcke nördlich der Ringbahn zu erreichen.

Das zweite Blatt, das die Bebauung des ehem. Stadtkreises Neukölln von 1875 bis 1960 zusammenfaßt, zeigt noch einmal ganz deutlich, wie stark gerade von 1901–1913 die Besiedlung vorangeschritten ist; was nach dem ersten Kriege an bebauten Flächen hinzukam,

ist relativ wenig, ein Teil der Köllnischen Heide mit dem Planetenviertel und einige Baublöcke zwischen Sonnenallee und Treptower Grenze.

Lfg. 17: Das von Otto Büsch bearbeitete Blatt „Garnisonen und Garnisonsstandorte in Brandenburg 1640—1806“ ist bedauerlicherweise sehr unübersichtlich. Es bedarf nicht nur scharfer Augen sondern auch liebevoller Geduld, um sich an den graphischen Darstellungen zu orientieren, und ohne ein Millimetermaß ist das Blatt schwerlich zu benutzen. Zusätzlich wird das Studium der komplizierten graphischen Gebilde noch dadurch erschwert, daß diese teils rechts, teils links, teils oberhalb, einige Male aber auch unterhalb der Orte, auf die sie sich beziehen, angeordnet sind. Durch diese Überfrachtung wird der Wert der an sich verdienstvollen Zusammenstellung beträchtlich herabgemindert. Eine weniger gedrängte Anordnung, auf zwei Blättern etwa, wäre dem wichtigen Thema zum Vorteil gewesen.

Lfg. 18 endlich bringt die Grundsteuerreinerträge der Provinz Brandenburg nach dem Stande von 1925. Das vom Senator für Bau- und Wohnungswesen und der Arbeitsgemeinschaft Historischer Handatlas hrsgg. Kartenblatt ist nicht nur für die Agrar- und Wirtschaftsgeschichte Brandenburgs mit Gewinn heranzuziehen, es regt auch zu Überlegungen bei Fragen der neueren Siedlungsgeschichte an. Die Erläuterungen von Merkel geben in sehr gedrängter Form die Entwicklung der Bonitierungen und der daraus folgenden Grundsteuereinschätzungen des 19. Jh., wobei die engen Zusammenhänge zwischen Grundsteuerbemessung und Karaster leider kaum gestreift werden. Obwohl die Karte auf den ersten Blick an eine grün-braune Zeltbahn der großdeutschen Wehrmacht erinnert, ist sie doch übersichtlich und lesbar. Für die Berliner Bezirke und die großen Stadtkreise sind wohl nur Mittelwerte errechnet worden, obwohl gerade dort eine Aufgliederung wünschenswert und auch darstellbar wäre.

Arne Hengsbach

Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem.

Teil I: Provinzial- und Lokalbehörden. Bearb. von Hans Branig, Ruth und Winfried Bliß. Köln: Grote 1966. 186 S. Ln. 29,— DM.

Hans Branig und seinen beiden Mitarbeitern dankt die Landesgeschichte aufrichtig für die entsagungsvolle Leistung, den aus der Kriegsverlagerung zurückgewonnenen, z. T. gesplitterten Bestand des GStA in diesem Band so übersichtlich vorzulegen. Es ist ihnen gelungen, ihn bis zu den kleinsten Ortsbetreffen zu erfassen. Das umfangreiche Orts-, Personen- und Sachregister erspart künftig umständliches Nachfragen. Vertreten ist Prov. Brandenburg mit 76, Westpreußen mit 50 und Prov. Posen mit 10 Seiten. Auf den Innendeckeln sind zwei Karten des 18. Jh. wiedergegeben, Kurfürstentum Brandenburg und „Provinz Klein-Preußen“.

Weiterer brandenburgischer Bestand aus dem GStA befindet sich im Staatsarchiv Potsdam, dessen Übersicht (Teil I: Kurmark, Neumark, Niederlausitz bis 1808/16) von 1964 Werner Vogel in unserm Jahrbuch 16/1965, S. 117 f. besprochen hat.

Im Vorwort erinnert Branig an die 1939er Übersicht des zum GStA gehörenden „Staatsarchivs für die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin“, die damals Joh. Schultze in den FBPG 51, S. 392 gewürdigt hat. Und wir älteren Benutzer gedenken des trefflichen Leiters und Bearbeiters, des Staatsarchivrats Dr. Reinhard Lüdike (gefallen 1945), dem wir u. a. den einzigen Band des „Berliner Häuserbuchs“ (1933) verdanken.

Eberhard Faden

Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte.

41. Jg. Hrsg. von Hans v. Arnim und Walter Delius. Berlin: Christlicher Zeitschriftenverlag 1966. 160 S. 8,50 DM.

Einleitend widmet der Herausgeber des Jahrbuchs Hans von Arnim dem 1966 verstorbenen Superintendenten Dr. phil. Carl Nagel ein ehrendes Gedenken (s. a. unser Mitteilungsblatt Nr. 52 S. 464). Posthum erscheint von diesem unermüdlchen Erforscher der märkischen Landes- und Kirchengeschichte in diesem Jahrbuch eine Studie über „Die St. Annen-Verehrung in der Mark Brandenburg am Vorabend der Reformation“, das Thema seines letzten Vortrages. Ausgehend von der Annenlegende, behandelt N. zunächst die Annenverehrung im Abendland und zeigt dann, wie im ausgehenden 15. Jh. eine große Annenverehrung in Europa einsetzt. An diesem Kult nimmt auch die Mark Brandenburg teil, wie N. an den Annenkapellen und -hospitälern nachweist. Viele Dorf-

kirchen bewahren Altäre mit Darstellungen aus dem Leben der Heiligen, und die große Zahl der Stiftungen zu Ehren der heiligen Anna und der Annenbruderschaften z. B. in Spandau, Prenzlau, Dahme, Jüterbog und Brandenburg zeugen von der hohen Wertschätzung dieser Heiligen. Glockeninschriften, Holzskulpturen und Darstellungen mit dem „Selbdritt“ vervollständigen das Bild, das uns N. von dem vielfältigen Kult der noch heute in der katholischen Welt sehr lebendigen Heiligen zeichnet.

Hans K. Schulze führt uns mit seinem Beitrag „Zisterziensersiedlung im brandenburg-mecklenburgischen Grenzgebiet“ in die Siedlungsgeschichte der Prignitz. Rheinische Zisterzienser aus Altenkamp errichteten 1232 bei Wredenhagen südlich von Röbel einen Wirtschaftshof, der zum Mittelpunkt der Klosterdörfer wurde, die dann im 15. Jh. in den Besitz der Stadt Wittstock gelangten und deren Gemarkungen noch heute ein großes geschlossenes Waldgebiet, die Wittstocker Heide, bilden. Am Dranser See erhielten 1233 niedersächsische Mönche aus Amelunxborn 60 Hufen zur Anlage einer Grangie. Sie dehnten bald ihren Besitz aus, in dem sie benachbarte Güter wie Berlinchen, Schweinrich, Zempow u. a. aus den Händen des niederen Adels erwarben. Anfang des 15. Jh. ging dieser ganze Klosterbesitz an den Bischof von Havelberg über. Doberaner Mönche legten in Zechlin ein Klosterdorf an, das sie allerdings schon 1306 mit späteren Erwerbungen im Tausch gegen andere Besitzungen Herzog Heinrich II. von Mecklenburg überließen. Der Herzog trat die Burg und die dazugehörigen Dörfer 1320 an das Bistum Havelberg ab, so daß das Gebiet schließlich zur brandenburgischen Herrschaft kam. Der Anteil der Zisterzienser an der Besiedlung des Nordwestens Brandenburgs ist zwar nicht übermäßig groß, doch ist diese Studie eine wertvolle Ergänzung zu dem Aufsatz von Berthold Schulze in unserem Jahrbuch von 1951. Man bedauert das Fehlen einer Kartenskizze; als Bezeichnung für die Laienbrüder lese man Konversen statt Konserven.

Karl Thiemel setzt seine 1963 begonnene Untersuchung über die Mitglieder und die Leitung des Berliner Konsistoriums fort und behandelt hier die Zeit vom Regierungsantritt Johann Sigismunds 1608 bis zur Aufhebung des Königlichen preußischen Oberkonsistoriums 1809. Die als „Geistliches Consistorium“ gegründete Behörde wandelt sich in den zwei Jahrhunderten zum reinen Organ der allgemeinen Staatsverwaltung. Th. versteht es, uns die Wandlungen in der Struktur der Behörde und ihrer Aufgaben aufzuzeigen, zu der so hervorragende Persönlichkeiten wie Stosch, Spener, Porst, Cocceji, Süßmilch, v. d. Hagen, Büsching neben vielen anderen gehört haben. Einen weiteren Beitrag widmet Thiemel dem Königlichen Oberkonsistorialrat Dr. jur. Carl Bacmeister (1864—1932), der von 1894 bis 1900 und von 1927 bis 1932 am Konsistorium in Berlin gewirkt hat.

Fr. W. Katzenbach zeigt eine aufschlußreiche Parallele zwischen Wilhelm Löhes Programm einer apostolischen Erneuerung und den Schriften des Berliner Gymnasialprofessors Friedrich Wilhelm Bötticher, des Vaters des Religionswissenschaftlers und fanatischen Antisemiten Paul de Lagarde. Ihre theologischen Gedanken und Ziele „beruhen offenbar weithin auf denselben Wurzeln religiöser Einflüsse und geistiger Bewegungen, obwohl sie sich zu so verschiedenen Konzeptionen ausformten“.

Ausführlich berichtet Johannes Heintze über die erste preußische Generalsynode, die 1846 zusammentrat, um über eine neue Kirchenverfassung zu beraten, ohne daß allerdings ihre Beschlüsse verwirklicht wurden.

Abschließend schildert Joachim Lachmann das Landesarchiv Berlin und seine Aufgaben, indem er zunächst auf die Geschichte des alten Berliner Stadtarchivs eingeht und dann die organisatorischen und wissenschaftlichen Arbeiten des Archivs darstellt.

Heinz Gebhardt

Jahrbuch des Vereins für niederdeutsche Sprachforschung.

Jahrgang 1965, Band 88 — Karl Wachholtz Verlag, Neumünster.

- a) Zur Wortgeographie der appellativischen Waldbezeichnungen in der Mark Brandenburg. Von Joachim Donath, Berlin, Seite 107—135 mit 6 Karten.
- b) Untersuchungen zum Wechsel von anlautend b:p und d:t in den Mundarten der Mark Brandenburg. Von Joachim Wiese, Potsdam, Seite 136—146.

Zu a): In dieser aufschlußreichen Arbeit über den „Wald“ hat Joachim Donath die Fülle des in Jahrzehnten im Brandenburg-Berlinischen Wörterbuch der Deutschen Akademie der Wissenschaften zusammengetragenen Belegmaterials sowie die Flurnamensammlung des Ge-

heimen Staatsarchivs der Stiftung Preußischer Kulturbesitz neben umfangreicher Literatur als Quellenmaterial ausgewertet. Die brandenburgische Sprachlandschaft wird deutlich vom Sammelnamen „Heide“ bestimmt. Heide als Bezeichnung für grundwasserferne Wälder im Gegensatz zu Busch taucht schon ein bis zwei Jahrhunderte nach der deutschen Besiedelung der Mark auf. Doch war der Baumbestand dieser Waldungen locker, vielfach durch Viehweide gelichtet. Die Bezeichnung merica in märkischen Urkunden wie der übliche Sprachgebrauch der Heide in Brandenburg schließt aber die nordwestdeutsche Heidekraut-Heide (Lüneburger Heide) und den Trockenrasen (süddeutsche Heide) aus. Sie deutet auf einen baumbestandenen Wald. „Wald“ selbst als Gattungsbezeichnung ist aber in märkischen Mundarten ungebräuchlich, abgesehen vom wendisch-sorbischen Gebiet der Niederlausitz (Spreevald) und gewissen Ausnahmen. (Vermutlich gehört hierher der Berliner Grunewald, dessen Namen, von der Laubwaldstruktur rings um das Jagdschloß von 1542 ausgehend, die Teltowsche Heide ablöst — und der Plänterwald in Treptow.) Der Wald im modernen Sinne ist in der Mark das Ergebnis der letzten 300 Jahre der Veränderungen der Wirtschaftsweise im Umbruch der modernen Forstwirtschaft des 18. und 19. Jahrhunderts. Mit dem Vordringen des Kiefernbaus engt sich der Begriff „Heide“ ein in Kiefernwald. Neben Heide bestehen weitere Bezeichnungen der Waldformation in der Mark: Busch, Holz, Fichten, Tannen, Tanger. Sie gelten jeweils in bestimmten, verhältnismäßig fest umgrenzten Gebieten. Der Verfasser bietet aus Erhebungen von weit über 1000 märkischen Orten mit anschaulichem Kartenmaterial einen Vergleich der gegenwärtigen Wortermittlungen mit historischen Quellen und Belegen. So ergibt sich eine gute Rückschau auf die historische Entwicklung der Waldformationen. Die Bezeichnung „Busch“ deutet grundwassernahe Wälder an mit Erlen (Elsen). Aus ihnen sind in den letzten 250 Jahren vielfach Wiesen entstanden; noch heute bemerkenswert mit den Zugangsbezeichnungen „Buschweg“. „Holz“ — im abnehmenden Sprachgebrauch — bezeichnete früher vorwiegend Laubwälder, ohne jene nassen der Busch-Fluren. In der Umwandlung des Holzbestandes vom Laubholz zur Kiefer in der 11. Hälfte des 18. Jahrhunderts tragen in den brandenburgischen Mundarten zwei Wörter für den Wald die Pluralform des Kiefernnamens: „Fichten“ und „Tannen“. „Fichten“ als Gattungsnamen tritt in einem geschlossenen Streifen südlich ab Berlin mit einem Vorstoß bis über Gransee hinaus auf. Das Wort spiegelt das Typische des Naturraums, des Kiefernwaldes wider und verdrängt um die Mitte des 19. Jahrhunderts die alte Bezeichnung Kiene. „Tannen“ fast ausschließlich in der Prignitz gebräuchlich, gewann dort zusammen mit dem Auftreten reiner Kiefernwälder die Herrschaft. Dieser Landstrich, bereits von der Altmark her im 12. Jahrhundert besiedelt, behielt in unveränderter siedlungbedingter Wesensart auch die Geschlossenheit seiner sprachlichen Eigenart bis ins 20. Jahrhundert. „Tanger“, ein alter Walddienername, vermutlich obersächsischer Herkunft, ist ausschließlich in der östlichen Uckermark im Gebrauch, breitete sich aber auch dort erst in jüngerer Zeit mit den künstlich angepflanzten Kiefernwäldern aus. Nicht fest verwurzelt im brandenburgischen Mundartgebrauch ist das Wort „Forst“. Es wird vom Sprecher nur gebraucht, wenn es sich um einen staatlichen, nach modernen forstwirtschaftlichen Erkenntnissen verwalteten Wald handelt. Es steht am Ende einer geschichtlichen Ordnung: Heide — Königliche Heide — Königlicher Forst — Staatsforst, neben der her Heide als altes Mundartswort erhalten bleibt. — Die beachtenswerte Abhandlung zeigt wieder einmal, wie die Sprachgeographie gewisse historische Unklarheiten aufzuhellen vermag.

Zu b): Dem Landesgeschichtler und Wanderer in der Mark, im Verkehr mit der Bevölkerung mit den örtlichen bzw. bezirklichen Mundarten vertraut, sind schon immer außer-märkische Spracheinflüsse aufgefallen. Er begrüßt, daß sich die Sprachwissenschaftler heute stärker als früher der Erforschung dieser Eigenarten der Mundart widmen. So untersucht Joachim Wiese, Potsdam, in obiger, sehr lesenswerter Arbeit den Wechsel der Konsonanten bzw. die Fortisierung b:p und d:t. Als Niederschlag umfangreicher Auswertungen, insbesondere im Archiv des Brandenburgisch-Berlinischen Wörterbuchs weist er an zahlreichen Wortbeispielen gewisse Grundeinflüsse nach. Z. B. für das b in p ost-mitteldeutsch-schlesischen Einfluß in der Lausitz und anschließend dem SO der Mark bis Frankfurt (Pauer statt Bauer). Er führt dies zurück auf die Landnahme der Lausitz zunächst durch die Wettiner, seit dem 13. Jahrhundert auf schlesische Einflüsse, die trotz der Zugehörigkeit zur böhmischen Krone sprachlich erhalten blieben. Keineswegs ist es ein Mitbringel schlesisch/lausitzischer Neubürger. Im Berlinischen sieht der Verfasser die Fortisierung als Gepflogenheit süddeutscher bzw. mitteldeutscher Kanzleischreiber, die solche Gewohnheiten von der Prager Kanzlei übernahmen. Ihm ist zuzustimmen, daß andererseits Schreibungen in Berliner Quellen des 16. und 17. Jahrhunderts rein orthogra-

phisch auf Sprechgepflogenheiten der meißnischen und fränkischen Verwaltungsschreiber zurückzuführen sind. Für den SW und SO der Mark verweist er auf die von Anneliese Bretschneider erwähnten sprachlichen Folgen der Zugehörigkeit des alten Kurkreises mit Belzig von 1415 bis 1815 zu Kursachsen, etwa im Wort Pammme, Bemme = Brotschnitte. In den Kreisen Calau und Lübben treten Nachwirkungen sorbischer Aussprache auf, z. B. bei dem Wort Päcker = Bäcker. In der Niederlausitz aber ist auch festzustellen, daß die Neigung zur Fortisierung entgegen der deutschen Hochsprache auf das t übergreift, z. B. Tackel = Dackel. Eine andere Neigung, Fremdwörter aus romanischen Sprachen im Anlaut b auf p umzuwandeln erläutert Wiese an einer ganzen Reihe von französischen Wörtern. Diese sind von Märkern und Berlinern, wie von anderen Niederdeutschen, wegen der Stimmlosigkeit des Französischen im Anlaut in den „harten Konsonanten“ umgewandelt. Interessant auch, daß selbst Neigungen zur Lautmalerei, oder die gefühlsmäßige Intensivierung, wie sogar volksetymologische Umdeutungen von Wörtern in allen Gebieten der Mark Brandenburg — siehe wiederum die zahlreich angeführten Beispiele — zur Fortisierung der Anlaute geführt haben. Mit den ausgewählten anschaulichen Beispielen und einer gründlichen Literatúrauswertung unterstützt der Verfasser eingehend seine Ausführungen. Die Arbeit ist u. a. eine anschauliche historische Illustration der märkischen Sprachlandschaft. Gerhard Küchler

Der richtige Berliner in Wörtern und Redensarten

verfaßt von Hans Meyer, weiland Professor am Grauen Kloster zu Berlin, fortgeführt von Dr. Siegfried Mauermann und für die zehnte Auflage bearbeitet und ergänzt von Walter Kiaulehn. München & Berlin: Biederstein 1965. 264 S., Ln. 16,80 DM.

Daß der Berliner stolz auf seine Sprache ist, zeigt sich darin, daß sein „Duden“, Der Richtige Berliner in Wörtern und Redensarten, von 1878 bis 1965 in zehn Auflagen erscheinen konnte. Dagegen wurde das entsprechend aufgebaute Buch von Karl Albrecht über die Leipziger Mundart (1881) erst kürzlich in einem ersten Nachdruck der wissenschaftlichen Forschung wieder zugänglich gemacht. Immer wieder fügten die Herausgeber den neuen Auflagen auch neue Wörter und Wendungen ein, ohne allzuviel von den alten zu streichen.

Nun hat es Walther Kiaulehn übernommen, die zehnte Auflage völlig neu zu bearbeiten. Das war gewiß notwendig, denn viel Ballast mußte über Bord geworfen werden. Aber daß von den 182 eigentlichen Wörterbuchseiten der 9. Auflage mit meist über 30 Wörtern nur 125 mit 15 bis 20 Wörtern übrigblieben, scheint mir doch eine sehr bedauerliche Kürzung. Sicher sind inzwischen viele Wörter, die Meyer-Mauermann noch als berlinisch verzeichneten, in die Umgangssprache gedungen und mußten ausgesondert werden. Aber daß in der Neuauflage Wörter fehlen wie *abmarachen*, *abrabatzen*, *absejen*, *antippen*, *betulich*, *Bibi*, *Bruch*, *kledrig*, *Klieter*, *Knubbel*, *Racker*, *racksen*, *schmaddern*, *Schnörjel*, *Schnösel*, *stekern*, *talén*, *unverfroren*, *verfressen*, *vermurksen*, *(zurück-)zoppen*, *Zumpel* und viele andere mehr, muß doch sehr bedenklich gegen diese Neubearbeitung stimmen, von der man nicht mehr sagen kann, daß sie alles, was zum Berliner Sprachschatz gehört, zusammenfaßt. Erfreulich sind natürlich viele Neuaufnahmen wie *Atze*, *Bonje*, *Heuboden*, *Mieke*, *Muckefuck*, *Schnulze*, *Wucht* sowie der Wendungen *weich*, *sauer*, *scharf*, *uf Draht*, *im Eimer sein*, *uf de Schnelle*, *uf'n Wecker falln*, *alle Tassen im Schrank haben* u. ä., die sich aber bei sorgfältiger Durchsicht der neuen Berlinliteratur sowie der Wörterbücher von Küpper und S. A. Wolf um ein beträchtliches vermehren ließen. Dann hätten sich auch die Wiederholungen der falschen Etymologien früherer Auflagen vermeiden lassen (z. B. *Hechtsuppe*, *picheln*) und die Erklärungen erweitert statt verkürzt werden können.

Den in Magdeburg geborenen Friedrich Spielhagen als Berliner Schriftsteller anzusprechen, ist wohl etwas gewagt. Von den 365 volkstümlichen und Kinderversen sind leider nur noch etwa ein Drittel verzeichnet, Kinderspiele und Redensarten von Billard, Kegeln und Skat fehlen völlig ebenso die frühere verdienstvolle Zusammenstellung der synonymen Ausdrücke. Die aus der alten Auflage gekürzt übernommene Grammatik hätte durch die Beachtung des 1928 erschienenen Werkes „Berlinisch“ von Agathe Lasch (1879—1942) wesentlich gewinnen können. Dafür bietet K. eine etwas summarische Einleitung über Sprache und Witz des Berliners.

So erfreulich es ist, daß die Berliner wieder zu ihrem Wörterbuch in einer recht ansprechenden Neuausgabe greifen können, so bleibt es doch bedauerlich, daß sie in vielen Zweifelsfällen die alte Auflage zu Rate ziehen müssen. Heinz Gebhardt

Wolfgang Rudolph: Handbuch der volkstümlichen Boote im östlichen Niederdeutschland.

(= Veröff. des Inst. f. deutsche Volkskunde d. Deutschen Akad. d. Wiss. zu Berlin, Bd. 41) Berlin: Akademie-Verlag 1966. 150 S. DM 35,—.

Wolfgang Rudolph hat sich bereits in seiner Arbeit über „Die Übergangsformen zwischen Einbaum und Plankenboot an der südlichen Ostseeküste“ (Phil. Diss. Berlin 1965 Masch.) als gründlicher Bootsbauforscher ausgewiesen. In einer kleinen Studie „Bootsbau in Brandenburg“ (Festschrift: 75 Jahre Museum für Volkskunde zu Berlin, 1964, 117—122) hat er Beobachtungen über den Bau von Booten in Oderberg und Brandenburg/Havel mitgeteilt und ausgeführt, „daß die Kähne der Fischer von Oderberg und Brandenburg einer Epoche vorhandwerklicher Herstellungsverhältnisse zugeordnet werden müssen, in welcher der Fischer anfänglich selbst Produzent wie Konsument des Fahrzeugs war, und später bis an den Rand unserer Gegenwart den maßgeblichen Einfluß auf den produzierenden Kahnbauer ausübte“.

In der nun hier vorliegenden Materialdokumentation über die kleineren Boote, deren Fortbewegung hauptsächlich manuell erfolgt, bietet er uns eine Entwicklungsgeschichte der volkstümlichen Wasserverkehrsmittel im östlichen Niederdeutschland. Seine umfangreiche Stoffsammlung beruht auf gründlicher Feld- und Archivforschung; Skizzen aus Auftragsbüchern, selbst Darstellungen auf Grabsteinen hat er in die Arbeit miteinbezogen. Die Untersuchung erstreckt sich über das niederdeutsche Küstengebiet zwischen Trave und Oder und schließt auch das mecklenburgische und brandenburgische Binnenland bis zur Havel bei Rathenow und Brandenburg ein. Natürlich nimmt der Bootsbau an der Küste den größeren Raum ein, aber wir finden auch die Querstevenboote der Unterhavel, die *Zollen*, sehen die Kahnbaustelle der Brandenburger Domkietzer mit den Bodenplankenbooten ohne Steven und lernen die unterschiedliche Rudertechnik beim Blockstevenboot in Oderberg oder Beeskow kennen, um nur einige märkische Beispiele herauszugreifen.

R. ordnet nach ergologischen Gesichtspunkten in Einbäume und Plankenboote, die er wiederum nach den Merkmalen des Bootsbodens und der Bootsenden unterteilt. In seiner systematisch gegliederten Darstellung nennt er zunächst bei allen behandelten Fahrzeugen die landschaftlich sehr unterschiedlichen mundartlichen, historischen oder literarischen Bezeichnungen. Dann untersucht er die Herstellungsverhältnisse. Nicht immer lag die Fertigung bei zünftig ausgebildeten Bootsbauern, sondern verschiedentlich auch in Händen der ortsansässigen Fischer oder Stellmacher. Eingehend beschreibt er Material, Konstruktion und Antriebsmittel wie Ruder (*Sprießrudel* in Oderberg), Segel oder in neuerer Zeit Außenbordmotor, ferner die Besatzung und ihre Arbeitstechnik (z. B. *fähren, schotten, schuwan, schlöpen, pautschen* an der Oder, brandenb. *peezen*). Bei allen Typen geht R. ausführlich auf die Verbreitung und Verwendung der Boote ein und bemüht sich, die Entwicklungsgeschichte von der Urzeit bis zur Gegenwart aufzuhellen, wobei er in vielen Fällen über die ältere Forschung hinausführt. Schließlich verzeichnet er auch noch die außerhalb des Untersuchungsgebietes, vor allem an der dänischen und schwedischen Küste vorkommenden Typen und Varianten. Bei der sehr vorsichtigen sprachlichen Deutung der Mundartwörter kann R. mehrfach ältere Etymologien durch neue Ableitungen ersetzen. Der Name des seit 1933 auch in Ruppin gebauten *Heuers*, eines Bodenplankenbootes mit Balkensteven, hängt nicht, wie Mitzka und Brunner meinten, mit dem Heutransport zusammen, sondern ist eine Nebenform zu *Hugger* 'kleines Küstenschiff', *Polt* und *Lomm* sind Relikte pomoranischer Wörter, denen poln. *plet*, *plot* 'Boot' bzw. *lom* 'ausgehauenes Stück Holz' entsprechen.

Über hundert ausgezeichnete Abbildungen, Übersichtskarten und 18 Tafeln mit den Schiffsausmaßen erhöhen die Anschaulichkeit der Darstellung. Alle Mundartausdrücke und die historischen Sachbezeichnungen sind in einem Register zusammengefaßt. Bei der wichtigen Rolle, die Fischerei und Wasserverkehr in der Mark Brandenburg spielen, wird dieses Handbuch zur Bootskunde auch für den märkischen Heimatforscher zu einem nützlichen Nachschlagewerk.

Heinz Gebhardt

Hermann Conrad: Das Allgemeine Landrecht von 1794 als Grundgesetz des friderizianischen Staates.

(= Schriftenreihe der Juristischen Gesellschaft e.V., Berlin, Heft 22). Berlin: Walter de Gruyter & Co. 1965. 28 S. 7,20 DM.

Kußerlich ein schmales Heft, aber gewichtigen Inhalts, beruht die Darstellung auf einem Vortrag, den der Verfasser — ordentlicher Professor der Rechte an der Universität Bonn — im Sommer 1965 vor der Berliner Juristischen Gesellschaft hielt.

Die Geschichte der preußischen Rechtskodifikation beginnt unter Friedrich Wilhelm I., der das 1620 verkündete, in den Jahren 1665/85 revidierte Landrecht des Herzogtums Preußen neu bearbeiten und 1720 als „Verbessertes Landrecht des Königreichs Preußen“ publizieren ließ. Die 1746 von Friedrich dem Großen initiierte Gesetzeserneuerung für den ganzen Bereich der preußischen Monarchie geriet 1755 nach dem Tode des mit der Kodifikation betrauten Großkanzlers v. Cocceji ins Stocken und wurde erst wieder aufgenommen, als der König durch eine Kabinettsorder vom 14. April 1780 die zweite Periode der Justizreform veranlaßte. Sie ist mit den Namen Carmer und Svarez verbunden. Die Arbeit dieser Männer, von denen Svarez nach einem Wort Savignys die Seele des Gesetzeswerkes war, wurde dann 1794 als „Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten“ verkündet. Diese rechtliche Gesamtordnung des preussischen Staates blieb das ganze 19. Jh. über gültig; mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich war sie im wesentlichen erledigt. Die Bedeutung des Landrechts lag in der Tatsache, daß es die bis zu seiner Verkündung bestehenden römischen und deutschen Rechtsvorschriften durch die Aufstellung verständiger und volkstümlicher Rechtssätze den Bedürfnissen des Zeitalters der Aufklärung anpaßte.

Kurt Pomplun

Irene Berger: Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirkes Bromberg 1815—1847.

(= Studien zur Geschichte Preußens, Bd. 10). Köln-Berlin: Grote 1966. 360 S., 1 Karte. Kart. DM 29,—, Ln. DM 33,—.

Verwaltungsgeschichte erscheint vielen als eine ausgesprochen trockene Thematik und kommt daher in der Forschung oft zu kurz. Umso begrüßenswerter ist es, wenn sich die Vfn. anhand des erhalten gebliebenen Materials zu der nicht leichten Aufgabe der Darstellung der Verwaltung eines preussischen Regierungsbezirkes entschloß. Die Bearbeitung des Themas wurde durch die historische Entwicklung des Kreises erschwert. Die öfter wechselnde Abgrenzung des zugehörigen Gebietes, die unterschiedliche Abhängigkeit von Polen, seit 1772 von Preußen, ab 1807 unter napoleonischem Einfluß als Herzogtum Warschau von Sachsen beherrscht, 1812 unter russischer Verwaltung und schließlich ab 1815 wieder unter preussischer, waren der Ausbildung einer kontinuierlichen und soliden Verwaltungsstruktur hinderlich. Das von der Vfn. — trotz ihrer eingehenden gegenteiligen Belege — in der Schlußbetrachtung wohl doch unterschätzte Nationalitätenproblem bot Ansatzpunkte zu stets strittigen, nie recht gelösten Problemen beim Aufbau einzelner Ämter und bei der Personalauswahl. Man wollte die überwiegend polnische Bevölkerung nicht provozieren und deshalb den Anteil der Polen an der Verwaltung fördern, diese aber waren durchaus nicht immer zur Mitarbeit bereit, z. T. sogar preußenfeindlich eingestellt. Die deutschen Verwaltungsbeamten beherrschten wiederum oftmals nicht die polnische Sprache und waren mit den speziellen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes nur ungenügend vertraut. Daher war die Fluktuation des Personals groß, gefördert auch durch mangelhafte Bezahlung.

In sechs Kapiteln untersucht die Vfn. die Entstehung des Regierungsbezirkes, verfolgt den Aufbau der Verwaltung, zeichnet ein Bild der hier führenden Beamten, schildert die Allgemeine Verwaltung des Regierungsbezirkes und behandelt Wirtschaft, Handel und Verkehr sowie die Landwirtschaft. Ein umfangreicher Anmerkungssteil, ausführliche Quellen- und Literaturnachweisungen sowie ein Orts- und Personenregister beschließen die verdienstvolle Arbeit.

Über Systematisierungsmöglichkeiten wird sich immer streiten lassen; aber die Unterscheidung der Kap. II Aufbau der Verwaltung und IV Allgemeine Verwaltung ist nicht sehr glücklich. Letzteres enthält Abschnitte, die sich rein mit der Verwaltungspraxis befassen, wie z. B. Durchführung von Feierlichkeiten, Statistik, Behandlung der Polen und des Judentums, während andere dem Aufbau und der Tätigkeit einzelner Ressorts der Regierung gewidmet sind (Domänen, Steuern). Die Justizverwaltung als selbständiger Zweig neben der allgemeinen Verwaltung hätte in einem besonderen Kapitel abgehandelt werden müssen. Andererseits bestehen viele Gemeinsamkeiten und Überschneidungen in den Kapiteln IV—VI, die im Prinzip einen guten Überblick geben über die von der Ver-

waltung zum Nutzen der Bevölkerung geleistete Arbeit. Die unklare Gliederung erschwert das Verständnis des Verwaltungsaufbaus. Lästig ist auch die Übernahme alter Verwaltungsausdrücke (Prägravaion, Offiara) ohne jede Erläuterung. Die Terminologie der Vfn. ist manchmal recht eigenartig (Amtsblattverfügung, Woytgemeinde, rathäusliche Kommunalbedürfnisse) und diesbezügliche Ausführungen (über Gutsbesitzer oder Gemeinde als Zusammenfassung mehrerer Dörfer gegenüber der Dorfgemeinde) so knapp, daß der Leser nicht zu erkennen vermag, ob es sich um lokale Besonderheiten handelt. So vermittelt z. B. die sehr einfach gehaltene ständische Gliederung (S. 98 ff.) in 1. hohe Verwaltungsbeamte, Geistliche, Rittergutsbesitzer, 2. Gutsbesitzer, Bürger, 3. Beisassen, Schutzverwandte kein klares Bild der sozialen Verhältnisse, insbesondere was die letzten beiden Kategorien betrifft. Aus der Gleichsetzung der Ausdrücke „Beisassen“ und „Schutzverwandte“ läßt sich nichts entnehmen. Letztere im städtischen Bereich einfach als „Gegenteil von Bürgern“ zu bezeichnen, ist fragwürdig. Die später gebotene Charakterisierung als „Bevölkerungsanteil ohne Grundbesitz oder eigenes Gewerbe“ vermag angesichts der üblicherweise starken Differenziertheit der städtischen Bevölkerung nicht zu befriedigen. Soweit es die Landbevölkerung betrifft, erfährt man genaueres erst im Kap. VI Landwirtschaft, wobei — wie zu erwarten — eine wesentlich schärfere Gliederung zutage tritt.

Ein anderer Mangel der Arbeit besteht darin, daß der Leser mit widersprüchlichen Fakten konfrontiert wird, ohne daß nähere Erläuterungen zum Verständnis dieser — offenbar gar nicht gesehenen — Probleme beitragen. So kann man sich nur wundern über die außerordentlich hohen Forderungen an Vermögen für Wahlfähigkeit und Wählbarkeit der städtischen Vertreter im Landtag, wenn man die geschilderte schlechte wirtschaftliche Lage derselben bedenkt. — Auch genügt es in einer veraltungsgeschichtlichen Studie nicht, zu sagen, daß der Stadtrat über seine Stellung dem Magistrat gegenüber von der Regierung aufgeklärt wurde. Die sicherlich doch nicht uninteressante Aufklärung hätte man gern im Detail erfahren, zumal bekanntlich auch andere Städte (Berlin etwa) gleiche Schwierigkeiten bei der Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Stadtverordneten und Magistrat erlebt. Weiter erfahren wir, daß nur Bürger mit Grundbesitz von 100 Talern oder 200 Tlr. Gewerbeeinkommen Magistratsmitglieder werden konnten (56). Zu dieser Kategorie zählten die Schutzverwandten keineswegs, und dennoch war der Bürgermeister in Schneidemühl ein Schutzverwandter (60). Sie begnügt sich mit der Wiedergabe der Antwort der Regierung an den Landrat, daß der Bürgermeister nicht Bürger zu sein brauche, und sieht darin gar „einen neuen Zug in der Kommunalverwaltung“ (68). Ob die Auskunft der Regierung richtig war oder Schneidemühl nur eine Ausnahme darstellt, bleibt ungeprüft.

Dafür kritisiert sie eine Äußerung v. Leipzigers, daß die Nation und nicht die Zöllner die Zollgebühren festsetzen müßten, als über das Ziel hinausschießend. „Die Zeit war für solche rein demokratischen Prinzipien in Preußen noch nicht reif!“ Dabei war diese Forderung sehr vernünftig und hatte mit ‚demokratischen Prinzipien‘ nichts zu tun.

Nur am Rande sei hingewiesen auf die unzähligen störenden, z. T. sinnentstellenden Druckfehler, die auch für den Verlag nicht rühmlich sind, auf sprachliche Schnitzer wie das häufig fehlende Gentiv-s bei Herrscher- und Behördenamen, auf die Verwechslung von ‚oder‘ statt ‚sowie‘ (S. 72 Z. 19), auf Lesefehler wie „Salarten“ statt „Salarien“, um nur einige Beispiele herauszugreifen.

Merkwürdig ist auch die Zitiertechnik. Worte, ja ganze Satzteile, die zum Verständnis des Zitates erforderlich sind, werden einfach ausgelassen (S. 62 Z. 9; S. 67, 1. Absatz). Das S. 22 u. angeführte Gesuch um Anstellung bei der zu bildenden Regierung stammt von Josef Gramse, einem stellv. Präfekturrat. Der Vermerk (nicht: Randbemerkung) v. Steins heißt „ad acta, da Supplicant bereits angestellt worden“. Von einem unleserlichen Namen kann also keine Rede sein. Im übrigen wurde Josef Gramse 1816 als Bürgermeister nach Gnesen versetzt. — Ebenso unkorrekt sind die Quellenangaben, die die Auffindung kaum eines Aktenstückes gestatten würden. Statt Rep 30, I 2277 muß es z. B. heißen: B Rep 30 I 2277; denn Rep. 30 betr. Pommern.

Die Bibliographie enthält viele Ungleichmäßigkeiten, so gelegentlich die überflüssige Angabe des Dr.-Titels, der Druckerei des Hof- und Staatshandbuchs, und den Hinweis auf Abbildungen. Stichproben ergaben im Register viele Flüchtigkeitsfehler und Unregelmäßigkeiten. So fehlen Seitenverweise bei Schneidemühl (57), Schoenlanke (60), v. Thümen (21); ausgelassen wurde Rzakowo (227); Stichworte sind falsch eingeordnet bzw. man vermißt eine Verweisung; der im Buch fast durchweg Sposetti (und nur ganz selten Zerboni di Sposetti oder nur Zerboni) genannte Oberpräsident erscheint ohne Angabe seines Titels

unter Zerboni, Warschau unter Herzogtum Warschau, Deutsch und Polnisch Crone unzweckmäßigerweise nur unter D und P, Hohensalza nur unter Inowracław, Kolmar nur unter Chodziesen. Wie bei Sposetti fehlt auch bei Flottwell der Titel, ferner wird er stets ohne „von“ angeführt; bei Wallach steht Regierungsrat, im Text jedoch Oberregierungsrat. Die Personennamen werden willkürlich bald mit Vornamen, bald nur mit dessen Anfangsbuchstaben, z. T. aber auch ohne Vornamen angegeben. Friedrich Wilhelm IV. rangiert vor Friedrich Wilhelm III. (Zeichen der Hochschätzung?). Es ist auch nicht einzusehen, warum Bromberg und Posen sowie die nur wenige Seiten starke Einleitung im Register nicht erfaßt wurden. Im Quellenverzeichnis heißt es abwechselnd Hauptarchiv und Geheimes Staatsarchiv, obwohl letzterer Name seit einigen Jahren einzig richtig ist. Gewiß handelt es sich in vielen der hier skizzierten Fälle nur um typische Anfängerschwierigkeiten. Aber es ist bedauerlich, daß diese an sich gute Arbeit durch die reichlich weit gehende Sorglosigkeit der Vfn. leidet, die leider auch Bedenken aufkeimen läßt hinsichtlich der Zuverlässigkeit des sonstigen Textes.

Werner Vogel

Stefi Wenzel: Jüdische Bürger und kommunale Selbstverwaltung in preußischen Städten 1808—1848.

(= Veröffentlich. d. Hist. Komm. zu Berlin, Bd. 21) Berlin: de Gruyter 1967. IX, 265 S. Ln. 38,— DM

Wie Hans Herzfeld in seinem Vorwort ausführt, verdankt das Buch sein Entstehen der Anregung und weiteren Hilfe Adolf Leschnitzers. Dieser bedeutende Lehrer wirkt neben seiner Haupttätigkeit am New Yorker City College seit 1952 als Gastprofessor und seit 1955 als Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin.

Ausgangspunkt der Arbeit war der Versuch, den jüdischen Anteil an den Ehrenämtern der städtischen Selbstverwaltung in den ersten Jahrzehnten nach der Städteordnung (1808) zu erforschen. Im ersten Teil behandelt die Vfn. die jüdischen Stadtverordneten und Stadträte in Berlin. Durch reiches Quellenmaterial belegt sie einleitend die soziale Position der Juden in Berlin um 1800 und schildert die Voraussetzungen zur Assimilation größerer jüdischer Bevölkerungsteile. Besondere Erwähnung finden die bekannten Berliner Familien der jüdischen Oberschicht (Ephraim, Itzig usw.), die als Träger des ersten Assimilationsprozesses erkannt werden. In dieser Zeit waren etwa 2 % der Berliner Einwohner Juden, und rund 10 % von ihnen hatte schon vor den ersten Stadtverordnetenwahlen das Bürgerrecht erlangt. Trotzdem ist der jüdische Anteil an der sich damals entwickelnden städtischen Selbstverwaltung verhältnismäßig gering. Aus den 102 Stadtverordneten der ersten Versammlung wurden 15 unbesoldete Stadträte gewählt, die zusammen mit 10 besoldeten Stadträten den Magistrat bildeten. Unter den 102 Stadtverordneten war nur ein Jude, der angesehene Bankier Salomon Veit, ein Schwager Dorothea Mendelssohns. Neben seinem Amt als Ältester der jüdischen Gemeinde war er Berliner Stadtverordneter in der Zeit von 1809 bis 1822.

Daneben erwähnt die Vfn. als einzigen Juden unter den unbesoldeten Stadträten David Friedländer, den „Schüler“ Moses Mendelssohns. Ein zweiter Stadtrat, der Bankier und spätere Baron Delmar, war ursprünglich Jude, hatte aber durch Annahme der Taufe die totale Angleichung an die christliche Umwelt bereits radikal vollzogen. Vielleicht hätte an dieser Stelle mehr herausgestellt werden können, wie sehr Friedländers zweifellos verdienstvolle Bemühungen um die rechtliche Gleichstellung mit seiner innerlichen Abkehr von einem eigenständigen Judentum kontrastieren.

Das Reformedikt vom 11. 3. 1812 brachte den Juden in Preußen fast völlige Gleichberechtigung, ohne daß sich die jüdische Beteiligung an der städtischen Selbstverwaltung erhöhte. Nach dem Ausscheiden Salomon Veits (1822) wies die Versammlung 12 Jahre kein jüdisches Mitglied auf. Lediglich Abraham Mendelssohn Bartholdy war von 1825 bis 1835 Berliner Stadtverordneter. Er aber, der Vater des Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy, hatte seine Kinder schon 1816 und sich selbst 1822 protestantisch taufen lassen.

Mit Recht sieht die Vfn. als Ursache der geringen jüdischen Beteiligung die nach den Befreiungskriegen einsetzenden nationalistischen und reaktionären Strömungen an, wodurch z. T. versucht wurde, die Juden erneut in eine rechtliche Ausnahmestellung zurückzudrängen. In den Jahren vor der Revolution von 1848, in der Zeit des erwachenden bürger-

lichen Selbstbewußtseins, hatte das Beamtentum seine bisherige einflußreiche Stellung im Staate an das „Großbürgertum“ abgegeben. In diese soziale Schicht waren inzwischen zahlreiche jüdische Familien aufgestiegen. Folglich stieg auch die jüdische Anteilnahme an den Problemen der städtischen Selbstverwaltung. Unter den jüdischen Bürgern, die städtische Ehrenämter übernommen hatten, soll hier lediglich Moritz Meyer erwähnt werden. Meyer erwarb als Bankier 1836 das Berliner Bürgerrecht, 12 Jahre später wurde er Stadtverordneter und bald darauf Stadtrat. Nach vielen Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit beendete er seine verdienstvolle parlamentarische Laufbahn als Städtältester von Berlin. Das war der Beweis für die vollständige Integration der Juden in das Berliner Bürgertum.

Im zweiten und dritten Teil des Buches wird die Mitarbeit der Juden an den kommunalen Belangen in Schlesien und Posen dargestellt. Wenn hier auch oft an den zweifellos exakt belegten Einzelheiten zu viel vorgetragen und durch die umfangreichen Anlagen (statistische und tabellarische Übersichten) beinahe das Gute mehr als genug getan wird, vermindert das den effektiven Wert der verdienstvollen Arbeit keineswegs. Ein reiches Quellen- und Literaturverzeichnis und ausführliche Personen-, Orts- und Sachregister runden die Arbeit ab.

Die Vfn. hat darstellen können, daß die Juden in Preußen mitgeholfen haben, ein selbstbewußtes und sich aktiv an den städtischen Belangen beteiligtes Bürgertum zu schaffen. Damit wurde zur Geschichte des Judentums in Deutschland aber auch zur Darstellung der deutschen Kommunalwissenschaft ein wertvoller Beitrag geleistet. Gerd Gnewuch

Paul Pietsch: Formations- und Uniformierungsgeschichte des preußischen Heeres 1808—1914.

Bd. 1: Fußtruppen (Infanterie, Jäger und Schützen, Pioniere) und deren Landwehr. Ln. XV, 295 S., 4 Farbtafeln, 130 Textabb., 1 Falttabelle. 60,— DM.

Bd. 2: Kavallerie, Artillerie, Train und deren Landwehr, Generalität, Generalstab, Freiwilligen-Formationen 1813/15 u.a.m. Ln. XVI, 375 S., 4 Farbtafeln, 74 Textabb., 3 Falttabellen. 66,— DM. Hamburg: H. G. Schulz 1963, 1966. 2. vermehrte Auflage.

Pietsch, der in Fachkreisen als der beste Kenner der Materie gilt, hat seine bereits 1912 erschienene erste Auflage gründlich überarbeitet und bis 1914 fortgeführt. Die von ihm gewählte Periodisierung gewinnt ihren tieferen Sinn aus dem historischen Gang der preußischen Geschichte. Die vernichtenden Niederlagen von Jena und Auerstedt brachten das noch junge Königreich 1806 an den Rand des Zusammenbruchs. Gleichzeitig wurde aber jenes Jahr zur Geburtsstunde eines staatlichen und geistigen Neubeginns, verbunden mit der längst erforderlichen Heeresreform. Von hier ausgehend wird den einzelnen Truppengattungen jeweils eine kurze Formationsgeschichte gewidmet. Ihr folgt eine umfangreichere und sehr detaillierte Betrachtung der Uniformen, der Kopfbedeckung und Fußbekleidung, der Dienstgradabzeichen, der Waffen und des Zubehörs wie Tornister, Patronentaschen, Brotbeutel usw. Verständlicherweise ist diese Darstellung am ausführlichsten für die Infanterie, die platzmäßig den halben ersten Band in Anspruch nimmt. Die finanzielle Misere des preußischen Staates nach 1815 wird deutlich an dem Durcheinander der Bewaffnung, das im Ernstfall katastrophale Folgen hätte zeitigen können. Aber auch Uniformen und Abzeichen zeigten nicht nur ein farbenprächtiges, sondern auch ein häufig wechselndes Bild. Stets jedoch besaß die differenzierte Farbgebung einen bestimmten Aussagewert. So hatten die brandenburgischen Infanterieregimenter etwa ponceaurote Kragen und Aufschläge. Das Feldgrau unserer Wehrmacht wurde erst 1907 eingeführt und war zunächst nur für die Felduniform gedacht.

An den vielen Einzelheiten mag man erassen, mit welcher Geduld und Mühe der Vf. das Material zusammengetragen hat. Bewundernswert die erreichte Vollständigkeit und die übersichtliche Ordnung der gebändigten Stofffülle. Detaillierte Inhaltsverzeichnisse und ausführliche Register erleichtern die Benutzung sehr. Wie der Rezensent aus eigener Praxis bestätigen kann, hat sich das umfangreiche Werk bei der Beratung und Auskunftserteilung bestens bewährt, so daß es in keinem Archiv und keiner wissenschaftlichen Bibliothek fehlen sollte. Leider wird der zwar gerechtfertigte aber doch recht hohe Preis einer weiten Verbreitung in Privatkreisen hinderlich sein. Dies ist umso bedauerlicher, da die vom Autor geäußerte „Hoffnung, einen erst zu nehmenden Beitrag zur preußisch-deutschen Heeres- und Uniformkunde geliefert zu haben“ ausgesprochene Tiefstapelei ist. Man kann vielmehr ohne weiteres sagen, daß P. ein Standardwerk der deutschen Militär-

literatur geschaffen hat, das nicht so schnell veralten oder überboten werden dürfte. Selbst dem Laien wird der Aufbau des preußischen Heeres und die Welt der militärischen Begriffe verständlich gemacht, so daß man dem Werk nur weite Verbreitung wünschen kann.

Werner Vogel

Jan Brankač: Studien zur Wirtschaft und Sozialstruktur der Westslawen zwischen Elbe-Saale und Oder aus der Zeit vom 9. bis zum 12. Jahrhundert.

(Schriftenreihe des Inst. f. sorbische Volksforschung, Bd. 23). Bautzen: Domowina 1964. 343 S., 23,50 DM.

Nach einleitenden Worten zur Problemstellung, verbunden mit einer Übersicht über Quellenlage und Forschungsstand, behandelt B. die Struktur der mittelalterlichen slawischen Dorfwirtschaft, die bäuerliche Produktionstechnik und die Sozialstruktur der Elb-Slawen. Der Quellenanhang stützt sich vornehmlich auf die chronikalische Überlieferung. Wertvoll sind die vielen tabellarischen Zusammenstellungen.

Die Arbeit ist ein guter Beweis dafür, wie unter einer bestimmten Fragestellung aus längst bekannten schriftlichen Quellen weitere Forschungsergebnisse erzielt werden können. Erfolgreich verbindet der Vf. hiermit das von der Archäologie aufbereitete Material, wie es für einen größeren Raum bereits Witold Hensel getan hat (s. die Rezension im Jahrbuch 16, 1965, 128). Die verschiedentlich noch heute geäußerte Ansicht von den Slawen als bloßen Fischern wird gründlich widerlegt und statt dessen exakt die Komplexität der slawischen Wirtschaftsweise, bei vorherrschendem Ackerbau, nachgewiesen. Die technische Form der dabei verwandten Geräte (Pflug, Sichel usw.) wird mit Recht auf die ökonomischen Erfordernisse zurückgeführt und nicht mit ethnischen Gründen erklärt (etwa abfällig „Wendensichel“). Über die Rolle des Geldes bei den Slawen bietet der Vf. anregende Gedanken (S. 112 ff.). Überspitzt sind dagegen die Ausführungen über die deutsch-slawischen Auseinandersetzungen des 7.—12. Jh., bei denen es sich im allgemeinen nicht um systematische Kriege handelte, entfesselt von einem starken zentralistischen Staat, sondern mehr um wechselseitige Überfälle und Beute- wie Vergeltungszüge. Unterschätzt werden wohl auch die rechtlichen Unterschiede zwischen deutschen und slawischen Bauern. Allerdings ist die Quellenbasis für diese Frage ebenso wie die für die Stammesbildung bei den Slawen ausgesprochen schlecht. S. 104 Anm. 282 muß es statt Metzzenstein: Metzzenchin heißen. Die Namensform „Brenabor“ für Brandenburg ist urkundlich nicht überliefert, sondern eine Erfindung des tschechischen Jesuiten Bohuslaus Balbinus im 17. Jh. Alles in allem ist das angezeigte Werk gründlich gearbeitet und lesenswert.

Werner Vogel

Rudolph Lehmann: Die Herrschaften in der Niederlausitz.

Untersuchungen zur Entstehung und Geschichte (= Mitteldeutsche Forschungen, Bd. 40). Köln-Graz: Böhlau 1966. VIII, 136 S. Ln. DM 18,—.

Im September 1966, dem Jubelmonat seines 75. Geburtstags (vgl. Mit.-Blatt Nr. 53, S. 478) schrieb der als verdienstvoller Historiker der Niederlausitz (N.-L.) bekannte Vf. in seinem Ruhesitz Marburg/L. das Vorwort zur Neuerscheinung. Diese lag danach bereits im Konzept vor, als im 14. Band dieses Jahrbuchs (1963, S. 141) die dankenswerte Zweitaufgabe der „Geschichte der Niederlausitz“ des Vf's gewürdigt werden konnte, und wir erfahren weiterhin, daß der Nachkömmling die „allzu knappe und rein darstellerische“ Behandlung des Herrschaftswesens in eben dieser Landesgeschichte maßgeblich ergänzen soll. Es besteht jetzt also eine recht sinnvolle buchmäßige Trennung in der Abhandlung der landesgeschichtlichen und der sozusagen nachgeordneten Ebene.

Mehr oder weniger wohl zur Wahrung der Selbständigkeit der Neuerscheinung beginnt diese mit einem (für das Verständnis von Außenseitern vielleicht zu überschlüsslichen) Einblick in die Verfassungs-, Siedlungs- und Besitzverhältnisse in der N.-L. bis zum 13. Jh. Dem schließt sich — grundsätzlich von der Verkaufsurkunde der Lausitz v. 3. 8. 1301 und den darin genannten Wohnplätzen ausgehend — eine (rd. 60 S.) umfassende Entwicklungsschilderung folgender Herrschaften an: Cöbus mit Peitz, Sorau mit Triebel und Priebe, Storkow und Beeskow, Friedland, Lieberose, Lübben mit Straupitz, Neuzäuche und Lübbenu, Gollsen, Sonnenwalde, Finsterwalde, Senftenberg, Spremberg, Forst, Pförten, Schenkendorf, Schiedlo, Zinnitz, Reinswalde, Dreigna, Trebitz und hinzugefügt Drebkau, Groß-Särchen, Seese, ferner Leuthen und Amtitz. Diese erstmalige Spezialschau

reizt natürlich zu (urkundlich noch möglichen) Ergänzungen, auch zur Ausdehnung auf Unter-Vasallen, doch jede weitergehende Differenzierung vervielfacht die Raumansprüche und würde hier zu Lasten des III. Abschnitts gehen, in dem der Vf. (auf rd. 20 S.) aus Querschnittsvergleichen der speziellen Angaben für vier Perioden (Gebietsgeschlossenheit im 13. und 14. Jh., Änderungen und Verluste der Herrschaften im 15. und 16. Jh., Dualismus von Fürstentum und Ständen im 17. und 18. Jh. sowie Eingliederung in das moderne Staatsgefüge im 19. und 20. Jh.) allgemeine Betrachtungen anstellt, wobei leider mitunter Wiederholungen unvermeidlich sind. Die sehr interessante Abhandlung endet mit Hinweisen auf das Herrschaftswesen in den Nachbargebieten der N.-L. und mit einem kurzen Urkundenanhang.

Angesichts der vielen Fundstellenhinweise war die frühe Planung dieser Untersuchung (vgl. oben) sicher ein Glücksumstand. Die Undurchführbarkeit solcher Arbeiten fernab vom Urmaterial zeigt einmal mehr die durch die unselige Spaltung unseres Vaterlandes künftighin gegebenen Grenzen westlicher Forschungsmöglichkeiten, wobei hinzukommt, daß analoge Themen „drüben“ in zumindest anderer Sicht bearbeitet werden müssen.

Werner Litmann

Hilde-Lore Schmidt: Die soziale Lage der Landbevölkerung im 18. Jahrhundert sowie Probleme ihrer Umgestaltung.

Darstellung und vergleichende Untersuchung der Gegebenheiten in den östlichen preußischen Provinzen und in Mecklenburg. Inaugural-Dissertation der Freien Universität Berlin. Berlin 1965. 212 Seiten.

Diese, auch für die brandenburgische Landesgeschichte bedeutsame Arbeit ist auf Anregung unseres langjährigen Mitglieds Dr. Berthold Schulze (†) und in besonderer Förderung durch die Professoren Dr. Friedrich Bülow (†), Dr. Bruno Schultz und Dr. Eberhard Schmieder entstanden. Die Vf. hat eingehend neben der Fachliteratur aus drei Jahrhunderten eine Fülle von Berichten und Statistiken zeitgenössischer Schriftsteller des 18. Jahrhunderts ausgewertet. Mit etwas Skepsis, ob Literatur den Einblick in Originalakten ersetzen kann, beginnt der Leser, sich in die Dissertation zu vertiefen. Von Kapitel zu Kapitel mehr gibt er jedoch der Vf. recht, aus der Fülle der behandelten Nachrichten dank der gewählten Systematik und Gliederung ein klares Ergebnis der Untersuchungen vorlegen zu können. Es werden die einzelnen Provinzen nach ihrer geographischen Abgrenzung und Demographie, nach der Agrarverfassung, der sozialen Schichtung und Bindung an die Gutsherrschaft, — schließlich nach den Leistungen der Landbevölkerung und den sie beeinflussenden staatlichen Maßnahmen verglichen. Zahllose Beispiele, Orts- und Namensangaben und viele interessante Einzelheiten werden herangezogen für die Darstellung des Zustandes und Unterschiedes der sozialen Lage der Bauernbevölkerung in den preußischen Provinzen Kurmark, Neumark, Pommern, Schlesien, Ost- und Westpreußen sowie in Mecklenburg.

Im Zuge einer fast 1000-jährigen Entwicklung des feudalen Lehnstaates hat sich die ostelbische Gutsherrschaft im 18. Jahrhundert in Preußen der Staatsform des Absolutismus angepaßt. Dabei mußte sich der Adel auch Eingriffe in seine gutsherrliche Sphäre gefallen lassen. In Mecklenburg hingegen bildeten die ritterschaftlichen Gutsherren die tonangebende Macht. Sie engten mittels der Agrarverfassung intensiver als in Preußen Lebensstandard und soziale Lage der Landbevölkerung ein. Hier entwickelte sich strenge Leibeigenschaft. Aus dem unterschiedlichen historischen Einzelschicksal der preußischen Provinzen ergaben sich Unterschiede der sozialen Bevölkerungslage. Die Verschiedenheit der Situation z. B. in Ost- und Westpreußen erklärt sich zum Teil aus dem Vorhandensein noch vieler freierlicher Rechtsverhältnisse aus der Zeit der deutschen Ostkolonisation. So behielten selbst unter der polnischen Starostenherrschaft die Nachkommen der Ordensritter-Bauern gewisse alte Freiheiten und bessere Lebensbedingungen als die polnischen Leibeigenen auf den Adelsgütern, die primitiv, vielfach der Trunksucht verfallen, dahinlebten unter harten Frondiensten. Dank des aufgeschlossenen Denkens der preußischen Regierung und ihrer energischen Siedlungspolitik sowie ihres tatkräftigen Eintretens für die bäuerische Bevölkerung gestaltete sich deren Lage günstiger als in Mecklenburg, wenn auch erst das 19. Jahrhundert wirkliche allgemeine Erleichterungen brachte.

Als brandenburgische Landesgeschichtler interessiert uns in der Arbeit besonders die Darstellung der Verhältnisse in der Kur- und Neumark. In der Kurmark lebte im 18. Jahr-

hundert mehr als die Hälfte der Bevölkerung auf dem Lande. Je nach ihrem wirtschaftlichen Besitzstand waren die Hofbesitzer in drei Gruppen gegliedert: Vollbauern, im allgemeinen dotiert mit 2 Hufen, Kossäten mit 1 Hufe und Büdner mit etwa $\frac{1}{2}$ Hufe. Nach den sozialen Schichten wurden Lass-, Erb-, Frei-, Pachtbauern und Kolonisten unterschieden. Der meist karge Sandboden der Kurmark und das keineswegs günstige Klima ermöglichten nur geringe landwirtschaftliche Erträge. Der Flurzwang — erst 1769 aufgehoben, die extensive Bodenbearbeitung — Dreifelderwirtschaft — und die gering entwickelte landwirtschaftliche Bodenkultur verhinderten eine Steigerung der Produktivität. Diese Mängel galt es zu beseitigen. Hierzu liefen Maßnahmen. Die soziale Schichtung der Landbevölkerung und ihre Bindung an die Gutsherrschaft und deren Dienste waren in den einzelnen Kreisen und auf den Gütern der Kurmark unterschiedlich. Staatliche Maßnahmen förderten die Umgestaltung der sozialen Lage der Bauern, so das Edikt von 1749, das dem Bauernlegen ein Ende bereitete. Während des ganzen 18. Jahrhunderts versuchte die Regierung die „Leibeigenschaft“ (worunter man aber nur eine strenge Erbuntertänigkeit verstand) aufzuheben. Das scheiterte vielfach am Widerstand und an der Verzögerungstaktik der Gutsherren. Wohl aber gelang die Begrenzung und Erhaltung des Bauernlandes und die Milderung der Frondienste. Verbesserungen der Schulverhältnisse, der gesundheitsmäßigen Betreuung sowie der fachkundlichen Belehrungen setzten ein. Sie führten allmählich mit zur Aufgeschlossenheit der Bauern für die neuen Formen des Ackerbaus und der Viehwirtschaft. Vom Bauernschutz der preußischen Krone seit 1709 verläuft der soziale Aufstieg der Landbevölkerung bis zu den Reformen von 1807.

In der Neumark, der kleinsten östlichen preußischen Provinz, umfaßte die Landbevölkerung fast 80 % der Einwohner. Dreifelderwirtschaft und Flurzwang herrschten auch hier. Da diese Provinz den unfruchtbarsten Boden aller preußischen Lande hatte, wies sie auch die geringsten Erträge aus. Außer über den kärglichen Boden und den Düngermangel infolge nur geringer Viehwirtschaft wurde allenthalben über den Wildfraß der Hirsche geklagt. Unfreiheit der ländlichen Bevölkerung und die auf den Untertanen ruhenden hohen Frondienste verschlechterten noch die Ertragsmöglichkeit der Ländereien. Die Meliorationen im Zuge der Siedlungspolitik Friedrichs des Großen hingegen, besonders im Warthe- und Netzebruch, brachten bedeutende Erfolge, ohne im ganzen Acker- und Viehwirtschaft der Provinz zu heben. Die soziale Schichtung der Landbevölkerung war ähnlich jener in der Kurmark, doch die Untertänigkeit fast aller Bewohner mit nur geringen Ausnahmen gemeinsam. So gliederte sich die Landbevölkerung in sog. „Leibeigene“, in Lassbauern und Kolonisten, während Erb-, Frei- und Pachtbauern kaum anzutreffen waren. 1763 verfügte Friedrich der Große die Neubesetzung aller wüsten Bauernstellen, gewährte aber zugleich den Grundherren ein fünfjähriges Aussetzen der Abgaben — somit gleichzeitig die Belange des Bauern- wie Adelsstandes wärend.

Die Dissertation gibt einen guten Überblick über die soziale Lage der Landbevölkerung im 18. Jahrhundert. Sie ermöglicht deren Vergleich in den einzelnen preußischen Provinzen und erweckt das Interesse, hierzu auch die Arbeiten anderer Verfasser heranzuziehen, z. B. Rudolf Lehmann: Die Verhältnisse der Niederlausitzischen Herrschafts- und Gutsbauern in der Zeit vom Dreißigjährigen Kriege bis zu den preußischen Reformen. Der Rezensent vermißt lediglich in der Arbeit die Berücksichtigung jener bedeutungsvollen Schicht von Bauern und Landwirten, die aus Frei- und Erbbauern hervorgingen. Beginnend im 18. Jahrhundert, übernehmen sie als Pächter oder Amtsmänner die Bewirtschaftung adliger oder staatlicher Güter. Als landwirtschaftliche Unternehmer waren sie besonders aufgeschlossen für die neuen landwirtschaftlichen Reform-Methoden und Bodennutzungssysteme. Ihr Wirken strahlte auf die gesamte Landbevölkerung aus. Zu ihnen gehörten Männer wie z. B. Albrecht Thier und Johann Gottlieb Koppe. Ihre Familien entwickelten sich im 19. Jahrhundert zu ganzen Landwirtsgeschlechtern. Schließlich wäre in der Abhandlung noch erwähnenswert gewesen die Geflogenheit der preußischen Könige, — um die Landwirtschaft und Neusiedlung verdiente Beamte in den Adelsstand zu erheben; solcherart zugleich das Bauerntum fördernd, wie die Sonderstellung des alteingesessenen Adels einengend. Erinnerungswert auch die Auflage Friedrich des Großen, daß die neu gewonnenen Meliorationsflächen eines adligen Gutes nicht dem Rittergut zugeschlagen werden durften, sondern mit sozial bevorrechtigten Neubauern besetzt werden mußten.

Man wird auf die Arbeit bei Berührung ähnlicher Fragen immer wieder zurückgreifen, nicht zuletzt dank ihrer gerafften Darstellung.

Gerhard Kückler

Wolfgang Heiligendorff / Fritz Paulus: Das latènezeitliche Gräberfeld von Berlin-Blankenfelde.

(Berliner Beiträge zur Vor- und Frühgeschichte, Bd. 6). Berlin: Hessling 1965. 95 S. 3 Textabb., 42 Taf., 1 Zweiflagenplan. Ln. 60,— DM.

Als der Hauptlehrer Meyer aus Berlin-Blankenfelde dem Märkischen Museum im Dezember 1925 Urnenfunde im nordöstlichen Teil der Gemarkung meldete, wußten beide Stellen nicht, daß ein Aufspürer vorgeschichtlicher Stätten, der Bankbeamte Willy Wilke, bereits 1914 dort Aufsammlungen gemacht hatte, die er aber erst 1941 dem Märkischen Museum überbrachte. Der Umfang seiner Begehung ist auf dem Plan mit einer punktierten Linie angegeben. Mit einer ausgezogenen Linie wird der Teil bezeichnet, der bei einer Begehung und dem Absuchen der Fundstelle bei einer vom Märkischen Museum veranstalteten Lehrerwanderung am 1. April 1926 schon solche Oberflächenfunde erbrachte, daß eine planmäßige Grabung für die Vorgeschichtswissenschaft dringend notwendig erschien. Sie wurde von 1926 bis 1934 mit durch verschiedene Ursachen bedingten Unterbrechungen durchgeführt. Fritz Paulus wurde vom Vertrauensmann für Bodenaltertümer, Dr. Kieckbusch, mit der örtlichen Grabungsleitung betraut, ohne daß jemand ahnen konnte, welche fast 40jährige Verantwortung dem Grabungsleiter durch dieses Ehrenamt aufgebürdet wurde. Da die Bodendenkmalpflege aus Personal- und Geldmangel auch die, wie es zunächst schien, kleine Grabung nicht übernehmen konnte, haben Fritz Paulus und seine Helfer, fast ausschließlich aus dem Lehrerstande, ihre Zeit, ihre Kräfte und ihr Wissen, z. B. bei Einmessungen mit z. T. behelfsmäßiger privater Ausrüstung — das Märkische Museum besaß zu der Zeit noch nicht die jetzt so selbstverständlich erscheinenden Meßgeräte — uneigennützig zur Verfügung gestellt und haben so für die Altertumskunde Berlins dieses zusammengehörende Material eines latènezeitlichen Urnenfriedhofs gehoben und gerettet. In der Übersichtstabelle S. 91—95 werden 178 Gräber von 182 Fundstellen mit ihrem Inventar verzeichnet. Dazu kommen noch 10 Siedlungsreste und Streufunde.

Der landschaftliche Anziehungspunkt von Blankenfelde sind die Arkenberge, etwa 3 km von der Dorfmitte entfernt. Sie sind der nördlichste Punkt eines breiten Höhenrückens des südwestlichen Barnims, der bis 70,3 m über M.M. ansteigt. Ihre Entstehung verdanken sie der letzten, der Weichseleiszeit. Von ihnen aus ging der Blick auf eine unbegrenzt scheinende Hochebene, wie Referentin es noch in lebhafter Erinnerung hat. Die beiden Landschaftsbilder auf Taf. 40 vermitteln etwas von der einsamen Weite des nicht so leicht zu erreichenden Ziels der Untersuchung. Mußten doch die Ausgräber jahrelang für den Hin- und Rückweg zu dem am Fuße der Arkenberge gelegenen Ausgrabungsplatz 13 km Marsch auf sich nehmen, ehe sie eine Fahrverbindung erreichen konnten. Doch diese Abgelegenheit der Fundstelle kam der Erhaltung des Grabungskomplexes zugute, der ohne Zeitdruck untersucht werden konnte. In Kap. 4 wird neben der Auffindung der ziemlich brüchigen Tonware — die meisten Bestattungen lagen nur etwa 20 cm unter dem pleistozänen Sand — die Odysee der Funde geschildert, die den Krieg glücklich überstanden und sich heute im Museum für Vor- und Frühgeschichte im Schloß Charlottenburg befinden. Der von Paulus erarbeitete Katalog verbrannte dagegen bei einem Fliegerangriff 1945 im Panzerschrank des Museums.

Nach nochmaligen Restaurierungsarbeiten an den Funden und mit Hilfe der noch bei Paulus vorhandenen Pläne, Berichte, Zeichnungen und Teilkataloge konnte die Veröffentlichung in Angriff genommen werden. Wolfgang Heiligendorff, der sich schon mehrfach mit dem Berliner Latène (diese Bezeichnung wird von H. vorgeschlagen) auseinandergesetzt hatte, wurde als wissenschaftlicher Mitarbeiter gewonnen. Die Zeichenkraft Monika Fehre bewährte sich bei der Umzeichnung der Arbeitsskizzen und der von der Lehrerin Margarete Tüchel mit Kenntnis der Latèneformen jahrelang exakt durchgeführten Zeichnungen der Beigaben zu einem einheitlich gestalteten Bilderteil des Katalogs. Dieser und das Inventarverzeichnis sind so übersichtlich gestaltet, daß nicht nur der Fachmann, sondern auch der Laie das Werk mit Gewinn benutzen kann.

Die Auswertung der Funde wird in zwei Abteilungen geboten: in Keramik und Beigaben. Von der Tonware wird nicht der Verwendungszweck, sondern die Gefäßform bezeichnet, also nicht Urne, Deckel und Beigefäß, sondern Terrine, Flasche, Schale, Topf, Napf, Becher. Bei zwei ovalen Kleinschalen mit Ansatzteil eines stielförmigen Griffes (Grab 68 und 126) scheuen sich die Verfasser, die Bezeichnung Löffel anzuwenden, die dem Betrachteter sofort einfällt. Die als Zubehör genannten Schnurösen, Henkel, Knubben und Griffzapfen sind alle im Bilde wiederzufinden bis auf die Schnurlöcher. Wenn sie auch nur bei einer Schale vorkommen, hätte man sie der Vollständigkeit halber gern gesehen,

ohne in Reinbachers Börnicke (Bespr. in diesem Jahrbuch 15/1964) nachschlagen zu müssen.

Von der Verzierung wird das einfache Girlandenmuster und die echte Girlandenverzierung herausgehoben, ebenso das Sparrenornament. Die Feldereinteilung durch geglättete Vertikalstreifen wie bei Topf 116 ist auch zeichnerisch deutlich gemacht, während sie bei der Horizontalzone der häufig zitierten Terrine 12 kaum zu erkennen ist. Durch intensive Beschäftigung mit Form und Verzierung der Keramik konnten unter den verschiedenen Typen ein bis drei Stufen herausgegliedert werden, die auf Abb. 3 in das von Reinecke und Schwantes benannte Entwicklungs- und Zeitschema eingeordnet werden. Der Hauptteil fällt nach Latène B oder Jastorf b und kann noch für Berlin-Blankenfelde in Berlin 2a und 2b unterteilt werden. Doch sind auch Anlehnungen an Jastorf a vorhanden und Fortsetzungen nach Jastorf c und Ripdorf. Wenn auch bei anderen Fundorten differenziertere Abgrenzungen möglich werden könnten, so sei doch für diese grundlegende Studie über die Keramik der Früh- und Mittellatènezeit besonderer Dank gesagt.

Die Beigaben, zumeist aus Metall — es kommt nur Eisen und Bronze vor —, werden in derselben Abb. 3 in das Zeitschema eingegliedert. Die eisernen Fibeln vom Latèneschema setzen verhältnismäßig spät ein. Im Gegensatz dazu ist der Zungengürtelhaken schon in Jastorf a bekannt. Die Bandgürtelhaken entwickeln sich später zu bedeutender Länge, sind auch bisweilen aus Bronze und sind noch in Jastorf c zu finden wie der aus Grab 96c.

Die einfachen, kurzen Nadeln, wenn auch mit verschiedenen Köpfen, beginnen ebenfalls in Jastorf a. Hervorgehoben sei die große Nadel, an deren breitgehämmertem Ende ein eisernes Band senkrecht vernietet ist. Es trägt drei kreisrunde eiserne Platten mit Aufhängen aus dünnem Bronzeblech. Ob die bis jetzt übliche Bezeichnung als Schildnadel oder Dreiplattennadel in Schildplattennadel Zustimmung finden wird, bleibe dahingestellt.

Den eisernen Nadelschaft von 50 cm übertrifft die Bronzekopfnadel mit 60 bis 70 cm Länge. Sie weist ein bis über das Kopfbende gezogenes Halsstück auf mit vier doppelkonischen Scheiben. Von großer Seltenheit in dem ostelbischen Inventar ist die Flügel-nadel, in Blankenfelde leider nur durch ein bronzenes Kopfbruchstück bezeugt. Ebenfalls nur einmal vorhanden ist ein bronzener Halsring, dessen hohlgegossene beide Enden je 14 kugelförmige Glieder aufweisen.

Unter den bronzenen Ohrringen verschiedener Form dominieren die Segelohrringe, die häufig mit meist blauen Glasperlen versehen sind. Alle vier bekannte Typen sind in Blankenfelde vorhanden. Eine seltene Form stellen die Spiralohrringe dar, deren „Schaufel“ am Ende eine nach rechts, die andere nach links schneckenartig aufgewinkelte Drahtspirale trägt.

Nach Durchsicht der Keramik und der Beigaben und ihrem Vergleich besonders mit dem aus dem Hannoverschen bekannten Latènematerial werden auch exakte Zahlen für unsern Fundkomplex gegeben: Der latènezeitliche Urnenfriedhof von Berlin-Blankenfelde ist vom 5. bis weit in das 3. vordringliche Jh. in Benutzung gewesen; seine Hauptbelegung erfolgte in der Zeit von 400—300 v. Chr.

Durch die verschiedenen Umzüge des Materials sind viele der bei der Grabung sorgfältig aufgehobenen Leichenbrände in Verlust geraten. Deshalb konnten anthropologische Feststellungen nicht, wie gewünscht, durchgeführt werden. Nach Schätzungen lassen sich etwa 20 % als Kindergräber ausweisen. Frauen- und Männergräber sind nach den Beigaben allein nicht zu unterscheiden, da in der Jastorfzeit Waffen- und sogar Messerbeigaben nicht üblich sind. Sie treten erst in der Spätlatènezeit auf (s. Rudow). Doch wird ihr Fehlen nicht nur den Schluß auf eine friedliche, rein bäuerliche Bevölkerung zulassen, sondern wohl eher mit einem Stammeskult zusammenhängen.

Wie in Börnicke gibt es auch in Blankenfelde nicht nur Urnengräber, sondern auch Leichenbrandlager oder Knochenlager, die wahrscheinlich mit einer Umhüllung in die Grabgrube gelegt worden sind. Das Zahlenverhältnis ist mit 4 : 1 errechnet worden. Beide Bestattungsweisen kamen mit und ohne verschiednen angelegten Steinschutz vor (etwa 60 % ohne).

Zum Schluß wird noch auf einen kleinen Siedlungsbefund am Rande des Gräberfeldes hingewiesen. So problematisch die Deutung auch ist, so vorsichtig wird nicht ein Haus, sondern nur ein Schutzdach als möglicher Bau angenommen.

Die so entsagungsvolle und durch so viele Fährnisse glücklich gesteuerte Arbeit beider Verfasser bildet neben der Untersuchung des mehr als doppelt so großen Gräberfeldes von Börnicke die so lange entbehrt Grundlage zu einer umfassenden Forschung der Latènezeit im Havel-Spreeraum.

Gertrud Dorka

Klaus Schultzenstein: Berlin seit der Zeit Albrechts des Bären.

Privatdruck, Berlin 1966. 54 S., mehrere Abbildungen.

Eine der vornehmsten Aufgaben unserer Vereinigung ist die Zusammenführung von Laien und Fachleuten in der Liebe zur märkischen Heimat und der Erforschung ihrer Geschichte. Bücher, Aufsätze und Vorträge begeisterter Laienhistoriker legen Zeugnis ab von der Frucht jener Zusammenarbeit. Unter diesem Gesichtspunkt ist das hier anzuzeigende Buchlein zu begrüßen, denn unser Mitglied Sch. hat weder Zeit noch Geldkosten gescheut, um die Entstehungsgeschichte Berlins zu erhellen. Das Ergebnis kann leider nicht den ungeteilten Beifall des Rezensenten finden, sondern fordert zur Entgegnung heraus. Der hineingesteckte Fleiß vermag nämlich nicht die mangelnden methodischen Kenntnisse und die fehlende Quellenkritik zu verdecken. Dieses grundsätzliche Manko sei an einigen Beispielen erläutert. Die Zusammenstellung chronikalischer Nachrichten über die Entstehung Berlins (S. 34) ist an sich lobenswert. Doch vermag der Vf. den von ihm durchaus erahnten Unterschied zwischen Chronist und Geschichtsschreiber in der Praxis der Darstellung nicht zu realisieren. Jedes historische Werk könnte man als Chronik bezeichnen. In engerem Sinne versteht man darunter jene Schriften, die die Ereignisse lediglich in ihrer zeitlichen Reihenfolge, ohne Rücksicht auf ursächliche Zusammenhänge, schildern. Der Gedanke der wahrheitsgetreuen Darstellung ist ihnen noch völlig fremd. Quellenwert haben diese Chroniken daher nur, soweit der Vf. die Ereignisse seiner eigenen Zeit und Umgebung notiert bzw. ältere Urkunden in seinen Text einarbeitet. Schultzenstein nun behauptet: „Es gibt schätzungsweise über 50 Geschichtswerke von privater Hand bis zur ‚wissenschaftlichen Abhandlung‘, die über Berlins Anfänge genauestens Auskunft erteilen.“ Davon erklärt gut die Hälfte, Berlin sei im 12. Jh. gegründet worden. „Es wurden allein 16 Chroniken ermittelt, die Albrecht d. Bären Berlins Aufbau zuschreiben und meistens sogar exakt das Jahr nennen“ (33). Von diesen 16 Chroniken nun müssen allein aus dem angegebenen formalen Grund schon eine Reihe ausgeschieden werden, die, wie Müller-Küster, Buchholtz und Nicolai, den Geschichtswerken zuzuordnen sind, wobei die unverständliche Charakterisierung als ‚privat‘ sinnlos ist. Von den verbleibenden echten Chroniken kann keine einzige als zeitgenössisch für das 12. Jh. angesehen werden. Da die zahlenmäßige Anhäufung derartiger „Quellen“ allein noch kein Qualitätsmerkmal für die Richtigkeit ihrer Behauptung ist, daß Berlin um die Mitte des 12. Jh. erbaut wurde, vermißt man eine kritische Auseinandersetzung mit dem Quellenwert jener Schriften. Brottuff an die Spitze zu stellen, ihm zwei verschollene Chroniken der Klöster Lehnin und Chorin als verbindliche Beweismittel zuzuschreiben und dann festzustellen, daß „Brottuffs Angaben Glauben zu schenken ist“, hat nicht die Spur mit einem historischen Beweis zu tun, es ist schlichtweg eine ungegründete Behauptung. Der von ihm als Zeuge angerufene Hertel (Anm. 88) zweifelt gerade die Glaubwürdigkeit Brottuffs an. Brottuff schrieb 1556. Wir wissen, daß die Stadtbrände des 14. Jh. fast die gesamte Stadt Berlin-Cölln niedergelegt haben und damit wohl auch die spärliche urkundliche Überlieferung zur Frühgeschichte unserer Stadt zu erklären ist. Das damals vernichtete Material kann also schon Brottuff nicht mehr zur Verfügung gestanden haben.

Ebenso unkritisch verhält sich der Verfasser gegen die historischen Darstellungen der Frühgeschichte Berlins. Mielke, Graf und Siedler (nebenbei gesagt alles keine Historiker) werden dem Stadtarchivar Kaerber scharf entgegengesetzt (28 ff.), ohne daß ihm dabei die Widersprüchlichkeit der Aussagen auffällt. Während Mielke für ein Rundlingsdorf plädiert, widerspricht Graf dem Bestehen eines dörflichen Kerns energisch und Siedlers „Stammesiedlung“ bleibt in ihrem Charakter unbestimmt. Aber Siedler widerspricht sich auch selbst, wenn er — nach Sch. — die Nikolaikirche einerseits als Burg anspricht, andererseits diese Burg in der näheren Umgebung der Nikolaikirche vermutet.

Doch nun zum Ziel des Buches selbst. Der Vf. glaubt, einen großartigen Angriff gegen „jene Anhänger, die unsere Stadt um 1230 aus dem Nichts entstanden sehen wollen“, starten zu müssen. Trotz seiner recht guten Literaturkenntnis fällt ihm die Donquichotterie seines Unternehmens nicht auf. Selbst der von ihm geschmähte aber vielfach mißverständene Kaerber hat spätestens 1957 in einem Vortrag auf dem Deutschen Geodätentag in Berlin jene These nicht aufrecht erhalten, sondern sich nur gegen ein Dorf als Vorläufer der Stadt gewandt. Neben anderen seien aber vor allem Joh. Schultze, Berthold Schulze und Eberhard Faden genannt, die sich weit früher als Sch. für eine vorstädtische Niederlassung und für ein höheres Alter Berlins (allerdings nicht 1140) einsetzten. Ja, dem märkischen Siedelvorgang selbst hat man mit guten Gründen, unabhängig von den prähistorischen Grabungen, bereits in der zweiten Hälfte des 12. Jh. beginnen lassen. Sch. rennt also

offene Türen ein. Interessant ist nur sein Beweisverfahren und die Festlegung der Anfänge Berlins auf 1140.

Ausgangspunkt jener These ist die Grabung unseres jüngst verstorbenen Mitgliedes Reinbacher unter der Nikolaikirche Berlins. Die Ausgräber förderten hierbei eine — an sich schon länger bekannte — romanische Basilika zutage, deren Datierung selbst bei den Kunsthistorikern umstritten ist, aber sehr wohl zwischen 1200 und 1220 liegen könnte. Wichtiger aber ist der darunter aufgefundene Friedhof, dessen rd. 70 ermittelte Gräber (ihre wirkliche Zahl dürfte weit höher sein) von einer längeren Belegungszeit zeugen und z. T. sogar Holzsärge aufweisen. Leider fehlen Grabbeigaben, die eine Datierung ermöglichen würden. Man kann sich nun streiten, ob es möglich war, ein frisches Gräberfeld mit einer Kirche zu überbauen, die ja schließlich auch ein sakraler Bau war, oder ob zwischen Baubeginn der romanischen Basilika und Schließung des Friedhofs eine mehr oder weniger lange Zeitspanne anzusetzen ist. Eine profane Burg allerdings wird man keinesfalls auf oder neben frische Gräber gesetzt haben.

Fest steht lediglich die Tatsache, daß die Anfänge des Friedhofes uns mindestens in den Ausgang des 12. Jh. zurückführen. In jene zweite Hälfte des 12. Jh. ist also auch der Siedlungsanfang im altstädtischen Bereich anzusetzen, obwohl man bislang Spuren einer zugehörigen Siedlung nicht entdeckt hat. Jene frühe Siedlung muß aber eine — wenn auch noch so bescheidene — Kirche besessen haben, denn die Art der Totenbestattung weist eindeutig auf Christen und damit deutsche Bewohner hin. Die in jener Zeit in der Mark heimische slavische Bevölkerung war, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, heidnisch. Slavische Spuren lassen sich aber für das Altstadtgebiet Berlin-Cölln nicht nachweisen.

Hätte sich der Vf. mit der Herausarbeitung dieser Tatsache begnügt, so wäre wenig zu seiner Schrift zu sagen gewesen. Statt dessen aber versucht er, die verschiedensten Thesen und Beweisgänge miteinander zu kombinieren und verwickelt sich dabei zusehends in Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten mit sich selbst. Begnügen wir uns, beispielhaft drei wesentliche Probleme näher zu betrachten: 1. die Nikolaikirche, 2. die Kranz-Siedlung, 3. das Wappen Berlins.

Die Schilderung des Inneren der Nikolaikirche („lag ständig in farbiger Dämmerung“) ist emotional geladen, hebt aber nichts Besonderes hervor, denn jene Eigenschaften sind den gotischen Kirchen des ausgehenden Mittelalters eigentümlich und nur verständlich aus den kultischen Anschauungen der Zeit. Ebenso fallen die romanischen Kirchen im allgemeinen durch die Schwere und Wucht ihres Mauerwerkes auf. Darin schon ein Zeichen der „Wehrhaftigkeit“ zu sehen, ist eine Mißdeutung. „Kugelfest“ (S. 11) brauchten Bauwerke damals noch nicht zu sein. Daß uns von kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Slaven in dieser Gegend um 1200 nichts bekannt ist, mag — wenn auch wenig wahrscheinlich — auf einer Lücke in der Überlieferung beruhen, aber wie man sich mit Hilfe des Westturmes wehren sollte, bleibt unerfindlich. Dagegen spricht seine Lage ebenso wie das Fehlen hierfür geeigneter Wandöffnungen. Denn nach Nitschkes Beweisführung, der sich Sch. doch anschließt, sind die das Tor flankierenden Fenster ebenso wie die Kreisfenster darüber später eingebrochen worden. Betont er einerseits den sakralen Charakter des doppeltürmig geplanten Westbaues aus prämonstratensischem Geist (S. 10), so wird S. 11 bereits entgegengesetzt gefolgert, daß dieser Westbau Anzeichen eines „urtümlichen Schutzbaues von ganz profaner Bedeutung“ sei (und das unmittelbar neben, vielleicht sogar über einem alten Friedhof).

Müßig ist der ganze Streit über die Echtheit der Inschrift 1202 bzw. 1223, die angeblich an der Orgel bzw. an der Wand des Westwerkes in ihrer Nähe gestanden haben soll. Selbst ihre nur literarisch überlieferte Existenz zugeben, wissen wir weder, ob ein Lesefehler vorliegt, noch wann sie eingeschlagen worden ist, noch gestattet sie eine Datierung, die von der wesentlich abweicht, die sich aus dem Grabungsbefund ergibt.

Mit Recht hingegen betont Sch., daß die Länge des Kirchenschiffs von 56 m auffällig ist und insbesondere die Länge des Chores die üblichen Maße überschreitet. Nach seiner Ansicht nähert sich die Nikolaikirche damit den Ausmaßen einer Stiftskirche. Diese nun sieht der Vf. belegt in einem Brief Papst Innozenz III. v. J. 1210, in dem es um die Regelung des Zehntenstreites geht. Freilich fehlt in diesem Zusammenhang jeder Hinweis auf die Örtlichkeit der zu errichtenden conventualis ecclesia, die mit 12 Kanonikern und 1 Propst ausgestattet werden sollte. (Damit spricht der Brief eigentlich gegen eine Ansetzung des Baubeginns der romanischen Basilika um 1200!) Hierfür Berlin in Anspruch zu nehmen, bleibt also hypothetisch. Doch was macht, da man ja noch andere Hypothesen zur Stütze aufbauen kann.

Die schwankende Bezeichnung des Symeon als prepositus de Berlin (1244, 1245) und als prepositus de Colonia iuxta Berlin (1247) ist zwar ungeklärt, ob sich damit eine „bestimmte Taktik“ verbindet, erscheint fraglich, da man einen Grund hierfür nicht anzugeben vermag. Die Bezeichnung als plebanus de Colonia (1237) muß dabei außer Betracht bleiben, weil hier zwei unterschiedliche Amtsbezeichnungen vorliegen und der Berliner Propst gleichwohl als Cöllner Pfarrer amtieren kann. Außerdem ist die Einführung der Propstei wohl zwischen 1237 und 1244 erst erfolgt, so daß der Wandel in der Titulatur auf einen Wandel der kirchlichen Verhältnisse verweisen kann. Das würde auch den noch unsicheren Sprachgebrauch verständlich machen, zumal bei der engen Nachbarschaft beider Orte und bei einem mit den örtlichen Verhältnissen vielleicht nicht so vertrauten Urkundenschreiber.

Die Verhandlungen im Zehntenstreit führte für die Markgrafen ein namentlich nicht genannter „Magister, Domherr und Prokurator“. Warum dies ausgerechnet Symeon sein sollte, bleibt eine unbewiesene Behauptung. In den Quellen wird Symeon plebanus und prepositus titulierte, nicht jedoch Magister oder Domherr, was doch wohl auf Zugehörigkeit zum brandenburgischen Domstift deutet. Nach der willkürlichen Behauptung, daß Symeon häufig zum Gefolge des Markgrafen gehört habe, folgt die wirre Begründung: aufgrund des markgräflichen Präsentationsrechtes. Wie dieses Recht mit der Gefolgschaft eine echte Kausalverknüpfung ergibt, weiß nur Sch., er sagt es aber nicht. Hieran knüpft sich sogleich die Feststellung, „wenn“ der Verhandlungspartner der Berliner Propst war, so läßt sich rückläufig folgern, daß die Berliner Nikolaikirche die Nachfolgerin von Albrechts II. Stiftskirche ist. Jener Symeon, der zwar an sich nicht als Domherr bezeichnet wird, wäre dann das einzige bekannte Mitglied des ersten Berliner Domstiftes. Dabei wissen wir über jene Stiftskirche nichts außer der einen Briefstelle und der hierzu angeblich passenden Länge des Chors der Nikolaikirche. Die Zweifel an dieser kühnen Kombination von Hypothesen bleiben daher erheblich. Aber Schultzensteins weitere Ausführungen vergrößern sie noch.

Die Stiftskirche war nämlich „streitig“ (S. 27) und hat sich deshalb „still im Hintergrund“ gehalten. Und das nun bei einem Propst, der zum ständigen Gefolge des Markgrafen gehört haben soll und offenbar äußerst rege war. Gänzlich unklar bleibt der Zusammenhang dieser Ereignisse mit der Stadterhebung Berlins, die nach Sch. erst um 1240 erfolgt sein soll, nachdem es 1238 geglückt war, zwischen den Markgrafen und dem Propst zu einem Vergleich im Zehntenstreit zu kommen. Seit wann gründete man Stiftskirchen in Dörfern bzw. Kaufmannsniederlassungen, denn um solche müßte es sich 1210 noch gehandelt haben? Weiter: hatte sich Berlin bis 1238 „still im Hintergrund“ gehalten, so war es doch 1240 bereits so einflußreich und groß, daß es dazu schreiten mußte, die Neustadt Berlin und die Neustadt Cölln anzulegen (deren Pleban allerdings bereits 1237 erwähnt wird, was jedoch Sch. nicht stört). Cölln wäre also eine Tochterstadt und Gründung Berlins, dennoch selbständig, aber 1280 schon „zur Vereinigung mit Berlin“ wieder bereit. Dabei handelt es sich bei der Unio 1307 auch um keine völlige Vereinigung, sondern um einen Bund, wobei beide Städte selbständige Rathäuser, Verwaltung und Gerichtsbarkeit behielten. Auch die Siegel blieben unabhängig. Der Vf. hat offenbar gar nicht gemerkt, wie er sich hier mit sich selbst in logische und chronologische Widersprüche verwickelt hat, die das ganze Buch durchziehen. Im übrigen ist seine Feststellung, daß Cölln 1209 „in Ermangelung eines Spreeüberganges noch nicht vorhanden“ war, eine ebenso selbstsicher vortragene, wie gänzlich ungegründete These, denn Berlin setzt gerade einen Spreeübergang voraus.

Zentrale Bedeutung gewinnen für Sch. die Worte kran, kranc des Berliner Stadtbuches vom Ende des 14. Jh. Sie meinen nicht den Kran, denn der wäre als Hebevorrichtung damals erst im Rheinland aufgekomen; sie bedeuten ferner nicht krank, denn um einen Kranken liegen keine Wohnungen; übrig bleibt allein Kranz im Sinne von Kreis, Umkreis, Bezirk. Kran ist also die Kransiedlung, m. a. W. der Rundling um St. Nikolai. In diesem Rundlingsdorf hätten wir somit den Vorläufer der Stadt Berlin zu erblicken. Dabei wird übersehen, daß der dörfliche Charakter jener Kransiedlung bereits kräftige Quelleninterpretation ist. Im übrigen ergibt sich daraus nicht das mindeste hinsichtlich des Alters der angeblichen Kransiedlung. Denn daß das Stadtbuch damit einen „fast zeitgenössischen Beweis“ liefert, ist wohl angesichts der rund 250 Jahre Differenz zwischen seiner Abfassung und der behaupteten Anlage jener Siedlung ein Witz. Die Heranziehung des Memhardtschen Planes aus der Zeit um 1650, worauf sich besonders Siedler und Mielke berufen, vermag bei dem noch größeren Zeitabstand erst recht nichts zu beweisen. Aber

auch die sprachliche Erklärung ist nicht zutreffend, sondern nur bezeichnend für die Arbeitsweise des Vf. Wasserzieher, Schade und Lexer werden zum Beweis bemüht (Anm. 70). Aber schon Diefenbach/Wülkers Hoch- und Niederdeutsches Wörterbuch kennen einen Krahn in Frankfurt am Main i. J. 1404. Das Grimmsche Wörterbuch bietet ein Weistum für Freiweinstein v. J. 1454, „das auch ie und ie, so lang iemants verdenken möge, ein kran daselbst gestanden“. Als weitere Deutung des Wortes „kran“ bietet Grimm u. a. „der platz um den kranen“, „der platz am kranen“. Die von Sch. herangezogene Bedeutung des Wortes erscheint hier nur als eine unter vielen Möglichkeiten. So jung ist die Erfindung des Kranes jedenfalls nicht, wie Sch. es uns glauben machen will.

Die 17 Wohnungen „umme den kran“ liegen „hinter der Nikolaischule“ bzw. „hart am Nikolaichor“. Daß sie die Kirche nicht ringförmig umschlossen, geht daraus hervor, daß weitere Buden auf dem Kirchhof, auf dem Alten Markt und hinter dem Nikolaichor aufgeführt werden, die aber anscheinend eben nicht um den Kran herum standen. Wir müssen zugeben, daß die betr. Angaben des Stadtbuches noch in vieler Hinsicht unklar sind, aber eine Deutung im Sinne einer Rundlingssiedlung um die Nikolaikirche stützen sie nicht. — Ferner sei auf die innere Unstimmigkeit jenes Deutungsversuches hingewiesen: die Nikolaikirche soll den räumlichen Mittelpunkt jener Siedlung gebildet haben; der Kirchhof, der ja auf gewachsenem Boden angelegt ist, befand sich demnach inmitten der Wohnsiedlung. Doch kann dann die Kirche nicht dort gestanden haben, da sie den Kirchhof gerade verdeckte. Kirchhof, Kirche und Rundling können folglich nicht gleichzeitig sein. Die „Uranfänge“, die „Ursiedlung“ Berlins aber glaubt Sch. mit Siedler, Mielke und Graf doch gerade im Rundling um St. Nikolai, einer Burg bzw. Kirche oder Wehrkirche entdeckt zu haben. Wie ein Kranz haben sich die Häuser „fast ängstlich“ um ihre Kirche gruppiert. Rundling und Nikolaikirche könnten dann erst um 1200 entstanden sein; dann hat hier seit 1140 als Vorgängerin ungeschoren eine Kaufmanns- oder sonstige Niederlassung bestanden. Und nun baut man eine Wehrkirche, um die sich die Häuser ängstlich versammeln, vor wem eigentlich? Ganz einfach: nicht vor den Slaven, sondern vor den Dänen! Denn Berlin ist ein Bollwerk gegen die Dänen.

Die unkritische Übernahme von Lehs Worten, „weder Fürsten noch Bischöfe haben unsere Hauptstadt gegründet, sondern stille Menschen (Sachsen oder Niederländer), die sich hier eine neue Heimat suchten“ (S. 18), übersieht die dahinter sich verborgende politische Konzeption. Natürlich hat der Landesherr nicht persönlich Berlin erbaut, wahrscheinlich gehen die Anfänge auf eine Kaufmannsniederlassung zurück, aber das Herbeiziehen weiterer Siedler, der Siedlungsvorgang in seiner Gesamtheit, konnte nur mit landesherrlicher Zustimmung erfolgen und wir kennen ja auch entsprechende Aufrufe zur Besiedlung des Landes (1158). Der Boden gehörte im wesentlichen den Markgrafen als Landesherren, sie genehmigten die Stadtgründung, sie nur konnten die städtischen Freiheiten und Privilegien vergeben. Deshalb gerade führt Berlin als landesherrliche Stadt auch das landesherrliche Wappen, wie eben auch Spandau. Damit wird nicht bestritten, daß schon vor der Stadtgründung eine Niederlassung bestanden hat, die aber nicht städtischen Charakters war. Die nur spärlich zu fassende Entwicklung des Stadtsiegels spiegelt das Selbständigwerden Berlins wieder, indem es sich um 1300 ein redendes Siegel gab und damit seine Unabhängigkeit dokumentierte. Völlig unverständlich bleibt daher die Kühnheit der Beweisführung Schultzensteins (49 ff.). Mauer und Stadttore sind Rechtssymbole der Stadt, nicht jedoch Porträts derselben. Berlins Stellung war Mitte 13. Jh. gar nicht so unbedeutend, wie er hier meint. S. 11 sagt er übrigens lustigerweise, die Prämonstratenser wählten für ihre Kirchen „vorzüglich Orte von historischer Bedeutung und zentraler Wichtigkeit“; deshalb weist er ihnen die Nikolai-Stiftskirche um 1200 also zu, weil Berlin 1250 noch unbedeutend, andererseits 1240 schon einflußreich und groß war. Widersprüche über Widersprüche. Und diese Ungereimtheiten sollen nun ausreichen, um die eindeutige Siegellegende (Sigillum de Berlin burgensium) beiseite zu schieben und das Siegel der Stadt Spandau zuzuordnen.

Summa summarum: das Büchlein hinterläßt ein Unbehagen. Der Vf. hat weder die dörflichen Anfänge Berlins, noch den Zeitpunkt der Entstehung um 1140, noch die Bedeutung von St. Nikolai als Stiftskirche zu erhärten vermocht. Daher scheint es abschließend ratsam, knapp den Forschungsstand zu umreißen:

Die territorialen Herrschaftsansprüche Albrechts d. B. gründen sich auf seine Stellung als Erbe Pribislaw-Heinrichs von Brandenburg. Zunächst aber galt es, die Einnahme der das Land beherrschenden Feste durch Jaxa (um 1150) rückgängig zu machen. 1157 wurde sie mit vereinten Kräften durch Albrecht d. B. und Erzbischof Wichmann von Magdeburg zu-

rückerobert. Diese militärische Festigung der Stellung der Askanier bot wohl erst die Grundlage für eine dauerhafte Siedlungspolitik, so daß eine Gründung Berlins um 1140/1150 ausgeschlossen ist. Auch der von Sch. herangezogene Zehntenstreit führt die Besitzrechte zwar auf Albrecht zurück, terminiert sie aber nicht näher. Es ergibt sich daher kein zwingender Grund, aus dem Zehntenstreit auf eine Besiedlung des Landes vor 1160 zu schließen, da Albrecht d.B. erst 1170 gestorben ist. In jener Zeit aber könnte auch die erste Ansiedlung in Berlin entstanden sein. Aufgrund der Grabungen können wir annehmen, daß vielleicht zwischen 1160 und 1190 ein Kirchhof an der Stelle der späteren Nikolaikirche gelegen hat. Zu ihm muß eine bisher nicht ermittelte umfangreiche Siedlung (Kaufleute und Handwerker) mit einer eigenen kleinen Kultstätte (Holzkirche) gehört haben. Aus welchem Grunde auch immer, muß eine Überbauung des Kirchhofes mit der Nikolaibasilika erfolgt sein. Dieses Ereignis wäre aufgrund des baugeschichtlichen Befundes um 1200 anzusetzen. In der Folgezeit nahm die Siedlung offenbar einen raschen Aufschwung, so daß unter dem tatkräftigen markgräflichen Brüderpaar, Johann I. und Otto III., bald eine Erweiterung um den Neuen Markt und die Stadterhebung Berlins erfolgte. Werner Vogel

Berlin und seine Bauten.

Teil III: Bauwerke für Regierung und Verwaltung. Hrsgg. vom Architekten- und Ingenieur-Verein zu Berlin. Schriftleitung E. Heinrich und K. K. Weber. Berlin-München: Wilhelm Ernst & Sohn. 124 S., 130 Abb., 24,80 DM.

Als zweites der geplanten zehn Hefte erschien im Frühjahr 1966 dieser dritte Teil. In fünf Abschnitten werden Staats- und Kommunalbauten, Justiz-, Polizei- und Militärbauten sowie Botschafts- und Gesandtschaftshäuser behandelt. Für die ersten vier Abschnitte zeichnet Dr. Klaus Konrad Weber verantwortlich, der an Stelle Dr. F. Mielkes in die Schriftleitung eingetreten ist. Der letzte Abschnitt ist verfaßt vom leitenden Regierungsbaudirektor Carl Mertz und Eberhard Becker.

Der an Berlins Baugeschichte interessierte Leser wird dieses Heft besonders begrüßen, sind doch hier die Repräsentationsbauten von Staat und Gemeinden behandelt, die durch ihre funktionsbedingte Erscheinungsform das Straßenbild oder das Stadtbild beherrschen und prägen. Ein interessantes Stück Architekturgeschichte wird noch einmal lebendig. Die Rathäuser, die sich der „Kranz blühender Vororte“ rings um Berlin schuf, werden in fast lückenloser Reihe aufgezählt. Es fehlt lediglich das Rathaus der Gemeinde Reinickendorf, 1885 erbaut und 1896 erweitert, in Alt-Reinickendorf 38, jetzt Dienststelle des Polizei-Reviers 291. Der nicht festgestellte Architekt des Lichtenberger Rathauses dürfte der Gemeindebaumeister (seit 1908 Stadtbaurat) Regierungsbaumeister a. D. Knipping sein. Wir sehen im Abschnitt Justizbauten, wie Otto Schmalz mit dem Gerichtsgebäude in der Neuen Friedrichstraße, insbesondere mit den riesigen Treppenhäusern, das Vorbild schuf für die nachfolgenden Bauten der preußischen Justizverwaltung in Berlin: ein noch aufwendigerer Bau ist das Kriminalgericht in der Turmstraße. In krassem Gegensatz zu diesen Repräsentationsbauten der Vorweltkriegsjahre stehen dann die Neubauten seit 1950. Erstmals in der Nachkriegs-Berlinliteratur werden auch die öffentlichen Bauten der Jahre 1933—1945 sachlich-kritisch behandelt. Der auch garnisongeschichtlich wertvolle Abschnitt über die Militärbauten ist nach rückwärts erweitert mit einer Liste der Militärbauten im Bereich der ehemaligen Festung Spandau, welche in den früheren Auflagen von „Berlin und seine Bauten“ fehlen. Schön ist es, wenn hier die Spandauer Zitadelle als einzige erhaltene Renaissance-Festung in Deutschland bezeichnet wird (Seite 103). Leider stimmt es nicht in dieser Form. Die Wülzburg bei Weißenburg in Mittelfranken und die Veste Coburg sind ebenfalls noch erhaltene Bauten aus jener Zeit. Zu den Gebäuden innerhalb der Zitadelle sei bemerkt, daß das ehemalige Zeughaus (Haus 13) nicht um 1880, sondern 1858 erbaut wurde. Wenig überzeugend ist die Behauptung, der Juliierturm sei 1584 nach Herzog Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel, dem Schwiegersohn Joachims II., benannt worden, da der Turm unter diesem Namen bereits 1560 erscheint und, nach dem sonst zuverlässigen Spandauer Chronisten Schulze, schon um 1400 so geheißen haben soll. — Bei den Kasernen kann ergänzt werden, daß der Entwurf für die Kaserne des Telegrafensbataillons Nr. 1 in Treptow nicht von Wiczorek, sondern von Wellmann stammt. An Berlins Hauptstadtzeit, an das vergangene Diplomatenviertel am Tiergarten, erinnert der letzte Abschnitt des Heftes.

Bei der Mühe, die das Auffinden der oftmals an den entlegensten Stellen versteckten Daten macht, ist diese oder jene Lücke verständlich. Ein Wermutstropfen in der Freude über das gelungene Heft ist lediglich die Aussicht, daß bei der jetzigen Erscheinungsweise der letzte Teil in etwa zehn Jahren vorliegen wird!

Hans-Werner Klünner

Johann Marker: Zur Geschichte des Berliner Kurfürstlichen Ballhauses.

Sonderdruck aus: Die Leibeserziehung, Heft 1/1966. 9 Seiten, 2 Abb. Schorndorf b. Stuttgart: Karl Hofmann.

Der in Wilmersdorf lebende Verfasser widmete der LV. dankenswerterweise einen Sonderdruck, sonst hätten wir wohl kaum etwas von der Existenz dieser Arbeit erfahren, weil man ja gemeinhin in Sportzeitschriften derlei landesgeschichtliche Arbeiten nicht sucht.

Die Abhandlung bringt Mitteilungen über Geschichte, Standort, Aussehen und Benutzung des Berliner Ballhauses hauptsächlich zur Zeit des Großen Kurfürsten. Das Ballspiel jener Zeit — an den europäischen Fürstenhöfen weit verbreitet und beliebt — war ein Vorläufer unseres heutigen Lawn-Tennis. Das Spiel kam aus Frankreich zu uns; in Paris gab es im Jahre 1657 allein 114 Ballhäuser. Das älteste Berliner Ballhaus, an der Stelle des späteren Raules Hof auf dem Friedrichswerder, wurde wahrscheinlich in der Zeit des Kurfürsten Joachim Friedrich (1598–1608) erbaut, erstmalig erwähnt wird es 1617 von Philipp Hainhofer in seinem Reisebericht. 1659/60 erbaute J. G. Memhardt ein neues Ballhaus am Lustgarten und das alte, während des 30jährigen Krieges baufällig gewordene, wurde 1660 abgebrochen. Memhardts Ballhaus verschwand 1720, bei der Umgestaltung des Lustgartens zum Paradeplatz, von der Bildfläche. Es war allerdings als Ballhaus nicht mehr brauchbar, weil schon wegen der Eosanderschen Schloßbauten seit 1707 ein Teil des Gebäudes abgebrochen werden mußte. Dieses kurz zur Geschichte des Bauwerkes als Ergänzung zu den Daten in J. Markers Arbeit. Obwohl der Verfasser in den Anmerkungen die einschlägige Literatur erwähnt, hat er leider die Daten nicht immer genau gebracht. Auch die liebe alte Unsitte, den aus Linz an der Donau stammenden Baumeister Memhardt zum Holländer zu machen, ist hier beibehalten worden. Der Arbeit ist als Illustration eine — den Vermischten Schriften des Vereins f. d. Gesch. Berlins entnommene — Abbildung des Ballhauses auf dem Werder um 1650 und ein Ausschnitt aus dem Schultzeschen Perspektivplan von 1688 mit dem neuen Ballhaus am Lustgarten beigegeben. Es sei noch auf die Darstellung des Ballhauses auf dem Reiterbild des Kurfürsten Georg Wilhelm um 1635, als ältester Ansicht Berlins, aufmerksam gemacht. Der Wert der Markerschen Arbeit liegt in der Wiedergabe und eingehenden Erläuterung der Ballhausordnung des Großen Kurfürsten vom 3. Juni 1667. Eine Menge Einzelheiten kultur- und sportgeschichtlicher Art werden hier vor uns ausgebreitet, auch wertvolle neue Erkenntnisse zum Spiel selbst werden gewonnen. Schade, daß das Durcheinander von Text, Anmerkungen und Erläuterungen die Lesbarkeit etwas erschwert.

Hans-Werner Klünner

Hans-Joachim Giersberg: Das Potsdamer Bürgerhaus um 1800.

(= Veröff. des Bezirksheimatmuseums Potsdam, Heft 10) Potsdam 1965, 124 S., 84 Abb. 4,— DM.

In der seit 1962 erscheinenden Reihe wird mit dem vorliegenden Heft erstmals ein kunstgeschichtliches Thema behandelt. Frühere Arbeiten, vor allem die von Zieler (1913) und Kania (1915), konnten sich noch auf den lückenlosen, umfassenden Baubestand der Stadt Potsdam vom Barock bis zum Spätklassizismus stützen, wogegen der heutige Bearbeiter eines derart speziellen Themas auch die vielen Kriegszerstörungen berücksichtigen muß, um zu einem Gesamtbild zu gelangen. Der Vf. hat, angeregt durch das 1914 erschienene Werk von H. Schmitz „Berliner Baumeister vom Ausgang des 18. Jahrhunderts“, die zeitliche Begrenzung von 1786 bis 1820 gesetzt, architekturgeschichtlich vom Ausklang des Barock über den Zopfstil bis zum Höhepunkt des Klassizismus. Die von H. Kania vor 1945 aufgestellte Kartei der historischen Gebäude Potsdams sowie dessen Einzelforschungen waren dem Vf. wertvolle Arbeitsgrundlagen, zu denen noch bisher unveröffentlichte Archivalien und die Listen der von 1786 bis 1805 an die Potsdamer Bürger verschenkten Häuser, d. h. die auf „Königliche Kosten erbauten Bürger-Häuser“, kamen. Schon im Vorwort wird mitgeteilt, daß über die Hälfte der aufgeführten Gebäude nicht mehr existiert. So ist es wohl zu verstehen, daß Giersberg nach einer kurzen Darstellung der stadsgeschichtlichen Voraussetzungen die Entwicklung des Bürgerhauses in der Regierungs-

zeit Friedrichs des Großen und dann einen Exkurs über die Berliner Baukunst um 1800 voranstellt und dabei auch die übrige Profanarchitektur in Beispielen zitiert.

Von den zwischen 1786 und 1820 erbauten Häusern sind vom Vf. 38 Objekte ermittelt worden, von denen er 10 noch stilistisch dem Zopfstil zuordnet, 1 der Neogotik und 27 dem Klassizismus, doch sind nach den veröffentlichten Jahreslisten bis 1805 insgesamt 98 Häuser errichtet worden. Danach war die Bautätigkeit bis etwa 1820 sehr gering. Die Beschreibung der Häuser erfolgt im wesentlichen nach den Merkmalen ihrer Fassaden, wobei die Nachwirkungen der repräsentativen, oft zwei Häuser zusammenfassenden Flächengestaltung aus dem letzten Lebensjahrzehnt Friedrichs des Großen, spätbarocke Vorbilder nachahmend, bis etwa 1790 festgestellt werden. Die plastische Durchformung und Gliederung der Fassaden, mehrfach Kopien italienischer Palazzi, verflacht jedoch bald nach 1786, was der Vf. vor allem an den Bürgerbauten der Architekten des Hofbauamtes, die namentlich nur in wenigen Fällen bekannt sind, beweisen kann. Die Grenzen zwischen Zopfstil und beginnendem Klassizismus sind oft schwer zu ziehen, wie das Beispiel Posthofstr. 2 (Hofbauamt 1788) zeigt. Beinahe eindeutiger ist die Ornamentik des Zopfstils noch in dem 1802 erbauten Haus Kiezstr. 25 zu erkennen. Das vom Hofbauamt 1788 errichtete Gebäude Berliner Str. 1 ist in seiner architektonischen Ansicht eher den etwa 50 Jahre früher entstandenen Bauten Gerlachs verwandt, doch vollzieht sich hier, wie Giersberg bemerkt, im dekorativen Detail der Durchbruch zum Klassizismus. Wenige Jahre später, 1796/97, ist im Hause der Gräfin Lichtenau, Behlertstr. 31, durch Boumann d. J. die rein klassizistisch wirkende Fassade erreicht. Die harmonische Einfügung rein klassizistischer Ornamente in eine schlichte Fassade wird an mehreren hervorragenden Objekten um und nach 1800 (Zollhaus, Burgstr. 34, Berliner Str. 161) anschaulich erläutert.

Noch schwieriger als die kunstgeschichtliche Deutung der Fassaden dürfte gerade beim Bürgerhaus des 18. und frühen 19. Jh. eine umfassende Behandlung der Grundrißentwicklung sein. Der Vf. hat schon im Vorwort auf das Fehlen der Grundrisse von den zerstörten Häusern hingewiesen, hinzukommt die Verschiedenartigkeit und Zweckbedingtheit bei den einfacheren Bauten. Bei einigen markanten Bauten jedoch hätte die Wiedergabe des Grundrisses zum besseren Verständnis geführt. So vermutet man z. B. hinter dem Mittelrisalit des Hauses Behlertstr. 31 den Festraum, der in der Tat aber seitlich liegt und dort die ganze Tiefe des Hauses einnimmt. Ein kurzer Abschnitt ist den Architekten der klassizistischen Häuser gewidmet. Es werden die Namen Krüger, Schulze und Richter erwähnt, die für die Entwürfe des Hofbauamtes verantwortlich waren und als Vertreter des Zopfstils noch unter dem Einfluß von Gontard und Unger standen. Besonders hervorzuheben ist Michael Philipp Boumann d. J. als Leiter der Oberhofbauintendantur, der aber nur von 1794 bis zu seinem Tode 1803 diese Stellung innehatte. Giersberg führt dessen belebenden Einfluß auf die Potsdamer Architektur (Behlertstr. 31, Schauspielhaus, die neogotische Fassade Wilhelmplatz 2-3 u.a.) auf seine engen verwaltungsmäßigen und künstlerischen Verbindungen zu den führenden Berliner Baumeistern zurück.

Im folgenden werden einige Ornamentmotive, Rosette, Mäander, Palmette und Akanthus in ihren Ausdrucksformen zwischen Barock, Zopfstil und Klassizismus abgehandelt. Zwei Exkurse beschäftigen sich mit den größeren Profanbauten in Potsdam, vor allem mit dem Marmorpalais und dem Schauspielhaus, sowie mit Bauvorlagen — Entwürfen. Hier wird die Bedeutung der 1803—05 erschienenen „Sammlung architektonischer äußerer und innerer Verzierungen für angehende Baumeister und Liebhaber der Baukunst“ von H. Riedel näher erläutert. Gerade solche Vorlagen haben in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer Schematisierung und Industrialisierung auch in der Fassadengestaltung geführt. Mit einem Register der behandelten Häuser und einem Quellenanhang schließt der Text, dem sich umfangreiches Bildmaterial anfügt.

Zusammenfassend kann dem Verfasser eine umfassende, gründliche Sichtung und Gegenüberstellung des nach den Kriegseinbußen noch greifbaren Materials bescheinigt werden. Das Bemühen, durch straffe Gliederung dem vielschichtigen Thema feste Formen und Entwicklungslinien abzugewinnen, war besonders für die vorklassizistische Architektur erfolgreich. Dem Verfasser sei dafür gedankt, daß er sich nicht eng an die zeitliche Begrenzung gehalten hat, sondern auch die Stadtgeschichte und die Epoche Friedrichs des Großen mit einbezogen hat. So ist in dem vorliegenden Buch fast eine Architekturgeschichte der Stadt Potsdam im 18. Jahrhundert entstanden, welche die in den vergangenen Jahren erschienenen Werke über Schloß und Park Sanssouci notwendig und wertvoll ergänzt. Besonderer Dank auch dem Bezirksheimatmuseum Potsdam, das die Veröffentlichung dieser Forschungsarbeit gefördert und ermöglicht hat.

Hans Axthelm

Rahel Varnhagen: Briefwechsel mit Alexander von der Marwitz, Karl von Finckenstein, Wilhelm Bokelmann, Raphael d'Urquijo.

Hrsg. Friedhelm Kemp. München: Kösel 1966. 467 S. Ln. 19,80 DM.

Zunächst eine Überraschung: Das auf dem Schutzumschlag gezeigte Reliefbild Alexanders von der Marwitz ist bereits 1927 veröffentlicht worden als „Bildnis eines Unbekannten“ — Nr. 300, Tafel 42 in dem Bildband von Tassilo Hoffmann „Jacob Abraham und Abraham Abramson“. 55 Jahre Berliner Medaillenkunst 1755—1810. Schr.d.Ges. z. Förderung d. Wiss. d. Judentums Nr. 31, J. Kauffmann Verlag, Frankfurt/Main. Es wurde damals — mit starkem Vorbehalt — Heinrich von Kleist zugeschrieben. Erst jetzt konnte es nach einem einstigen Foto aus Friedersdorf identifiziert werden. Das Bild zeigt Alexander, den freiheitsliebenden, „zum Herrschen talentierten“ märkischen Edelmann mit dem „Zug und Hang nach dem Geistreichen“, von Theodor Fontane so charakteristisch und eindrucksvoll in seinen Wanderungen, Band Oderland, geschildert.

Die Briefe der Rahel sind seit langem als Zeitdokumente bekannt. Ihr Schriftwechsel mit Alexander wurde 1925 zum ersten Mal von Heinrich Meisner veröffentlicht. Jetzt legt Friedhelm Kemp in der Reihe Lebensläufe den ersten Band einer auf drei Bände geplanten Ausgabe von Rahels Briefwerk vor. Er bringt im ersten Teil Richtigstellungen, Ergänzungen, aber auch Raffungen der Erstausgabe, im zweiten Teil Briefe anderer Schreiber und zeitgenössische Veröffentlichungen über Alexander. Der dritte Teil umfaßt Auszüge aus Rahels Briefen an Finckenstein, Bokelmann und d'Urquijo. Ein guter Literaturhinweis und ein sorgfältig zusammengestelltes Register geben zusätzliche Erläuterungen. Die Rahel, von ihren Freunden berlinisch „die Ralle“ genannt — 1771/1833 — Tochter des Bankiers Levin Markus, sammelt als emanzipierte Jüdin schon im Dachstübchen ihres Elternhauses einen Kreis junger Freunde um sich. Zu diesem gehören Studenten, Militärs, Schriftsteller, Gelehrte und Künstler. Darunter die Brüder Humboldt, die Mendelssohns, Friederike Unzelmann, Friedrich Tieck, die Brentanos, Heinrich von Kleist, Fouqué, Chamisso, Leopold von Ranke und andere; selbst Prinz Louis Ferdinand mit seiner, den Zeitgenossen berühmten Geliebten, der Urberlinerin Pauline Wiesel. Aber auch Alexander von der Marwitz — 1787/1814 — Sproß eines Märkergeschlechts, das Brandenburg-Preußen eine Reihe Persönlichkeiten von zumeist ausgeprägter Eigenart gestellt hat: Militärs, Politiker, Landwirte. Er ist der jüngere Bruder jenes Friedrich August von der Marwitz, der gleichermaßen abhold der Aufklärung, der bürgerlichen Demokratie wie dem Absolutismus, der schärfste Gegner von Stein und Hardenberg ist. Vor dem Hintergrund der europäischen Zeitereignisse um die Wende des 19. Jahrhunderts und der napoleonischen Kriege gibt der Schriftwechsel Einblick in die romantische Geselligkeit und Gesellschaftsform der bürgerlichen, adligen und literarischen Gesellschaft von Berlin und anderen europäischen Städten. Rahels geniale Befähigung ist neben der Unterhaltung der Briefwechsel: einfallsreich, naiv, tief sinnig, temperamentvoll, mit einem rücksichtslosen Sinn für das Reale. Wie ein Feuerwerk versprüht sie geistreiche Bemerkungen, offenbart sie temperamentvoll ihre tiefsten Gefühle. Es sind Liebesbriefe zumeist, die hier veröffentlicht werden, doch nicht im landläufigen Sinne und schon gar nicht nach heutiger Auffassung. Sie sind Niederschlag der heftigen Empfindungen, die Rahel für Alexander empfand. Von 1809 bis 1814 wirbt die fast Vierzigjährige leidenschaftlich um den 16 Jahre jüngeren Mann. Ihre Liebe bleibt unerwidert, dennoch unentwegt — bis zum Tod Alexanders auf dem Schlachtfeld von Montmirail 1814. Sie heiratet dann 1814 den nüchternen, mittelmäßigen Diplomaten Karl August Varnhagen von Ense. Der Salon der „Frau von Varnhagen“ bleibt nun von 1819 bis zu ihrem Tode Mittelpunkt der Berliner bürgerlichen Gesellschaft. Im dritten Teil des vorliegenden Bandes veröffentlicht der Herausgeber Briefe Rahels mit ihrem Verlobten Graf Karl von Finckenstein. Das Verlöbnis wurde, wohl auf Druck der Familie, gelöst, ohne daß die Rahel ernsthaft dagegen opponiert hätte. Weiteren Schriftwechsel mit anschaulichen Schilderungen von Frankreich, Paris und Holland führt sie mit dem Hamburger Kaufmann Wilhelm Bokelmann, den sie in Paris 1801 kennen lernt. Leidenschaftlich erregt ist ihr Briefwechsel mit dem spanischen Legationssekretär Raphael d'Urquijo. Allgemein sind die Briefe der Rahel eine Quelle der Belehrung und Information. Im Kaleidoskop der sie umkreisenden Personen gewähren sie Einblick in die Zeit der Aufklärung, der Befreiungskriege und der Romantik. Erstaunlich auch das Wissen der Rahel um Tagesvorgänge. So, wenn sie das bevorstehende Ankommen von Schiller aufzeigt oder als erstes Zeugnis den Tod von Kleist schildert. Über-

raschend auch für den Berliner und Brandenburger die Fülle der lokalen Details, der Stadt- und Landschaftsbildungen, der Spaziergänge im Tiergarten, in der Hasenheide oder in Schöneberg, der Schilderung des Landlebens in märkischen Dörfern und Schlössern. Ein immer lesenswerter Stoff.

Gerhard Küchler

Kunstwerke der Deutschen Staatsbibliothek.

Im Auftrage der Hauptdirektion der Deutschen Staatsbibliothek bearbeitet von Erich Biehahn. Berlin: Henschel 1961. Hln. 136 S., 64 Abb.

Der Name des Bearbeiters ist den Lesern früherer Jahrgänge dieses Jahrbuches wohl bekannt durch seine Beiträge „Heinse und das Paradies von Pankow“ (Bd. 16) und „Der alte Züllichauer Verlagsbuchhandel“ (Bd. 17). In seinem Aufsatz über das Rheinsberger Voltaire-Bildnis (Archiv für Kulturgeschichte XLVII, Heft 2), das zu dem Kunstbesitz der Deutschen Staatsbibliothek in Berlin Unter den Linden gehört, zitiert er die hier zu besprechende Arbeit als Katalog. Hinter dieser schlichten Bezeichnung verbirgt sich jedoch weit mehr als die bloße Aufzählung der in der Staatsbibliothek befindlichen 238 Werke der bildenden Kunst! Es handelt sich bei diesen Werken überwiegend um Bildnisse in Originalen oder Kopien, deren Vorhandensein der Öffentlichkeit bisher kaum bekannt war, und daher sind die genauen, oft sehr eingehenden Bemerkungen mit Literaturhinweisen sowohl zur Person des jeweils Dargestellten als auch der des Künstlers dankbar zu begrüßen. Bei den Kopien wird nach Möglichkeit der Aufbewahrungsort des Originals angegeben, bzw. — was besonders wichtig ist — gegebenenfalls auf dessen Verschollenheit hingewiesen.

Als vermutlich ältesten Besitz bezeichnet der Bearbeiter das Porträt des kurbrandenburgischen Hofastrologen Johann C. Carion, von Lucas Cranach d. Ä. um 1530 geschaffen, das schon in der damals Kurfürstlichen Bibliothek im Apothekenflügel des Berliner Schlosses gehangen habe. Der Hauptteil des heutigen Bestandes ist im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus sechs Sammlungen zusammengekommen. Das sind: Die Rheinsberger Bibliothek des Prinzen Heinrich von Preußen, die Bibliothek des Berliner Verlagsbuchhändlers und Schriftstellers Friedrich Nicolai, die musikgeschichtliche Bibliothek von Georg Poelchau, der Nachlaß des Schriftstellers Karl August Varnhagen von Ense, der Nachlaß des Ethnologen Felix von Luschan, die Sammlung des ehemaligen Berliner Lessinghauses.

Außerdem werden Einzelerwerbungen und Geschenke verschiedener Herkunft erwähnt. Manches in märkisch-berlinischen Zusammenhängen Interessante ist darunter mit Bezügen auf bekannte wie weniger bekannte Persönlichkeiten. Die Familie Lessing ist zahlreich in mehreren Generationen vertreten. Dann gibt es z. B. eine Bleistiftskizze von der Hand des Kunsthistorikers Hermann Grimm, des Sohnes von Wilhelm Grimm und Schwiegersohnes von Bettina des Prinzen Heinrich von Arnim, den gelehrten Büchersammler K. H. Gregor von Meusebach darstellend, der auch zu den Freunden Bettinas zählte. Ferner sei Heinrich von Kleists Freund, Ernst Ludwig von Pfuel, erwähnt, hier als fünfundsechzigjähriger alter Herr gemalt von Ludmilla Assing. Rahel Varnhagen ist u. a. in einer Zeichnung von Wilhelm Hensel vertreten, dem Pfarrersohn aus Trebbin, der durch Heirat der Familie Mendelssohn verbunden war. Rez. erlaubt sich anzumerken, daß von Wilhelm Hensel in der Nationalgalerie der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Dahlem umfangreiche Skizzenbücher mit zeitgenössischen Porträtskizzen der Auswertung harren. Aus der Reihe der Bildnisbüsten sei als Beispiel diejenige von Gottfried Schadow angeführt, die den Homer-Übersetzer Johann Heinrich Voß darstellt, bei dessen Aufenthalt in Berlin 1799 entstanden und lange Zeit nur aus literarischer Überlieferung bekannt war. Die Angaben zur Kant-Büste von C. Friedrich Hagemann 1801 (Kat. Nr. 165) berichtigt der Verf. dahin „sie ist nicht einzig und daher auch nicht unbekannt geblieben“, Reproduktionen von ihr würden durch ein Buchantiquariat vertrieben.

Es ist zu betonen, daß sich über die künstlerischen Qualitäten der im vorliegenden Band publizierten Werke nichts aussagen läßt, ohne sie in Augenschein zu nehmen, bedeutsam in kulturgeschichtlicher Hinsicht erscheinen sie jedoch auf alle Fälle.

Liselott Ziegert-Hackbarth

Fritz Schröder: Das Havelland im Dreißigjährigen Krieg.

Ein Beitrag zur Geschichte der Mark Brandenburg. Ergänzt und herausgegeben von Gerd Heinrich (= Mitteldeutsche Forschungen Bd. 37) Köln-Graz: Böhlau 1966. X, 325 S., 17 Abb., 2 Karten. Ln. 44,— DM.

Der Vf. der wertvollen Arbeit, ein Schüler von Prof. Willy Hoppe, ist am 25. Mai 1940 im Westen gefallen. Geboren am 18. März 1913 in Berlin-Friedrichsfelde, in Nauen aufgewachsen, Abiturient des dortigen Reform-Realgymnasiums, brachte er aus der Heimat schon einige Vorarbeiten zu seinem Dissertationsthema mit. Seinen Plan (1933), möglichst nur havelländische Quellen, und zwar an Ort und Stelle zu benutzen — unter Verzicht auf das „fragwürdige Fragebogensystem“ — hat er weitgehend ausgeführt und daneben die Akten des Geh. Staatsarchivs in Berlin-Dahlem wie die der schwedischen Archive in Stockholm herangezogen. 1938 lagen in erster Reinschrift vor: Teil 1 „Ereignisse“ und einige der neun Kapitel des 2. Teils „Zustände“; alles zeugt von wissenschaftlichem Ernst und gewandter Darstellungsgabe. Der Kriegsausbruch hat Abschluß und Promotion verhindert. Manuskript und Arbeitsmappen, von der Mutter in Nauen bewahrt, fanden sich im Nachlaß von Prof. Hoppe († 26. 9. 1960).

Dem unvollendeten Erstling ist die ausgebreitete Forschungsarbeit eines der besten Kenner unserer Landesgeschichte zugute gekommen. Gerd Heinrich, erprobt an einer Reihe märkischer Veröffentlichungen, hat Schröer „ergänzt“, in Wahrheit „vollendet“, so daß man von einem Schröer-Heinrich sprechen kann. Die Literaturangaben der Anmerkungen sind auf den neuesten Stand gebracht; oft trifft man auf die vierbändige „Mark Brandenburg“ von Johannes Schultze (1961-64). Seitenüberschriften und 20 Seiten Register erleichtern den Gebrauch. Die Ereignisse sind in großen Zügen bekannt, doch gelang dem Hrsg. ein nicht unwichtiger Fund aus Bratring und Fontane: schon im August 1630 standen schwedische Vortruppen vor Fehrbellin. (S. 54 A. 101). Das schwierige Gelände dieses Schauplatzes, das Durcheinander von „Wald, Heide, Sumpf, Luch und Luchwiesen“, hat er auf einer Karte übersichtlich dargestellt und aus der Lage der Straßenzüge und Pässe S. 224 die „vergleichsweise geringen Zerstörungen und Verödungen“ auf dem Lande zusätzlich begründet. Auch die 2. Karte, Besitzstand um 1620, — beide mit Erläuterungen — zeigt den bewährten Mitarbeiter am Brandenburgischen Handatlas. Im 2. Teil, der unter 20 Stichwörtern sämtliche Lebensgebiete lebensvoll behandelt, hat der Hrsg. Kap. XI, Handel und Gewerbe, beigezeichnet. Unter den vielen Ergänzungen ist wohl die wichtigste S. 117 ff. die sorgsame Erörterung des Bevölkerungsverlustes. Man wird die Einwohnerzahlen um 1620, bisher nach Jastrow und Meinardus berechnet, künftig herabsetzen müssen. Für das benachbarte Berlin will Heinrich für 1625 statt 12 000 nur 7 000 Einwohner zulassen, zumal die Residenz durch wiederholte Pest viel verloren hat; 1576: 4 000, 1598: 3 000, 1611-13: 2 000 (Zahlen des Cöllner Stadtschreibers). Überraschen wird die Feststellung nach absoluten Angaben eines Dorfkirchenbuches und anderen Tatsachen: drei Kinder in der Familie bedeuteten bereits „kinderreich“. Der Quellenanhang bringt auf über 30 S. Abrechnungen von Steuern und Quartierlasten, Übergriffe brandenburgischer, Mordtaten fremder Soldaten, Brände — das Privileg der Büchsen- und Musketenschützen zu Rathenow 1622 sowie Verhandlungen des Kurfürsten 1648 über Anwerbung holländischer Kolonisten. Dem schwedischen Forscher Frhr. von Warnstedt wird das Verzeichnis der im Buch genannten Offiziere Gustav Adolfs mit Laufbahngangaben verdankt. Die durchweg zeitgenössischen Abb. zeigen Porträts, z. T. aus den Bänden des Theatrum Europaeum, sowie Soldatenszenen u. a.

Wer die früheren Darstellungen des großen Krieges in der Mark — Neumark (P. Schwartz 1899—1902) — Altmark (F. Kaphahn 1911) — Berlin (E. Faden 1927) — gelesen hat, wird an den Leistungen von Schröer 1938 und Heinrich 1966 die Fortschritte der allgemeinen wie der Landesgeschichtsschreibung recht würdigen. Eberhard Faden

Rachel / Papritz / Wallich: Berliner Großkaufleute und Kapitalisten.

Bd. 1: Bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges. XLI, 415 S., 6 Stammtaf. Ln. 58,— DM — Bd. 2: Die Zeit des Merkantilismus 1648—1806. VIII, 578 S., 8 Stammtaf. Ln. 64,— DM — Bd. 3: Übergangszeit zum Hochkapitalismus 1807—1856. 336 S., 1 Stammtafel, Ln. 48,— DM.

Neu hrsgg., ergänzt und bibliogr. erw. von Joh. Schultze, Henry C. Wallich, Gerd Heinrich. (= Veröff. d. Ver. f. Gesch. d. Mark Brandenburg, Bd. 32—34, Neudrucke Bd. 1—3.) Berlin: de Gruyter 1967.

Vorweg zu Bd. I 235: Berichtigung eines sinnstörenden Druckfehlers: Bei dem umstrittenen „Einfall“ Joachims II. in bürgerliche Vermögen 1567 bleibt es fraglich, ob der Kurfürst die Bürger als Bürgen in Anspruch nahm. Rachel hat die Akte nachgeprüft, es

steht „was im Einfall von den Bürgern entnommen“ (235 Z. 11 von unten), „was eben die Deutung des Vorfalles erschwert“ (Wallich an Faden, Bln. 3. 3. 1938). Bürgern auch S. 236 in den „Originalprotokollen“. —

Schmerzlich ist allen, die ihn im Märkischen Verein kannten, die Erinnerung an Paul Wallich, Nationalökonom und Privatbankier, im Kriege Rittmeister — Schöpfer, Mitarbeiter und Träger des Werkes, dessen Vollendung er durch Testament sichergestellt hatte, als er 1938 freiwillig aus dem Leben schied. Der neue Bd. 1 enthält aus der Feder des Sohnes, Prof. der Wirtschaftswissenschaften an der Yale-University / USA, eine warmerherzige Biographie, durch ganz persönliche Züge reizvoll belebt, deren Schluß „Die Grundlagen des Werkes“ für jeden Benutzer wichtig ist. Nur genaue Fachkenntnis vermochte eine klare Anschauung der vergangenen Kaufmannswelt zu geben. Wallichs Archivberater in Dahlem, Johannes P a p r i t z, ist im 1. Bd. vor allem der geradezu romanhafte Lebensweg des Unternehmers Joachim Grieben zu verdanken. Hugo R a c h e l war der Hauptbearbeiter, später Alleinverfasser des 3. Bd. Er hatte für die Acta Borussica die Handels-, Zoll- und Akzisepolitik 1911—1928 geschrieben und 1931 in Kaebers Reihe des Stadtarchivs „Das Berliner Wirtschaftsleben im Zeitalter des Frühkapitalismus“ (1650—1806). Sein durchweg strenges Urteil über die wirtschaftliche Bedeutung des alten Berlin erinnert an Fontane, der im Brief Fr. Krüner v. 9. 4. 1897, als er dessen Abhandlung über „Berlin als Mitglied der Hanse“ erhielt, sich wieder einmal gegen die „vielen Berlin-Heraufpuffer“ wehrte, „die aus dem elenden alten Nest alles Mögliche machen wollen“. Noch Berthold Schulze fühlte sich in seinem Mittelalter-Beitrag zur „Heimatchronik Berlin“ 1962 etwas beeengt durch Rachels Strenge. Umso erwünschter hat Johannes Schultze „Zur Einführung“ einiges „eingeschränkt“: Berlin hat um 1300 Fernhandel getrieben, und die Spree war ein wichtiger Wasserweg. Er zieht dazu das Hamburger Schuldbuch heran und die Auswertung durch Müller-Mertens. Merkwürdig, daß R. Boschan, der in seiner Diss. „Der Handel Hamburgs mit der M. Br. bis 1300“, die schon 1907 den „Roggen von Berlin“ aus dem Schuldbuch nennt, so lange unbeachtet geblieben ist. Übrigens werden noch um 1440 die Wins als Fernhändler in Amsterdam erwähnt (frdl. Hinweis von H.-W. Klünner). Weitere Ergänzungen bei J. Schultze: General H. G. von Arnim und die Häuser Weiler und Essenbrücher und die Rolle des Grafen Schwarzenberg: vielleicht ist der bei Rachel I 345 nur einmal genannte „Generalleutnant von Arnheim“, für den sich Essenbrücher verbürgt, jener General Hans Georg v. Arnim.

Bd. 1 ist 1934 in verschiedenen Zeitschriften ausführlich gewürdigt worden. Bd. 2 und 3, „als Handschrift gedruckt“ 1938 und 1939, wurden damals an Freunde, Bibliotheken und Archive gegeben; den Rest der nur kleinen Auflage hat 1945 der Endkampf vernichtet. Für die breitere Öffentlichkeit sind beide also eine Neuerscheinung und haben doppelten Wert, weil die in ihnen verarbeiteten Akten nicht mehr vorhanden oder unerreichbar sind. Jetzt können die zahllosen bekannten und unbekannten Namen aus der Bank- und Handelswelt für die Familien- und Sippengeschichte ausgewertet werden, wobei die Stammtafeln gute Dienste leisten. Wichtig für das Werden der preußischen Hauptstadt die Frage, wie hoch der Einfluß der Hugenotten und der Juden anzuschlagen ist. Bd. 2 geht darauf nur andeutungsweise ein. Rachel hat in der Besprechung der 700-Jahr-Geschichte Berlins (Zs. VGB 1937, 108 f.) angemerkt, „Berlin weise schon frühzeitig den stärksten Prozentsatz an Juden nach Frankfurt a. M. auf, während sie in dem als Handelsplatz wichtigeren Leipzig gar keine Rolle spielten“. Das wäre zu untersuchen; die Judenbürgerbücher Berlins (Hist. Kom. 1962 S. 34) sprechen für 1809 ff. „von der damals Berlin zahlenmäßig überlegenen jüdischen Gemeinde in Hamburg“. Wenig bekannt ist, daß als Bankplatz um 1800 Breslau stärker als Berlin auftrat. So werden Bd. 2 und 3 eine ganze Reihe von Untersuchungen fördern können. Es gilt, die Entwicklung Berlins noch stärker und deutlicher einzugliedern in die allgemeine deutsche und europäische Wirtschaftsgeschichte, wie das Kaeber schon 1931 zu Rachels „Frühkapitalismus“ betont hat. Und so wird der Leser die inhaltreiche Bibliographie begrüßen, die Gerd Heinrich am Schluß von Bd. 3 gegeben hat. Der Band endet mit David Hansemann und den Anfängen der Großbanken — viel Stoff für den Aufstieg Berlins zur Hauptstadt Deutschlands.

Überblickt man das Ganze, so bleibt die Bewunderung, wie hier aus meist nur trümmerhaft erhaltenen Geschäftsbüchern und Prozeßakten, Denk- und Verteidigungsschriften, aus dem Gewirr von Gläubigern und Schuldnern, Gründern und Erben, wirkliche Bilder von Unternehmerpersönlichkeiten entstehen. Entscheidend für den Bestand des Werkes, so daß es nicht veralten kann: die Verfasser halten sich frei von Wertungen, vermeiden Ideologie und Theorie, wollen weder anklagen noch verteidigen — sie berichten, aber sie würdigen die unternehmerische Leistung.

Wer Hugo Rachel gekannt hat — er wie Wallich zwei besonders liebenswürdige und auskunftsbereite Mitglieder des Märkischen Vereins —, vermißt in dem Werk seinen Lebenslauf. Er war aktiver Offizier, nahm wegen eines Hörleidens den Abschied und wurde Schüler von Otto Hintze, der ihn für die Acta Borussica gewann. Er hat viel veröffentlicht, ein Schriftenverzeichnis lohnte sich. 1945 ist er gestorben.

Eberhard Faden

Aus dem Leben der Vereinigung

Eine Vereinigung wie die unsrige, die wissenschaftlich geschulte Fachhistoriker wie heimatbegeisterte, aber „unzünftige“ Geschichtsfreunde umfaßt, ist durch die politisch bedingte Tatsache, von den Menschen und der Landschaft unseres landesgeschichtlichen Wirkens getrennt zu sein, zweifellos behindert. Dennoch beeinträchtigen diese Hemmnisse nicht die Lebendigkeit unseres Vereinslebens. Die Mitglieder und Freunde unseres Kreises kamen vom 1. 9. 66 bis 31. 8. 67, dem Zeitraum dieses Bandes, zu folgenden *Vorträgen* zusammen:

- 30. September 1966 Dr. Eberhard Faden:
Berlin: Weltstadt oder Provinz — seit mehr als 100 Jahren
- 14. Oktober 1966 Dr. Hans Pappenheim:
Leibniz und Charlottenburg
- 4. November 1966 Gerhard Kühler/Hans-Werner Klünner:
Gedanken zur Berliner Stadtbildpflege
- 2. Dezember 1966 Dr. Kurt-Gerhard Klietmann:
Bauten des Johanniter-Ordens in der Mark Brandenburg
- 13. Januar 1967 Otto Glodde:
Historische Stätten der Stenographie
in Berlin und der Mark Brandenburg
- 20. Januar 1967 Gemeinsam mit dem Botanischen Verein
der Provinz Brandenburg, Dr. Herbert Sukopp:
Flora und Vegetation der Pfaueninsel
- 10. Februar 1967 Hans-Werner Klünner:
Brandenburgische Studienfahrt zu norddeutschen
Backsteinbauten, Himmelfahrt 1966
- 3. März 1967 Margarete Glasel:
Berlin, die brandenburgischen Städte und die Hanse
- 31. März 1967 Hans-Werner Klünner:
700 Jahre St. Nikolai-Kirche zu Berlin
- 28. April 1967 Gerd Gnewuch:
Moses Mendelssohn — ein jüdisches Lebensbild im Berlin
des 18. Jahrhunderts

Nachstehende *Besichtigungen* und *Führungen* wurden durchgeführt:

Berliner Bauwochen 1966: Besuch der Ausstellungen „Berlin — vor zwanzig Jahren und heute“, „Unbekannte Ausflugsziele in und um Berlin“, „Bilder deutscher Städte“ (Vortrag Dr. Irmgard Wirth) sowie Baustellenbesichtigung Schöneberg (Vortrag Hans-Rudolf Plarre), Frühgeschichtliche Fundstätten am Grunewaldsee und Jagdschloß Grunewald (Vortrag Dr. Gustav Mahr, Harry Methling), Landesarchiv Berlin (Vortrag Dr. Gerhard Kutzsch), Gipsformerei der Staatlichen Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (Vortrag Dr. Gerda Hübschmann), Besuch der Ausstellung „Die Hanse und der Deutsche Orden“ (Vortrag Dr. Gerhard Zimmermann), Baukundliche Führung am Falkenhagener Feld (Vortrag Willi Lindemann), Pflanzenkundliche Führung auf der Pfaueninsel (Vortrag Gerhard Kühler), Besuch der Ausstellung des Berlin-Museums „Potsdam

— Bild einer Stadt“ (Vortrag Dr. Irmgard Wirth), Besuch der Deutschen Kinemathek (Vortrag Heinz R. Berg), Besuch des Schlosses Tegel (Vortrag Wilhelm Sasse und Dr. Hans Pappenheim), Zitadelle Spandau (Vortrag Johannes Müller). Schließlich boten wir unseren Mitgliedern noch 8 *Stadtwanderungen* und *Spaziergänge* (darunter eine Friedhofsbegehung) und erfaßten 45 Teilnehmer an einer herbstlichen Busfahrt durch Grünanlagen im südlichen Westberlin. Traditionell kamen wir im überfüllten Spensersaal zum weihnachtlichen Treffen zusammen und schlossen in alter Überlieferung das Jahr mit der 82. Weihnachtswanderung durch den Grunewald (Führung Forstamtsleiter Martin Michaelis).

Höhepunkt im Vereinsgeschehen war wiederum die *Brandenburgische Studienfahrt* vom 4. bis 7. Mai 1966 (Himmelfahrt). Sie führte in die einst brandenburgischen Lande Kleve, Minden und Ravensberg. Bei den 50 Teilnehmern hinterließ sie unvergeßliche Geschichts- und Landschaftseindrücke trotz der Erschwernisse infolge der weiten Entfernungen. Sie wurden mit großer Anteilnahme aufgenommen. Es wurden von Halle/Westf. als Standort aus aufgesucht Minden, Herford, Iburg, Osnabrück, Gesmold, Enger, Kleve, Kalkar, Xanten, Wesel. Dank der guten Vorbereitung und dem Wissen der vortragenden Fahrtteilnehmer, aber auch der örtlichen Führer, verschaffte die Fahrt eindringliches Erleben und Verstehen der geschichtlichen Stätten und Zusammenhänge mit Brandenburg/Preußen. Nicht nur den 18 zu Wort gekommenen Teilnehmern der Exkursion gilt unser Dank, sondern auch unseren Mitgliedern Professor Werner March für seine Erläuterungen zu dem von ihm wiederaufgebauten Dom von Minden und Erich Hecht, Bückeberg, für die Führung im Raume Herford. Dank auch zollen wir den Herren Stadtdirektor Dr. May, Halle/Westf., Museumsdirektor Dr. Bath, Minden, Oberstudiendirektor Dr. Heyni, Iburg, Stadttamtmann Rahier und Gartenamtmann Kuhn in Kleve und schließlich Ludwig Freiherr von Hammerstein-Gesmold.

Unsere *Bücherei* und unser *Archiv* erfreuten sich dank der ausweiteten Unterbringung und ihrer umsichtigen Betreuung gesteigerter Benutzung.

An *Veröffentlichungen* im Berichtszeitraum brachten wir den Band 17/1966 unseres Jahrbuchs für brandenburgische Landesgeschichte und die Mitteilungsblätter Nr. 53, 54 und 55. Der Nr. 54 lag das Inhaltsverzeichnis für Nr. 29—53 bei.

Unserem langjährigen, unermüdlich tätigen Mitglied Dr. Hermann Fricke, Kirchhofen, verliehen wir am 13. Januar 1967 in Berlin die *Fontane-Plakette* in dankbarer Würdigung seiner großen Verdienste um die brandenburgische Landesgeschichte, insbesondere um die Fontane-Forschung.

Vom September 1966 bis August 1967 haben wir das *Ableben* nachstehender Mitglieder zu beklagen. Sie waren zumeist jahrzehntelang mit uns verbunden und unterstützten wesentlich, wie aus unseren Nachrufen in den Mitteilungsblättern ersichtlich, unsere Bestrebungen. Wir trauern um die Damen Maria Flad, Cläre Maillard-Zechlin, Susanne Seeck und die Herren Kurt Tschepe, Kurt Hussag, Karl Hinze, Präs. Peter-Friedrich Mengel, Prof. Dr. Dr. Bruno Harms. R I P !

Für die Förderung der märkischen Landesgeschichte, für die Unterstützung unserer Vereinstätigkeit, für die viele uneigennützig und willig geleistete Mitarbeit, aber auch für die unserem Kreis dargebotene Freundschaft gilt auch für das abgelaufene Jahr unser aufrichtiger Dank allen Mitgliedern, Mitarbeitern und Freunden.

Gerhard Küchler

www.books2ebooks.eu